Montag, 23. Juli 1984 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 170 - 30. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

POLITIK

Kritik an „DDR": Im Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen in Genf sind die Verletzungen der Menschenrechte durch die „DDR"-Regierung nicht nur von Vertretern westlicher Staaten, sondern auch von Blockfreien mißbilligt worden. Versuche des „DDR"-Vertreters, die Praktiken im SED-Staat mit einem anders gearteten „sozialistischen Menschenrechtsverständnis" zu begründen, wies der Ausschuß zurück. (S. 5)

Deutschlandfunk: Das „Institut für Internationale Politik" in Ost-Berlin hat dem Deutschlandfunk in Köln „Subversion gegen die DDR" vorgeworfen. Der Sender versuche, „Mißtrauen gegen die Politik der SED zu säen".

FDP: Die FDP müsse das „Rechts-Links-Schema" verlassen und sich als „vorn" verstehen, erklärt Generalsekretär Haussmann.

CSU zur Familienpolitik: Die Familienpolitik der Bundesregierung kommt nach Ansicht der CSU zu langsam voran. „Wir müssen die Drängenden und Unbequemen sein", sagte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf dem „Familienpolitischen Kongreß" seiner Partei am Wochenende in München. (S. 4)

Sacharow: Der sowjetische Regimekritiker werde in Gorki „irgendeiner Art von Gehirnwäsche" unterzogen, erklärt sein Stiefsohn Semjonow.

Nicaragua: Die Opposition droht mit Boykott der Wahlen. Man sei nicht bereit, an einer Wahl-Farce teilzunehmen, deren einziges Ziel sei, das Links-Regime in Managua zu legitimieren. (S. 8)

Heute: Parlamentswahlen in Israel. – EG-Außenministerrat befaßt sich mit Beitritt Spaniens und Portugals.

Honecker-Besuch – unverdientes Glück?

Günter Diehl, ehemaliger Staatssekretär und deutscher Botschafter in Neu Delhi und Tokio äußert sich in einer kritischen Analyse zu dem im September geplanten Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. (S.7) – Der frühere Heeresinspekteur Hans Poeppel fordert für die Bundeswehr neue Wege der Rüstungsplanung. In einem WELT-Gespräch legt er sein Konzept dar. S. 6

WIRTSCHAFT

Technologie-Rückstand: Die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) werden trotz massiver Käufe von westlichen Geräten und Patenten ihren technologischen Rückstand, der in manchen Sektoren mehr als ein Jahrzehnt beträgt, nicht wesentlich verringern können, heißt es in einer Studie der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD). (S. 9)

Öl-Nachfrage: Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris befürchtet, daß die weltweite Nachfrage nach Erdöl wieder stärker zunehmen könnte, wenn die westlichen Industrieländer nicht ihre Bemühungen zur Entwicklung anderer Energiequellen – vor allem Kohle und Kernkraft – vorantreiben und den Wirkungsgrad des Energieeinsatzes weiter verbessern. (S. 9)

KULTUR

FDA-Kongreß: Rund 100 Autoren und Künstler haben sich auf dem gesamtdeutschen Kongreß des „Freien deutschen Autorenverbandes" (FDA) mit den Verhältnissen in Mitteldeutschland und den Gefahren befaßt, die in einer „Verniedlichung jenes auf Gewalt beruhenden Gebildes" liegen, wie FDA-Präsident Prinz Löwenstein formulierte. (S. 15)

Günter de Bruyns: Der Roman „Neue Herrlichkeit" von Günter de Bruyns, der bereits im Frühjahr in der Bundesrepublik Deutschland als Lizenzausgabe des Mitteldeutschen Verlages Halle herausgekommen ist, darf in der „DDR" nicht erscheinen. Der Vertrag zwischen dem Ost-Berliner Autor und dem „DDR"-Verlag ist inzwischen gelöst worden.

ZITAT DES TAGES



„Israel braucht eine Regierung der nationalen Einheit, um seine Schwierigkeiten zu lösen"

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Schamir in einem Appell an die Arbeiterpartei zur Bildung einer großen Koalition nach den heutigen Parlamentswahlen
FOTO: POLY-PRESS

SPORT

Tennis: Der 21 Jahre alte Franzose Henri Leconte gewann das 68. Weissenhof-Turnier in Stuttgart. Im Finale besiegte er den Amerikaner Gene Mayer klar mit 7:6; 6:0; 1:6, 6:1. Der Franzose, der in der ersten Runde Björn Borg ausschaltete, erhielt eine Siegprämie von 53 000 Mark. (S. 13)

Olympia: Moskau ist seiner Pflicht nicht nachgekommen, die olympische Fahne dem Bürgermeister von Los Angeles zu übergeben. Stattdessen ließen die Gastgeber der letzten Spiele die Fahne formlos dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zukommen. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Wasser-Streit: Der neue Wasserverbund Niederrhein erhitzt die Gemüter. Das „Binsheimer Feld" soll langfristig Trinkwasser bester Qualität liefern – so wollen es die 14 Gesellschafter des Wasserverbundes und die Landesregierung. Die Gegner des Projekts vermuten nur Korrekturmaßnahmen für Grundwasserspiegel-Anhebungen als Spätfolgen des Steinkohle- und Salzbergbaus. (S. 16)

Monsun: Mindestens 200 000 Menschen sind am Wochenende durch schwere Überschwemmungen aufgrund der seit Wochen andauernden Monsun-Regenfälle in Indien obdachlos geworden. Allein in Westbengalen wurden 300 Quadratkilometer überflutet.

Wetter: *Im Norden wechselnd wolkig, sonst heiter. 19 bis 25 Grad.*

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher hofft auf baldige Öffnung Irans zum Westen

Regierung in Teheran gibt unterschiedliche Auffassung über Menschenrechte zu

BERNT CONRAD, Teheran

Die iranische Führung hat nach dem Eindruck von Bundesaußenminister Genscher die Grundsatzentscheidung getroffen, sich stärker als bisher nach Westen zu öffnen. Der Wunsch nach mehr Zusammenarbeit ist allen Gesprächen Genschers in Teheran, vor allem aber beim Treffen mit dem zweitwichtigsten Mann Irans, dem Parlamentspräsidenten Rafsanjani, zum Ausdruck gekommen. Genschers Schlußfolgerung vor seinem Rückflug nach Bonn: „Der Besuch hat sich in jeder Beziehung gelohnt, nicht nur im Interesse der Bundesrepublik."

Der Bundesaußenminister mußte allerdings erkennen, daß an eine rasche Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak derzeit nicht zu denken ist. Denn die Führung in Teheran stellt unverändert die Bedingung, daß zunächst der irakische Staatschef Saddam Hussein abtreten muß. Rafsanjani verlangte sogar, Saddam Hussein müsse vor ein Gericht gestellt werden, denn er habe den Krieg begonnen. Solange dieser Mann aktiv sei, könne es keine Sicherheit geben. Trotz dieser Haltung scheint sich in der Führung Irans aber die Bereitschaft zu engeren Kontakten mit Saudi-Arabien und anderen Golf-Staaten durchzusetzen. Rafsanjani schloß vor deutschen Journalisten die Annahme einer saudischen Einladung zu einer Pilgerfahrt nach Mekka nicht aus.

In der iranischen Presse kam eine vermutete Zeit politischen Umdenkens allerdings kaum zum Ausdruck. Im Gegenteil, der Bundesaußenminister wurde mit äußerst kritischen Kommentaren begrüßt. So äußerte sich die „Teheran Times" überrascht darüber, daß mit Genscher der Außenminister eines Landes eingeladen worden sei, das niemals die Islamische Revolution, sondern deren Feinde unterstützt habe. Das Blatt bezeichnete die Bundesregierung in Bonn als „Satelliten der amerikanischen Imperialisten". Das Parteiblatt „Jomhouri-e Eslami" nannte die Europäer pauschal „Handlanger Amerikas".

Von solchen pauschalen Vorwürfen war in den Unterredungen Genschers mit Außenminister Ali Akbar Velayati, Ministerpräsident Hossein Musavi, Finanzminister Hossein Namazi, Parlamentspräsident Rafsanjani und gestern auch Staatspräsident Ali Musavi Khamenei keine Rede. Kritik an der Bundesrepublik Deutschland gab es nicht. Bonner Diplomaten registrierten mit Erstaunen, daß die öffentlich immer wieder scharf attackierten Amerikaner und Israelis von den iranischen Gesprächspartnern überhaupt nicht erwähnt wurden. Das Klima der Unterhaltungen war nach deutschen Angaben offen und freundlich; der Außen- und der Finanzminister nahmen eine Einladung nach Bonn an.

Daß es in Iran noch Differenzen über den Kurs der Öffnung gibt, erwähnte Rafsanjani im Gespräch mit Genscher ganz unverblümt. Er verwies auf die Pressestimmen, die den Besuch aus Bonn kritisierten. Doch er ließ keinen Zweifel daran, daß die Entscheidung für eine solche Öffnung gefallen sei.

Als beachtlich bezeichnete es Genscher, daß die iranischen Regierungsmitglieder bereit waren, mit ihm aus-

Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Unterhaltungen

HERBERT KREMP

Wer die Berichte über die Reise des Bundesaußenministers nach Teheran aufmerksam verfolgt, findet keine schlüssige Erklärung für den Sinn dieser Ortsveränderung. Man sprach über Handelsbeziehungen, den Golfkrieg und die Menschenrechte. Genscher unterhielt sich mit dem mächtigen Parlamentspräsidenten Rafsanjani, dem Mann der berüchtigten „Revolutionswächter", der den Krieg bis zur Kapitulation Saddam Husseins fortsetzen will, und er redete mit Außenminister Velayati, dem der Krieg offenbar zu heiß wird und der sich deshalb bemühen darf, durch orientalische Diplomatie einen Keil zwischen die Golfstaaten und den Irak zu treiben. Der Minister konferierte auch mit anderen Führern und wurde darüber belehrt, daß die Schiiten einen anderen Begriff von Menschenrechten hätten als die Westler.

Das alles hätte der deutsche Botschafter in Teheran am Rande eines Urlaubs in der Heimat im Auswärtigen Amt berichten können. Da Ministerreisen aber erfolgreich sein müssen, wird in tüfteligen Analysen der Eindruck vermittelt, in den Köpfen der Mullahs sei ein „Umdenken" in Gang gekommen (daran kann Genscher nicht schuldlos sein), man habe sogar den Eindruck gewonnen, der Iran öffne sich gegenüber dem Westen. Es scheint angezeigt, diese These als unglaubhaft zu bezeichnen. Der Iran öffnet sich nicht, er befindet sich vielmehr in argen Schwierigkeiten: Die Islamische Republik ist isoliert – nicht nur von Seiten der USA, sondern ebenso von Seiten der Sowjetunion. Irak ist militärisch stärker, er führt einen sehr erfolgreichen Tankerkrieg. Der iranische Rohölexport ist um zwei Drittel gefallen, das Geld wird knapp. Zwischen der Armee und den Mullahs herrscht Unfriede wegen des Kriegs.

Dies ist ein glücklicher Augenblick, die deutsche Autorität zur Geltung zu bringen und den Iranern nicht nur eine Verbesserung der Handelsbilanz, sondern auch Ausbildungshilfe zu versprechen. Vor dem Führer von Qom sind seit 1979 anderthalb Millionen Bürger – überwiegend qualifizierte Gebildete und Spezialisten davongelaufen. Ob die Zahl von 20 000 politischen Hinrichtungen stimmt – die Opposition *nennt* diese Zahl – steht dahin; es sind jedenfalls so viele, daß die Organisation Amnesty International aufmerkte. Es gibt Folter und geheime Gefängnisse, die kein Koran rechtfertigt. Das Regime ist in der Wolle anti-westlich gefärbt, es unterstützt den Terrorismus bis Beirut.

Wird das jetzt ayatoleriert?

Moskau: Chiffrier- und Funkgeräte

Zöllner registrierten 207 Gepäckstücke in sowjetischem Lastwagen

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Rätsel um die tatsächliche Ladung des sowjetischen Lastwagens ist auch nach einer Inspektion durch deutsche Zollbeamte ungelöst: Die Beamten registrierten insgesamt 207 Gepäckstücke, die sie jedoch aufgrund der Wiener Konvention über die Behandlung von „Diplomatengepäck" nicht öffnen und näher untersuchen *konnten*. Möglicherweise bringen noch Blitzlichtbilder, die von den Zöllnern angefertigt wurden, weitere Aufschlüsse, wenn sie von Sicherheitsexperten analysiert werden. Der Verdacht, der Wagen diene zum verbotenen Technologietransfer oder zu Spionagezwecken, konnte somit nicht bewiesen werden. Die Sowjetunion erklärte gegenüber Bonn, in den Gepäckstücken befänden sich eine Sende- und Empfangsanlage für eine Funkstation, Chiffrier-Geräte und elektronische Materialien. Sie seien für die sowjetische UNO-Mission in Genf bestimmt gewesen.

Die Bundesregierung hatte in den zurückliegenden Tagen Spekulationen, wonach das Fahrzeug kein „normales Diplomatengepäck" enthalte, durch verschiedene Informationen genährt. Regierungssprecher Boenisch hatte gesagt, der Transporter sei schon in der Schweiz „Umwege" gefahren und in der Nähe des Militärflughafens Dübendorf gesichtet worden. Die Schweiz erklärte, sie könne diese Angaben nicht bestätigen. Von solchen Vorgängen wisse sie nichts.

Gegenüber den Schweizer Behörden hatten sich die Sowjets beharrlich geweigert, das Fahrzeug zu öffnen. Auf dem Rückweg in die Sowjetunion war es dann vom deutschen Zoll in Helmstedt gestoppt worden.

Seite 3:
Die Ladung bleibt im dunkeln

Es gab ein tagelanges diplomatisches Tauziehen zwischen Bonn und Moskau. Die Bundesregierung beharrte auf einer „Nachschau"; Moskau erhob offiziellen Protest. Am Sonntag kam es dann zu einer Übereinkunft. Kurz nach 6 Uhr fuhr der Lastwagen von Helmstedt in Richtung Bonn, eskortiert von Wagen des Zolls und der sowjetischen Botschaft. Am Mittag kam er auf dem Gelände der sowjetischen Botschaft an.

Zollbeamte vergewisserten sich über den Inhalt des Lastwagens. Die Inspektion dauerte rund eine halbe Stunde. Die sowjetische Botschaft erklärte anschließend, für sie sei die Angelegenheit erledigt. Aus Regierungskreisen in Bonn war zu hören, das Fahrzeug werde alsbald die Bundesrepublik in Richtung „DDR" verlassen. Moskau denke offenbar nicht daran, es wieder in die Schweiz zu schicken. Bonn sei aus prinzipiellen Gründen in dieser Sache „hart" geblieben, um Moskau gegenüber zu demonstrieren, daß es auch künftig nicht bereit sei, Container-Fahrzeuge als „Diplomatengepäck" zu akzeptieren. Allerdings wurde auch eingeräumt, daß das Ergebnis der Inspektion unbefriedigend sei, und zwar deshalb, weil man keinen Aufschluß über das tatsächliche Ladegut habe erreichen können. Eine Öffnung der Kisten und Säcke, die teils kyrillische Aufschriften trugen und mit sowjetischen Plomben versehen waren, ist nach den bestehenden Rechtsvorschriften nicht gestattet.

Warschau: Amnestie auf „Bewährung"

Jaruzelski will Wohlverhalten der Opposition erzwingen / Attacken gegen Bonn

DW. Warschau

Die zum 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Polen verkündete Amnestie für politische Häftlinge zielt offensichtlich darauf ab, über eine Wohlverhaltensklausel die Opposition zum Schweigen zu bringen. Wer bis Ende 1986 in ähnlicher Weise wieder straffällig wird, dessen Strafverfahren wird wiederaufgenommen beziehungsweise er muß den Rest der Strafe verbüßen. Dann allerdings wird er als Rückfalltäter eingestuft.

Partei- und Regierungschef General Jaruzelski ließ in einer Rede vor den Sejm-Mitgliedern keinen Zweifel an der Entschlossenheit Warschaus, in Zukunft hart vorzugehen. Jaruzelski: „Es kann und wird keine Rückkehr zur Anarchie geben." Die Wohlverhaltensklausel, verbunden mit der Drohung als Rückfalltäter eingestuft zu werden, ist vor allem auf die oppositionellen Intellektuellen gemünzt. Mitglieder des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR), die in der Hauptstadt vor Gericht stehen, haben wiederholt gesagt, sie wollten nicht amnestiert werden, sondern in einem Gerichtsverfahren ihre Unschuld beweisen. Jacek Kuron, der Hauptangeklagte, *hat bereits angekündigt, daß er seine* als Verteidigungsrede geplante Anklage gegen das Regime veröffentlichen wolle. Wird ihm das als Verbreitung falscher Nachrichten ausgelegt werden? Wird er als Rückfalltäter *wieder hinter Gitter wandern?*

Politische Beobachter sind auch gespannt, wie im Fall der beiden Priester Jerzy Popieluszko und Henryk Jankowski verfahren wird. Die Anklage wegen Mißbrauchs der Bekenntnisfreiheit wird offenbar fallengelassen. Wird man es ihnen als Rückfall ankreiden, wenn sie weiter das Regime von der Kanzel herab kritisieren? Auf diese Aspekte der Amnestie wies Arbeiterführer Walesa hin. Der Gnadenerlaß, sagte er, sei nicht akzeptabel, wenn die Gefangenen nach ihrer Befreiung zur Einschränkung ihrer Aktivitäten gezwungen würden. Und Kardinal Glemp trat in einem Brief an die Regierung dafür ein, daß wieder freie Gewerkschaften zugelassen werden.

Bogdan Lis, führendes Mitglied der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", bleibt auch nach der jetzt verkündeten Am*nestie in Haft. Er wird* des *Landesver*rats angeklagt werden. Im Falle eines Prozesses droht ihm und seinem Mitstreiter Pjotr Mierzejewski eine Strafe von mindestens zehn Jahren Gefängnis. Es kann aber auch die Todesstrafe verhängt werden.

Jaruzelski nutzte seine Sejm-Rede zu einer scharfen Kritik an der Bundesrepublik Deutschland. Eine der wichtigsten Voraussetzungen des Friedens, so der General, sei es, sich dem „großgermanischen Expansionismus unter dem Vorwand der sogenannten Wiedervereinigung entgegenzustellen". Die Beschlüsse von Jalta und Potsdam sowie die Bonner *Ost-Verträge seien die Grundlagen* für den Frieden in Europa. In der „Strömung des antipolnischen Revisionismus" finde man in Deutschland auch „katholische kirchliche Kreise, die die Fiktion der Diözesen-Einteilung aus der Vorkriegszeit aufrechterhalten".

Seite 2: Wenn Jaruzelski warnt

Tschernenko im Politbüro entbehrlich

DW. Moskau

Das Politbüro der sowjetischen KP ist in dieser Woche zu einer Sitzung zusammengetreten, obwohl Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko wegen seines Urlaubs abwesend war. Nach einem Bericht der Parteizeitung „Prawda" wurden auf der Sitzung die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen behandelt sowie die Ergebnisse der Gespräche, die Tschernenko und Außenminister Andrej Gromyko in der vergangenen Woche in Moskau mit UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar führten. Über den Zeitpunkt der Politbüro-Sitzung verlautete nichts. Wahrscheinlich fand sie aber bereits am Donnerstag statt.

Normalerweise führt im Politbüro der Staats- und Parteichef den Vorsitz. Tschernenko befindet sich jedoch seit Sonntag vor einer Woche im Urlaub. Die amtliche Nachrichtenagentur „Tass" hatte den Urlaubsantritt gemeldet, ohne jedoch den Aufenthaltsort Tschernenkos und die Dauer seiner Abwesenheit zu nennen.

Nach Ansicht westlicher Mediziner leidet der Kreml-Chef an einem Lungen-Emphysem und an Asthma. Das erklärt seine Kurzatmigkeit selbst im Sitzen und seine undeutliche Aussprache. Im vergangenen Jahr, als er sogar bei der Mai-Parade fehlte, soll er zudem zwei Herzinfarkte erlitten haben. Seither hat er Schwierigkeiten, den rechten Arm zu heben. Mit Direktübertragungen von Tschernenko-Auftritten hält sich das sowjetische Fernsehen zurück, seit er im März bei einer vom Blatt gelesenen Rede aus dem Text kam.

„Kohl bot 1983 Strauß den Vizekanzler an"

ms. Bonn

In dem – einstweilen noch theoretischen – Streit zwischen FDP und CSU, ob der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß das Amt des Vizekanzlers in Bonn beanspruchen kann, ist von CSU-Seite auf ein Faktum aus dem Jahre 1983 hingewiesen worden. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, erklärte gestern der WELT, Bundeskanzler Helmut Kohl habe nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 Strauß das Amt des Bundesministers der Verteidigung, verbunden mit dem Posten des Vizekanzlers, angeboten. Bisher war diese Offerte so konkret nicht dargestellt worden.

FDP-Generalsekretär Haussmann hatte in den vergangenen Tagen erklärt, solange CDU und CSU in Bonn eine Fraktion seien, könne aus ihren Reihen heraus die Vizekanzlerschaft – sie liegt derzeit bei Genscher – nicht beansprucht werden. Waigel: Hauss*mann* „irrt". Die Koalitionsvereinbarung sei nicht von den Bundestagsfraktionen, sondern zwischen den drei Parteien CDU, CSU und FDP abgeschlossen worden. Zudem habe der Kanzler bereits nach der Bundes*tagswahl* ein *entsprechendes Angebot* an Strauß unterbreitet.

Im übrigen riet Waigel den Freien Demokraten, ihre „Berührungsängste gegenüber der CSU und deren Vorsitzendem im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit in der Koalition abzubauen". Die CSU jedenfalls sei nicht daran interessiert, das „Spektakel", von dem Haussmann gesprochen habe, fortzusetzen.

Nach „Schnitzer" brach Duarte Portugal-Besuch ab

Den Premier mit „Präsident" angeredet / Eanes verärgert

DW. Lissabon

Der Präsident von El Salvador, José Napoleon Duarte, hat bei seinem *offiziellen* Besuch in Portugal einen diplomatischen „Schnitzer" begangen und seine Visite vorzeitig abgebrochen. Er flog am Sonntag ohne Begründung seiner Absage eines noch vorgesehenen Treffens mit dem *portugiesischen Staatspräsidenten* General Antonio Ramalho Eanes nach Washington ab, wo er heute mit Präsident Ronald Reagan zusammentreffen soll.

Duarte hatte bei seiner Ankunft in Portugal am Samstag auf dem Lissabonner Flughafen den sozialistischen Ministerpräsidenten Mario Soares gelobt und ihn vor Journalisten mit „Präsident" angesprochen. Den ganz in der Nähe stehenden wirklichen Staatspräsidenten Eanes erwähnte Duarte nicht. Eanes wandte sich deshalb ärgerlich ab und stellte sich hinter eine Gruppe von Journalisten. Der sich als unabhängig verstehende Eanes und der Sozialist Soares gelten als erbitterte politische Gegner. Der verwirrte Duarte setzte seine Erklärung fort.

Das portugiesische Präsidialamt teilte am Sonntag mit, der überraschende Aufbruch Duartes und die Absage des Treffens mit Eanes seien auf Initiative des mittelamerikanischen Politikers erfolgt. Duarte war am Samstag mit Ministerpräsident *Soares zusammengetroffen*, wobei er um politische Unterstützung für seine Regierung warb.

Lissabon war die letzte Station der Europareise Duartes, die ihn zuvor nach Bonn, Paris, Brüssel und London geführt hatte. In Portugal hatten die oppositionellen Christdemokraten Duartes Besuch begrüßt. Die Parteien der Regierungskoalition – Sozialisten und Sozialdemokraten – hatten keine Stellungnahme abgegeben. Die Kommunistische Partei Portugals und die portugiesische Sektion der für die Wahrung der Menschenrechte eintretenden Organisation „amnesty international" hatten den Besuch des salvadorianischen Präsidenten negativ kommentiert.

Arbeiterpartei liegt in Israel vorne

DW. Jerusalem

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei kann bei den Wahlen an diesem Montag mit einem klaren Sieg rechnen, jedoch nicht mit einer ausreichenden Mehrheit für die Regierungsbildung. Drei verschiedene Umfrage-Ergebnisse, die gestern von der unabhängigen Zeitung „Jediot Acharonat" veröffentlicht wurden, sagen für die Arbeiterpartei 46 bis 49 der 120 Sitze des Parlaments vorher. Der Parteienblock Likud, der seit 1977 die Regierung führt, kam bei den Umfragen (unter jeweils rund 1200 Israelis) auf 37 bis 40 Sitze. Die Prognose deuten auf langwierige Verhandlungen mit möglichen Koalitionspartnern hin: An den Wahlen beteiligen sich insgesamt 27 Listen, von denen bis zu 16 in das Parlament in Jerusalem einziehen könnten.

Kampfflugzeuge für Iran

DW. London

Amerikanische Kampfflugzeuge des Typs F 5 sollen nach einem Bericht der jüngsten Ausgabe der britischen Sonntagszeitung „Observer" von den Vereinigten Staaten über die Türkei nach Iran gebracht worden sein. Ein Makler der Londoner Versi*cherungsgesellschaft* Lloyd sei mit der Versicherung des Transports von 25 F 5 von den USA in die Türkei beauftragt worden, berichtet das Blatt. Nach „Berichten verschiedener anderer Informanten" seien die Ma*schinen* letztlich *für Iran* bestimmt, heißt es. „Aber niemand will das Geschäft zugeben."

Die iranische Luftwaffe hat noch aus der Zeit des Schah F-5-Überschall-Kampfflugzeuge. Aber nur einige Dutzend seien noch einsatzfähig.

Lockern USA die Sanktionen?

DW. New York

Nach der von der polnischen Re*gierung verfügten Amnestie* für politische Häftlinge werde US-Präsident Ronald Reagan wahrscheinlich in Kürze eine weitere Lockerung der Sanktionen gegen Polen genehmigen, berichtete gestern die „New York Times". Als wahrscheinlich gelte, daß der polnischen Luftverkehrsgesellschaft LOT wieder Linienflüge in die USA gestattet werden und daß Beschränkungen bei dem von den USA finanzierten wissenschaftlichen Austauschprogramm aufgehoben werden. Beamte des US-Außenministeriums erklärten, da wegen Polen bereits Konsultationen der USA mit anderen NATO-Partnern stattgefunden hätten, sei es wahrscheinlich, daß auch andere Staaten ähnlich auf die Amnestie reagierten.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ende durch Arbeiterdruck

Von Wilhelm Furler

Das Ende des britischen Hafenarbeiterstreiks kam nach elf Tagen genauso überraschend, wie der Ausstand begonnen hatte. Weder die Überredungskunst der Schlichter, noch etwa eine besondere Generosität der Arbeitgeber oder verstärkter Druck einer besorgten Regierung haben zum Einlenken der Docker geführt. Letztlich waren es die aufgebrachten Lkw-Fahrer in Dover und Calais.

Ihr wachsender Zorn über einen Arbeitskampf, von dem sie selbst zunächst als einzige unmittelbar betroffen waren – und ihre Entschlossenheit, nicht nur den Reiseverkehr, sondern auch die Hafenanlagen zu treffen – jagte den Gewerkschaftsfunktionären in Dover blanke Angst ein. Nachdem aber Dover erst einmal aus der Streikfront ausgebrochen war, blieb den Gewerkschaftsführern nicht viel anderes übrig, als den schon längst vorliegenden Kompromißvorschlag zu akzeptieren.

Wurde hiermit auch der Anfang vom Ende beim zwanzigwöchigen Ausstand der Bergleute eingeleitet? Es könnte gut sein. Der Docker-Streik war vom linksradikalen Chef der Bergarbeiter-Gewerkschaft, Scargill, und seinen streikbesessenen Genossen ausgeschlachtet worden. Seit die Hafenarbeiter wieder an die Kais zurückgekehrt sind, ist Scargill tiefer in die Isolation geraten als je zuvor.

Wie es ein führender Politiker formulierte: Der militante Gewerkschaftspräsident kämpft jetzt allein mit seiner fanatischen Bergarbeitertruppe nicht nur gegen die staatliche Kohlebehörde und gegen die Regierung, sondern auch gegen tausende eigener Gewerkschaftsmitglieder, die Steuerzahler, die Arbeitslosen und schließlich gegen das Gesetz. Es ist ein aufreibendes Gefecbt an sechs Fronten.

Denn nicht nur kann sich die Regierung jetzt auf Gegenpropaganda ausschließlich gegen den Kohlestreik konzentrieren – womit sie am Wochenende bereits intensiv begonnen hat. Sondern nach der kurzen und weitgehend politisch motivierten Streikepisode der Hafenarbeiter muß eigentlicb auch dem letzten Briten klargeworden sein, daß privilegierte Gruppen auf seinem Rücken ein makaberes Spielchen treiben. Das allerdings mit gebührender Entschlossenheit auch rascb beendet werden kann.

Nicht zu langsam

Von Enno v. Loewenstern

Strauß und seine Partei haben recht und können nicht genug darin bestärkt werden, daß Familienpolitik eine unserer wichtigsten Aufgaben ist. Natürlicb wird es immer Zweifel geben, ob ein paar tausend Mark mehr oder weniger den Unterschied zwischen einem aufblühenden und einem aussterbenden Volk bilden. Doch mag das dahingestellt bleiben, wenn die Koalition die Mittel für eine neue Familienpolitik aus dem Sozialhaushalt herausschneidet. Daß dieser Horrordimensionen angenommen hat, weil von 750 Milliarden DM jährlicher Steuereinnahmen 550 Milliarden für Sozialzwecke verbraucht werden, darauf weist gerade die CSU immer wieder hin.

Nun hört man gleichzeitig, daß einer „Verlangsamung" der Stoltenberg'schen Haushaltskonsolidierung das Wort geredet wird, teilweise sogar mit der Bemerkung, der Wähler frage eh nicbt mehr nach diesem Thema, um dessentwillen er doch 1983 die Wende mit dieser Koalition wählte. Das wäre verfehlt. Des Wählers Gedächtnis reicht sehr wohl über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinaus. Mehr Steuergerechtigkeit würde er begrüßen und dafür vielleicht auch eine gewisse „Verlangsamung" hinnehmen; ein Wachsen der Transferleistungen würde er nicht schlucken. Aber die CSU selber warnt ja davor; verlassen wir uns hier auf sie, daß sie den guten Neubeginn richtig anpackt.

Ein Weg, die Sozialbelastungen zu senken und die geistig-moralische Wende zu stärken, wäre die Abschaffung der Abtreibung auf Krankenschein. Dies aber wurde nur „langfristig" gefordert; zunächst will man allenfalls beim Bundesverfassungsgericht klären, ob diese Praxis gerecbtfertigt sei. Das wäre eine kuriose Variante des Instituts der Verfassungsklage, wenn eine Regierung beim Gericht anfragt, ob etwas verfassungswidrig ist, was sie zwar macht, aber im Grunde mißbilligt. Gewiß, die Mehrheitsverhältnisse in der Regierung, sie sind nicbt so. Aber draußen hat sich einiges gewandelt. Wer furchtlos fragt, was alle Familiengeschenke nützen sollen, wenn zugleich die Familienreduzierung subventioniert wird, wer gar die Frage nach der Moral stellt - der könnte ein überraschend starkes Echo erhalten.

Überfordert in Genf

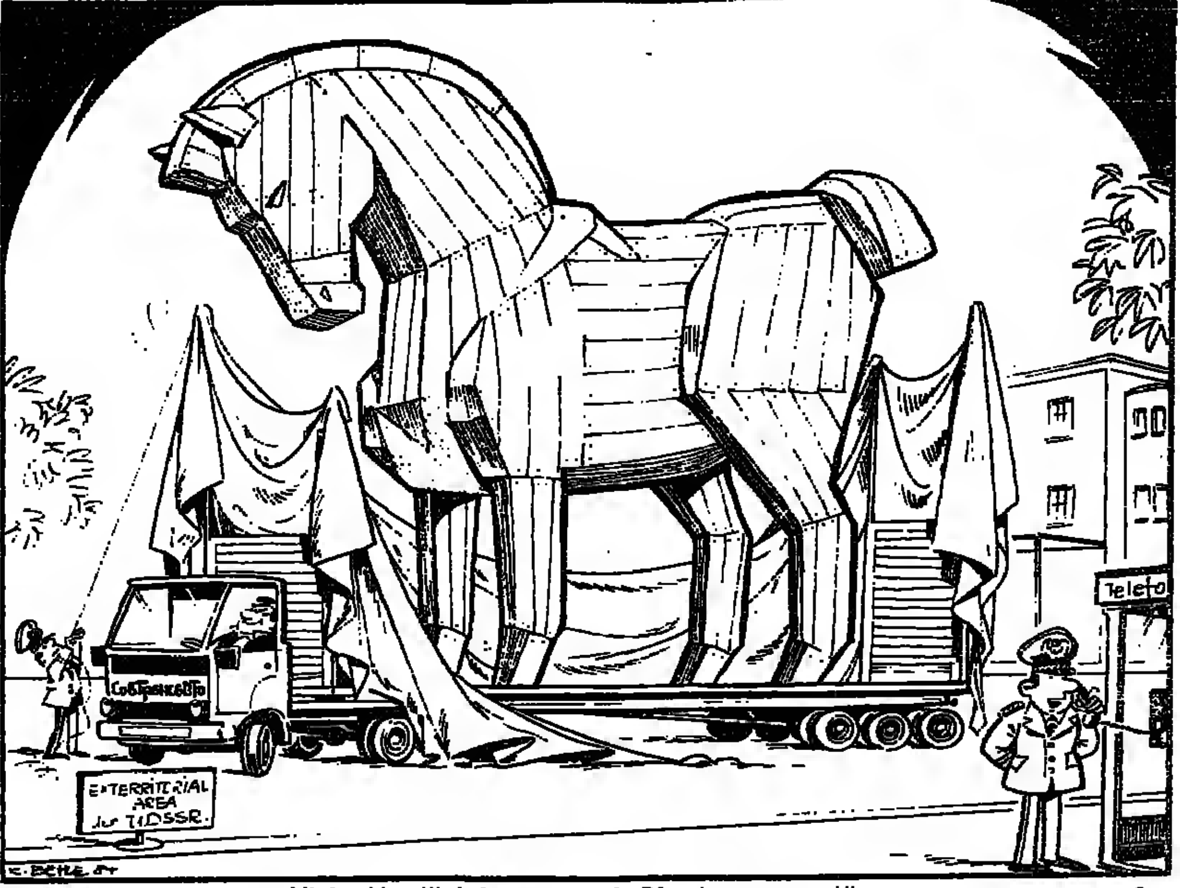
Von Fritz Wirth

Wer nach vorübergehender Lähmung wieder die ersten Gehversuche startet, nimmt nicht gleich zu Beginn Anlauf zu einem Hochsprungrekord. Die britisch-argentinischen Beziehungen sind seit dem Falkland-Krieg paralysiert. Daß die ersten tastenden Wiederherstellungsversuche in Bern zusammenbracben, hat genau diesen Grund: Die Argentinier legten sogleich die Latte in Rekordhöhen, indem sie darauf bestanden, die Souveränitätsfrage über die Falklands zu diskutieren.

Die neugewählte argentinische Regierung hat mit dem törichten Krieg der Generalsjunta vor ihr nichts zu tun. Das enthebt sie nicht dem Zwang zur Einsicht, daß sie London mit dem Verlangen überfordert, bereits zwei Jahre nach diesem Krieg, der mehr als 250 britische Soldaten das Leben kostete, die neuen Realitäten, die dieser Krieg schuf, am grünen Tisch zu revidieren. Der britische Weg der kleinen Schritte, der das Realistische und zunächst Notwendige anstrebt, ist mit Sicherheit der vernünftigere.

Das soll und kann nicht heißen, daß die Souveränitätsfrage endgültig vom Tisch ist. Es gibt langfristig für die Briten keinen überzeugenden Grund, dieser Diskussion auszuweichen. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sie dies auch wissen und einsehen. Die argentinische Regierung ist gut beraten, die Äußerungen des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe zu diesem Thema in den letzten zwölf Monaten genau zu studieren. Sie wird nicht entdecken, daß Howe die Diskussion dieser Frage grundsätzlich und für alle Zeit ausgeschlossen hat.

Der Zusammenbruch der Berner Gespräche ist ein schwerer Rückschlag für beide Seiten. Ohne unhöflich zu sein gegenüber jenen, die dieses Treffen so mühsam arrangierten – es bleibt zu fragen, ob sie sich mit dieser Aufgabe nicht übernommen hatten. Es gibt gute Gründe für die Empfehlung, daß der nächste Annäherungsversuch von einem Schiedsrichter inszeniert wird, der auf beiden Seiten mehr Autorität genießt und mehr Durchsetzungsvermögen besitzt. Beispielsweise den Vereinigten Staaten.



„Nichts Verdächtiges – nur ein Pferdetransport!" KLAUS BÖHLE

Wenn Jaruzelski warnt

Von Carl Gustaf Ströhm

Nach der Amnestie, die der Warschauer Sejm am Wochenende verkündete, wird Polen demnächst wieder ein Land ohne, oder genauer gesagt: fast ohne politische Gefangene sein. Nicbt amnestiert werden nämlich jene politischen Häftlinge, denen man „Spionage" und „Verrat" vorwirft, unter ihnen der aus dem Untergrund verbaftete „Solidaritäts"-Funktionär Bogdan Lis.

Immerhin, viele gehen frei. Beginnt damit die von vielen Seiten immer wieder beschworene nationale Versöhnung der Polen? Offenbar hat sich Jaruzelski in dieser Phase sowohl gegen die Scharfmacher im Partei- und Polizeiapparat als auch gegen die Sowjets durchgesetzt. Weder dem Kreml noch der polnischen Gebeimpolizei kann es besonders angenehm sein, daß etwa die sogenannten „Umstürzler" aus der Untergrund-„Solidarität" und aus dem „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR) wieder frei herumlaufen. Die meisten dieser bisberigen Gefangenen – man denke etwa an Jacek Kuron oder Adam Michnik – sind unerschrockene Männer, die sicb ihre Schneid nicht abkaufen ließen. Selbst wenn es gelingen sollte, den Widerstandswillen der Amnestierten zu bremsen und sie unter eine totale Polizeikontrolle zu stellen, kann doch niemand dafür garantieren, daß ihr Beispiel nicht bei anderen Schule macht.

Jaruzelski mag es als Raison betrachten, „Schlimmeres" durch Schlimmes zu verhüten. Die geographische und geistige Lage Polens vermag auch er nicht zu ändern. Die Polen haben seit 1945 immer wieder den Versuch unternommen, das sowjetische System abzuschütteln oder wenigstens – wie etwa 1956 beim berühmten „Frühling im Oktober" – abzumildern. Alle Hoffnungen zerschellten bisher an den machtpolitischen Realitäten. Hinzu kommt, daß die kommunistische Wirtschaftspolitik diesen an Rohstoffen, Industrie und Landwirtschaft reichen Staat in einen hochverschuldeten Almosenempfänger verwandelt hat.

General Jaruzelski steht also vor der Frage, was er seinem Volk an Zukunftsperspektiven zu bieten vermag. Eine „Polonisierung" des von den Sowjets übertragenen Herrschaftssystems scheitert am Widerspruch Moskaus, am Mißtrauen der kommunistischen Nachbarn und an der Furcht der etablierten polnischen KP-Kader vor dem Verlust der Macht. Eine Wirtschaftsreform ist bisher nicht zustande gekommen, weil das Vertrauen und damit die „Motivation" der Bevölkerung fehlt. Die Verhängung des Kriegsrechts und das Ende des sechzehnmonatigen Traums von Freiheit – die „Solidarität" hatte immerhin zehn Millionen Mitglieder – haben ein Trauma hinterlassen, dessen Fernwirkungen heute nicht abzuschätzen sind.

Ein Blick auf die Landkarte muß aber dem General in Warschau die Gefahren drastisch vor Augen führen. Im Corps der mit Moskau verbündeten Staaten hat Polen seine Rolle als Primus inter pares, die es etwa noch in den fünfziger Jahren spielte (man denke an den damaligen Außenminister Adam Rapacki und seine Europa-Pläne) längst eingebüßt. Die westlichen, nicht zuletzt westdeutschen Kredite, die in den siebziger Jahren zu einer Scheinblüte der polnischen Wirtschaft (und damit des Regimes) führten, sind versiegt. An ihre Stelle treten schwierige, manchmal auch demütigende Schuldenregulierungsverhandlungen. Mit großem Mißtrauen sieht man in Warschau, daß die Bundesrepublik ihre Milliardenkredite jetzt in Richtung „DDR" lenkt – ja, daß es so etwas wie ein subtiles politisches Zusammenspiel zwischen Bonn und Ost-Berlin zu geben scheint. Es ist deshalb mehr als ein Zufall, wenn Jaruzelski die Amnestie mit einem Angriff gegen den angeblichen „großgermanischen Expansionismus" verknüpft. Jaruzelski will damit wohl nicht nur die einzige politiscbe Pseudolegitimation reaktivieren, über welche die polnischen Kommunisten seit 1945 gegenüber ihrem eigenen Volk verfügen: Die These nämlich, daß Polen das sowjetisch oktroyierte System und die Moskauer Hegemonie schlucken müsse, weil sonst die deutschen Ostland-Reiter sich wieder in Marsch setzten. Anscheinend möchte er auch im Gesamtblock etwas bewirken.


Amnestie, keine nationale Versöhnung: Jaruzelski FOTO: AP

Allerdings ist eine solche Weltsicht am Ende des 20. Jahrhunderts so veraltet, daß sie vor allem bei den Polen der jüngeren Generation nicht ernstgenommen wird. Denn jene „Germanen", mit denen es Polen heute in erster Linie zu tun hat, sind nicht die Deutschen jenseits der Elbe, sondern die SED-Funktionäre jenseits der Oder. In der „DDR" aber herrscht nicht die allgemeine Polen-Freundlichkeit, wie sie im deutschen Westen sogar bei schlesischen Heimatvertriebenen üblich ist. Während wiederum die Aufstellung der Statue Friedrichs des Großen Unter den Linden zu Protesten und heftigen ideologischen Qualen in Warschau geführt hat.

Die Frage, die Jaruzelski sich bis heute nicht zu beantworten vermag, lautet nämlich: Ist das gesamtdeutsche Zusammenspiel zwischen Bundesrepublik und „DDR" ein Alleingang Honeckers ohne Moskaus Segen? Dann ist es angebracht, die völlig unmarxistische und unkommunistische Formel vom „germanischen Expansionismus" einzusetzen, um vor allem Ost-Berlin in Moskau zu denunzieren. Oder aber – ist Honeckers Politik gegenüber Bonn mit den Sowjets abgesprochen? Dann könnte das kommunistische Regime Polens in den Sog einer sowjetischen Westkonzeption geraten, die für Warschau nicht ohne Gefahren wäre. Denn eines weiß der polnische General genau: In Moskau sind alle Polen von Grund auf suspekt – die Roten ebenso wie die Weißen.

IM GESPRÄCH Gisela Rheker

Unsere Dame in Belgrad

Von Evi Keil

Das zweitälteste Gewerbe der Welt, das auch einen schlecbten Ruf hat – Charakterisierung der Diplomatie durch den ehemaligen britischen Botschafter in Bonn, Sir Frank Roberts – galt seit je als männliche Domäne, trotz des berühmten Spruches, daß Frauen doch bessere Diplomaten seien. Beide Einschätzungen sind überholt: einmal ist der Kontakt zwischen den Regierungen heute zu eng, als daß man die Schuld an irgendwelchen Schwierigkeiten noch grundsätzlich den Diplomaten anlasten könnte, und zweitens, wie Gisela Rheker treffend bemerkt: „So ein seltenes Exemplar bin ich ja auch nicht mehr im Auswärtigen Amt." Es gebe immerhin noch einen weiteren weiblichen Botschafter, Dorothea von Rossum in Malawi.

Malawi ist weit, Belgrad ist nahe, und dort löst die erfahrene Diplomatin einen unserer umstrittensten Vertreter ab, Horst Grabert, vormals Willy Brandts Kanzleramtscbef, der jetzt nach Duhlin geht. Frau Rheker leitete zuletzt die Unterabteilung für Personalangelegenheiten in der Zentrale in Bonn. Sie wurde 1923 in Lintfort, Moers, geboren und trat mit einem Dr.phil. verseben 1952 in den Auswärtigen Dienst ein. Das Besondere ihrer Karriere: Sie gehörte mehrfach zu den Pioniermannschaften in deutschen Auslandsvertretungen.

1955 his 1957 war sie in Rom, zunächst in der Kulturahteilung. 1965 nahm sie der erste deutsche Botschafter in Israel, Rolf Pauls, mit nach Tel Aviv, wieder als Kulturreferentin. Immerhin handelte es sich „um eine riesige Aufgabe mit psychologischer Belastung". Man habe sich dort oft im Kontakt mit aus Deutschland stammenden Israelis gefragt: „Warum sind diese Menschen nicht mehr bei uns?" Gerade im Bereich der Kultur waren die Beziehungen zunächst sehr schwierig; hier bewährte sich ein mehr als diplomatischer Takt gegenüber den Gefühlen der Überlebenden. Immerhin konnte man dazu beitragen, daß deutsche Jugendliche Israel besuchten, um den Aufbau des Staates kennenzulernen. Daneben gab es wissenschaftliche Kontakte.


Erfahrung auf schwierigen Posten: Gisela Rheker FOTO: POLY-PRESS

Dann gehörte Gisela Rheker zur ersten Botschaftsmannschaft in Warschau. Dort, von 1973 his 1977, war sie Gesandtin und Ständige Vertreterin des Botschafters. Hier gah es große Schwierigkeiten anderer Art: Neben dem schweren Leid, das die Polen im Krieg erfuhren, „mußten wir jetzt auch immer wieder die Nöte der Deutschen sehen, die heraus wollten". „Nach schwierigen Jahren etwas anderes zu machen", hatte sicb Gisela Rheker gewünscht. Sie ging 1977 in die Kulturabteilung des AA und zog sich den Haustitel „Goethe-Tante" zu, weil sie für die deutschen Goethe-Institute im Ausland zuständig wurde.

Jugoslawien wurde jetzt ihr „Wunschposten". Die „faszinierende Nahtstelle Ost-West, die Rolle Jugoslawiens als blockfreies Land und seine Bedeutung hierin auch für die Dritte Welt, hat mich gepackt". Frau Rheker nimmt zur Zeit in Bonn serbischen und kroatischen Sprachunterricht. „Nach jeder Unterrichtsstunde komme ich wie ein neuer Mensch heraus." Die Botschafterin wandert übrigens in ihrer Freizeit gern im Hochgebirge, außerdem ist sie passionierte Hobbygärtnerin.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Zum Sowjet-Lkw heißt es in der Bielefelder Zeitung:

Mit „Diplomatengepäck" haben wir ja nun schon die tollsten Überraschungen erlebt ... Die Kugelspritze im Geigenkasten, der Entführte in der Luftfrachtkiste – kleine Fische, wo die (Neun-)Tonnen-Ideologen gleich mit Lkw-Ladungen kommen. Sage keiner, es gehe ums Prinzip. Wär's doch ein Fressen, die Verdachtschöpfer zu hlamieren. Ein Fressen für den sowjetrussischen Bären, den man uns wohl gern aufgebunden hätte.

Schwarzwälder Bote

Was aber, wenn der geheimnisvolle Transporter auf ebenso geheimnisvolle Weise im Sommerloch politischer Ferienstille verschwindet, ohne sein Geheimnis preiszugeben? Wahrlich, ein Stoff für Satiriker, so es sie noch gibt.

Die Presse

Zum Ende des Dockerstreiks in Großbritannien heißt es in der österreichischen Tageszeitung:

Zieht man allerdings die gegen die Gewerkschaftsführung aufgebrachte Öffentlichkeit in Betracht, dann möchte man meinen, daß weniger ein „vernünftiger Kompromiß" die Dokker zum Streikahbruch bewegte als vielmehr doch, wenn auch geleugnet, die massiven Drohungen der noch aufgebrachteren Lastwagenfahrer. Erinnert man sich schließlich an die keineswegs vergessenen deutschen Streiks, dann verbindet die „Streikfront", daß da wie dort ihre offenbare Unpopularität ein ernstzunehmendes Novum war.

KURIER

Zur neuen französischen Regierung meint das österreichische Massenblatt:

Die Regierungsumbildung und der Austritt der Kommunisten aus der französischen Regierung haben zweierlei bewiesen: erstens die politische Klugheit und Entschlußkraft von Präsident Mitterrand. Und zweitens, daß man heute in (West-)Europa nicht mehr einen betont linken Kurs steuern kann.

BERLINER MORGENPOST

Hier heißt es zum UN-Menschenrechtsausschuß:

Der „DDR"-Vertreter in Genf versuchte die Ungeheuerlichkeit des Schießbefehls zu verharmlosen, indem er behauptete, dieses barbarische Vorgehen habe in „anderen demokratischen Ländern" eine Entsprechung. Das ist eine Lüge, eine infame dazu.

BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt äußert sich zum Verhältnis Bonn–Moskau:

Die Frage ist, oh die Bundesregierung einfach nur unberechtigten Tadel zurückweisen und ansonsten abwarten soll oder oh sie den Versuch unternehmen sollte, durch Gespräche auf hoher Ebene den Nebel zu lichten und die Kaltfront zu stoppen. Inzwischen wirkt die Deutung, die harten Worte aus Moskau seien nur eine Begleiterscheinung der Kontroverse zwischen UdSSR und USA ... allzu verharmlosend.

Der Schießbefehl wird beschönigt, aber nicht bestritten

Die Ostberliner Diplomatie im UN-Menschenrechtsausschuß / Von Heinz Bartb

Knapp zwei Monate vor dem als verheißungsvolle Wende der innerdeutschen Beziehungen angekündigten Besuch, den Erich Honecker Ende September der Bundesrepublik abstatten soll, hat die „DDR" vor der Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen, was die mörderischen Zustände an der Zonengrenze betrifft, die Maske fallen lassen. Offenbar hielt sie diesen Zeitpunkt für besonders geeignet, Schießbefehl und Todesautomaten als normale Maßnahmen mit einer Eiseskälte zu recbtfertigen, die im voraus bestätigt, daß sie zwar gern Milliardenkredite nimmt, aber nicht daran denkt, an den bestehenden Zuständen etwas zu ändern.

Wie alle Unterorganisationen der UNO wird auch ihr aus 43 Mitgliedern bestehender Menschenrechts-Ausschuß seit langem von einer Mehrheit der Länder beherrscht, die man in Ost-Berlin gern als „demokratisch" bezeichnet. Es war nicht das erste Mal, daß sich die Genfer „DDR"-Vertreter bei den Delegationen des sozialistischen und blockfreien Lagers ein Alibi für die kriminellen Verhältnisse an der Grenze im geteilten Deutschland zu verschaffen suchte. Auch in anderen demokratischen Ländern, so belehrte sie die übrigen Mitglieder der Kommission, gebe es Grenzbestimmungen, die denen an der Zonengrenze in etwa entsprächen.

Dieser unzumutbare Vergleich dürfte nicht allen jenen Ländern geschmeckt haben, die in der Regel vor dem Genfer Gremium auf der Seite der „DDR" zu finden sind. Immerhin hält von den nicht zum Sowjetblock gehörenden Staaten keiner seine Bevölkerung hinter Mauern und Stacheldraht gefangen. Und keiner ist so tief gesunken, diejenigen mit dem Tod zu bedrohen, die ihm entfliehen möchten. Dennoch konnte das „DDR"-Regime auch diesmal wieder mit der Unterstützung, die es im Menschenrechts-Ausschuß fand, zufrieden sein. Bei der ideologischen Einseitigkeit, die der Leitgedanke der Weltorganisation geworden ist, war es nicht besonders erstaunlich, daß auf der letzten Tagung der Kommission die meisten der mehr als sechzig angenommenen Entschließungen ein ausgeprägt anti-westliches Vorzeichen hatten.

Wie gewöhnlich saßen wieder Israel, Südafrika und die übrigen Staaten des „imperialistischen" Blockes neben den Vereinigten Staaten auf der Anklagebank, während sich der Ausschuß auch im sechsten Jahr des im Iran herrschenden Terrors noch immer nicht zu einer Untersuchung, geschweige denn Verurteilung des unmenschlichen Khomeini-Regimes aufraffen konnte. Rudolf Frambach, der stellvertretende Chef der Genfer „DDR"-Vertretung, rühmte öffentlich den „maßgeblichen Anteil", den Ost-Berlin an dem Genfer „positiven Gesamtergebnis" gehabt habe. Als positiv im Sinne der „DDR" darf verstanden werden, daß es ihr gelang, durch langatmige Diskussionen des Ost-West-Konfliktes von dem zentralen Thema der Menschenrechtsverletzungen an der Zonengrenze weitgehend ahzulenken.

Wo sich die Erörterung dieser peinlichen Frage trotzdem nicht gänzlich vermeiden ließ, ging die ostdeutsche Delegation zur Taktik dummdreister Beschönigungen über. In ihrer Darstellung wurde der Schießbefehl beinahe zu einer humanitären Maßnahme. Auf Frauen und Jugendliche, so beteuerte der „DDR"-Vertreter, solle an der innerdeutschen Grenze „falls möglich" nicbt geschossen werden, was im Klartext nichts anderes heißen kann, als daß es durchaus erlaubt, ja vielleicht sogar erwünscht ist, sie von den Wachttürmen gezielt niederzuschießen. Als Beweis für das untadelige Rechtsbewußtsein der „DDR" wurde ferner angeführt, daß „im Prinzip" nicht ohne Warnschuß auf Republikflüchtlinge gefeuert werden solle – es sei denn im Fall einer „unmittelbaren Gefahr". Welcher Art diese Gefahr sein könnte, bedarf keines längeren Nachdenkens: Es wird geschossen – und zwar schnell und ohne Vorwarnung, sobald das Risiko droht, daß eine Republikflucht gelingen könnte.

Da braucht sich niemand mehr über die zutreffende Behauptung zu wundern, daß in Mitteldeutschland seit 1978 keine Todesurteile mehr verhängt oder vollstreckt worden sind. Ein menschenfeindlicher Staat, der seinen Bürgern den Tod im Vorgriff verordnet, bedarf keiner Todesurteile mehr. Wundern muß man sich hingegen über etwas ganz anderes – darüber nämlich, daß die „DDR" es für zweckmäßig hält, sich vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen mit einer an Provokation grenzenden Offenheit zur angeblichen Rechtmäßigkeit des Schießbefehles zu bekennen. In Bonn sollte man sich fragen, welchen Sinn der bevorstehende Honecker-Besuch in der Bundesrepublik noch haben kann, wenn solche Herausforderungen die Basis einer Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten sein sollen.

Der Streit über einen Blickwinkel oder Darum ist es am Rhein so schön

Jeden Tag werden in der Bundesrepublik 165 Hektar Naturlandschaft zerstört. Vor diesem Hintergrund schwelt zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Städtchen Oberwesel seit anderthalb Jahren ein Streit um die Frage: Kann der Staat eine Stadt daran hindern, sich selbst zu verschandeln?

Von JOACHIM NEANDER

Wer südlich von Koblenz den Rhein stromaufwärts fährt, dem fällt vom Schiff aus gleich nach der Loreley auf der anderen, der rechten Seite das beeindruckende Bild des Städtchens Oberwesel ins Auge. Links oben die frisch und denkmalgerecht (vielleicht aber nicht unbedingt schön) renovierte Schönburg, heute Hotel und Jugendburg, darunter auf halber Höhe des Hangs die fast unversehrte mittelalterliche Kernstadt mit Liebfrauenkirche, Stadtmauer samt Türmen und Fachwerkhäusern. Gewiß, unten am Ufer, vor der Stadtmauer stören der Bahndamm (seit über 100 Jahren) und die stark befahrene B 9 (seit den 50er Jahren) das Bild ein wenig. Aber ansonsten ein Postkarten-Panorama. Der deutsche Rhein, Geschichte, Kulturlandschaft, wie anderswo nur noch selten so zu haben.

Gleich oberhalb dieser Dampfertouristen-Idylle leuchtet ein grüner Hang, sozusagen ein Teil der Umrahmung des Stadtbildes. Daß dieser Hang („Auf'm Michelfeld" lautet der folkloristische Gemarkungsname) demnächst vielleicht sogar Prozeßgegenstand werden soll, sieht ihm niemand an. Die Stadt Oberwesel will hier nämlich 60 Einfamilienhäuser bauen lassen.

„Sechzig Schuhkartons, entsetzlich!", jammern die Gegner dieses Projekts. Sie sitzen – und auch dies unterscheidet die Sache von anderen Paradefällen in Sachen Umwelt- und Landschaftsschutz – nur in relativ geringer Zahl in Oberwesel selber. Im Gegenteil, im Stadtparlament (10 CDU, 4 SPD, 4 Freie Wähler, 1 FDP) ist man einhellig für das Bauen. Und es wäre völlig verfehlt, dahinter nur Interessenklüngel, Spekulation oder Wachstumswahn zu wittern, wie das in der Öffentlichkeit teilweise getan wurde.

Auch das, gewiß, kommt mit ins Spiel. Zwar besitzt nur ein einziger Abgeordneter im Oberweseler Stadtrat selbst eine Parzelle des zum Bauland erkorenen Michelfelds. Aber immerhin weitere neun müssen bei Abstimmungen zu dieser Sache den Raum verlassen, weil unter den rund 100 Grundstücksbesitzern nahe Verwandte von ihnen sind. Da lockt natürlich der Verkaufserlös.

Als von Umweltschutz noch niemand sprach

Aber das allein würde den trotzigen Bauwillen der Oberweseler nicht erklären. Es kommt noch etwas hinzu. Es hat etwas mit dem Blickwinkel zu tun und mit dem Rechtsgefühl.

Der Blickwinkel: Es gibt im Städtchen Oberwesel mit seinen 4895 Einwohnern keinen einzigen Punkt, von dem aus man die Bebauung auf dem Michelfeld und damit die Verschandelung der eigenen Stadt überhaupt sehen kann, selbst von der Uferstraße aus nicht, verschandelt wäre Oberwesel also nicht für seine Bürger, nur für die Touristen, die auf dem Rhein oder am gegenüberliegenden Ufer vorbeifahren.

Oberwesel lebt vom Fremdenverkehr. Aber die pro Jahr 100 000 Übernachtungs-, vor allem aber die zahllosen Tagesgäste kommen, sagen die Verantwortlichen, ja nicht wegen der Aussicht vom Schiff, sondern wegen der Loreley und wegen des schönen Städtchens selber.

Und dann ist da das Rechtsproblem: Im Jahre 1968 verabschiedete Oberwesel einen Flächennutzungsplan. Er wurde von der Bezirksregierung in Koblenz genehmigt und ist rechtsgültig. Er sieht das Michelfeld als Wohnbaugebiet vor. Hätten die Oberweseler damals gleich gebaut, würden die Schuhkartons dort oben längst zum Touristen-Panorama gehören. Das Wort Umweltschutz gab es damals noch nicht. Bauen war noch eine Tugend.

Aber die Oberweseler ließen sich Zeit mit dem konkreten Bebauungsplan. Jahrelang ging es hin und her, wegen der Zahl und der Form der Bauten, wegen Begrünung und anderen Dingen. Als der Bebauungsplan 1982 dann endlich fertig war, gab es längst ein völlig anderes Problembewußtsein und andere Gesetze. Der Bebauungsplan für das Michelfeld wird sowohl von der Landes- und Denkmalpflege als auch vom zuständigen Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau und von den zuständigen Bezirks- und Kreisbehörden eindeutig abgelehnt.

Finanzminister Carl Ludwig Wagner (CDU) sagt, dies sei „eine dringend notwendige Maßnahme zum Schutz eines in Jahrhunderten gewachsenen Natur- und Landschaftsbildes". Das Michelfeld sei ein „landschaftlich besonders exponiertes Gelände in unmittelbarem Anschluß an die mittelalterliche Stadtmauer". Das Ganze stelle das neben Bacharach am besten erhaltene mittelalterliche Stadtbild am Mittelrhein dar. Die gesamte Fachwelt stimmt diesem Urteil inzwischen vehement zu. Die Tatsache, daß jahrzehntelang im Bereich des Rheinufers gesündigt worden sei, könne nicht als Begründung dafür herhalten, mit den Sünden fortzufahren.

Auch in der Stadt selber scheint diese Einsicht Anhänger zu gewinnen. In den politischen Gremien allerdings wuchs nur der Trotz. Es gab öffentliche Polemik gegen die Landesregierung, ja Beschimpfungen. „Willkür, Ungeheuerlichkeiten einer autoritären Verwaltung, Macht und Gewalt" wurden dem Minister vorgeworfen. Als ein Ministeriums-Sprecher darauf den Oberweseler CDU-Abgeordneten Schwarz einen „verbalen Amokläufer" nannte, revanchierte sich der mit dem Satz: „Es gehört zu den Methoden bestimmter Systeme, unbequeme Gegner als geisteskrank zu bezeichnen. Das ist ein teuflisches Verfahren."

Diese Phase eines herannahenden Kriegszustands zwischen Land und Stadt (Finanzminister Wagner, als er sich selbst ein Bild von der Situation machen wollte, blieb wohlweislich auf dem gegenüberliegenden Rheinufer) scheint nun glücklicherweise überwunden.

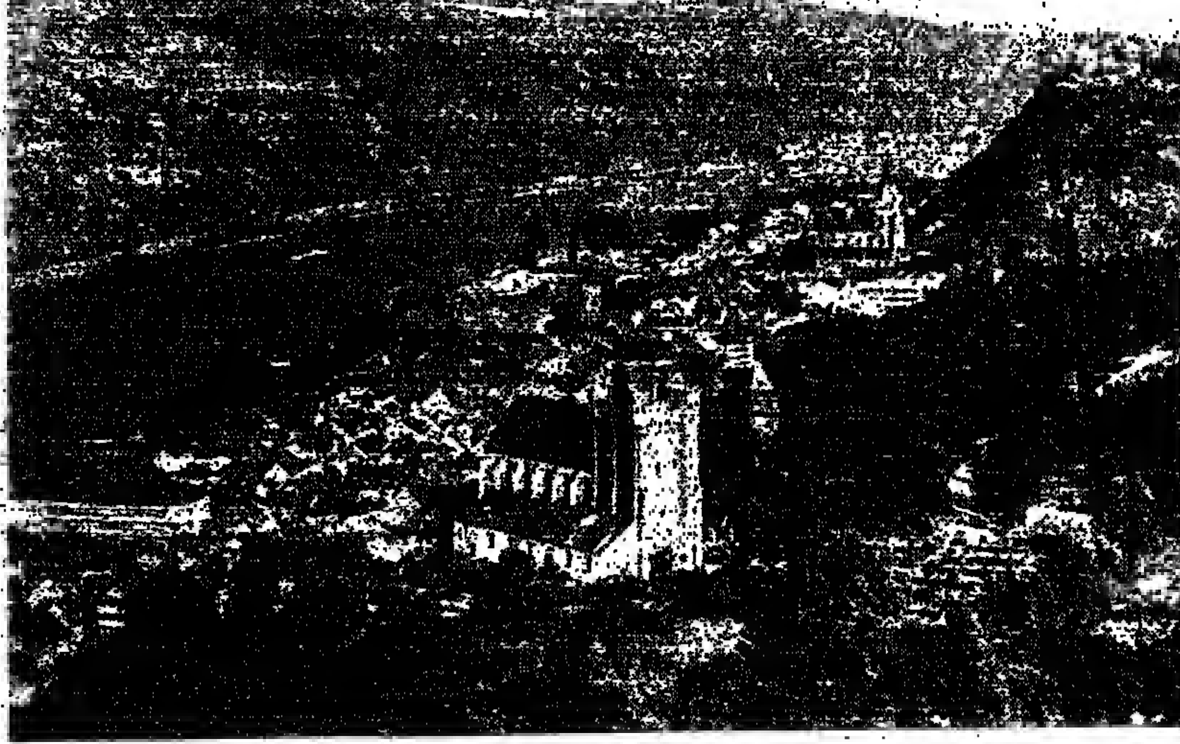
Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hat dem auch für Oberwesel zuständigen Verbandsbürgermeister von St. Goar-Oberwesel, Matthias Port, in einem Brief Gespräche angeboten über „eine Lösung, die dem hohen Anspruch der Denkmalpflege und des Landschaftsschutzes gerecht wird". Die Stadt Oberwesel hat zwar Klage vor dem Verwaltungsgericht angekündigt. Aber die Begründung steht noch aus (angeblich sitzt der Gutachter noch dran). Stadt-Bürgermeister Johann Peter Josten (67), als langjähriger CDU-Bundestagsabgeordneter sicher größere politische Erdbeben gewohnt, wiegelt ab: „Vielleicht kommen wir ohne Prozeß aus." Und als kürzlich eine Gruppe Mainzer Journalisten die Stadt aufsuchte, verbot ein Stadtratsbeschluß allen Politikern Gespräche über das Michelfeld. Man wollte niemand in Versuchung führen, erneut in öffentliche Schimpfkanonaden zu verfallen.

Ein Kompromiß liegt in der Luft

Wie ein stiller, unberührter, grüner Urwald wirkt das umstrittene Baugebiet: Kirschbäume, die niemand erntet, mannshohes Gras, summende Insekten, vereinzelt als Gärtchen gepflegte Kleinparzellen. Ein Paradies – nur der, dem es gehört, will nichts davon wissen.

Es sieht nach einem Kompromiß aus – wie, darüber allerdings gehen die Meinungen weit auseinander: Eigentlich wäre jede Bebauung des Geländes eine Sünde gegen den Landschaftsschutz. Ein generelles Bauverbot aber ist aufgrund des rechtskräftigen Flächennutzungsplans kaum durchzusetzen. Also weniger Häuser? Oder gar künstliche mittelalterliche Fassaden? Eine Sichtblende aus Grün? Den Betrachter schaudert es schon im Voraus.

Bürgermeister Johann Peter Josten scheint in anderer Richtung zu denken. Bei der Führung durch die teilweise arg baufällige Liebfrauenkirche, deren kostbarer mittelalterlicher Hochaltar vor einigen Jahren auch noch durch raffinierte Räuber geplündert wurde, läßt er auffällig oft Sätze wie diesen fallen: „Hier zum Beispiel, da könnte die Landesregierung doch schon mit 70 oder 80 000 Mark wirklich Gutes tun." Demnächst sind die Regierungspräsidenten des Landes zu einem Orgelkonzert eingeladen. Winke mit dem Zaunpfahl.



Umstrittene Idylle: Oberwesels Michelfeld (rechts zwischen den Kirchen) FOTO: DIE WELT

Es sah aus wie eine Wettfahrt: Der sowjetische Sattelschlepper zog an dem VW des Zoll vorbei. FOTO POLY-PRESS

Ortstermin Sowjet-Botschaft: Die Ladung bleibt im dunkeln

Der Konflikt zwischen Moskau und Bonn um tonnenschweres angebliches sowjetisches Diplomatengepäck wurde gestern beigelegt. Szenen vor und vom Gelände der sowjetischen Botschaft.

Von STEFAN HEYDECK

Vor der sowjetischen Botschaft im Bonner Stadtteil Bad Godesberg sah es gestern fast wie bei einer Demonstration aus: Links und rechts der Zufahrt, die mit einem nur elektrisch zu öffnenden Stahlgittertor gesperrt ist, und auf der gegenüberliegenden Straßenseite hatte die Polizei rot-weiß gestrichene Absperrgitter aufgestellt. Dies diene der „Sicherung der freien Zufahrt", wurde erklärt. Vor den Sperren standen vorsorglich über zwei Dutzend Beamte, dahinter Reporter, Fotografen, und Schaulustige. Gemeinsam warteten sie auf die Ankunft des schweren sowjetischen Mercedes-Lastwagens mit der Aufschrift „Sowtransawto" und dessen geheimnisvoller Ladung.

Er war am frühen Morgen nach seinem Zwangsstopp vom Zollhof in Helmstedt zur Fahrt nach Bonn gestartet, damit die deutschen Behörden nach einem diplomatischen Tauziehen hier einen Blick auf den Container-Inhalt werfen konnten.

Die sich dann abspielende Szene zur Mittagszeit hätte aus einem Agentenfilm stammen können. Um 12.09 Uhr schlängelte sich in zügigem Tempo, angeführt von einem Streifenwagen, ein Fahrzeugkonvoi die schmale kurvenreiche Waldstraße zur Nummer 42 den Hang hinauf. Vor und hinter dem Lkw, dessen Ladung die Sowjets als „Diplomatengepäck" deklariert hatten, fuhren zwei Opel-Rekord der Botschaft mit zusammen vier Insassen und Zoll-Fahrzeugen. Im Gegensatz zu den beiden Transitfahrten durch die Bundesrepublik Deutschland, die jeweils rund anderthalb Tage dauerten, hatten die beiden sowjetischen Fahrer es diesmal eilig. Nur sechs Stunden hatten sie für die über 400 Kilometer lange Strecke nach Bonn gebraucht. „Hatten Sie eine gute Fahrt?" begrüßte ein Zollbeamter die Lkw-Fahrer. Die ließen es bei einem kurzen Nicken.

Dann begann das Warten vor der Einfahrt. Es könne wohl 20 Minuten dauern, meinte ein Beamter. Alle anderen Fragen wurden von Zöllnern und Polizisten mit einem lakonischen „Kein Kommentar" beantwortet. Doch der Lkw-Besatzung schien es nicht schnell genug zu gehen, auf das Botschaftsgelände zu kommen. Genau acht Minuten nach der Ankunft öffnete sich plötzlich das schwere Schiebetor, und der mit laufendem Motor stehende Lastwagen versuchte, in weitem Bogen um den vor ihm haltenden VW-Bus des Zolls den Botschaftsbereich zu erreichen.

Die Sowjets hatten ihre Rechnung jedoch ohne die deutschen Beamten gemacht. Während die Diplomaten den ganzen Vormittag über die Einfahrt mit ihren Personenwagen und den Botschaftsnummern 0-140 nur immer einzeln hatten passieren dürfen, klemmten sich die Zöllner mit ihrem Kleinbus so eng hinter die Stoßstange des Lkw, daß der in einem braunen Holzwachhäuschen sitzende sowjetische Kontrolleur keine Möglichkeit hatte, das Tor zu schließen. „Die haben sich nicht austricksen lassen", meinte lachend ein Zuschauer der Szene. Die fünf Zöllner mußten sich trotz ihrer Uniformen dann erst einmal gegenüber dem sowjetischen Wachpersonal ausweisen.

Dann wurde zur Enttäuschung von Fotografen und Kameraleuten der Lastwagen, begleitet von dem Zoll-Bus, in den hinteren Teil des Geländes gefahren, wo dichte Büsche praktisch jeden Einblick unmöglich machten. Nachdem mit Blaulicht neue Plomben vom Kölner Hauptzollamt angeliefert worden waren, wurde schließlich die Ladetür auf der Rückseite geöffnet.

Rund 30 Minuten lang besichtigten die Zöllner den Inhalt, ohne aber die Verpackung zu öffnen. Mit Blitzlicht fotografierten sie das Innere des Containers und machten Aufnahmen der Plomben, mit denen die Ladung bei der Einreise am Grenzübergang Basel/Weil gesichert worden war. Gut 90 Minuten nach der Ankunft des Lkw erklärte ein Angehöriger des Bundesfinanzministeriums: „Die Amtshandlung ist beendet."

Zuvor hatte ein Sprecher der Moskauer Vertretung mitgeteilt, daß aufgrund der vereinbarten „gegenseitig annehmbaren Lösung" der Zwischenfall „in Kürze erledigt" sein würde. Der erneut verplombte Lkw soll heute wieder über Helmstedt die Rückreise antreten.

> Rechtsgrundlage für das Vorgehen der deutschen Behörden im Falle des sowjetischen Lkw ist Art. 27 (Freier Verkehr für amtliche Zwecke) der Wiener Diplomatenrechtskonvention vom 18.4.1961. Die in diesem Zusammenhang entscheidenden Absätze darin lauten:
>
> (3) Das diplomatische Kuriergepäck darf weder geöffnet noch zurückgehalten werden.
>
> (4) Gepäckstücke, die das diplomatische Kuriergepäck bilden, müssen äußerlich sichtbar als solches gekennzeichnet sein; sie dürfen nur diplomatische Schriftstücke oder für den amtlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten.
>
> (5) Der diplomatische Kurier muß ein amtliches Schriftstück mit sich führen, aus dem seine Stellung und die Anzahl der Gepäckstücke ersichtlich sind, die das diplomatische Kuriergepäck bilden; er wird vom Empfangsstaat bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben geschützt. Er genießt persönliche Unverletzlichkeit und unterliegt keiner Festnahme oder Haft irgendwelcher Art.

Die Familie Sacharows setzt auf Jackson

AP, Boston

Der sowjetische Physiker Andrej Sacharow wird nach Befürchtungen seines Stiefsohnes und seiner Schwiegermutter in der Verbannung in Gorki einer Gehirnwäsche unterzogen.

Vor sowjetischen Emigranten sagte Stiefsohn Alexej Semjonow in Boston im US-Staat Massachusetts, ihm lägen Informationen vor, wonach Sacharow in einem geschlossenen Raum täglich von einem Psychiater aufgesucht werde. Ganz offensichtlich werde irgendetwas unternommen, um seinen Widerstand zu brechen. Semjonow: „Irgend eine Art von Gehirnwäsche wird angewendet."

Auf der selben Veranstaltung des Instituts für russische Studien der Universität Boston drückte auch Schwiegermutter Ruth Bonner ihre Sorge über das Schicksal ihrer Tochter Jelena Bonner aus. Jelena Bonner, die Frau Sacharows, wird ebenfalls seit einigen Wochen in Gorki festgehalten.

Das Ehepaar Sacharow befand sich nach Angaben aus Dissidentenkreisen kürzlich in einem mehrwöchigen Hungerstreik, um die Ausreise in den Westen zu einer medizinischen Behandlung zu erreichen. Semjonow und Ruth Bonner begrüßten zugleich das Angebot des amerikanischen Politikers Jesse Jackson (Demokratische Partei), in der Sowjetunion über die Freilassung des Ehepaares Sacharow zu verhandeln. Ein Besuch Jacksons in Moskau könnte nur helfen, sagte Semjonow. „Jesse Jackson könnte in aller Öffentlichkeit nach Moskau gehen, und das würde den Sowjets erlauben, ihn (Sacharow) freizulassen, um Reagan in Verlegenheit zu bringen."

Der farbige US-Politiker hat sich bereits erfolgreich für die Freilassung eines in syrische Gefangenschaft geratenen US-Piloten eingesetzt und in Verhandlungen mit der kubanischen Regierung die Freilassung von 22 inhaftierten US-Bürgern und 26 Kubanern erreicht.

Zimmermann will in die „DDR" reisen

rtr, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will nach eigenen Angaben noch in diesem Jahr die „DDR" besuchen, um sich persönlich über die dortige Umweltpolitik zu informieren. Im Deutschlandfunk äußerte der Minister die Erwartung, daß die Umweltpolitik auch bei dem geplanten Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen werde.

Zimmermann wies darauf hin, daß die Bundesrepublik und die „DDR" derzeit „alle möglichen Expertengespräche" vorbereiteten. Als Themen nannte er Luftverunreinigungen, Luftschadensstoffe, Meßsysteme und vor allem die Entsalzung von Werra und Weser.

Als sehr interessant bezeichnete der Minister, was die „DDR" im Forstwesen leite, beispielsweise bei Wiederaufforstungsprogrammen und bei der Züchtung schadstoffresistenter Bäume. Dies wolle er noch in diesem Jahr in Augenschein nehmen, sagte er.

Pazifistin aus der „DDR": Beleidigung

dpa, Perugia

Mit einem Fackelzug in Assisi, der Stadt des Heiligen Franziskus, ist nach fünftägiger Dauer der „III. Europäische Konvent für den Frieden" in der mittelitalienischen Stadt Perugia beendet worden. Rund 1200 Pazifisten aus Europa, den USA, Japan und Australien hatten sich eine Bestandsaufnahme der internationalen „Friedensbewegung" zum Ziel gesetzt.

Seit Beginn des Treffens, das vom Internationalen Verbindungskomitee der „Friedensbewegung" organisiert worden war, bestimmte allerdings die Anwesenheit von Vertreten offizieller Friedenskomitees aus osteuropäischen Ländern die Diskussionen. Bei der Abschlußkundgebung am Samstagabend bezeichnete eine aus der „DDR" ausgewiesene Pazifistin die Anwesenheit der offiziellen Vertreter aus der Sowjetunion, aus Polen und Ungarn als „Beleidigung".

Nach Presseberichten war 59 unabhängigen Pazifisten und Bürgerrechtlern aus osteuropäischen Ländern die Reise nach Perugia verwehrt worden. Insbesondere unabhängige Friedensgruppen aus Italien und die Delegation der Grünen aus der Bundesrepublik Deutschland sowie Exilvertreter der Bürgerrechtsgruppen „Charta 77", des polnischen „KOR" und der Jenaer Friedensgruppen betonten in Perugia den ihrer Auffassung nach wesentlichen Zusammenhang zwischen den demokratischen Freiheitsrechten und Friedensfragen.

Das nächste europäische „Friedenstreffen" wird voraussichtlich im nächsten Jahr in Amsterdam stattfinden. Unklar ist bislang, ob dazu nach den Auseinandersetzungen in Perugia wieder offizielle Vertreter aus Osteuropa eingeladen werden.

„Wir müssen die Drängenden und die Unbequemen sein"

Die CSU wünscht Durchbruch zu einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft

PETER SCHMALZ, München

Die Familienpolitik der Bundesregierung kommt nach Ansicht des bayerischen Koalitionspartners CSU zu langsam voran. „Wir müssen die Drängenden und Unbequemen sein", umschrieb CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf dem „Familienpolitischen Kongreß" der CSU am Wochenende in München die Rolle der bayerischen Regierungspartei. Und Parteichef Franz Josef Strauß meinte, wenn die CSU sich mit Nachdruck für eine bessere Familienpolitik einsetze, dann seien das keine Querschüsse aus München: „Es geht dabei um unsere gemeinsame Aufgabe, denn die Familie und vor allem die junge Familie ist die soziale Frage der Gegenwart."

Der bayerische Ministerpräsident äußerte erneut seine Verärgerung über die nach seiner Meinung zu rasche Konsolidierung des Bundeshaushalts auch auf Kosten der Sozialleistungen zu Gunsten der Familie. Auch er sehe in soliden Finanzen die Voraussetzung für eine solide Politik, dies aber müsse mit Augenmaß betrieben werden. „Eine Politik, die an der Tatsache vorbeigeht, daß wir begonnen haben, ein sterbendes Volk zu werden, verdient den Namen Politik nicht", meinte Strauß. Man habe in den Koalitionsvereinbarungen im vergangenen Jahr die Weichen für eine neue Familienpolitik gestellt, dennoch sei wenige Wochen später das Mutterschaftsgeld erheblich gekürzt worden. „Wir waren darüber nicht erfreut." Ein Mittelweg wäre besser gewesen.

Die CSU wünscht einen Durchbruch zu einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft, wie Staatssekretär Edmund Stoiber, der Vorsitzende der CSU-Familienkommission, auf dem Kongreß erklärte. Notwendig dafür seien eine gezielte materielle Hilfe, eine überzeugende ideelle Stärkung und ein neues gesellschaftliches Ansehen. Zum letzten Punkt wagte Strauß sogar einen Blick über die Grenzen: „Wir müssen die Kinderfreundlichkeit der italienischen Gesellschaft bekommen." Die südländische Familienplanung faßte er in einem Satz zusammen: „Für ein paar Spaghetti, fürs nächste Bambino reicht's immer noch."

In der Bundesrepublik aber braucht's mehr. Es dürfe nicht sein, so Strauß, daß mit dem zweiten Kind die Verarmung und mit dem dritten die Verelendung beginne. Stoiber umschrieb den Sinn der Familienpolitik mit den Worten, sie müsse „die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß alle Eltern sich für Kinder entscheiden können, ohne wirtschaftlich absteigen zu müssen".

Neben bekannten und teils durch die Steuerreform zugesagten finanziellen Familienunterstützungen fordert die CSU die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, wobei sie als ersten Schritt die Anerkennung von einem Jahr in der Rentenversicherung für alle ab dem 1. Januar 1986 geborenen Kindern anpeilt. In dieser Frage will die bayerische Unionspartei Bundesarbeitsminister Blüm gegen Finanzminister Stoltenberg unterstützen.

Kontrovers diskutierte der Kongreß die Frage, ob Frauen für die Zeit eines mehrjährigen Erziehungsurlaubs eine Arbeitsplatzgarantie ähnlich der von Wehrpflichtigen gewährt erhalten sollen. Eine Mehrheit, zu der auch CSU-Generalsekretär Tandler zählte, sprach sich anfangs dafür aus, ließ sich aber durch das Argument umstimmen, eine solche Schutzregelung könnte sich als Bumerang für die Mütter auswirken: Manche Arbeitgeber würden dann womöglich bei der Einstellung von Frauen im gebärfähigen Alter zögern.

Erhebliche innerparteiliche Diskussionen werden auch noch zum Abtreibungsparagraphen 218 erwartet. Als ein besonderer Konfliktpunkt schälte sich dabei die Frage heraus, ob die soziale Indikation weiterhin auf Krankenschein finanziert werden soll. Die Familienkommission unter Leitung von Stoiber hat dazu in ihrer Vorlage kein Wort, die Junge Union (JU) regte jedoch in einem Änderungsantrag an, „langfristig" auf diese Kostenerstattung zu verzichten und bei echten Notfällen die Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Zahlreichen Teilnehmern ging auch dieser Vorschlag nicht weit genug, sie forderten einen sofortigen Stopp der Kassenfinanzierung. Daß dann doch der JU-Antrag angenommen wurde, geht hauptsächlich auf die Argumente einer Teilnehmerin zurück: Ohne Kostenerstattung würden die meisten Frauen der Schwangerschaftsberatung fern bleiben und wieder den lebensgefährlichen Weg zum „Engelmacher" antreten.

Seite 2: Nicht zu langsam

Hamburgs Justizsenatorin will „um Himmels willen keinen Schauprozeß"

Verfahren gegen ehemaligen „Stern"-Reporter Heidemann wirft seine Schatten voraus

UWE BAHNSEN, Hamburg

In vier Wochen ist es soweit: Am 21. August stehen der frühere Stern-Reporter Gerd Heidemann (52) und der *Militaria-Händler* Konrad Kujau (46) vor der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts, angeklagt wegen Betruges – die strafrechtliche Aufarbeitung des Skandals um die gefälschten Hitler-Tagebücher beginnt. Was die Staatsanwaltschaft den beiden Angeklagten vorwirft, hat sie am 21. März dieses Jahres präzise mitgeteilt: „Dem Militaria-Händler Konrad Kujau wird zur Last gelegt, in der Zeit von Januar 1981 bis April 1983 über den mitbeschuldigten Journalisten Gerd Heidemann dem Verlag 60 Tagebücher, die er selbst geschrieben haben soll, geliefert und dafür mindestens 1,577 Millionen Mark von Heidemann erhalten zu haben. Heidemann wird vorgeworfen, den Verlag zu Bargeldzahlungen von insgesamt 9,34 Millionen Mark veranlaßt und davon mindestens 1,725 Millionen Mark für sich behalten zu haben. Beide Beschuldigte befinden sich in Untersuchungshaft."

Schon jetzt wirft dieser Prozeß, in dem nach Meinung der Aktenkenner brisante Tatbestände zutage treten werden, lange Schatten. Sie fallen auf den „Affenfelsen" an der Außenalster, wo drei Dutzend Manager und Journalisten des Hamburger Großverlages Gruner und Jahr sich inzwischen eifrig auf ihre Zeugenaussagen in diesem Verfahren vorbereiten. Inzwischen haben die Schatten freilich auch die Justizbehörde an der Drehbahn erreicht, wo man im Vorfeld dieses Prozesses merkwürdige Dinge hört. Natürlich haben die Rathaus-Regenten unter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi längst begriffen, daß diese Strafsache auch ein Politikum ist – genauer gesagt, ein Medienpolitikum. Denn mit dem Hause Gruner und Jahr hat die Landesregierung derzeit einiges zu besprechen, was für die Zukunft der Medienmetropole Hamburg von erheblichem Gewicht sein dürfte. Es ist sozusagen eine sensible, delikate Situation.

So verwundert es nicht, daß die Justizsenatorin Eva Leithäuser eine Parole ausgegeben hat, die diesem Sachverhalt vorzüglich Rechnung trägt: „Um Himmels willen keinen Schauprozeß!" Damit meinte sie, man müsse einer ausufernden Öffentlichkeit dieses Prozesses vorbeugen – eine Überlegung, die in der Führungsetage des Hauses Gruner und Jahr auf wärmste Zustimmung stößt. So geht die Planung der hanseatischen Justiz derzeit dahin, das sensationelle Verfahren im großen Sitzungssaal 231 des Ziviljustizgebäudes am Sievekingplatz stattfinden zu lassen. Dort soll lediglich die Bestuhlung vergrößert werden, damit mehr Sitzplätze entstehen.

Die Prozeßbeteiligten und sonstige „Insider" vertiefen sich unterdessen zur Vorbereitung auf das Verfahren in die zahlreichen grotesken bis absurden Sachverhalte, die dem „Stern"-internen Untersuchungsbericht über den Skandal zu entnehmen sind. Zu den besonders erhellenden bis entlarvenden Passagen dieses 153-Seiten-Papiers zählen Darstellungen, wie das Haus Gruner und Jahr und der „Stern" lange vor dem Projekt „Hitler-Tagebücher" ohne Scheu und ohne Distanz NS-Größen zu vermarkten trachteten – mochten sie das Jahr 1945 überlebt haben oder nicht. Zur letzteren Spezies gehört bekanntlich Martin Bormann, der nach einer Erklärung des hessischen Generalstaatsanwalts Dr. Horst Gauf vom 11. April 1973 „in der Nacht zum 2. Mai 1945 zwischen ein und drei Uhr auf der Eisenbahnbrücke der Invalidenstraße in Berlin wenige Stunden nach seinem Komplizen Hitler gestorben" ist. Es war der „Stern"-Reporter Jochen von Lang, der durch seine zähen Recherchen diesen Abschluß der Ermittlungsakte Bormann mit dem Aktenzeichen OJs11/61 ermöglicht hatte.

Vor dem Hintergrund dieser Tatbestände war es gleichwohl möglich, daß „Stern"-Reporter Gerd Heidemann am 3. März 1982 in seiner Wohnung den Ressortleiter Zeitgeschichte im „Stern", Thomas Walde, und den stellvertretenden Verlagsleiter, Wilfried Sorge, mit dem Militaria- und Waffenhändler Klapper aus Karlsruhe zusammenbrachte. Dieser erbot sich, er könne einen Kontakt mit Bormann vermitteln und auf diese Weise Zugang zu einem Geheimdepot mit NS-Dokumenten in Madrid schaffen, das von einem Anwalt verwaltet werde. Um dem „Stern" Einblick in diese Dokumente zu verschaffen, unterschrieb Sorge einen Revers, der „Stern" werde sich bei einer möglichen Veröffentlichung an die historische Wahrheit halten. Schon im Oktober 1976 hatte Heidemann überdies mit dem Verlag einen Buchvertrag geschlossen – Arbeitstitel: „Bordgespräche". Auf der von ihm erworbenen ehemaligen Göring-Jacht Carin II wollte Reporter Heidemann „Persönlichkeiten der Geschichte" interviewen. Überwiegend waren das frühere NS-Größen und zum Teil Leute, denen Kriegsverbrechen angelastet wurden. Gruner und Jahr ließ sich die einstige Göring-Jacht bis zum Ende des Jahres 1977 für dieses Projekt zur Verfügung stellen, wohingegen Heidemann sich verpflichtete, für den repräsentativen Zustand des Dampfers zu sorgen. Dem Verlag war das schon damals 60 000 Mark „Vorschuß" wert.

Das „andere Schlesien" kam zu Wort

Ein Jugendseminar der Landsmannschaft würdigte den Widerstand gegen Hitler

T. W. KRAUEL, Bonn

„Ich glaube an die Steckrübe, allgemeine Ernährerin des deutschen Volkes, und an die Marmelade, ihre *stammverwandte Genossin, geboren* durch die Verfügung des Nazibonzen-Ernährungsamtes, durch die meine sämtlichen Hoffnungen auf Butter gestorben und begraben wurden ..." Der Verfasser dieses „Nazi-Glaubensbekenntnisses" war einer von sechs Zeitzeugen auf einem historischen Seminar der Schlesischen Jugend zum Thema „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Schlesien" am vergangenen Wochenende in Bonn. Er habe vor der Niederschrift seines Textes beobachtet, wie am Morgen nach der ‚Reichskristallnacht' SA-Leute mit ihren Ehrendolchen die Schaufenster der jüdischen Geschäfte zertrümmerten und Federbetten auf offener Straße aufschlitzten – ungeachtet der zahlreichen Parteiaufrufe zu allgemeiner Sparsamkeit. „Das machte damals auf uns Jugendliche einen tiefen Eindruck." Der junge Schriftsetzer wurde beim Verteilen seiner Flugblätter denunziert und von einer Gruppe Hitlerjungen auf offener Straße festgenommen. Ein Breslauer Sondergericht verurteilte ihn zu vier Jahren Haft.

Es war das Ziel dieses auch von vielen jugendlichen Spätaussiedlern besuchten Seminars – der einzigen Veranstaltung zum Thema Widerstand innerhalb der schlesischen Vertriebenenverbände –, durch Vorträge und Augenzeugen den wesentlichen Anteil Schlesiens am deutschen Widerstand in Erinnerung zu rufen. Dabei standen weniger die großen Namen wie Graf Yorck von Wartenburg, Graf Moltke, Marschall von Witzleben, Dietrich Bonhoeffer, Freiherr von Gersdorff oder Paul Löbe im Vordergrund des Interesses als vielmehr der unbekannte, alltägliche schlesische Widerstand.

Die Zeitzeugen, unter ihnen Maschinenbauer, katholische Priester und der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja, schilderten die ganze Bandbreite der Erfahrungen: Illegale Flugblattherstellung, Straßenverfolgungen durch SA-Kommandos, Verhaftungen, Schläge mit dem Ochsenziemer, aber auch SA-Männer, die von den „Bonzen" enttäuscht sich dem Widerstand zuwandten, oder das mutige Eintreten beispielsweise des Feldmarschalls v. Manstein für einen der Zeitzeugen. Die Vielschichtigkeit des Widerstandes spiegelte sich ebenso wider wie die Einsamkeit des Einzelnen in solcher Situation.

Dem Seminar ging ein feierlicher Gedenkakt im Innenhof des „Haus Schlesien" voraus. Generalleutnant Hans Kubis aus dem Verteidigungsministerium gedachte des „anderen Schlesien" und hob anhand eines Zitates des Feldmarschall von Moltke hervor, auch für die Soldaten der Bundeswehr gelte, der Mann stehe über dem Gehorsamsprinzip. Weiter sprachen der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer, der Vorsitzende der Schlesischen Jugend Hartmut Koschyk und der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka. Ihm war es ein wichtiges Anliegen, das immer noch dem Verfall preisgegebene Gut Kreisau in Schlesien, Tagungsort der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis, zu einer Gedenkstätte des „anderen Deutschland" im heutigen polnischen Machtbereich auszubauen und so dem von den Nazis schwer getroffenen Nachbarn Deutschlands einen anschaulichen Begriff des Widerstands gegen die Tyrannei zu vermitteln.

Raus starke Männer melden Ansprüche an

Von WILM HERLYN

Das Thema zwischen führenden Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr ist durchaus dem sommerlichen Wetter angepaßt: kühl, eher grau und verhangen als strahlend, wie Ministerpräsident Johannes Rau es am meisten liebt.

Aber gerade er ist nicht ganz unschuldig an dieser Entwicklung. Ganz offensichtlich ist das Verhältnis zu seinem Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Karl Josef Denzer, „eisig", wie in diesen Tagen ein hoher Regierungsbeamter beobachtete. Rau nimmt es Denzer übel und fühlt sich brüskiert, daß dieser ihn vor Jahresfrist offen gezwungen hat, sein Zögern aufzugeben und nach mehr als drei Monaten den im Zorn zurückgetretenen Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer durch den Nord-Export Klaus Matthiesen zu ersetzen. Denzer sorgte sich damit nicht zu Unrecht um die Reputation seines Regierungschefs und des Kabinetts: „Wer es macht, ist mir egal, Hauptsache, es macht überhaupt einer!"

Und Denzer nimmt es Rau übel, daß jener es als NRW-Landesvorsitzender der SPD und Stellvertreter



von Willy Brandt an Eifer hat fehlen lassen, als es beim Essener Parteitag im Mai darum ging, Denzers Kandidatur für den Bundesvorstand zu unterstützen. Denzer fiel durch und ihm klang ein Interview von Rau am nächsten Tag wie Hohn in den Ohren, als sein Ministerpräsident bemerkte, die vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirksverbände hätten wie ein Mann zusammengestanden.

Denzer hätte den Aufstieg in seiner Partei verdient. Er zählt zu den einfluß- und ideenreichsten Politikern in Nordrhein-Westfalen. Ein wenig knorrig und schroff, wie Ostwestfalen es zuweilen sind, aber dabei auch herzlich, aufrecht und ohne Winkelzüge. Dabei hat er gleichzeitig die Fraktion fest im Griff und erspart Jo*hannes Rau viel* Unbill. *Seine Dienste* wurden ihm schlecht entlohnt und es nimmt daher kaum wunder, daß er nun durchblicken läßt, er sehe seinen Platz durchaus im Kabinett, wenn die Sozialdemokraten am 12. Mai 1985 die Landtagswahl erfolgreich bestehen sollten. Der Bielefelder meldet seine Ansprüche durchaus rechtzeitig an, denn neben ihm kratzen auch andere schon die Startlöcher frei. In der ersten Linie steht Hermann Heinemann bereit, Chef des bundesweit mitgliederstärksten Bezirks Westliches Westfalen. Er ist ein Vollblutpolitiker und Profi, der bislang nur deswegen nicht im Kabinett ist, weil er 1980 kurz vor seiner Berufung als Minister für Bundesangelegenheiten schwer erkrankte. An ihm kommt Rau kaum vorbei.

Nicht zuletzt muß der Ministerpräsident aber auch sein Versprechen erfüllen, wieder eine Frau in die Regierung aufzunehmen. Zum Ärger der streitbaren Parteidamen verzichtete er auf frauliche Mitwirkung bei der Kabinettsumbildung im Herbst vergangenen Jahres, als Justizministerin Inge Donnepp ausschied. Aus Altersgründen, sagte Rau wenig charmant, dabei verdeckend, daß auch er die ehemalige Richterin nicht als optimale Lösung im Amt empfand.

Dabei spricht es für Rau, daß er die Angriffe der SPD-Frauen, die auf dem Aachener Landesparteitag im *Frühsommer* schon megärenhafte Züge trugen, zunächst beruhigen konnte, mit dem Hinweis, er werde es im nächsten Kabinett schon richten.

Richten müssen wird er nach der Sommerpause das gespannte Verhältnis der beiden Kabinettskollegen, die sich hauptberuflich mit Umwelt befassen: Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann und Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen. Der frühere Schleswig-Holsteiner verweist mit Stolz und zu Recht auf eine Reihe von Initiativen und Erfolgen und läßt kaum eine Chance der Selbstdarstellung aus. Das aber nun ist genau die Domäne Farthmanns: Er fühlt sich jetzt in seinem Wirkungskreis eingeengt und zieht sich resignierend mehr und mehr mißmutig zurück. Denn Matthiessen ist Raus Waffe gegen die Grünen und in der Lage sich – fast – alles erlauben zu dürfen. Schließlich kann es der Ministerpräsident nicht zulassen, nach Diether Deneke und Hans-Otto Bäumer einen dritten Landwirtschaftsminister zu verschleißen. Immerhin aber loben auch Kritiker den immensen Fleiß von Matthiesen, der im guten Glauben handelt, wenn er mehr Kompetenzen im Umweltschutz verlangt. So sollen die Landschaftspflege und das Veterinärwesen – bislang noch reichlich unmotiviert in der Abteilung für allgemeine Verwaltung angesiedelt – zur Abteilung Forst- und Holzwirtschaft kommen. So lo*gisch das klingt, so schneidet Mat*thiesen damit an der Kompetenz Farthmanns. Außerdem muß es den Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsminister einfach ärgern, wenn ihm ausgerechnet die publicityträchtigsten Themen abgenommen werden sollen. Da sinnt er schon über Rückzug, denkt an den Fraktionsvorsitz oder – wie 1980 schon einmal – gar an den wesentlich bequemeren Sessel eines Vorstandsmitgliedes bei den Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE). Das allerdings wäre ein Verlust für Johannes Rau, der den sensiblen Farthmann zwar immer schätzte, aber selten förderte.

Aussichten für Lehrer werden immer düsterer

Kultusminister Mayer-Vorfelder: Eine volle Katastrophe

XING-HU KUO, Stuttgart

Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) aus Baden-Württemberg sprach von „einer vollen Katastrophe": Nicht einmal jeder zehnte Bewerber für ein Lehramt an Gymnasien wird in diesem Schuljahr in den Staatsdienst übernommen. In absoluten Zahlen: Nur 175 von 1760 Bewerbern. Eine Warteliste will das Stuttgarter Kultusministerium für Bewerber um das Höhere Lehramt bei dem neuen Tiefstand nicht mehr einrichten. Der Minister sieht keine „reelle Chance" für eine Einstellung in absehbarer Zeit. Lediglich Sonderschullehrkräfte haben noch Grund zum Optimismus: Von ihnen übernahm das Bundesland satte 65 Prozent. Unbeschadet der Lage hält die Landesregierung weiter an ihrem Plan fest, bis 1990 insgesamt 10 000 Lehrerstellen einzusparen.

Bei rund 100 000 Lehrern in diesem Bundesland gibt es derzeit 6100 erwerbslose Kollegen. Nach Auffassung von Mayer-Vorfelder sei diese üble Lage jedoch keineswegs schicksalhaft und unvermeidlich. Er rügte „große Lehrerverbände", die zwar viel von Solidarität redeten, jedoch die Angebote seines Hauses ignorierten. Der Minister erwähnte hier das sogenannte „Reduzierungsmodell": Dieses biete von 1984/85 an den Lehrern auf freiwilliger Basis die Möglichkeit, eine oder zwei Stunden ihres Deputats zugunsten arbeitsloser Kollegen zur Verfügung zu stellen. Das Kultusministerium werde auch künftig „aus Solidaritätsmotiven" freigemachte Stellen „nicht für die Stellenstreichungen" verwenden.

Völliges Unverständnis äußerte Mayer-Vorfelder über die Tatsache, daß trotz zahlreicher Warnungen die Zahl der Pädagogik-Studenten nicht ab-, *sondern zunehme*. Solche pauschalen Warnungen vor dem Lehrerstudium lehnte Christoph Heise, Leiter des Sekretariats Arbeitslose Lehrer beim Hauptvorstand der GEW in Frankfurt, in einem WELT-Gespräch ab, denn auch in anderen Akademiker-Berufen sei das Berufsrisiko heutzutage groß. Die Lösung der Lehrerarbeitslosigkeit sieht die GEW in der politischen Strukturlösung: Umverteilung der Arbeit durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die Bildung kleinerer Klassen, ein „Mischpaket" von weniger Arbeit und besserer Pädagogik, so Heise.

Insgesamt bietet sich bundesweit ein finsteres Bild. Nach Angaben des Stuttgarter Kultusministeriums werden beispielsweise in Nordrhein-Westfalen nur 1500 Lehrer eingestellt, während etwa 7000 Bewerber negativ beschieden würden. Von rund 800 Bewerbern in Bayern sollen etwa zehn Prozent der Gymnasiallehrer übernommen werden, bei Volksschulen wird mit einem Drittel der Bewerber gerechnet, die in den Schuldienst kommen werden. Nach GEW-Erkenntnissen sollen in diesem Schuljahr in Hessen von 11 000 Bewerbern ganze 1000 oder nicht einmal 10 Prozent übernommen werden, in Niedersachsen von rund 8000 Bewerbern nur 500 das Berufsziel erreichen.

Eine WELT-Umfrage in einigen Bundesländern ergab eine äußerst zurückhaltende Reaktion der Kultusministerien. Heise teilte dazu mit, daß von den 600 000 Lehrern in der Bundesrepublik die Arbeitslosenzahl sich immer mehr der 60 000-Marke nähere. Jeder zehnte Lehrer sei damit bundesweit erwerbslos (in Baden-Württemberg etwa jeder 16.), im Herbst 1983 waren es „nur" 43 000. Von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg werden allerdings immer niedrigere Zahlen genannt, weil naturgemäß nur die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Fälle in die Statistik kommen.

Allgemein wird eingeräumt, daß im Südwesten in der Tat eine relativ gute Lehrerversorgung vorhanden sei. Sogar der baden-württembergische GEW-Sprecher Michael Rux, sonst heftiger Kritiker Mayer-Vorfelders, räumte in einem WELT-Gespräch ein, daß dies stimme. Dafür gebe es zwei Gründe: „Die wirtschaftliche Stärke des Landes und die erfolgreiche Tätigkeit der GEW."

KPI bläst zum Sturm auf Sparprogramm

AFP, Rom

Die italienischen Kommunisten haben am Sonntag zum Sturm auf das Anti-Inflationsprogramm der Regierung geblasen, das vom Parlament in Rom am 12. Juni verabschiedet worden war. In der Parteizeitung „L'Unita" rief die KPI zu Unterschriften für ein Referendum gegen die Sparpolitik auf. Das Programm, mit dem die Teuerung gedrosselt werden soll, sieht die Streichung der Gehaltsindexierung auf die Preise vor und schränkt die geltende Lohnskala ein.

Die Kommunistische Partei Italiens hatte unmittelbar nach Verabschiedung des Sparprogramms ihren Widerstand gegen dieses Paket angekündigt. Die Einschränkung der geltenden Lohnskala hatte Anfang des Jahres zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen Kommunisten und Sozialisten geführt. Nach Berichten italienischer Zeitungen sollen das Defizit in diesem Jahr auf 96 000 Milliarden Lire (rund 160 Milliarden Mark) und die Teuerungsrate auf 10,6 Prozent begrenzt werden.

Zur Festsetzung eines sogenannten Referendums „aufgrund einer Volksinitiative" sind 500 000 Stimmen nötig, die bis 30. September vorliegen müssen. Bei ausreichender Unterschriftenzahl könnte die Volksbefragung dann im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden.

Ein Referendum dieser Art hatte in Italien erstmals 1974 stattgefunden. Damals wurde über das Scheidungsrecht entschieden. Die Christlichen Demokraten, die seinerzeit den Abstimmungsprozeß in die Wege geleitet hatten, um das Gesetz zu Fall zu bringen, hatten bei diesem Referendum verloren.

Papst-Botschaft für Taiwan

KNA, Rom

Den Wunsch, daß sich die Einheit aller chinesischen Katholiken „auch in äußerer Form" realisieren möge, hat der Papst in einer Grußbotschaft zum 125. Jubiläum der Evangelisierung Taiwans zum Ausdruck gebracht. Dieses von Ostersonntag datierte Schreiben wurde jetzt im „China-*Bulletin*" des *chinesischen* Studienzentrums der päpstlichen Urbaniana-Universität veröffentlicht. Der Papst versicherte den Gläubigen auf der Insel Taiwan darin, daß er sie nicht vernachlässige oder vergesse, wenn er seine Gedanken an die in der Volksrepublik China lebenden Katholiken richte.

Gleichzeitig bezeichnete Johannes Paul II. seine große Sorge um die Millionen Katholiken, die „im anderen Teil der großen chinesischen Nation leben, die fast ein Viertel der Menschheitsfamilie umfaßt und die ich besonders liebe und schätze", als „ganz natürlich unter den gegenwärtigen Umständen".

Wie er bereits beim Heilig-Jahr-Besuch der sieben Bischöfe Taiwans im Februar dieses Jahres versichert habe, verfolgt der Papst, auch wenn er sich an die ganze chinesische Nation richte, die Ereignisse auf Taiwan mit besonderer Aufmerksamkeit, heißt es in der Botschaft weiter. Durch Indiskretionen war im Februar in Rom bekanntgeworden, daß der Heilige Stuhl mit den Bischöfen Taiwans über die Möglichkeiten diskutiert habe, einen Dialog mit Peking aufzunehmen. Als Voraussetzung für einen solchen Schritt gilt der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Taiwan und dem Heiligen Stuhl.

Vorstoß für neues EG-Wahlrecht

dpa, Brüssel

Die Chefs der Liberalen und der Sozialdemokratischen Partei Großbritanniens haben gemeinsam an die Abgeordneten des neu gewählten Europaparlaments appelliert, die Bemühungen um ein einheitliches Wahlrecht in der Europäischen Gemeinschaft zu verstärken. David Steel und David Owen beklagten in einem in Brüssel veröffentlichten Brief an alle 434 Abgeordneten, das „unfaire" Wahlrecht in ihrem Heimatland habe fast 2,6 Millionen Wähler ausgeschlossen.

Obwohl Liberale und Sozialdemokraten mit ihrer Allianz 19,5 Prozent der Stimmen erhalten hätten, sei kein Sitz in Straßburg dabei herausgekommen. Damit werde Großbritannien durch ein verzerrtes Wahlergebnis nur von einer „unverhältnismäßig hohen" Anzahl von 45 Konservativen und 32 Labour-Abgeordneten sowie einer schottischen Nationalistin vertreten.

Das Europaparlament hatte gemäß seinem Auftrag aus den EG-Verträgen ein einheitliches Wahlrecht formuliert, das aber im Ministerrat in Brüssel an den Einsprüchen Großbritanniens und der Bundesrepublik scheiterte.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Paris verharrt sicherheitspolitisch in „komfortabler Zweideutigkeit"

Schmidts Vorschläge verworfen / Kein Atomschutz Frankreichs für die Deutschen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Kontinuität ist eines der hervorstechendsten Merkmale der französischen Diplomatie. Kontinuität in der Wahl ihrer Verwalter. Claude Cheysson blieb Außenminister, entgegen allen Spekulationen über eine Abberufung wegen seiner zuweilen undiplomatisch direkten Sprache. Kontinuität in den großen oft seit Jahrhunderten festgelegten Linien – der arabischen Welt in Nahost und Nordafrika etwa gegenüber, in Europa, in bezug auf Rußland und Ostasien. Kontinuität auch gegenüber Deutschland?

Paris hat eher kühl auf den jüngsten deutschen Vorstoß reagiert, endlich *einen Anfang mit der engeren* deutsch-französischen Zusammenarbeit auf verteidigungspolitischem Gebiet zu machen. Ex-Buundeskanzler Helmut Schmidt hatte am 28. Juni im Bundestag, eingepackt in eine globale Stellungnahme, zu einer sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme *Kohls die Aufstellung* von 30 französischen und deutschen Divisionen schon in Friedenszeiten als Kern einer europäischen Abschreckung vorgeschlagen, die es ermöglichen würde, die amerikanischen Truppen in Europa erheblich zu verdünnen. Bonn werde, so Schmidt, den größeren Teil der Kosten für dieses stehende Feldheer und dessen Ausrüstung mit modernsten Waffen übernehmen, wenn Frankreich, dem die Priorität überlassen werden sollte, sich bereit erkläre, seine nationale atomare Garantie auf den Schutz der Bundesrepublik auszudehnen.

Europas Verteidigung

Was damals noch nicht bekannt war, ist, daß Schmidt seinen Vorschlag nicht in die Luft hinein machte. Er hatte ihn offenbar bei einem diskreten Besuch, den er wenige Tage vorher in Paris gemacht hatte, eine Stunde lang im Elysee-Palais mit Staatspräsident Mitterrand abgesprochen. Mitterrand selbst hatte bei seiner bedeutenden Rede vor dem Straßburger Parlament am 24. Mai zur europäischen Verteidigungspolitik gesagt, daß zur europäischen Unabhängigkeit auch die gemeinsame Sicherheit gehöre, mit der man „sich jetzt befassen werde".

Der Vorstoß Schmidts war in politischen und militärischen Pariser Kreisen mit höflicher Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Er *sei* einer von vielen interessanten Vorschlägen, *hieß* es und nähere sich dem an, was eine deutsch-französische Kommission in ihren regelmäßigen Zusammenkünften zur Erörterung strategischer und taktischer Richtlinien für eine militärische Zusammenarbeit skizziert habe. Eine starke Abneigung war indes gegen jedwede Art von Integration (Deutschland ist in der NATO integriert, wir nicht) und vor allem gegen jede Ausweitung einer französischen Atomgarantie auf die Bundesrepublik zu spüren.

Französische Andeutungen über eine „Ausweitung des nuklearen Sanktuariums" (gemeint ist das Territorium Frankreich) gibt es, seit Giscards Premierminister Barre diese Floskel 1977 gegenüber französischen Offizieren auf einem ostfranzösischen Übungsplatz zum ersten Mal im Munde *führte*. Aber sie sind *nie präzisiert* odcr gar verbindlich festgeschrieben worden.

Um jeder möglichen Ambivalenz in dieser heiklen Frage den Boden zu entziehen, hat Außenminister Cheysson den Schmidt-Vorschlag denn auch in einem Interview mit der Zei*tung „La Croix" klar* zurückgewiesen. Es wäre interessanter gewesen, wenn Schmidt seine Äußerung nocb zur Zeit seiner Kanzlerschaft gemacht hätte, meinte er mit der ihm eigenen Unbekümmertheit. Jedenfalls sei ein gemeinsamer integrierter Verteidigungsapparat ausschließlich unter Europäern keine nahe Realität. Europas Verteidigung mit Zusammenlegung der Verteidigungsmittel der Europäer zu verwechseln, sei ein Irrtum. Noch auf lange Zeit könne man nicht auf den atomaren wie konventionellen Schutz der Amerikaner verzichten. Frankreich sei in keiner Weise geneigt, einen Nuklearschutz auf die Bundesrepublik auszudehnen. Dies Geschäft könnten angesichts des konventionellen Ungleichgewichts in Europa nur die Amerikaner besorgen. Diese Ansicht findet man beim französischen Außenminister seit langem als Konstante seines strategischen Denkens vertreten.

Warum aber hat Schmidt dann seinen Vorschlag einer Ausweitung des französischen Atomschutzes gemacht? Würde er im Elysee dazu angeregt? Präsident Mitterrand war bisher in seinen öffentlichen Äußerungen zu dieser Frage absolut ebenso entschieden wie sein Außenminister gegen jeden französischen Atomschutz außerhalb der Grenzen Frankreichs. Änderte er seinen Sinn? Spekulationen darüber, ob es zwischen Elysee und Quai d'Orsay eine Rollenverteilung in gewissen diplomatischen Winkelzügen gibt, sind so alt wie die Fünfte Republik. Wahrscheinlicher ist, daß man Schmidt nur zu einem Vorstoß veranlassen wollte, um ihn dann um so deutlicher zurückzuweisen. Man darf nicht vergessen, daß Mitterrand auch sowjetischen Befürchtungen wegen eines deutschen Fingers am französischen Atomabzug entgegengetreten ist.

Frage der Kontinuität

Hinter der französischen Vorsicht mögen indes auch andere als auf die aktuelle Lage bezogene Überlegungen stehen. Daß sich in ihr auch alte sozusagen existenzielle zur „Kontinuität" gehörende Konstanten verbergen, ließ dieser Tage Dominique Moisi, der stellvertretende Direktor des vom Quai d'Orsay gesponsorten „Französischen Instituts für internationale Beziehungen", erkennen.

Moisi sah im französischen Beharren auf eine unabhängige nationale Atomstrategie den Wunsch, einen „strukturellen Unterschied zwischen einem atomaren Frankreich und einer nichtatomaren Bundesrepublik Deutschland" aufrechtzuerhalten. Es sei daran zu erinnern, daß die *Force* de Frappe ursprünglich zu diesem Zweck geschaffen worden sei. Schmidts Vorschlag werde daher in Paris als ein Versuch gewertet, diesen Unterschied aufzuheben oder zu verringern. Frankreich werde außerdem durch den Schmidtschen Integrationsvorschlag genötigt, seine Position einer „komfortablen Zweideutigkeit" zugunsten einer klaren Entscheidung aufzugeben.

Die „komfortable Zweideutigkeit" in Frankreichs sicherheitspolitischer Haltung in Europa ist eines der letzten Ärgernisse zwischen Paris und Bonn wie zwischen Paris und Washington. Moisi nennt den Vorschlag daher einen auf nützliche Weise geplatzten Versuchsballon.

Kongreßhalle erhält Haus der Weltkultur

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die deutsche Metropole soll ein „Haus der Weltkulturen" in der jetzt für rund 45 Millionen Mark im Wiederaufbau befindlichen Kongreßhalle einrichten und damit auch im kulturellen Weltmaßstab an die Spitze gelangen. Berlins wichtigster Finanz-Verbündeter auf Bundesebene, FDP-Fraktionsvizechef Hans-Günter Hoppe aus Berlin, schlägt jetzt eine derartige Einrichtung vor. Berlin könnte mit dieser Institution sogar Paris mit seinem „Maison des Cultures du Monde" oder Londons „Commonwealth Institute" übertreffen. „Die Stadt könnte auf diese Weise ihren Ruf festigen, liberal und weltoffen zu sein", sagte Hoppe zur WELT.

Aucb im Namen der Berliner Freien Demokraten schlug der führende FDP-Politiker deshalb vor, der deutsch-amerikanischen Kongreßhalle - vom Senat nach wie vor ohne überzeugende Zweckbestimmung gelassen - ein „Herz und eine Seele" zu geben. „Berlin wird so seinen Ruf als Ort der Begegnung für die Weltkulturen aufpolieren", hofft Hoppe.

Zugleich erinnert der Politiker an die wegweisenden Festivals unter dem Stichwort „Horizonte", die Berlins Festspiel-GmbH schon mit den Themen „Afrika" (1979), „Lateinamerika" (1982) und „Ostasien" im kommenden Jahr veranstaltet habe und plane. „Berlin wird schon jetzt international als Ort eines künstlerischen Nord-Süd-Dialoge akzeptiert und weltweit anerkannt."

Wörtlich heißt es in einem von Hoppe verfaßten Papier: „Berlin muß, um seinen vordersten Rang zu behaupten, sich an Aktivitäten anschließen, die in Paris und London bereits etabliert, in anderen europäischen Städten wie Zürich und Venedig geplant sind. Der Standortnachteil Berlins könnte durch ein Haus der Weltkulturen nicht nur ausgeglichen werden: Berlin könnte sich vielmehr an die Spitze der derzeitig erkennbaren europäischen Initiativen setzen."

Als wichtigste Aufgabe des „Hauses" im Gebäude der Kongreßhalle nahe dem Reichstag mitten im Tiergarten bezeichnet Hoppe die Präsentation außereuropäischer Kulturen. „In den Programmen müssen alle Kunstsparten ihren Platz finden, die politischen und wissenschaftlichen Aspekte treten dann hinzu.

Athen hat in zehn Jahren die Demokratie gefestigt

Von E. ANTONAROS

Die Griechen tun sich schwer mit ihrer Vergangenheitsbewältigung. Ihnen als Volk fehlt in der Regel die Fähigkeit, eine kühle Distanz zu Ereignissen und Personen zu gewinnen, emotionale Elemente gewissenhaft auszuklammern, die Dinge aus der historischen Perspektive ohne Pathos und Voreingenommenheit zu betrachten. Dies ist oft der Fall, wenn sie sich mit dem Bürgerkrieg in den vierziger Jahren auseinandersetzen. Ähnlich gehen sie jedoch auch mit den Umständen um, die in der Nacht zum 24. Juli 1974 zur Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland führten.

Seither haben die neun Millionen Hellenen diese „Sternstunde der Demokratie" – so Regierungschef Andreas Papandreou – mit Dokumentarfilmen, Gedenkmessen und historischen Rückblicken Jahr für Jahr begangen. Dabei scheinen sie jedoch immer wieder die ganz bestimmt unangenehme Tatsache verdrängen zu wollen, daß die Beendigung des siebenjährigen *Obristenregimes* kein „Sieg des Volkes" – wie Politiker zu sagen pflegen –, sondern das Ergebnis einer nationalen Katastrophe gewesen ist. Das Militär hatte einen Putsch gegen Zyperns Staatschef, Erzbischof Makarios, inszeniert und dadurch die türkische Invasion auf die Insel regelrecht provoziert. Daraufhin ließen die Offiziere über Nacht die Macht in die Hände der Politiker übergehen.

Es war kurz nach zwei Uhr in der Nacbt des 24. Juli, als Konstantin Karamanlis, Griechenlands im Pariser Exil lebender Spitzenpolitiker, mit einem vom damaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing geliehenen Flugzeug auf dem Athener Flugplatz landete. Hunderttausende von Menschen warteten auf den Straßen auf ihn. Sie feierten den Abgang der Militärs und schienen den drohenden Krieg mit der Türkei vergessen zu haben.

Karamanlis übernahm einen Scherbenhaufen und vollbracbte kein kleines, sondern ein großes Wunder. In erster Linie ist es das Verdienst dieses Mannes, der Griechenland bereits in den Jahren 1955 bis 1963 regiert hatte, daß das Land ohne Turbulenzen die Strapazen des Zypern-Krieges überstand. Ihm ist die Festigung der Demokratie zu verdanken. Er rechnete mit dem Obristenregime und seinen Exponenten zwar ab – die Diktatoren Papadopoulos und Ioannides verbüßen zur Zeit eine lebenslängliche *Gefängnisstrafe* –, verhinderte *aber eine* systematische Hexenjagd, wie radikale Kräfte sie befürwortet hatten. Er macbte Griechenland zum zehnten Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft und verhalf den Griechen zu bescheidenem Wohlstand.

Die Griechen können auf ihre zweifellos stabile Demokratie stolz sein. Zwei Putscbversuche in den Jahren 1975 und 1977 wurden im Ansatz zerschlagen. Der Parlamentarismus wurde unter Karamanlis gefestigt, der von 1974 bis 1980 als Regierungschef und seitdem als Staatspräsident im Amt ist. Seine Feuerprobe hatte er am 16. Oktober 1981 zu bestehen: An diesem Tag gewannen die Sozialisten unter Andreas Papandreou die Wahlen und entthronten die liberalkonservative, von Karamanlis gegründete „Neue Demokratie". Dieser völlig reibungslose Machtwechsel zeigte überzeugend, daß die Demokratie tiefe und widerstandsfähige Wurzeln geschlagen hat. Denn in der Vergangenheit war es eher die Ausnahme, daß eine Partei die andere ohne Nachwehen ablösen konnte. Hinzu kommt, daß zum ersten Mal in der Geschichte Griecbenlands die Sozialisten an die Macht kamen.

Papandreous Zwiscbenbilanz mag viele Griechen, auch zahlreiche Freunde Griechenlands im westlichen Ausland, mehr oder weniger enttäuscht haben. Er scheint sich nämlicb in der Rolle des Enfant terrible der *westlichen* Staatengemeinschaft zu gefallen. Die Unerfahrenheit seiner Mannschaft ist nicht zu kaschieren, ein klar erkennbarer Kurs ist in den meisten Sachgebieten offenbar nicht vorhanden.

Dennoch haben die Sozialisten einen frischen Wind in die ziemlich verkrustete politische Welt Griechenlands gebracht: Neben einigen Änderungen in der Gesellschaftsstruktur – dazu zählen die Ehe- und Scheidungsrechtsreform – haben sie durch ihren Wahlsieg eine Reihe von altgedienten und daher inzwischen ideenlos gewordenen Politiker in die Opposition gebracht. Der sozialistische Wahlsieg zwingt das bürgerliche Lager zur Erneuerung. (SAD)

Kreml: KPF verließ das sinkende Schiff

F. H. NEUMANN, Moskan

Die französischen Kommunisten konnten sich nicht länger an einer „Regierung der linken Kräfte" beteiligen, deren Politik die Hoffnungen und Erwartungen von Millionen Franzosen enttäuscht. Innerhalb der linken Mehrheit des Parlaments würden sie den Kampf um eine neue Wirtschaftspolitik fortsetzen, die ihnen der sozialistische Regierungschef nicht garantieren konnte. Das ist der Tenor der spärlichen Berichte, mit denen die sowjetische Presse bisher auf die Veränderungen in Paris reagiert hat.

Den Lesern wird klargemacht, daß die französischen Kommunisten von einem sinkenden Schiff in die Boote gegangen sind. Ungewöhnlich sind die Hinweie auf die Abkehr der Wähler: „Die Kommunal- und Europawahl, aber auch Meinungsumfragen haben gezeigt, daß die Regierung nicht mehr von der Mehrheit der Bevölkerung gestützt wird", schrieb die Regierungszeitung „Iswestija". Das Partei-Organ „Prawda" erwähnte sogar die rund „30 Prozent", auf die das Linksbündnis bei den Europawahlen abgesunken sei – ohne das besonders schwache Abschneiden der Kommunisten zu nennen.

Die Scbuld wird der harten Sparpolitik der Sozialisten zugeschrieben. Gegen das Regierungsprogramm einer *industriellen* Umgestaltung mit seinen negativen Auswirkungen auf Schlüsselbereiche der Wirtschaft und die Arbeitsplätze seien die Kommunisten schon bald kritisch aufgetreten.

Entschieden hätten sie statt dessen eine wirtschaftliche Belebung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefordert. Die „Iswestija" verwies auch auf außenpolitiscbe Differenzen im Linksbündnis, so auf die Unterstützung der NATO-Nachrüstung durch Paris.

Das Blatt meint, der Auszug der Kommunisten habe die Position der regierenden Sozialisten geschwächt. Ohne Unterstützung durch die KPF seien sie nicht in der Lage, eine „ordentlicbe linke Politik" zu betreiben. Während die Reaktion die gegenwärtige Krise in Frankreich für sicb ausnutze, riefen die linken Kräfte des Landes zu gemeinsamen Aktionen „gegen die Willkür des Kapitals" auf, konstatierte die „Prawda". Damit sind die Fronten wieder klar.

Fünf Parteien werben um Israels Araber

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Eine frische rote Rose und ein Wahlplakat mit seinem Bild läßt Ezer Weizmann vor Haustüren in arabischen Dörfern und in Nazareth verteilen, der größten arabisch-christlichen Stadt in Israel. Das ist der letzte Wahlgang des früheren Luftwaffenchefs, der mit seiner neuen Yahad-Partei (Erweckung) für die israelisch-arabische Verständigung eintritt.

Es gilt, die rund 250 000 Wähler der knapp 700 000 Araber und Drusen in Israel zu mobilisieren. Denn bei einem knappen Ergebnis können diese Palästinenser den Ausschlag für die Regierungsbildung in Jerusalem geben.

Um die Araber und Drusen werben neben Weizmann vor allem vier Parteien. Der regierende Likud-Block konzentriert sich auf die etwa 50 000 Drusen und hat jetzt schon einen drusischen Abgeordneten in der Knesset. Likud stellt besonders die guten Beziehungen der Armee zu den Drusen in Libanon heraus, mit denen geheime Abmachungen gegen die PLO bestehen. Auch auf den israelischen Golan-Höhen gibt es vier Drusen-Dörfer.

Die oppositionelle Arbeiter-Partei und die kommunistische Rakah versuchen ihren schärfsten Konkurrenten, Ezer Weizmann, zu stoppen, der bei Versammlungen bis zu 10 000 Araber auf die Beine bringt. Die Arbeiterpartei und die kommunistische Rakah haben je zwei arabische Abgeordnete im Parlament, wenn die Masse der arabischen Wähler ihren bisherigen Wahl-Boykott aufgibt, wofür in diesem Jahr viel spricht, können sie bis zu zwölf Abgeordnete entsenden, das ist ein Zehntel aller Mandate.

Eine unbekannte Größe im Kampf um die arabischen Stimmen ist die „progressive Liste für Frieden", die die Unterstützung der deutschen Grünen hat. An der Spitze der Wahlliste mit je 60 Arabern und Israelis steht Mohammed Myari. Bekannter aber sind Uri Avneri und Peled, die schon öfter mit PLO-Chef Arafat zusammengetroffen sind. Praktisch fordern sie einen gemeinsamen arabisch-jüdischen Staat mit Anerkennung der PLO.

Einen Tag vor der Wahl am Montag liegt Weizmann mit der Yahad bei den Arabern in Führung. Er und sein Stellvertreter, General Benjamin Ben Eliezer, der Gouverneur der besetzten Gebiete war, werben nicht mit Versprechungen für einen PLO-Staat, sondern mit Gleichberechtigung und Zusammenarbeit innerhalb Israels.

Weizmann erklärt, neue Siedlungen seien jetzt unwichtig, aber grundsätzlich müsse jeder Jude das Recht zum Siedeln in Judäa und Samaria haben. (SAD)

Peking stört Moskaus Indochina-Pläne

Verärgerung auch über Standhaftigkeit der Asean

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Für Moskau ginge in Südostasien alles seinen geregelten Gang, gäbe es nicht den Störfaktor Peking. Die sowjetische Politik hat den chinesischen Widerstand provoziert, indem sie kompromißlos den indochinesischen Satellitenkomplex aufbaute. Kernstück ist Vietnam, das sich wiederum Laos und Kambodscha unterordnete.

Die vietnamesische Besetzung des Landes soll erst preisgegeben werden, wenn das moskautreue Regime von „Kamputschea" international voll anerkannt ist. Die Sowjetunion mag damit rechnen, andere Hindernisse auf dem Wege dazu ausschalten zu können. Auf das Einlenken Chinas zu hoffen, so muß sie allmählich einsehen, ist aussichtslos.

Kambodschas Regierungschef Tschan Si hielt sich als dritter indochinesischer Sommergast noch in Moskau auf, als die Parteizeitung „Prawda" gleicb zweimal hintereinander ihrer Abscheu gegen eine Reihe sowjetfeindlicher und unsozialistischer chinesischer Aktivitäten freien Lauf ließ. Moskau, das schon ständig wegen einer angeblich bedrohlichen *„strategischen Achse"* USA-Japan-Südkorea Alarm schlägt, registrierte grimmig die zahlreichen chinesisch-amerikanischen Kontakte mit dem Höhepunkt des Präsidentenbesuches in Peking. Auch die Standhaftigkeit der Asean-Staaten in der Kambodscha-Frage ist nach sowjetischer Einschätzung *„unvernünftig"*.

Einen Erfolg auf dem asiatischen Schachbrett verbuchte der Kreml lediglicb mit Nordkorea, indem er es durch wirtschaftliche Zusicherungen aus seiner „neutralen Ecke" auf seine Seite brachte. Der geglückte Schachzug wurde durch den demonstrativen Besucb Kim Il Sungs in Moskau und Osteuropa herausgestellt und als „engeres Zusammenwirken" gefeiert. Mit einem „Monat der Solidarität" engagierte sich die Sowjetunion sogleich für die kommunistische Wiedervereinigung Koreas.

Scharfe Polemik

Für die „weitere Stabilisierung" Indochinas im Sinne Moskaus dürfte das Zusammenspiel mit Nordkorea wegen seiner Auswirkungen auf die chinesische Haltung keinen großen Nutzen bringen. Die „Prawda" sah sich schon jetzt veranlaßt, die chinesische Kritik an der sowjetischen Unterstützung Indochinas zu beklagen. In grober Form werde sie von Peking als antichinesische Aktion entstellt. Tatsächlich leistet Moskau jedoch dem Zusammenschluß der drei Länder unter vietnamesischer Führung volle Schützenhilfe.

Es sichert auch, wie der Besuch des vietnamesischen Verteidigungsministers bei seinem sowjetischen Kollegen Ustinow Mitte Mai unterstrich, die militärische Vorherrschaft Hanois. Neben wirtschaftlichen Fragen war die Militärhilfe bei den Gesprächen ein wesentliches Thema, die der Kreml anläßlich des RGW-Gipfeltreffens mit der vietnamesischen Spitzendelegation führte. Danach, Ende Juni, kam der laotische Partei- und Regierungschef Kaysone Phomvihane nach Moskau.

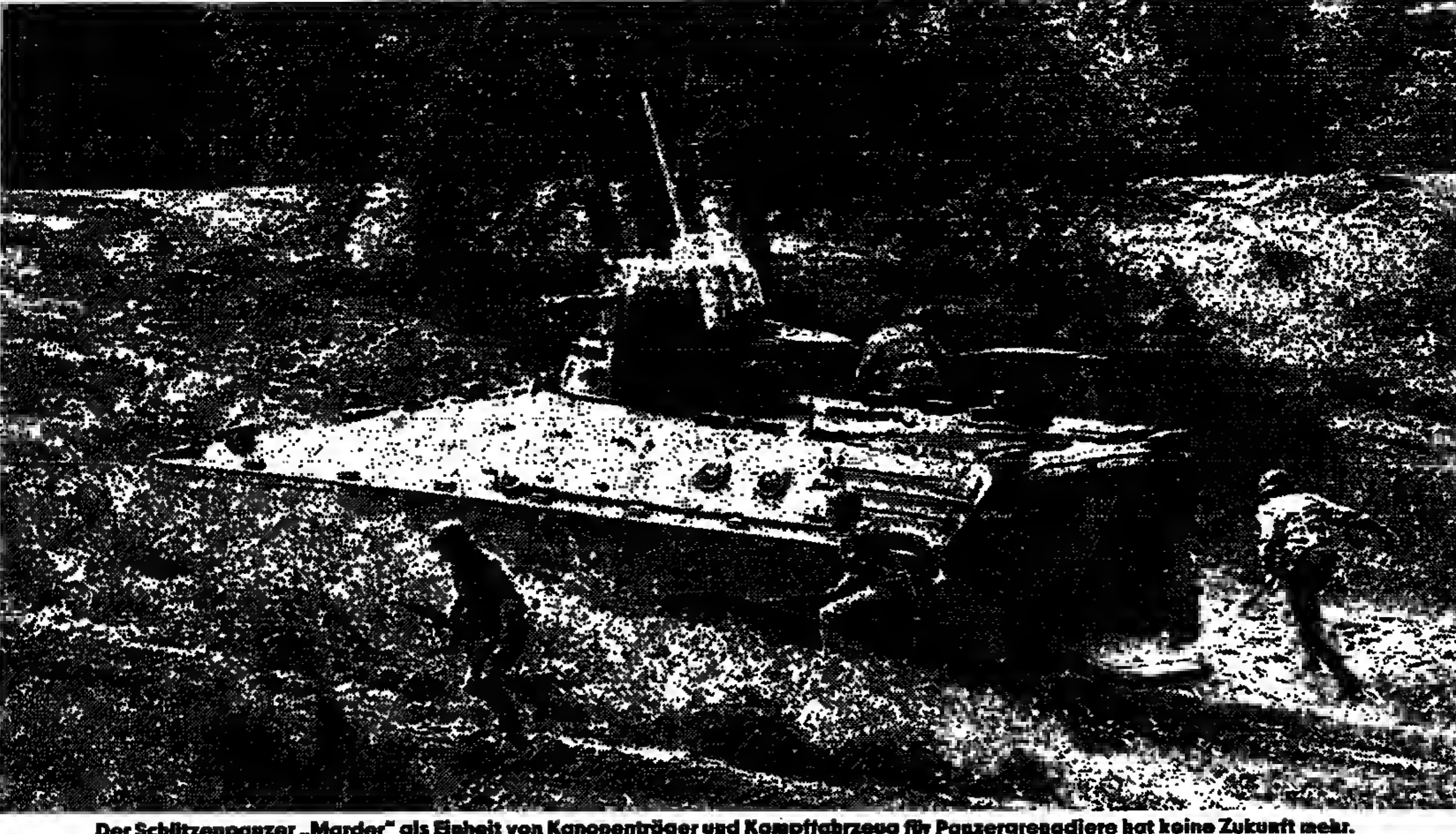
Störfeuer gegen Thais

Politisch versucht der Kreml vor allem eine Bresche in die Ablehnungsfront der Asean-Staaten (Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Brunei) zu schlagen, die er teils umwirbt, wie zuletzt Indonesien, teils zu isolieren versucht. Thailand steht dabei an erster Stelle, weil „bestimmte Kreise" dieses Land den kambodschanischen Widerstand unterstützten, indem sie „den Banden Pol Pots jede Hilfe" gewährten. Die sowjetische außenpolitische Zeitschrift „Neue Zeit" wartete bereits mit einem konkreten Programm auf: Um die gefährliche Lage zu überwinden, bei der thailändischer Boden gegen die drei indochinesischen Länder benutzt werde, seien „Pol Pot und seine Handlanger als politische und militärische Kraft zu beseitigen, Sicherheitszonen beiderseits der Grenzen anzulegen und die Grenzen selbst zu garantieren". Erst dann werde ein politischer Dialog möglich sein.

Im vietnamesisch besetzten Kambodscha sollen inzwischen dauerhafte kommunistische Strukturen geschaffen werden, wie die Moskauer Verlautbarungen beim Besuch des Regierungschefs Tschan Si unterstrichen. Der Gast wies jeden Gedanken an einen Kompromiß mit der Koalition des kambodschanischen Widerstandes von sicb; es könne nicht zugelassen werden, „daß unseren Feinden Handlungsfreiheit eingeräumt wird, um gegen uns aufzutreten". Und der sowjetiscbe Ministerpräsident Tichonow bekräftigte: „Uneingeschränkt unterstützen wir die konstruktiven und friedliebenden Initiativen der Länder Indochinas, die den Anschlägen des Imperialismus und Hegemonismus mutig widerstehen." Das erste Wort zielt auf den Westen, das zweite auf Peking.

Ihre Solidarität mit Kambodscha werde die Sowjetunion auch künftig festigen: durch jedwede Hilfe beim Aufbau der neuen Gesellschaft.

Planen anders als die Väter es taten. Das verlangt der ehemalige Heeresinspekteur Poeppel von den heute für die Zukunft der Bundeswehr Verantwortlichen. Mit „immer weiter, schneller und teurer" sei es nicht mehr getan, meint der General a. D. Aus der Sackgasse helfe nur das „David-Prinzip".



Der Schützenpanzer „Marder" als Einheit von Kanonenträger und Kampffahrzeug für Panzergrenadiere hat keine Zukunft mehr. FOTO: NORBERT NORDMANN

Poeppel: Als David den Goliath schlagen

Von RÜDIGER MONIAC

In den nächsten Wochen will Bundesverteidigungsminister Wörner ein Planungspapier verabschieden, das die Ausstattung der Bundeswehr bis fast an die Schwelle des Jahres 2000 bestimmen wird. Zu seiner Vorbereitung hat der Generalinspekteur als für die vom Minister für die Bundeswehrplanung zum Verantwortlichen bestimmten höchsten Soldaten viele Monate lang die Führungsstäbe auf der Bonner Hardthöhe Studien und Analysen anfertigen lassen. Ob als Ergebnis dieses Planungsprozesses die Zukunft der Bundeswehr nun maßgeschneidert wird? Der frühere Inspekteur des Heeres, Generalleutnant a. D. Hans Poeppel, hat Zweifel. In einem Gespräch mit der WELT hat er sie erläutert und macht Vorschläge, die geeignet sind, das Denken der Militärplaner zu revolutionieren.

Als Inspekteur war Poeppel bis 1981 für das deutsche Heer verantwortlich. Er sagt, nach einigen Jahren habe er jetzt genügend Abstand von seinem Amt und habe Zeit gefunden, unbelastet von den Turbulenzen der Tagesroutine zu untersuchen, wie die Streitkräfte sich auf die erheblich wandelnden Herausforderungen in den neunziger Jahren einstellen sollten. Sein besonderes Augenmerk lenkte er dabei auf die Landstreitkräfte.

Als erstes stellte der General a. D. fest, daß sich die Streitkräfte der NATO seit mehr als zwanzig Jahren vor dem Problem sehen, daß die jährlichen Kostensteigerungen für die Ausrüstung und den Betrieb der Verbände größer sind als die jeweils in den Verteidigungshaushalten zur Verfügung gestellten Finanzmittel. „Diese Schere", meinte Poeppel, „die sich immer weiter öffnet, führt zu unsolider Improvisation und zu einer Haltung des 'so tun als ob', die auf Dauer unsere äußere Sicherheit von innen heraus in Gefahr bringen muß." Es kann nicht mehr um die lineare Optimierung der künftigen Rüstungstechnik nach dem Motto „immer weiter, immer schneller, immer schwerer, immer teurer" gehen. Dies führt nach Poeppels Worten in die Sackgasse. Der General will in der Militärplanung das „David-Prinzip" angewendet wissen: „Der kleine David hat den Goliath nicht überwunden, indem er sich einer gleich schweren Keule bediente. Sein Erfolg lag in seiner Überlegenheit an kritischer Intelligenz und seiner Tapferkeit." Dieses Prinzip möchte Poeppel in der Ausbildung und Erziehung der Truppe, in ihrer Operationsführung und vor allem auch in der Waffentechnik genutzt sehen. Deshalb lautet einer seiner Schlüsselgedanken: „Um das auf Feuerkraft, Massierung und Stoßkraft beruhende Konzept des Warschauer Paktes zu durchkreuzen, braucht das Heer eine Bewaffnung, die seine Sinnesorgane ausschaltet, seine Nervenstränge unterbricht, seine Fortbewegung lähmt und seine verfügbaren Kräfte verschleißt und reduziert, damit seine operative Führung aus ihrem Zeitprogramm gerät und so die 'Hochrüstung' der anderen Seite 'von gestern' ist." Wie soll das der „David" bewerkstelligen?

Die Ansätze des früheren Heeresinspekteurs erscheinen vielversprechend. Sie könnten wie ein Elixier wirken, wenn sich die heute verantwortlichen Militärplaner intensiver als bisher auf sie einließen. Poeppel sagt: „Nur wenn wir heute die Weichen entschlossen stellen, werden wir in zwei Jahrzehnten über einen konzeptionellen Vorsprung verfügen, der die Überlegenheit des Ostens besser als heute neutralisiert."

Um jedoch von vornherein allen Mißverständnissen vorzubeugen: Dem früheren Heeresinspekteur bewegt keinesfalls „alternatives Denken", das heute so manchen aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Offizier interessiert. Manche fühlen sich auch besonders dazu animiert, weil sie so bei einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Unkundigen besser Gehör finden. Denn wie anderso gilt auch in der Strategie-Diskussion das mediale Gesetz: Wer von neuen Ideen redet, stößt auf Aufmerksamkeit. Wer indes das Bewährte und Zuverlässige verteidigt und neu begründet, verfällt häufig in der öffentlichen Diskussion dem Desinteresse.

Dies nimmt Poeppel in Kauf und sagt: „Die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion muß die Grundlage unserer Planung bleiben. Nur ist zu fragen, ob es richtig ist, bei einer Unterlegenheit der NATO von durchschnittlich eins zu drei bei den großen Waffensystemen zu versuchen, mit den Mitteln des Überlegenen Abschreckung zu produzieren? Zwingt uns nicht die finanzielle und personelle Entwicklung bei der Bundeswehr, das relative Gleichgewicht mit dem Warschauer Pakt nicht nur mit den gleichen aufwendigen Mitteln herzustellen?"

Wie aber dann? Einige Beispiele hat der General erläutert.

Aufklärung: Bis heute konnte das Heer nicht viel weiter voraus aufklären, als das Gelände zuließ, also kaum mehr als drei Kilometer. Eine zukunftsorientierte Ausrüstung wird sich mit der neu verfügbaren Sensortechnik auch vielversprechende Aufklärungsergebnisse für den Einsatz der eigenen Waffen zunutze machen müssen. Mit Radar lassen sich heute schon Menschen bis auf fünf Kilometer und Fahrzeuge bis auf 20 Kilometer erkennen. Mit fliegenden Radar-Sensoren (System Mohawk) reicht die Gefechtsaufklärung schon in eine Tiefe von 50 Kilometer. Infrarot hat im Falkland-Krieg seine Leistungsfähigkeit gegen See- und Luftziele bewiesen. Über unterschiedlich erwärmtem Gelände haben die Techniker jedoch noch für einige Jahre Schwierigkeiten bei der Unterscheidung der Objekte zu überwinden. Als vielversprechend erweisen sich akustische Sensoren.

Poeppel ist sich sicher, daß die unbemannte Luftaufklärung im Gegensatz zur bemannten, die bei einer immer präziseren Luftabwehr gegen Flugzeuge kaum mehr durchdringfähig sein kann, entwickelt werden muß. Kleine Fluggeräte, ob nun mit vorprogrammiertem Weg oder nachgesteuert, können als Träger für Aufklärungssensoren dienen. Sie haben wegen ihrer geringen Abmessungen – nur ein Prozent der Radarerfaßbarkeit eines Kampfflugzeuges – große Überlebenschancen. Schon heute sind sie technisch so ausgereift, daß sie über 150 Kilometer Entfernung ein Lagebild vom Feind oder eine Zielaufklärung liefern, die es gilt, so Poeppel, in Waffenwirkung umzusetzen. Das aber kann das Heer heute nicht. Näheres später beim Thema Artillerie.

Waffen und Munition: Poeppel sagt einen Schlüsselsatz über die Zukunft des Panzers: „In der Panzerabwehr wird die Überlegenheit großkalibriger Kanonen mehr und mehr auf Duell-Situationen begrenzt." Diese Duell-Situation würde es gewiß auch in einem künftigen Kriege geben. Dann ist entscheidend, welcher Panzer schneller das Ziel auffaßt, schneller feuert und auch sicher trifft. Und dies selbst aus der Fahrt. Darum wird der Panzer auch aus der künftigen Ausrüstung des Heeres nicht ausscheiden dürfen. Aber seine heute kaum zu übertreffende Rolle als die beste Waffe im Kampf gegen Panzer wird der Panzer wahrscheinlich verlieren.

Poeppel weist auf die Entwicklung bei den Raketen für die Panzerabwehr hin und erklärt: „Für die Bekämpfung von Zielen im Nahbereich und in der Tiefe wird Ende des Jahrzehnts ein breiter Fächer von Präzisionswaffen zur Verfügung stehen (Precision Guided Munition, PGM). Sie nutzen die Steuerungsimpulse der genannten Sensoren und optimieren die Trefferquote." In wenigen Jahren werden die Panzerabwehrraketen, so sieht der General voraus, ohne einen störenden Lenkdraht auskommen. Für die dritte Generation dieser Waffe gilt das Prinzip „fire and forget". Der Lenkschütze visiert das Ziel an, feuert und kann sich sofort auf das nächste Ziel konzentrieren oder in Deckung gehen. Zur Rolle des Panzers meint Poeppel: „Die Panzerkanone erlaubt schon heute den sofortigen Zielwechsel nach dem Schuß, also das ‚Fire and Forget'; insgesamt aber erfordert sie einen recht hohen Aufwand. Trotzdem wird bei den Kampftruppen die Aufgabenteilung zwischen Panzer und Schützenpanzer die optimale Lösung bleiben. Ersterer beherrscht den Raum, letzterer schafft die Bewegungsfreiheit."

Kampftruppen: Dennoch schlägt der General auch für sie ein verändertes Konzept vor, über das im übrigen auch im Führungsstab des Heeres gegenwärtig ernsthaft nachgedacht wird. Poeppel möchte die Aufgaben, die der Schützenpanzer als „Mädchen für alles" heute erfüllen soll, auf verschiedene Waffensysteme aufgeteilt sehen. Er schlägt eine Zerlegung seiner Aufgaben in zwei Komponenten vor: „Benötigt wird ein kleiner und flinker Infanteriepanzer (drei Mann Besatzung) mit Maschinenkanone und Panzerabwehrrakete für alle jene Aufgaben wie bewegliche Verteidigung und Gegenangriff im offenen Gelände, die den Kampf zu Fuß nicht erfordern. Die für den abgesessenen Kampf vorgesehene Infantrie soll künftig nicht in allen Gefechtslagen mitgeführt und unnötig gefährdet werden. Sie wäre auf gepanzerten Mannschaftstransportwagen für ihre besonderen Aufgaben zugweise zusammenzufassen."



Generalleutnant a. D. Poeppel will das Denken der Militärs revolutionieren FOTO: JUPP DARCHINGER

Artillerie: Das Bild des Kampfes zwischen Goliath und David bleibt dem General auch hierbei vor Augen. Seit der Steinschleuder habe die Artillerie mit den Problemen der Streuung zu kämpfen, erläutert er. Als schließlich die Kampftruppen gepanzert anrückten, sank die Wirkung der Artillerie weiter. Das ändert sich jetzt grundlegend mit den schon vorhandenen Flächenfeuerwaffen und bald mit den in Entwicklung befindlichen endphasengelenkten Geschossen. Mit der Chance, auch gepanzerte Punktziele zu treffen, wird teure panzerbrechende Munition kostenwirksam, sagt Poeppel und ergänzt: „Jetzt erst kann die Artillerie die Kampftruppen so unterstützen, wie dies ihre vornehmste Aufgabe ist. Ihr Wirkungsraum wird durch die Raketentechnik in die gegnerische Tiefe ausgedehnt. Damit ergibt sich die Möglichkeit, auch den Feind wirksam zu bekämpfen, der noch gar nicht ins Gefecht eingetreten ist." Und so die Panzer entlastet.

Mit den neuen Möglichkeiten der Artillerie – ein erstes System (MLRS / MARS) wird vom Heer in absehbarer Zeit in Betrieb genommen werden – sieht der General eine „historische Wende" kommen. Sie werden es erlauben, ganz im Sinne der häufigen Forderungen nach Reduzierung der atomaren Gefechtsfeldwaffen zu verfahren und die Bekämpfung heranrückender frischer Panzerverbände der konventionellen Artillerie zu übertragen. Auf einen weiteren Nutzen der Waffenentwicklung weist Poeppel zusätzlich hin. Die neuen artilleristischen Präzisionswaffen bewirken, daß die Zahl der Geschütze und Abschußgestelle merklich reduziert werden kann und die Bevorratung an großen Zahlen von Geschossen in geringere Zahlen mit höherer Qualität veränderbar ist. Das verlangt weniger Transportraum und ist insgesamt kostengünstiger.

Pioniere: Auch diese Truppe wird von der technischen Entwicklung profitieren, wenn die Militärplaner bereit sind, aus ihren Denkgewohnheiten auszubrechen, glaubt Poeppel. Mit Hilfe ballistischer Raketen können Minen künftig als Schnellsperren verlegt werden und damit eine bereits begonnene Bewegung des Gegners sogar tief in dessen Hinterland stoppen. So werden seine Kräfte gestaut und nach einer genauen Zielaufklärung auch mit präzisem Feuer bekämpfbar.

Tarnung: Die NATO muß damit rechnen, daß auch die östliche Seite in der Entwicklung von Sensoren große Fortschritte machen wird. Deshalb verlangt Poeppel von den jetzt verantwortlichen Militärplanern nach dem David-Prinzip, sie sollten ihr Augenmerk auch auf die Notwendigkeiten der eigenen Tarnung richten. Die nächste Generation an Waffen und Systemen für die Kampftruppen und die zur Kampfunterstützung müßten für verschiedene Arten von Sensoren weniger erfaßbar sein, das heißt, geringere Ansatzflächen haben: Niedrigere Silhouette gegen Optik und Radar, weniger Hitzeentwicklung gegen Infrarot und weniger Motorengeräusche gegen akustische Sensoren. Das sind Maßnahmen der passiven Tarnung. Als aktive erwähnt der General die Entwicklung technischer Elemente zum Stören oder zum Fehlleiten elektronischer Programmierung.

Kampf in die Tiefe: Für diese Aufgabe legt Poeppel ein interessantes Modell vor, dem auch der europäische NATO-Oberbefehlshaber Rogers in den Grundzügen gewiß beipflichten würde. Poeppel sagt, die NATO wäre vom Gebrauch nuklearer Waffen in der Bekämpfung der sogenannten Zweiten Strategischen Staffel in der Phase ihrer Heranführung aus der Tiefe weitgehend entbunden, wenn anders als heute dafür ausreichend konventionelle Mittel zur Verfügung stünden. Diese Aufgabe erfüllen heute allein fliegende NATO-Verbände. Ihre Durchdringfähigkeit allerdings sinkt, weil der Warschauer Pakt seine Flugabwehr enorm gesteigert hat. Poeppel meint: „Um auf den nuklearen Einsatz weitgehend verzichten zu können und trotzdem eine glaubwürdige Abschreckung zu erhalten, fordert Rogers, die nachgeführten Kräfte schon frühzeitig mit weitreichendem Feuer anzugreifen und so zu dezimieren und zu demoralisieren, daß unsere Verteidigung an der Grenze auch gegen diese bestehen kann. Ein weiterer Vorteil läge auch darin, daß dem möglichen Aggressor die Bekämpfung schon auf seinem eigenen Territorium angedroht wird, mit eben den Mitteln, die er gegen die NATO einsetzt."

Poeppel weist in einer Rechnung nach, daß solche Pläne militärisch und finanziell im Realistischen liegen: Von den wenigstens hundert Divisionen an Landstreitkräften, die der NATO in Mitteleuropa gegenüberstehen, befänden sich 25 für den Fall eines östlichen Angriffs bereits in aufgelockerter Gefechtsformation und in so engem Kontakt mit den in der Verteidigung befindlichen Verbänden der NATO, daß sie mit Mitteln zur Bekämpfung in der Tiefe nicht mehr erfaßbar wären. Es blieben dafür die nachzuführenden 75 Divisionen. Poeppel rechnet bei ihnen mit 165 000 beweglichen Zielen. Damit der gegnerische Aufmarsch nicht nur gestört, sondern dessen zusätzliche Kampfkraft im strategischen Ausmaß reduziert würde, sieht der General die Notwendigkeit, von diesen beweglichen Zielen 40 Prozent auszuschalten, also 66 000. Für Fehler wie ungenaue Zielvorgabe, technisches Versagen, Ablenkung des Sensors oder Doppelbekämpfung schlägt er 60 Prozent auf, so daß 105 600 Ziele auf dem Marsch zu bekämpfen sind.

Für diese Aufgabe sieht der General Drohnen, also unbemannte Kleinflugkörper, als geeignet an. Es sei bereits erwiesen, daß sie recht ungefährdet über mehrere hundert Kilometer gegnerisches Gebiet überfliegen könnten, Zielräume aufklären oder im Suchraum selbst Ziele finden und mit Tochtermunition gleichzeitig mehrere Ziele angreifen. Im Abschnitt jedes Heereskorps der NATO in Mitteleuropa wäre nach Poeppels Modell je ein derartig ausgerüstetes Flugkörperbataillon zu stationieren, insgesamt also acht Bataillone mit zusammen 4500 Mann. In der Regel fahren die beweglichen Ziele in Gruppen von vier bis fünf Fahrzeugen. So nennt es der General rationell, die Kampfdrohnen mit drei Tochtergeschossen zu entwerfen. Der Bedarf beträgt demnach 35 000.

Die Kosten für eine Kampfdrohne gibt Poeppel in Anlehnung an eine Studie, die von amerikanischen und deutschen Fachleuten 1983 herausgebracht worden war (ESECS-Studie, Nomos-Verlag), mit 150 000 Mark an. Für 4536 Drohnen, die von acht Bataillonen in 24 Serien innerhalb von sieben Tagen verschossen werden sollten, entstehen so Kosten über 5,25 Milliarden Mark. Dazu gerechnet die Betriebskosten für die Verbände über zehn Jahre von 0,79 Milliarden, deren Ausrüstung von 0,41 Milliarden, weitere 600 Minen-Raketen zu insgesamt 0,36 Milliarden und zusätzlichen Kosten für Aufklärung und Ortung über 1,5 Milliarden Mark ergeben sich Gesamtkosten von 8,5 Milliarden Mark.

Poeppel meint, der errechnete Aufwand in zehn Jahren wäre sicher eine hervorragende Investition angesichts der erzielbaren strategischen Wirkung und der Chance, Nuklearwaffen nur als letztes Mittel einsetzen zu müssen. „Die Bekämpfung der Zweiten Strategischen Staffel wird damit technisch möglich, taktisch hochwirksam und bei entsprechender Priorität ohne weiteres bezahlbar."

Konkret stellt sich der General die Aufgabe so vor: „Die im Verteidigungsfall zu bekämpfenden Ziele befinden sich 300 Kilometer tief gestaffelt zwischen Oder und innerdeutscher Grenze. Sie haben bei ihren Bewegungen überall Flüsse und markante Verkehrsknotenpunkte zu queren. Eine Bekämpfung auf zu große Entfernung würde die Kosten für die Aufklärung und die Anforderungen an die Leistung der Flugkörper unnötig erhöhen. So empfehlen sich zwei Bekämpfungszonen von 150 Kilometer Tiefe. Ein genaues Kartenstudium zeigt, daß sich zum Stauen von Bewegungen geeignete Engpässe etwa alle zehn Kilometer von Nord nach Süd anbieten. Daraus ergeben sich zwei Abnützungslinien (Interdiction) mit zusammen 150 Staupunkten. Bei viermaligem Stauen beträgt der Bedarf an Minenraketen 600."

Planungsansatz: Poeppels konkrete Darlegungen über die Notwendigkeit, bestimmte neue Waffen und Ausrüstungen zu entwickeln, führen zurück zu der Frage, wie im Planungsverfahren der Streitkräfte neuen Ideen Bahn gebrochen werden kann. Dazu sagt der General: „Innerhalb der verfügbaren Finanzmittel macht es einen enormen Unterschied, ob eingefahrene Planungslinien fortgeschrieben und Konkurrenzen gegeneinander ausgereizt werden oder ob die Planungsvorhaben Raum geben für neue Weichenstellungen."

Handlungsspielraum kann dem Planer nach Poeppels Ansicht nur geschaffen werden, wenn innerhalb des Planungsprozesses für die Streitkräfte manchmal mutig und auch für manchen unbequem entschieden wird. Dazu betont der General: „Der Schlüssel dafür liegt in der Anwendung konkurrierender Kosteneffektivität. Vorrang muß jeweils dem System und dem Verfahren gegeben werden, das eine bestimmte operative Aufgabe mit dem geringstmöglichen Aufwand erfüllt."

„Rendezvous": Ende einer Gastarbeiter-Sendung

„Das ist unbegreiflich!"

Was Ausländersendungen für die Konsumenten bedeuten können, erfuhr der Westdeutsche Rundfunk in Köln, nachdem er dem Hessischen Rundfunk die Kooperation beim Hörfunk für Gastarbeiter aufgekündigt hat. Die sonntägliche Drei-Stunden-Sendung „Rendezvous in Deutschland" sei für 400 000 Ausländer im WDR-Sendebereich jetzt nicht mehr zu empfangen, hieß es in den ersten Klagen von Hörern. „Wir", ein neues „Forum für ein besseres Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern", schrieb an WDR-Intendant von Sell, diese Entscheidung sei „schlichtweg unbegreiflich".

Für den Westdeutschen Rundfunk ist das Ausklinken nach 20 Jahren Kooperation nicht etwa mit der auf der Kritikerseite schon vermuteten Rücksichtnahme auf private Hörfunkkonkurrenz zu suchen, sondern in einer „Weiterentwicklung der vier Hörfunkprogramme". Das 4. Programm, in dem die „Rendezvous"-Serie lief, wird in Köln zügig zu einem Voll-Bediener ausgebaut, nachdem es bisher eher das Schlußlicht der Programme bedeutete.

Von einer Benachteiligung der Ausländer durch das Absetzen der Musik- und Informationssendung mag man beim WDR nichts hören. Seit Anfang 1984 hat man hier die neue Folge „Vom Bosporus bis Gibraltar" eingeführt, eine sehr ähnliche Mischung, die am Samstag und Sonntag jeweils von 17.00 bis 18.20 Uhr über die Antennen geht und unmittelbar in die stets um 18.20 Uhr beginnenden Ausländersendungen in Serbokroatisch, Türkisch, Griechisch und Spanisch übergeht. „Vom Bosporus bis Gibraltar", so der WDR, sei so komponiert, daß auch Deutsche folgen könnten, die Sendezeit sei insgesamt nur 20 Minuten kürzer als beim „Rendezvous".

Den Vorwurf der Hessen kontert man in Köln mit dem Hinweis, daß die WDR-Reihe „Deutsch für junge Türken", dreimal pro Woche über den Schulfunk ausgestrahlt, vom Hessischen Rundfunk nicht übernommen werde. Das Kölner Angebot sei überdies noch viel größer, als die festen Sendungen erkennen ließen. So habe man zum Beispiel im Rahmen des Rheinischen Musikfestes Musik aus der Türkei live eingeblendet.

„Rendezvous in Deutschland" sei von einer „Machart gewesen, die in die neue vorgesehene Struktur des vierten Programms nicht mehr paßte", sagte ein WDR-Sprecher der WELT auf Anfrage. Man habe auch keineswegs, wie schon zu hören gewesen sei, die Drei-Stunden-Sendung „auf öffentlichen Druck" hin noch vier Wochen über das eigentliche „Aus" hin weitergeführt, sondern nur als „technische Brücke" für den Norddeutschen Rundfunk. Es bleibt abzuwarten, welches Echo die Nachfolgesendung haben wird. „Rendezvous" stellte gern Themen wie Ausländergesetze, Ausweisungspraxis, Streik und Aussperrung heraus. EBERHARD NITSCHKE





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.03 Bis später – ich muß mich erschießen
11.50 Tagebuch
12.05 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.00 Die Geschichte vom fliegenden Pferd
15.30 Matt und Jenny
Die zwei Gesichter des Mr. Ross
16.00 Tagesschau
16.10 Ich wollt' ich wär ...
Was sich Zeitgenossen wünschen
Mit Susanne Offenbach
17.20 Das Geheimnis des 7. Weges
Die Säule mit dem Katzenkopf
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Rückkehr von den Toten
21.00 Nur ein Viertelstündchen
Carolin Reiber präsentiert bekannte Melodien von der Oper bis zum Schlager
21.15 Britische Nachbarn
Rostet die „Eiserne Lady?"
Margaret Thatcher und die Streiks in Großbritannien
21.45 Willkommen in Los Angeles
Sendung von Werner Baecker
22.30 Tagesthemen
23.00 Die linkshändige Frau
Deutscher Spielfilm (1978)
Von Peter Handke
Mit Edith Clever, Bruno Ganz, Angela Winkler, Bernhard Minetti, Gérard Depardieu u. a.
Glücklich und mit tiefen Beziehungen zueinander lebt eine deutsche Familie in einem kleinen Vorort von Paris. Eines Tages fordert die Frau jedoch ihren Mann ohne Grund auf zu gehen und er folgt ohne Fragen ihrer Bitte. Nun beginnt für alle ein allumfassendes Alleinsein.
0.55 Tagesschau

14.30 Chemie – auf den zweiten Blick
Chemie + Kunst = 2 Künste
15.00 heute
15.05 Jennifers abenteuerliche Reise
4. Teil: Feuer an Bord!
15.25 Die kleinen Strolche
15.40 Ferienkalender
16.00 Alles per Drahtesel
16.10 Captain Future
Abenteuer in der Eiswüste
16.35 Lassies Abenteuer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Der Malayen-Chor, Bernd Clüver
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Der schnelle Max
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Wer hat das Zeug zum Präsidenten
Ihre Erfahrungen mit dem amerikanischen Wahlsystem schildern Peter Ellgaard, Hanns Joachim Friedrichs und Dieter Kronzucker
20.15 Nick Carter – Zum Frühstück Blondinen
Französisch-italienischer Spielfilm (1965)
Mit Eddie Constantine u. a.
Regie: Jean-Paul Savignac
21.32 Jagdszenen aus Hollywood
21.45 heute-journal
22.05 Blinde sehen
Laski – das katholische Blindenzentrum in Polen
Film von Gerhard Müller
22.35 Warten auf Godot
Von Samuel Beckett
Aufzeichnung einer Aufführung des Schiller-Theaters, Berlin
0.40 heute



Horst Bollmann (r.) und Stefan Wigger als Wladimir und Estragon in Becketts „Warten auf Godot", das der Autor in Berlin inszenierte (ZDF, 22.35 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
19.00 Ärger im Bellona Club
Hinrichtungstag
19.45 Götter und Helden der Germanen

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Die Internationale
Das Ende einer Epoche (1945–1956)
21.00 Die Krimistunde
Geschichten von Henry Slesar
22.00 Antiquitäten von morgen
22.15 Peter Tschaikowsky
Sinfonie Nr. 4 f-Moll op 36
Yuri Ahronowitsch dirigiert das Radio-Symphonie-Orchester Berlin
23.00 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Das Foto-Alibi
20.15 Rückblende
Vor 700 Jahren
Turmuhr 1284
20.30 Neue Medien, neue Märkte, neue Macht
Die Revolution unserer Arbeit
21.15 Mad Movies
21.45 Calcutta
Porträt der 14-Millionen-Stadt
Von Christian Sterley
22.45 Soap – oder Trautes Heim
23.10 Letzte Nachrichten

BAYERN
18.18 Hereinspaziert
Kulturzeit der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alcazar
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Im Laboratorium der Medaillen
Bericht über Wissenschaft und Leistungssport
Von Helmut Groll
22.50 Task Force Police
Kurze Karriere
23.40 Rundschau

Britische Hafenarbeiter für Kompromiß

dpa, London

Bei Massenversammlungen in mehreren großen britischen Häfen haben die Hafenarbeiter gestern den Kompromiß gebilligt, der offiziell zum Ende des elf Tage dauernden Streiks geführt hatte. Mit ihrem Streik hatten die „Docker" alle Häfen des Landes lahmgelegt und vorübergehend auch den Ferienverkehr über den Ärmelkanal schwer behindert.

Die Delegiertenkonferenz der Transportarbeitergewerkschaft TGWU hatte nach einstündiger Sitzung beschlossen, den am Freitag vereinbarten Kompromiß mit den Arbeitgebern anzunehmen. Er enthält eine Formel, die verhindern soll, daß andere als die gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter deren Aufgabe übernehmen, wenn sie streiken.

Der Gewerkschaftsführer John Connolly sagte nach der Entscheidung der Delegierten: „Der Streik war notwendig, weil er uns jetzt die Zusicherung für die weiteren Regelungen der Arbeit in den Häfen gibt." Jeder Einsatz von Streikbrechern in den Häfen wird nach seinen Angaben dieselben Folgen haben wie jetzt.

Im größten englischen Fährhafen Dover hatten schon am Donnerstag Hunderte von Lastwagenfahrern unter Drohungen – „Wir brennen den Laden hier bis auf die Grundmauern nieder" – erzwungen, daß sie wieder übergesetzt wurden. Die Hafenarbeiter in Dover waren daraufhin aus der Streikfront ausgeschert und hatten so das Signal für ein Ende des Arbeitskampfes gegeben.

„DDR" attackiert Deutschlandfunk

AFP, Berlin

Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) hat in der neuesten Ausgabe seiner Hauszeitschrift dem Deutschlandfunk „Subversion gegen die DDR" vorgeworfen.

Das deutschsprachige Programm, so die Hauszeitschrift des „DDR"-Instituts, sei „auf die fortgesetzte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und eine imperialistische Wiedervereinigung Deutschlands" ausgerichtet. Das Ostberliner Institut warf dem Sender vor, sein Programm jetzt „noch stärker als früher auf Zielgruppen" auszurichten, „die er mit antisozialistischen Argumentationsmustern auszurüsten" gedenke. Der Deutschlandfunk versuche, „in einzelne Schichten der DDR-Bevölkerung Mißtrauen gegen die Politik der SED zu säen und zu staatsfeindlichen Aktivitäten zu ermuntern", heißt es in der Hauszeitschrift weiter.

Moskau wirft Wörner Erfindungen vor

dpa, Moskau

Die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda" hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gestern beschuldigt, im Zusammenhang mit den kürzlich in der „DDR", der CSSR, Polen und im südlichen Bereich der Ostsee abgehaltenen UdSSR-Stabsmanövern Erfindungen zu verbreiten. Der Minister behaupte, daß die sowjetischen Streitkräfte einen überraschenden Überfall auf die Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel geübt hätten, irgendeine westdeutsche Stadt einzunehmen, „um den politischen Willen der Bevölkerung des Landes und danach den in anderen NATO-Ländern zu brechen".

Das Ziel derartiger Erklärungen sei *völlig klar: Damit solle die Verwandlung* des Territoriums der Bundesrepublik zum Ausgangspunkt eines Erstschlages gegen die UdSSR und ihre Verbündeten kaschiert werden. Außerdem werde damit „das Streben des offiziellen *Bonns maskiert*, eigene Offensivwaffen anzuschaffen".

Wiesenthal: Höfer soll sich erklären

SAD, Zürich

Der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, hat den Moderator des ARD-Frühschoppens, Werner Höfer, aufgefordert, über seine publizistische Tätigkeit im Dritten Reich zu sprechen. Wie Wiesenthal in einem Gespräch mit dem Springer-Auslandsdienst sagte, müsse „Höfer endlich erklären, warum er im Dritten Reich für Goebbels Propaganda machte". Solche Taten seien „moralisch nie verjährt. Höfer ist eine Erklärung einem Millionenpublikum schuldig."

Nach Informationen des Jüdischen Dokumentationszentrums hatte Höfer für mehrere NS-Blätter gearbeitet. Besonders abfällig habe er sich 1943 über den zum Tode verurteilten 27jährigen Pianisten Karl-Robert Kreiten, der wegen kritischer Worte gegen das Dritte Reich gehängt wurde, in einem Artikel geäußert. Höfer schrieb nach der Hinrichtung Kreitens von einem „ehrvergessenen Künstler". Höfer, so Wiesenthal, habe bis heute zu seiner Vergangenheit im Dritten Reich nie Stellung bezogen.

Erwidert Kohl schon nächstes Jahr den Besuch Honeckers?

Ost-Berlin und Bonn sollen gemieden werden / Protokollparallelen zur Reise Schmidts

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die Bebutsamkeit der Bundesregierung bei der Verabredung aller Details des Besuchs von Erich Honecker steht auch mit der Absicht Ost-Berlins in Zusammenhang, Bundeskanzler Helmut Kohl so bald wie möglich zu einem Gegenbesuch begrüßen zu können. Dieser soll möglichst schon 1985 stattfinden.

Jede jetzt an den Tag gelegte Bereitwilligkeit Bonns, Honecker in der Bundeshauptstadt zu empfangen oder im Staatsgast-Domizil Schloß Gymnich einzuquartieren, hätte die protokollarisch-politischen Hürden für den Gegenbesuch erhöht. Bonn will bei einer Kohl-Visite vermeiden, daß Ost-Berlin zum Schauplatz der Begegnung ausersehen wird. Der nunmehr verabredete „Arbeitsbesuch" des Staatsratsvorsitzenden soll möglichst nach demselben Schema wie die Reise von Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der Schorfheide und nach *Güstrow* ablaufen.

Dennoch ergeben sich im Zusammenhang mit dem Honecker-Besuch eine Reihe von Fragen. So scheint Honecker wenig Neigung zu verspüren, Journalisten aus der Bundesrepublik in sein Arbeitszimmer am Ostberliner „Lustgarten" einzuladen. Derartige publizistisch auswertbare Audienzen gab Honecker jedoch sowohl vor jeder seiner Reisen ins westliche Ausland – bisher Österreich und Japan – als auch vor jedem Besuch westlicher Regierungschefs.

Vor dem Besuch von Olof Palme in Stralsund empfing Honecker schwedische Journalisten. Als der Besuch von Andreas Papandreou vor der Tür stand, erhielten griechische Journalisten Gelegenheit, mit Honecker zu plaudern. Im Falle Palme und bei der *Visite* von *Italiens Premier Bettino* Craxi gab Honecker jeweils großbürgerlichen Zeitungen des Gastlandes ein Interview – dem „Svenska Dagbladet" und „Il Messaggero".

Es wird sich zeigen, ob Honecker an dieser Praxis auch vor seinem Abflug in die Bundesrepublik am Morgen des 26. September vom Flughafen Schönefeld im Süden Berlins festhält. Wiche er von der bisherigen Übung ab, müßte die SED-Führung einräumen, daß es sich bei dieser Reise doch nicht um eine der üblichen, für die „DDR" angeblich ganz „selbstverständlichen" politischen Kontaktaufnahmen im Interesse des Friedens handelt.

Ebenso verhält es sich mit der Frage, ob Honecker am Ende seiner Reise vor der Presse ein Fazit zieht, wobei er Fragen über die Verhältnisse in der „DDR" riskieren würde.

Während seines Aufenthalts in Japan stellte sich Honecker der Presse, die ihn auch fragte, wann die „DDR" denn die Mauer abreiße. Honecker zog damals historische Vergleiche zu Mauern in China und Jerusalem, die alle in einer bestimmten geschichtlichen Phase *errichtet* worden seien.

Ein weiteres protokollarisches Problem ergibt sich möglicherweise aus der Zusammensetzung der „DDR"-Delegation: Welchen Gesprächspartner bekäme Außenminister Oskar Fischer auf Seiten der Bundesregierung – wenn man unterstellt, AA-Chef Hans-Dietrich Genscher unterhielte sich angesichts der besonderen *Beziehungen zwischen den beiden* deutschen Staaten nicht *mit ihm*? Am Werbellinsee traktierte seinerzeit Egon Franke als Minister für innerdeutsche Beziehungen seinen Partner Fischer mit einer weit über hundert *Punkte umfassenden* Problem-Liste.

Interessant wird auch sein, in welcher Weise die elektronischen „DDR"-Medien über den Aufenthalt des Staatsratsvorsitzenden berichten. Beim Schmidt-Besuch waren stundenlange Live-Übertragungen vom Schauplatz des Geschehens an der Tagesordnung. Diesmal ergibt sich für Ost-Berlin das Problem, ihr eigenes offiziell vermitteltes Bild vom Raketenland Bundesrepublik mit allen Zügen „sozialen Massenelends" in Bild und Ton revidieren zu müssen. Denn in ein solches Gebiet könnte, nach dem SED-Selbstverständnis, der Staatsratsvorsitzende schwerlich reisen. Man wird in den nächsten Wochen beobachten, ob die „DDR"-Führung anordnet, ein realistischeres Bild von den Verhältnissen westlich der Elbe zu zeichnen.

Zwangsumtausch – Waffe der „DDR"

Mit seiner Manipulation erzielt Ost-Berlin im Westen große psychologische Wirkungen

H.-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die „DDR"-Führung hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, den am 13. Oktober 1980 auf täglich 25 Mark festgelegten Zwangsumtausch für West-Besucher zu reduzieren oder gänzlich auf diesen Betrag zu verzichten. Lediglich bei den Rentnern erreichte die Bundesregierung offenbar einen „Sozialrabatt" von zehn Mark, so daß sie künftig nur noch 15 Mark tauschen müssen.

In der Koalition scheint es unterschiedliche Meinungen zu geben, wieweit das Thema „Umtausch" im Vorfeld des Honecker-Besuchs nun *endgültig vom Tisch gebracht* werden könnte. Unter den Deutschlandpolitikern der Union und der FDP ist man auch über die Erfolgschancen anscheinend unterschiedlicher Ansicht. Der „DDR" ist es in den vergangenen 20 Jahren *jedenfalls* immer wieder gelungen, den Zwangsumtausch als politische Waffe einzusetzen.

– Ost-Berlin führte den Zwangsumtausch vor knapp 20 Jahren, am 25. November 1964, ein. Damals mußten Westdeutsche – die auch nach dem Mauerbau ohne weiteres nach Ost-Berlin durften – pro Tag fünf Mark eintauschen. Erhielten West-Berliner ausnahmsweise ein Visum, bat man sie mit drei Mark zur Kasse. Damals wie heute, versteht sich, im Verhältnis 1:1.

– Als im Juni 1972 das Viermächte-Abkommen und damit zugleich die Besuchsregelung für West-Berliner und Westdeutsche in Kraft trat, mußten Deutsche mit dem Bundespaß täglich doppelt soviel, nämlich zehn Mark tauschen. West-Berlinern nahm man fünf Mark ab.

– Knapp 18 Monate später langte Ost-Berlin zum erstenmal kräftig zu: Westdeusche mußten seit dem 15. November 1973 für jeden Tag 20 Mark berappen, bei West-Berlinern beließ man es bei 10 Mark. Während Kinder und Jugendliche nicht betroffen waren, sahen sich die West-Rentner zum erstenmal mit dem vollen Betrag belastet.

– Im Frühjahr 1974, als die beiden Ständigen Vertretungen ihre Arbeit *aufnahmen, winkte Bonn* mit einer Swing-Verlängerung. Staatssekretär Günter Gaus erreichte, daß die „DDR" am 15. November 1974 die neuen Sätze beträchtlich reduzierte, aber nicht wieder auf die alte Höhe *zurücknahm*. Fortan galten 13 Mark pro Tag für alle West-Besucher aus Berlin oder dem übrigen Bundesgebiet als Tarif. Ost-Berlin aufzusuchen, kam mit 6,50 DM billiger.

– Im Zuge der scharfen West-Abgrenzung nach den Unruhen in Polen *griff* die SED abermals nach dem politischen Steuerungsinstrument des Zwangsumtausches. Seit dem 13. Oktober betrug der Satz einheitlich 25 Mark. Kinder und Jugendliche brauchten „nur" 7,50 Mark zu geben.

– Wie leicht sich mit dem Umtauschsatz manipulieren läßt und welche psychologische Wirkung damit im Westen herbeizuführen ist, bewies Ost-Berlin im vergangenen Herbst abermals. In Bonn feierte man den Verzicht auf den Zwangsumtausch bei Kindern bis zu 14 Jahren im Zuge der Bemühungen von Franz Josef Strauß als beträchtliche entspannungsfördernde Tat.

– In seiner Oppositionszeit hatte CDU-Chef Helmut Kohl die Brisanz des Vorgangs erkannt. In einem Interview mit dem Südfunk Stuttgart sprach Kohl am 10. Oktober 1980 von einem „einzigen Skandal". Die „DDR"-Führung rede von Entspannungspolitik, doch setze sie, wo immer es geht, „ihre Schikanen" an. Die Verdoppelung der Sätze bestätige, *„daß die kommunistische Führung* der DDR eben glaubt, sich alles erlauben zu können".

Der damaligen Regierung empfahl Kohl: „Die DDR hat erhebliche wirtschaftliche Vorteile von diesen Beziehungen *zur Bundesrepublik*, gerade in diesem Augenblick, wo die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR zunehmen. Deswegen ist es ganz wichtig, daß sich hier die Bundesregierung nicht mit einem papierenen Protest begnügt, *sondern* daß sie dort klar ihre Position deutlich macht."

Auf die gezielte Frage, ob Kohl unter diesen Umständen das Treffen Schmidt/Honecker gutheißen könne, antwortete der Oppositionsführer: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß jetzt der Gedanke eines solchen Treffens denkbar ist, angesichts der Schwelle, die Herr Honecker vor ein solches Treffen gelegt hat."

Polen: Ein Jahrestag der Widersprüche

Die 1944 gebildete „provisorische Regierung" repräsentierte nicht den Willen des Volkes

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die mit großem propagandistischem Aufwand begangenen Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung des kommunistischen Staates in Polen vermögen nicht die inneren Widersprüche und schweren Belastungen zu überdecken, mit denen die polnischen Kommunisten seit vielen Jahrzehnten zu kämpfen haben. Denn die polnische „provisorische Regierung", die von der KP und damit von Moskau beherrscht wurde und die aus dem 1944 gebildeten „Komitee von Lublin" entstand, war schon damals nicht die „eigentliche" Regierung Polens.

Noch im Februar 1945, als die späteren Sieger des Zweiten Weltkrieges zur Konferenz von Jalta zusammentraten, gehörte die Loyalität der polnischen Widerstandsbewegung im Lande und der überwältigenden Mehrheit der polnischen Bevölkerung ausschließlich der in London amtierenden polnischen Exilregierung.

Auf Wunsch von Roosevelt und Churchill stimmte schließlich auch Stalin dem „gemeinsamen Wunsch" zu, die inzwischen im „befreiten" Teil Polens amtierende „provisorische Regierung auf breiter demokratischer Grundlage" unter Einbeziehung demokratischer Persönlichkeiten aus *Polen selbst und aus dem Ausland* umzubilden. Schon aus dieser Formulierung der Jalta-Beschlüsse geht hervor, daß die provisorische kommunistisch beherrschte Regierung keineswegs als repräsentativ angesehen *wurde*.

Die neu zu bildende polnische Regierung sollte freie und uneingeschränkte Wahlen abhalten. Zu diesen Wahlen ist es allerdings niemals gekommen. Als abgestimmt wurde, hatten die Kommunisten den Apparat der Polizei und des Innenministeriums bereits fest in der Hand. Der polnische Bauernführer Mikolajczyk scheiterte mit seinem Versuch, in einem kommunistisch und sowjetisch *beherrschten Land* wenigstens eine demokratische Oppositon aufzubauen.

So wie die Mehrheit des polnischen Volkes hegte auch die Londoner polnische Exilregierung und mit ihr die Widerstandsorganisationen in der Heimat – die sogenannte „Heimatarmee" – eine tiefe Abneigung nicht nur gegen die Deutschen sondern ebenso gegen die Russen. Die polnischen Kommunisten wiederum galten als Handlanger des russischen Todfeindes. Sie wurden lange Zeit nicht ernstgenommen, selbst bei den Sowjets verfügten sie über keinerlei Prestige. Stalin hatte die polnische KP in Moskau 1937 wegen „Trotzkismus" und Abweichlertum auflösen lassen. Erst nach dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion ließ der sowjetische Parteichef die Gründung eines von Moskau gesteuerten „Verbandes polnischer Patrioten" in der sowjetischen Hauptstadt zu. Die ersten polnischen militärischen Einheiten auf sowjetischer Seite wurden großenteils aus Polen gebildet, die vorher in sowjetischen Lagern als Gefangene gesessen hatten.

Die ohnedies gespannten Beziehungen zwischen der polnischen Exilregierung und den Sowjets – der später tödlich verunglückte polnische Ministerpräsident General Sikorski hatte von Stalin die Rückgabe der durch die UdSSR annektierten ostpolnischen Gebiete verlangt – führte 1943 zum Bruch, als die Deutschen die Entdeckung des Massengrabes polnischer Offiziere in Katyn bei Smolensk bekanntgaben, das damals von der Wehrmacht besetzt war. Die polnische Exilregierung zweifelte trotz wütender sowjetischer Proteste keinen Augenblick daran, daß die polnischen Offiziere nicht von Hitler, sondern von den Sowjets kaltblütig erschossen worden waren.

Den Exil-Polen von London, die über eigene Streitkräfte unter General Anders verfügten, sahen Polen als den künftigen stärksten ostmitteleuropäischen Staat zwischen einem vernichteten Deutschland und einem geschwächten Rußland. Bereits am 15. August 1943 warnten die vier nichtkommunistischen Parteien Polens vor der Gefahr eines „russisch-kommunistischen Friedens in Europa".

Die Exil-Polen protestierten sogar gegen die Annektion Königsbergs durch die Sowjets – weil sie die Stadt für Polen haben wollten. Churchill erklärte dem polnischen Exilregierungschef Mikolajczyk voller Zorn, die Polen wollten die Westmächte in einen Krieg gegen die Sowjetunion treiben und mit ihrem liberum veto mutwillig die Verträge zwischen den Alliierten zerstören.

Die Exilregierung scheiterte an den weltpolitischen Machtverhältnissen. Aber Polen ist seither zwar in sowjetischer Hand, aber es ist ein ständiger Unruheherd geblieben.

DW. Warschau

In der feierlichen Parlamentssitzung aus Anlaß der 40-Jahres-Feier unterstrichen Parteichef Jaruzelski und der sowjetische Ministerpräsident Tichinow im Anschluß an die Verkündung der Amnestie die Unverbrüchlichkeit des Bündnisses zwischen Polen und der Sowjetunion. Tichinow ist der ranghöchste sowjetische Regierungsvertreter, der Polen seit Beginn der Krise vor vier Jahren besucht.

Der Besuch Honeckers – ein unverdientes Glück?

Von GÜNTER DIEHL

Wenn der Staatsratsvorsitzende der DDR, der aus dem Saarland stammende Erich Honecker, gerne einen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland machen möchte, darf er darauf zählen, daß er höflich und wohlanständig empfangen wird. Wir haben keine *Veranlassung, ihn zu dem Besuch zu* drängen. Wir können es getrost ihm überlassen, ob er kommen will oder nicht. Die politischen Risiken seines Besuchs kann er nämlich selbst am besten einschätzen. Auch für uns wäre in den Beziehungen zur Regierung der DDR weise Selbstbeschränkung das Gebot – nicht nur der Stunde.

Statt dessen wird hierzulande ein politisches Klima herbeigeredet, in dem ein Besuch Honeckers wie ein unverdientes Glück erscheint. Viele tun so, als fieberten sie diesem Besuch geradezu entgegen und erklären mit beschwörenden Gebärden, man dürfe ihn um Gotteswillen nicht durch Vorbedingungen belasten oder gar unmöglich machen.

Diese Leute – es gibt sie in allen Lagern – haben offensichtlich den Kompaß aus der Hand gelegt und infolgedessen Mühe, sich zu orientieren. Andere – zum Glück trifft man sie auch in allen Lagern – würden gerne unserer frei verfaßten Republik ersparen, am Ende einer Sackgasse ungebremst gegen die Mauer zu prallen.

Der Kompaß bietet als Orientie*rungshilfe, daß Deutschland nicht* geteilt ist, weil die Deutschen das so wollten. Sie sind nie gefragt worden. Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen signalisieren, daß den Deutschen in der DDR das Selbstbestimmungs*recht verweigert* und *mitten in Europa* gegen Ende des 20. Jahrhunderts noch ein Stück Neokolonialismus praktiziert wird. Deutschland ist auch nicht geteilt, weil wir den Zweiten Weltkrieg verloren haben. Deutschland ist geteilt, weil die Siegermächte gegen Ende des Krieges bereits miteinander verfeindet waren, und die Demarkationslinie zwischen der Sowjetunion und den Westmächten quer durch Deutschland lief.

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wurde gebrochen, aber in einem Teil Deutschlands leben die Menschen seit 1933 ohne Unterbrechung dennoch in Unfreiheit. Dieses wiegt viel schwerer als die Tatsache, daß wir zwei deutsche Staaten haben. Dies wäre für sich selbst genommen erträglich, wenn wir gewiß sein könnten, daß unsere Landsleute sich nach ihrem eigenen Willen eine freie, demokratisch verfaßte Gesellschaft eingerichtet hätten.

Es zählte auch nicht zu den Kriegszielen der westlichen Demokratien, Ostdeutschland, Polen, die CSSR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien dem sowjetischen Imperium einzuverleiben. Sie wurden mit der Einrichtung von Koalitionsregierungen mit kommunistischen Minderheitsbeteiligungen getäuscht, aber schon nach Monaten fand man in Moskau, daß der Scherz lange genug gedauert hatte und kam schnell zur Sache.

Von Zeit zu Zeit klirren die Völker mit den Ketten, aber die Anwendung oder das Vorweisen der Folterwerkzeuge stellt die Ruhe, die vielgepriesene *Stabilität, wieder her. Wir haben* immer wieder zusehen müssen, wie und auf welche Weise Ordnung geschaffen wurde. Da wir nichts tun können, ist es ein Gebot der Vernunft, nicht – selbst nicht mit Worten – *anzuheizen*.

Im Kreml und in Ost-Berlin gibt man sich keinen schönen Täuschungen hin. Man weiß, daß alles vorbei wäre wie ein Traum, wenn die sowjetrussischen Truppen abrückten. Herrn Honecker fehlt eines, das kostbarste überhaupt, durch noch so gewaltig demonstrierte Sowjetmacht nicht zu ersetzen, nämlich die Legitimation durch das Volk, unser Volk. Er und sein System üben natürlich *Macht aus*. Das *haben sie mit vielen* undemokratischen Regimen, mit denen wir umgeben, gemeinsam und dies ist infolgedessen kein Grund, nicht mit Herrn Honecker und seiner Regierung zu verkehren. Man darf *aber nicht verdrängen, daß es eine* abgeleitete Macht ist, von der Sowjetunion abgeleitet.

Im Zuge der Entspannungspolitik und nach der Schlußakte von Helsinki haben wir die Kontakte mit den Angehörigen des Warschauer Paktes verstärkt. Wir sind in Warschau, in Prag, in Budapest, in Sofia und Bukarest vorstellig geworden, haben uns zur Zusammenarbeit empfohlen. Es wurde gesagt, man müsse ausloten, wieviel Spielraum die Satelliten hätten, wie kurz oder wie lang der Zügel sei, an dem sie geritten würden. Sie alle scheinen ein Interesse daran zu haben, eine gewisse Eigenständigkeit in ihren Beziehungen zu uns zu entwickeln. Die Kontakte, gefördert von unserer wirtschaftlichen Großzügigkeit, waren und sind für unsere kommunistisch regierten Partnerländer vorteilhaft.

Sie bringen auch uns den einen oder anderen wirtschaftlichen Gewinn, obwohl er in der Gesamtrechnung nur schwach zu Buche schlägt. Wichtiger für die Zukunft ist, daß es dank dieses Geflechts von Beziehungen immer schwieriger für die Agitprop-Leute wird, das Feindbild vom revanchistischen, neonazistischen Deutschland weiter zu pflegen; es ist trotz des großen Aufwands ein vergebliches *Unterfangen* geworden. Nicht wir sind das erste Problem, sondern die Herrschaft der eigenen kommunistischen Partei und die Sowjetmacht.

Im Falle Ost-Berlins stellt sich die Sache *komplexer dar. Unsere Leute* wissen nämlich gut Bescheid, wie es drüben aussieht. Deshalb bekommt eine kommunistische Partei einstweilen bei den Wahlen hierzulande kein Bein auf die Erde. Das Vokabular der Befürworter von deutsch-deutscher Politik ließ also den Begriff Freiheit, dieses großartige flammende Wort, das die Völker in die Zukunft zieht, vorsichtig beiseite und statt dessen wurde der Frieden bemüht.

Es ist eigenartig, daß kaum darauf hingewiesen wurde, daß es nicht der Frieden ist, der uns fehlt – wir haben ihn seit vierzig Jahren und es ist auch niemand seiner überdrüssig –, sondern daß unsere Landsleute drüben seit 1933 der Freiheit entraten müssen. So begann ein Scheingespräch derart, daß die beiden Teile Deutschlands eine besondere Verantwortung für den Frieden hätten, sie von dieser Verantwortung Gebrauch machen müßten gegenüber den Großmächten, sie vielleicht so etwas wie gemeinsame Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik entwickeln und eines Tages sogar betreiben könnten. Von der deutschen Vermittlerrolle und dann schon vorsichtiger von der deutschen Dolmetscherrolle wurde in Bonn gerne gesprochen.

Für die Menschen in der DDR ist dagegen das Thema Freiheit von existentieller Bedeutung. Das Leben un*ter der Zwangsherrschaft* erlaubt keine Gewöhnung. Viele wollen fliehen



Staatssekretär a.D. Günter Diehl leitete von 1967 bis 1969 das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und stand in engem Kontakt zu Bundeskanzler Kiesinger. Anschließend war er Botschafter in Indien und Japan.
FOTO: JUPP DARCHINGER

und sie tun es auch unter Einsatz ihres Lebens. Mehr noch wollen emigrieren. Es scheint so, daß wir mit Geld einigen die Emigration ermöglichen. Das ist gewiß nichts Böses, wenn auch die Vorfälle in unserer Ostberliner Vertretung die doppelte Moral vor Augen geführt haben, die unvermeidlich ein Kennzeichen unseres Umgangs mit unfreien Gesellschaften ist.

Das Verfahren, so wie es präsentiert und diskutiert wird, verdeckt allerdings etwas Wesentliches, denn die eigentliche Aufgabe besteht darin, in der DDR Zustände herbeizuführen, die das Verlangen der Menschen wegzugehen, auf den normalen Wunsch, sich zu verändern, reduziert. Dieses ist das zentrale Thema – und nicht die Bereitschaft, einige wenige freizukaufen, auf die das Regime im Zweifel sowieso gerne verzichtet.

Nichts hindert uns daran, auch mit der DDR-Regierung sachlich umzu*gehen und Verständnis für* die besonderen Bedingungen aufzubringen, unter denen sie arbeitet. Wir können uns das vorstellen. Wir sollten jede sich bietende Gelegenheit nutzen, praktisch zusammenzuarbeiten. *Hochtechnologie* und *Umweltschutz* legen eine Abstimmung der beiden deutschen Staaten untereinander nahe, um die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zu verbessern. Jede Planung hüben und drüben von Infrastruktur*maßnahmen, zum* Beispiel im Verkehrs- und Fernmeldewesen, könnte durch rechtzeitige innerdeutsche Kontakte und Absprachen an Effizienz gewinnen.

Wenn wir Gegenleistungen für unseren massiven Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität in der DDR erwarten, dann können wir das Schwergewicht auf mehr Reisen, mehr Besuche (und zwar aller Altersschichten) legen. Das bringt die Menschen zusammen und dies ist das mögliche Gute, weil beiden Seiten das Beste verwehrt ist. All dieses kann ohne Aufhebens, auf der Arbeitsebene erfolgen. Spektakuläre, geräuschvolle Treffen dagegen enden in Demütigungen und Rückschlägen. Willy Brandt und Helmut Schmidt können mit entsprechenden Erfahrungen dienen.

Herr Honecker kann und will vermutlich auch nicht riskieren, daß Moskau voll auf die Bremse geht. Er und seine Equipe würden dabei durch die Scheiben fliegen. Wollen wir ihn dazu bringen abzutasten, wie weit er gehen *kann*? Das Gegenstück wäre hier, daß wir uns auf die DDR zubewegen, also von irgend etwas und von irgendwem weg in Richtung auf Ost-Berlin, begleitet von entsprechenden Signalen an die Adresse Moskaus, um es Honecker leichter zu machen, mehr Selbständigkeit zu gewinnen. Der erste Schritt auf diesem Wege besteht darin, gewisse Gleichschaltungen vorzunehmen, zunächst in der Sprache. Bundestagsabgeordnete und Volkskammerabgeordnete sind so ungefähr dasselbe, Kabinettsmitglieder sowieso. Bundespräsident, Bundeskanzler und Staatsratsvorsitzender klingt gleichermaßen respektabel. Grundwerte und Völkerrecht hin oder her, auf geht's.

Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so, sagt Bert Brecht, und der kannte sich aus. Die Illusion, man könne mit Moskau über Ost-Berlin, oder mit Ost-Berlin ohne Moskau Politik machen, an die Honecker nicht glauben darf, wenn er einen politischen Betriebsunfall vermeiden will, könnte als eine zwar naive, aber letztlich harmlose Einstellung angesehen werden. Sie hat aber in Wahrheit eine gefährliche Entsprechung. Will man nämlich Herrn Honecker und sein System nicht in Gefahr bringen, will man sich Moskaus Toleranz für ein gesamtdeutsches Spiel sichern, dann muß man Zugeständnisse machen, die unsere eigenen Fundamente erschüttern. Wir haben eine politische Heimat im Bund der freiheitlich verfaßten Völker nicht deshalb gefunden, weil wir den Krieg verloren, sondern weil wir uns auf die Grundwerte zurückbesonnen haben, die die Deutschen mit definiert und erkämpft haben, als Kennzeichen unserer Gesittung und Gesinnung, als Qualifikation für Menschenwürde und Menschenrecht. Wenn wir dies zur Disposition stellen, zerstören wir nicht nur unsere eigene Existenz als in Freiheit lebendes Land, sondern kehren zurück ins geistige und politische Niemandsland. Die Aussicht für ganz Europa, zur Selbstbestimmung zu gelangen, würde *wiederum zunichte* gemacht, nicht für immer, aber für lange Zeit.

Täuschen wir uns nicht. Die Sorge unserer Nachbarn, die Deutschen könnten in ihrer Unbesonnenheit eine glückliche Zukunft des ganzen Kontinents verspielen, ist echt. Sie wird allenthalben von Freunden ausgesprochen, oft sehr beredt und bewegend. Die deutschen Schwärmereien werden insbesondere deshalb als abwegig und gefährlich begriffen, weil viele Zeichen darauf hindeuten, daß die Großlage sich zum besseren wendet.

Der Krieg ist vierzig Jahre vorüber. Seine Ergebnisse, die nicht mit fundamentalen Zielen und gerechten Ansprüchen der Völker übereinstimmen, werden wieder überprüft. Für manche sind sie sakrosankt; sie sind aber Menschenwerk, unzulänglich, wie auch alles andere Menschenwerk in Vergangenheit und Zukunft.

Es wäre das erste Mal in der Geschichte Europas, daß eine Mumifizierung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gelänge. Wenn *jetzt* Moskau *und* seine Satelliten die Beschlüsse von Jalta und Potsdam preisen, um der Westeuropäischen Union, die ihr Mitglied Bundesrepublik Deutschland eben nicht mehr als Feindstaat behandelt, die Leviten zu lesen, *so wird das rückwärts gerichtete*, d. h. zum Scheitern verurteilte Wesen der Moskauer Haltung besonders deutlich. Moskaus Aussagen sind steril geworden, weil sie keine Perspektive der Hoffnung eröffnen.

Wir sollten der sowjetischen Führung Zeit lassen. Sie hat diese Zeit, denn auf unseren unerschütterlichen Friedenswillen kann sie ebenso zählen wie auf unsere Beständigkeit in der *Vertretung der beiden anderen* hohen Ziele, Freiheit und Einheit. Ohne eine kreative Erneuerung der sowjetrussischen Politik wird es schwer sein, zu der Stabilität in Europa zu kommen, die die Voraussetzun*gen für Entfaltung und Wohlergehen* der Völker der Sowjetunion schafft. Die sowjetische Führung weiß vermutlich, daß jede Regierung in der Bundesrepublik immer ansprechbar und auch kooperativ ist, wenn es dar*um geht, Lösungen vorzubereiten* im einzelnen und schließlich auch im ganzen, die im Einklang stehen mit legitimen Wünschen der Sowjetunion. Wir sollten sie aber nicht ständig bedrängen, dies oder jenes zu tun. Moskaus Kenntnisse des diplomatischen Handwerks sind zudem ausreichend groß, um dem, der ständig auf Verhandlungen drängt, unentwegt neue Zugeständnisse abzuringen noch bevor man sich an den Tisch setzt.

Das politische Schicksal der führenden Mannschaft in der DDR ist von den großen Abläufen der Politik in Moskau und im Warschauer Pakt nicht zu trennen. Wenn sich die Sowjetunion fortentwickelt, kann die DDR folgen, nicht umgekehrt. So bleibt Moskau und nicht Ost-Berlin die erste Adresse. Es ist nach allen Seiten gefährlich, die deutsch-deutsche Beziehung zu strapazieren. Wir sollten es eigentlich wissen.

Rettung einer Burgruine wird zum Politikum

BERND HUMMEL, Eschwege

Eine Rettungsaktion über die innerdeutsche Grenze hinweg entwickelt sich zunehmend zu einem Politikum. Verhandlungsgegenstand: die vom Verfall bedrohte Burgruine Hanstein nahe der Eichsfeld-Gemeinde Rimbach im „DDR"-Kreis Heiligenstadt. Die Bemühungen um eine Erhaltung der Burgruine beschäftigen derzeit die Politiker beiderseits der Werra.

Die Initiative zur Rettung des 1070 erstmals erwähnten Gemäuers, das seit 1638 nicht mehr bewohnt ist, ging vor einem Jahr vom „Werra-Talverein", einem der größten und ältesten Heimatvereine der Werra-Landschaft, aus. Sein Vorsitzender Artur Künzel schrieb an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: „Rettet den Hanstein, denn er ist ein Kulturdenkmal der deutschen Geschichte."

Das wird auch für den Betrachter augenfällig. Dieseits der Werra die von den Landgrafen von Hessen um 1415 errichtete Burg Ludwigstein – seit Jahrzehnten als Jugendherberge und als Archiv der deutschen Jugendbewegung genutzt – und jenseits, kaum vier Kilometer entfernt – im Thüringischen die Burgruine Hanstein, die heute im „DDR"-Sperrgebiet liegt und daher nur für die „DDR"-Grenzposten zugänglich ist. Seit die Uniformierten, die jahrzehntelang einen der beiden Burgtürme als Beobachtungsposten genutzt hatten, die Burg „wohl wegen starker Baufälligkeit" – so Künzel – verließen, machte der Werra-Talverein mobil.

Bundesminister Heinrich Windelen versprach, die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin zur Vermittlung anzuhalten, und die Ständige Vertretung der „DDR" in Bonn ließ immerhin wissen, daß „die zuständigen staatlichen Stellen der DDR informiert werden". Allerdings: Die schriftlich formulierte Bitte des Vereinsvorsitzenden, sich vor Ort über den Zustand der Burgruine informieren zu dürfen, wurde vom Volkspolizei-Kreisamt in Heiligenstadt abgelehnt, da – so wörtlich – „die Antragstellung nicht den Festlegungen der Rechtsvorschriften entspricht".

Auch vom Institut für Denkmalpflege im thüringischen Erfurt kam nicht die erwünschte Reaktion. Durch „DDR"-Publikationen wurde jedoch bekannt, daß die Burg mittlerweile in die „DDR"-Denkmalliste aufgenommen wurde und Mitarbeiter des Instituts an einem Konzept wenigstens zur Sicherung des Burgbestandes arbeiten.

In die deutsch-deutschen Bemühungen ist bereits Bewegung gekommen. Sollte das nicht ausreichen, dann wollen die Initiatoren diesseits der Werra noch einen Schritt weitergehen. Sie planen eine gemeinnützige Stiftung „Rettet den Hanstein", aus deren Einkünften – wenn nötig – harte Mark zur Erhaltung und Sanierung der Burgruine in die „DDR" transferiert werden soll.

Auch aus Belgrad Kritik an den „DDR"-Gesetzen

Menschenrechtsausschuß der UNO schließt Beratungen über Bericht Ost-Berlins ab

I. ZÜCKER/DW. Genf

Vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen in Genf ist die Verletzung des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte durch die „DDR"-Regierung nicht nur von Vertretern des Westens, sondern auch von Repräsentanten aus nichtblockgebundenen Ländern mißbilligt worden. Kritische Anmerkungen kamen unter anderem von Jugoslawien.

Der britische Experte Vincent Evans reagierte auf die Erklärung des „DDR"-Vertreters, Professor Buchholz, daß in Mitteldeutschland Todesurteile nur bei allerschwersten Verbrechen verhängt werden können und daß seit 1978 die Todesstrafe nicht mehr verhängt worden sei, mit der Bemerkung: „Auf der anderen Seite wird an der Grenze getötet ohne jedes Verfahren, obwohl der illegale Grenzübertritt nicht als eines der schwersten Verbrechen bezeichnet werden kann". Der britische Jurist nannte es „sehr fraglich", daß die „DDR"-Gesetzgebung mit der in anderen Ländern übereinstimme. Diesen Eindruck hatte Professor Bucholz mehrmals zu erwecken gesucht. Die Grenzsicherungsanlagen rechtfertigte der „DDR"-Abgesandte, durch den Hinweis auf die nicht vollständige Anerkennung der „westlichen Staatsgrenze" und einer eigenen Staatsbürgerschaft.

Auf die Frage des Selbstbestimmungsrecht ging auch der Delegierte Österreichs ein. Er erinnerte an die Kritik Ost-Berlins an der angeblichen Verweigerung des Selbstbestimmungsrecht in Korea durch die Regierung in Seoul. Er knüpfte daran die Frage, ob denn das gleiche gelte für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten. Buchholz wies einen solchen Vergleich mit der Erklärung zurück, in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen gebe es große Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten. Somit sei auch eine andere Lage gegeben.

Der Paragraph 99 des „DDR"-Gesetzbuches (Landesverräterische Nachrichtenvermittlung) wurde vom jugoslawischen Experten in dem Menschenrechtsausschuß als unpräzise formuliert bezeichnet. Der Geltungsbereich des Gesetzes sei nicht zu erfassen. Deshalb stelle sich die Frage, ob hier nicht ein Verstoß gegen den Grundsatz „keine Strafe ohne Gesetz" vorliege. Der französische Vertreter fügte hinzu, früher seien Mauern gebaut worden, um Eindringlinge von außen her abzuwehren, heute sei es offensichtlich genau umgekehrt.

Der „DDR"-Vertreter versuchte wiederholt, ein anders geartetes sozialistisches Menschenrechtsverständnis zu begründen. Darauf reagierten mehrere Ausschußmitglieder mit der Forderung, auch die Menschenrechtspolitik Ost-Berlins müsse sich am Standard des internationalen Paktes messen lassen. Professor Christian Tomuschat (Bonn) sagte, es wäre „katastrophal", wenn jeder Unterzeichner des Pakts ein nationales Konzept für die Menschenrechte hätte.

Professor Buchholz – er gehört dem Justizministerium in Ost-Berlin an – erklärte im einzelnen:

- zu den Menschenrechten: Ihr Konzept sei nicht allgemeingültig, sondern abhängig vom soziopolitischen System eines Landes.
- zu den Selbstschußanlagen: Die DDR liege an der Grenze zweier Militärbündnisse, was besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordere.
- zum Schießbefehl: Er diene dem Schutz gegen Subversion des Westens. Die Grenzsoldaten schössen nur in sehr seltenen Fällen. Sie versuchten, nicht zu töten und Frauen und Kinder zu schonen.
- zu den Ausreisebeschränkungen: Sie erfolgten nur, wenn dies die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder Moral gebiete. Ein weiterer Grund sei die Weigerung mancher Staaten (Bonns), die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen.
- zur Verfolgung der Friedensbewegung: Es gebe Aktionen, die den Gedanken und die Symbole des Friedens mißbrauchen.

Durch weitschweifige Ausführungen über Punkte, die nur am Rande mit dem internationalen Pakt zu tun haben (Abtreibung, Schulsystem, Frauenfragen, Friedensbewegung) kürzte der Vertreter der „DDR"-Regierung gezielt die Zeit für kritische Fragen zum Kapitel Menschenrechte.

Seite 2: Schießbefehl wird beschönigt

Nicaraguas Opposition fordert freie Wahlen

Ultimatum an die Sandinisten: Nationaler Dialog verlangt

AFP, Managua

Das politische Klima in Nicaragua hat sich am Wochenende verschärft. Die Oppositionsparteien, die anläßlich des 5. Jahrestages der sandinistischen Revolution vergeblich auf vollständige Aufhebung des Ausnahmezustandes gehofft hatten, knüpften ihre Teilnahme an den geplanten Wahlen an ein Ultimatum: Sollten die Sandinisten bis übermorgen nicht ihre Bereitschaft zum „nationalen Dialog" erklärt haben, so würden die in der „Demokratischen Koordinierung" zusammengeschlossenen Parteien nicht an den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 4. November teilnehmen, betonte der Oppositionspolitiker Luis Rivas.

Im Falle einer positiven Antwort der Regierung werde der ehemalige Botschafter der Sandinisten in Washington, Arturo Cruz, zum Präsidentschaftskandidaten der Opposition nominiert werden, sagte Rivas. Der antisandinistische Guerillaführer Eden Pastora, der nach seiner Genesung von den Folgen eines Bombenanschlags zu seinen Verbänden im Süden Nicaraguas zurückgekehrt ist, befürwortete ausdrücklich die Kandidatur von Cruz als Einheitskandidat der Opposition. Solange es keine Demokratisierung der sandinistischen Revolution gebe, werde er den bewaffneten Kampf weiterführen.

In Miami teilte Cruz mit, er werde morgen nach Managua reisen, um der Forderung nach einem „nationalen Dialog" Nachdruck zu verleihen. Er akzeptiere seine Ernennung zum „Einheitskandidaten" der Opposition, werde jedoch niemals an einer Wahl-Farce teilnehmen, durch die „der Sandinismus legitimiert" werde. Cruz forderte einen neuen Wahltermin, da „bis November keine wirklich freien Wahlen" organisiert werden könnten. Er forderte außerdem eine neue Amnestie, die auch für die Führer der antisandinistischen Guerrilla-Organisationen gelten müßte. Die Sandinisten hatten mehrfach eine Amnestie namentlich für Pastora abgelehnt.

Daniel Ortega, Junta-Chef und sandinistischer Präsidentschaftskandidat, beschuldigte die Reagan-Regierung am Wochenende, sie plane noch vor den Wahlen im November einen offenen Krieg gegen Nicaragua. Washington beabsichtige Bombenangriffe und Truppenaktionen an der Pazifikküste. Die gegenwärtige Präsenz des US-Flugzeugträgers „John F. Kennedy" vor der Küste Nicaraguas hänge direkt damit zusammen. Der Flugzeugträger, so der Sender „Stimme Nicaraguas", habe 70 Jagdbomber an Bord und werde von mehreren raketenbestückten Fregatten begleitet.

Der sandinistische Regierungschef bestätigte, daß Nicaragua moderne Kampfflugzeuge erhalten werde. Dabei könnte es sich um sowjetische MiG-Jäger handeln, räumte er ein. Fred Ikle, Staatssekretär im Pentagon, sagte dazu am Samstag in San Salvador, es könne „Repressalien" Washingtons nach sich ziehen, falls Nicaragua MiG-Jäger kaufe.

Cocom: Keine Telefonzentralen an Sowjetunion

DW/AFP, Washington

Mehrere westliche Länder haben ihre Verträge über die Lieferung von computergesteuerten Telefonzentralen an die Sowjetunion annulliert, nachdem im Juli in Paris eine Einigung über eine wirksamere Kontrolle des Technologietransfers an Länder des Warschauer Paktes zustande gekommen war.

Wie ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums erklärte, hätten eine Anzahl amerikanischer, europäischer und kanadischer Firmen aufgrund der sofortigen Anwendung des am 13. Juli in Paris von 15 Ländern unterzeichneten Abkommens auf die Ausführung ihrer Lieferverträge mit Moskau verzichtet.

Der Sprecher begrüßte ausdrücklich erneut das Abkommen, das nach zehnjährigen Verhandlungen zustande gekommen war und „vernünftige Auflagen" für den Technologietransfer in Länder des Warschauer Paktes enthält. In Paris waren erstmals im Rahmen der gemeinsamen Liste des Cocom (Koordinierungskomitee für den Ost-West-Handel) auch Vorschriften zur Kontrolle des Exportes von Computerprogrammen und hochentwickelten Anlagen der Telekommunikation erlassen worden. Für Kleincomputer im Haus- und Bürogebrauch wurde dagegen die Exportkontrolle aufgehoben, während das Ausfuhrverbot für stärkere Computer bestehen bleibt.

Seit einigen Jahren hat die amerikanische Regierung wiederholt betont, daß zahlreiche Fortschritte in der sowjetischen Militärtechnologie nur durch eine gewisse Nachlässigkeit bei der westlichen Exportkontrolle für Spitzentechnologie möglich geworden sind. Die Lieferung von computergesteuerten Telefonzentralen, über die die UdSSR nicht verfüge, hätte Moskau „ermöglicht, sein strategisches Kontrollsystem wesentlich zu verbessern", fügte der Pentagon-Sprecher hinzu.

Wie der Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Stephen Bryen, zu der Cocom-Vereinbarung sagte, können die neuen westlichen Beschränkungen die sowjetische Aufrüstung empfindlich stören. Die Vereinbarungen würden die Länder des Warschauer Paktes treffen, weil sie nicht in der Lage seien, fortschrittliche Computer- und Kommunikationsanlagen selbst zu bauen, sagte Bryen. Die Vereinbarung der 14 NATO-Staaten und Japans werden nach Einschätzung des Pentagons dem westlichen Bündnis helfen, den Vorsprung in der militärischen Kommando- und Kommunikationsstruktur zu halten.

Die Sowjetunion hat inzwischen die Cocom-Vereinbarungen scharf kritisiert. Das Partei-Organ „Prawda" nannte es „bezeichnend, daß jetzt, da Washington einen Kurs des Kreuzzuges und der Konfrontation mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten steuert, auch Maßnahmen zur Verhärtung der berüchtigten Cocom-Vorschriften getroffen wurden".

Öffnung zum Westen?

○ Fortsetzung von Seite 1

führlich über die Frage von Menschenrechtsverletzungen zu reden. Das war zuvor offenbar noch nie möglich gewesen. Dabei wies der Bundesaußenminister vor allem auf die kritisierte Praxis der Todesstrafe und auf die Behandlung religiöser Minderheiten, in erster Linie der Bahai-Sekte, hin. Außenminister Velayati sagte dazu: „Unser Glaube ist der Islam und unsere Grundrechte sind ganz anders als die des Westens. Eine der unterschiedlichen Auffassungen ist die über Menschenrechte." Aber es gebe einen Punkt der Übereinstimmung, und der betreffe den Kampf gegen den Terrorismus. Velayati schilderte Genscher ausführlich die „Aktivitäten der terroristischen Organisationen in Iran" und appellierte an den deutschen Gast, „die iranische Warnung an einige europäische Länder, die Terroristen unterstützen, zu übermitteln". Am Ende eines „langen, ernsten und offenen Dialogs" vereinbarten die beiden Außenminister, ein Colloquium mit Wissenschaftlern aus beiden Ländern über das Verständnis der Menschenrechte in den Rechts- und Kulturkreisen Deutschland und Iran zu veranstalten.

Eine große Rolle bei der Erörterung der deutsch-iranischen Beziehungen spielte der Wirtschaftsaustausch, und hier vor allem das in Iran mit Sorge verfolgte Handelsdefizit Teherans. Als ein „wichtiges Äquivalent" betrachtete Genscher jedoch eine von Teheran gewünschte und von Bonn bejahte Verstärkung der deutschen Ausbildungshilfe, sei es in der Bundesrepublik Deutschland oder an Ort und Stelle in Iran. Der Bundesaußenminister wies seine Gesprächspartner darauf hin, daß derartige Ausbildungspläne wesentlich erleichtert würden, wenn Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen sowie Visa großzügiger und langfristiger ausgestellt würden.

Bei der Erörterung des Golf-Krieges versicherten die Iraner, daß sie keine territorialen Forderungen an Irak stellten und keinen Einfluß auf das irakische Regierungssystem nehmen würden. Doch sie bestanden – neben dem Rücktritt des irakischen Staatschefs Saddam Hussein – auf Schadenersatzleistungen. Rafsanjani hoh vor deutschen Korrespondenten mit Befriedigung hervor, Genscher erkenne „anders als andere Gäste" die Tatsache an, daß Irak den Krieg mit einem Angriff begonnen habe. Dazu bemerkte der Bundesaußenminister: „Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, wer den Krieg objektiv begonnen hat."

Auf Abfall vom Islam steht der Tod

MUNIR D. AHMED, Hamburg

Der iranische Außenminister Wilajati soll gegenüber Bundesaußenminister Genscher in Teheran erklärt haben, daß das islamische Verständnis der Menschenrechte ein gänzlich anderes sei als die Vorstellungen der Menschenrechte in Europa. Diese Bemerkung wird sicherlich im Westen mit Unverständnis und Unbehagen aufgenommen. Man wird mit Recht argumentieren, daß Menschenrechte überall in der Welt gleich sind, im Westen wie in der islamischen Welt.

Trotzdem muß man Wilajati in gewissem Sinne Recht geben. Historisch gesehen, haben Menschenrechte, wie sie im Westen heute verstanden werden, im Verlaufe der europäischen Geschichte ihre spezifische Bedeutung erlangt. Dies verdanken wir der Entwicklung seit der Renaissance, insbesondere aber der französischen Revolution. Die Trennung zwischen dem Staat und der Religion hat einen wesentlichen Anteil daran.

Die Entwicklung in der islamischen Welt hat einen ganz anderen Verlauf genommen. Dort hat die Trennung zwischen dem Staat und der Religion nicht stattgefunden. Gott gilt als Gesetzgeber, und die Staatsautorität nimmt für sich in Anspruch, für Gott in seinem Auftrag zu handeln. Der Staat ist sozusagen der Träger des göttlichen Willens im Diesseits. Deshalb stellt er den Absolutheitsanspruch in der Person des Herrschers. Dem Staat gegenüber hat der einzelne keine Rechte. Als Prinzip gilt die Devise, die Interessen des Staates oder der Allgemeinheit gehen vor.

Trotzdem darf man nicht übersehen, daß auch der Islam gewisse unveräußerliche Rechte für den einzelnen anerkennt. Dazu zählen das Recht auf Freiheit und die Unverletzlichkeit der Person sowie Gleichheit aller Menschen, ohne Unterschied von Rasse, Hautfarbe oder ihrer religiösen Überzeugung. Gleichheit vor dem Gesetz ist ein Merkmal der islamischen Gesellschaft. Nicht zuletzt erkennt der Islam das Recht auf Eigentum für jeden Menschen an.

Unterschiedlich wird beurteilt, inwieweit der Islam die Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert. Grundsätzlich soll, laut der koranischen Devise: „Es gibt keinen Zwang im Glauben" so etwas wie Glaubensfreiheit im Prinzip existieren. Dies gilt auch für alle, die den Islam annehmen wollen. Der Abfall vom Islam wird aber mit dem Tode geahndet. In bezug auf die Rechte der Frau hat sich die islamische Gesellschaft als besonders unbeweglich gezeigt.

Unter dem Einfluß des Westens existiert in der islamischen Welt seit über hundert Jahren eine Bewegung zur Sicherung der Menschenrechte. Diese hat allerdings durch den Aufbruch des Neokonservatismus in Form der sogenannten Re-Islamisierung einen Rückschlag erlitten.

Daher ist es sehr begrüßenswert, daß Wilajati und Genscher die Abhaltung einer Tagung vereinbart haben, an der Wissenschaftler aus Iran und aus der Bundesrepublik Deutschland miteinander über Menschenrechte diskutieren wollen.

Vor über zehn Jahren fand in Jeddah eine ähnliche Tagung statt, bei der Vertreter der Geistlichkeit aus Saudi-Arabien und Wissenschaftler aus Frankreich über ihre divergierenden Vorstellungen von Menschenrechten miteinander sprachen.

Es gibt Anzeichen, die darauf hindeuten, daß diese Veranstaltung eine heilsame Wirkung auf die Schriftgelehrten in Saudi-Arabien gehabt hat. Neuere saudische Veröffentlichungen über Menschenrechte im Islam zeigen Verständnis für die Vorstellungen von Menschenrechten im Westen.

Munir D. Ahmed ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Orient-Institut in Hamburg.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Deutsche Kulturrevolution

„Deutsche Geld-Bewegung"; WELT vom 6. Juli

Kremp hat etwas ausgesprochen, was für jeden nationalbewußten, freiheitshungrigen Russen, Polen, Letten, Tschechen, Finnen, Kroaten, Magyaren, Rumänen, Esten, Krim-Tataren, Georgier, Slowaken etc. eine Selbstverständlichkeit darstellt. Die Erkenntnis nämlich, daß die Unabhängigkeit Europas und die Wiedervereinigung Europas nicht aus einer Ideologie, einer Sozialtheorie oder einem Parteiprogramm erwachsen, sondern allein aus dem nationalen Willen der Völker. Für das zerrissene Deutschland wünscht Kremp jene Kraft der Erneuerung, die in Osteuropa bereits existiert, allen Repressionen zum Trotz: eine nationalstaatliche und zugleich Verfassungsbewegung. Selbstbestimmung, Selbstregierung, Selbstverwirklichung auf allen Ebenen – sozial, geistig, religiös, ökonomisch, national. Von diesem Ziel sind wir, leider, noch weit entfernt. Deutschland, in Ost und West, ist weder eine Vendée 1793 noch ein Montenegro 1941. Von den Polen, Ukrainern, Afghanen, Litauern, Armeniern zu lernen, das haben unsere Umerzieher und deren Schüler bis heute nicht geschafft. Nationale Wiederbesinnung, nationale Renaissance, das gilt weithin – bei den Altparteien wie bei der grünen Protestpartei – als indiskutabel, wenn nicht gar faschismusverdächtig. Daß zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auch die Erhaltung des Selbstwertgefühls eine Volkes gehört, hat sich bei Öko-Pazifisten und Alternativ-Freaks noch nicht herumgesprochen.

Was heute not tut, ist eine Deutsche Kulturrevolution, wie sie mehrmals schon in unserer Geschichte stattgefunden hat: Zu Luthers Zeit, in der Epoche Schillers, Hölderlins, Kleists, im preußischen Sturmjahr 1813, in der Deutschen Romantik. Die vielbeschworene „geistige Wende" steht noch bevor.

Wolfgang Strauss, Furth i. Wald

Wichtiger Unterschied

„NEW mit eigenem Gesetzentwurf"; WELT vom 11. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gisela Reiners hat in ihrer Berichterstattung zum Gesetzentwurf der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums einen weiteren wichtigen Unterschied zu den Plänen der Bundesregierung nicht herausgestellt.

Der Hinweis, die von der Bundesregierung vorgesehene Neuregelung komme überwiegend den Besserverdienenden zugute, weil Geringverdiener den vorgesehenen Abschreibungsbetrag von 15 000 DM nur selten voll ausnutzen könnten, ist zutreffend. Entscheidend ist aber, daß dieser Abschreibungsbetrag vom Einkommen abgezogen werden soll und damit – wie bisher – die steuerliche Entlastung umso größer wird, je höher das Einkommen ist.

Eine Förderung der Vermögensbildung, die ihre Höchstwirkung erst dann voll erreicht, wenn ein weit überdurchschnittliches Einkommen erzielt wird, ist nicht nur aus sozialen Gründen sondern auch aus Gründen der Vernunft abzulehnen. Sie ist geradezu widersinnig. Deshalb sieht der nordrhein-westfälische Entwurf die Förderung durch einen Eigenheimabzugsbetrag vor, der für alle Wohneigentümer gleich, also ohne Bindung an die Steuerprogression, von der Einkommensteuer abgezogen und sogar als Abzugsbetrag vom Finanzamt ausgezahlt wird, wenn keine ausreichende Steuerschuld besteht.

Es dürfte auch im Interesse der Bauwirtschaft liegen, wenn es auf diese Weise weiteren Bevölkerungsschichten ermöglicht wird, Wohneigentum zu bilden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Barbara Hendricks, Presse- und Informationsreferat des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen

Südafrika

„Wer mitreden will, sollte Südafrikas Probleme kennen"; WELT vom 17. Juli

Dem Gastkommentar von Herrn Dr. Ortlieb ist zuzustimmen. Es ist aus der Ferne leicht, den Südafrikanern gute Ratschläge zu geben. Ein volles Wahlrecht für die schwarze Bevölkerung hätte zur Folge, daß die Wirtschaftskraft des Landes starken Schaden nehmen würde. Dies hätte zur Folge, daß die Armut der Schwarzen noch zunehmen würde, immer noch kommen Schwarze (ohne Ausbildung und Sprachkenntnisse) aus dem Norden nach Südafrika, um dort Arbeit zu suchen. Sie ist für diese Gruppen sehr knapp. Gesucht werden qualifizierte Arbeitskräfte. Bei einem Besuch Südafrikas konnte ich feststellen, daß die „Homelands" keinen schönen Anblick darstellten, aber die Schwarzen auf den Straßen durchweg freundlich und fröhlich waren. Oft winkten uns schwarze Kinder lächelnd zu. In der autonomen Transkei war lediglich der Unterschied zwischen reich und arm nicht sichtbar. Hier herrschte nur Armut.

Es gibt sicherlich noch sehr viel zu verbessern. Dies ist noch ein langer Weg. Doch sollten wir Deutsche uns mit leichtfertigen Ratschlägen und Kritik zurückhalten. Die brutalste Grenze der Erde geht mitten durch unser Land.

Jürgen Windmeier, Lippstadt

Wort des Tages

»Ordnung kann nur aus der inneren Sammlung entstehen, die heute in der sich ständig steigernden Hast verlorengeht. Unsere europäische Ordnung hat immer in einer Hierarchie, in einer Stufenordnung der geistigen Werte bestanden. Geben wir diese auf, so sind wir keine Europäer mehr, sondern nur noch ein Produkt der Auflösung unserer einstigen Art ... «

Carl Jakob Burkhardt; Schweizer Diplomat und Autor (1891–1974)

Weit entfernt

Liebe Redaktion,

von meiner Paddelfahrt Bodensee-Rhein wollte ich Ihnen aus Straßburg einen Gruß senden. Das geht nicht: Der Busfahrer nimmt in Kehl kein deutsches Geld an! Das ist ja wie in Italien, wo der Schaffner sich stur weigert, einen deutschen Ortsnamen in den Mund zu nehmen. Europa – davon sind wir noch sehr weit entfernt!

Freundliche Grüße
Winfried Stannieder, Ahrensburg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Zum Gedenken an die Ereignisse des 20. Juli 1944 ist Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** in Berlin gewesen. Am Freitag nahm von Weizsäcker in der Gedenkstätte Plötzensee an einem ökumenischen Gottesdienst teil. Im Ehrenhof in der Stauffenbergstraße fand am gleichen Tag eine Feierstunde statt, in der an den deutschen Widerstand gegen die Gewaltherrschaft Hitlers erinnert wurde. Zu den Sprechern gehörten neben dem Bundespräsidenten Berlins Regierender Bürgermeister **Eberhard Diepgen** und der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg **Klaus von Dohnanyi**. Bundeskanzler **Helmut Kohl** war anläßlich des 40. Jahrestages ebenfalls nach Berlin gekommen. In Schloß Bellevue bat der Bundespräsident anschließend zu einem Empfang.

EHRUNG

Mit der „Reinhold-Schneider-Medaille" hat die „Reinhold-Schneider-Gesellschaft" in Hamburg den ehemaligen Diözesan-Caritasdirektor des Bistums Essen, Prälat **Johannes Kessels**, ausgezeichnet. Kessels hatte 1944 als Kriegspfarrer 130 Sonetten und zehn Aufsätze des Schriftstellers in einer Auflage von 5000 Exemplaren drucken lassen. Die kleinen Bücher im Postkartenformat kursierten in der Wehrmachtsseelsorge.

GEBURTSTAG

Der niedersächsische CDU-Vorsitzende, Bundesratsvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident **Wilfried Hasselmann** feiert heute auf seinem bäuerlichen Besitz Nienhof bei Celle seinen 60. Geburtstag. Über 3000 Gäste, unter ihnen Bundeskanzler **Helmut Kohl**, werden erwartet. Seit 1963 ist Hasselmann direkt gewähltes Mitglied des Niedersächsischen Landtags, seit 16 Jahren Chef der CDU, die sich unter seiner Führung von 27 000 auf 109 000 Mitglieder mauserte, seit 1969 Mitglied des Bundesvorstandes der Christdemokraten. Bereits 1965 wurde er in der Regierung **Diederichs** (SPD) Landwirtschaftsminister, bis 1970 die Große Koalition zerbrach. Als Spitzenkandidat seiner Partei verlor er knapp die Wahlen von 1970 und 1974, und verzichtete 1975 auf die Spitzenkandidatur zugunsten von **Ernst Albrecht**, der seinem Ruf von Brüssel nach Hannover gefolgt war und ihn 1976 in sein Kabinett aufnahm.

AUSZEICHNUNGEN

Der Südtiroler **Walter Pichler** erhält den mit 10 000 Mark ausgestatteten Arnold-Bode-Preis 1984 der Stadt Kassel. Der 1936 geborene Künstler, der seit Anfang der 60er Jahre als Zeichner, Bildhauer und Entwerfer utopischer Architektur hervorgetreten ist – ohne den Bezug zur gesellschaftlichen Realität zu verlieren – lebt heute in einer von ihm geschaffenen Wohn-, Arbeits- und Meditationsstätte im Süden Österreichs. Der Arnold-Bode-Preis erinnert an den Kasseler Kunstprofessor und Initiator der „documenta".

*

Der international bekannte Ornithologe **Dr. Claus König** erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande. Damit wurde seine Jahrzehnte lange Arbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes im In- und Ausland gewürdigt. König war 1969 bis 1984 Präsident des Deutschen Bundes für Vogelschutz und ist seit 1973 Präsident des Deutschen Bundes für Vogelschutz. Außerdem ist er heute im Vorstand des Internationalen Rates für Vogelschutz tätig.

*

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** hat der Schriftstellerin **Rose Ausländer**, die seit mehreren Jahren im „Nelly-Sachs-Altenheim" der jüdischen Gemeinde Düsseldorf lebt, in Namen des Bundespräsidenten das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

*

Der 1984 erstmals verliehene und mit 5000 Mark dotierte „Schlegel-Preis für die Arbeit mit der älteren Generation" geht zu gleichen Teilen an die Journalistin **Erika Engelbrecht** aus Wiesbaden und **Friedrich Jordan** aus Gießen.

VERANSTALTUNG

Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** hat in Oberschleißheim bei München eine Gedenkstätte mit einem Mahnmal für die Opfer der Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten eingeweiht. Das von den Ost- und Westpreußen errichtete Mahnmal ist ein ehemaliges Pionier-Landungsboot, das in der Endphase des Zweiten Weltkrieges im Einsatz zwischen Pillau und Hela zusammen mit den Schiffsverbänden der Marine Flüchtlinge und Verwundeten das Leben rettete. Strauß betonte bei der Einweihung der Gedenkstätte, daß der Preis für die Aussöhnung mit den Völkern des Ostens nicht der Verzicht auf unstreitbare Rechtspositionen sein könne. Das Deutsche Reich bestehe rechtlich in den Grenzen von 1937 fort. Daran änderten auch die Ostverträge nichts. Eine endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze könne erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland erfolgen.

*

Die Berliner Schauspielerin **Magdalena Klinge**, die unter dem Künstlernamen **Montezuma** in zahlreichen Filmen auftrat, ist im Alter von 41 Jahren gestorben. Die Schauspielerin wirkte unter anderem in Filmen von **Mikesch** („Macumba"), **Werner Schröter** („Der Rosenkönig"), **Ulrike Ottinger** („Freak Orlando") und **Rainer Werner Fassbinder** („Salome") mit.

Struktur aus einem Guß

ml – Während es in der Baumaschinen-Branche knirscht und kracht, bleibt der aus dem Oberschwäbischen stammende Liebherr-Konzern, der weltweit zu den Marktführern zählt, ohne Schrammen auf der Erfolgsstraße. Zwar spürt auch dieser namhafte Hersteller von Baukranen, Baggern, Raupen und Betongerät die Schwächen der Baukonjunktur. In Anbetracht der Turbulenzen am Markt, die sich in spektakulären Firmenzusammenbrüchen manifestierten, ist es denn auch kaum verwunderlich, daß dem von einer soliden Basis aus arbeitenden Familienunternehmen weitere Marktanteile zufielen.

Diese hervorragende Ausgangslage ergab sich nicht automatisch, sondern mußte in harter Arbeit über Jahre hinweg Stück für Stück errungen werden. Zielstrebig wurde in den zurückliegenden 35 Jahren das Angebotsspektrum kräftig erweitert: Schiffs- und Containerkrane weisen noch gewisse Verwandtschaften zu den Stammprodukten auf. Hinzu kamen im Laufe der Zeit Kühl- und Gefriergeräte, Werkzeugmaschinen, Flugzeugausrüstungen, Industrieanlagen oder auch Hotels.

Auf all diesen Gebieten spricht Liebherr ein gewichtiges Wort am Markt. Deshalb dürfte die angekündigte Produktionsaufnahme von Dieselmotoren sehr aufmerksam beachtet werden. Der Diversifikation der Märkte folgte die Diversifikation des Kapitals, die mit der Gründung des schweizerischen Konzerndachs ein wohl nicht überall gern gesehenes Zeichen setzte. Gleichwohl bleibt festzuhalten: Die aus eigener Kraft aufgebaute Struktur ist aus einem Guß.

Ein Eklat

J. G. – Der knappe Mehrheitsaktionär gönnt dem fast die Hälfte der Aktien haltenden „Minderheitsaktionär" keinen Sitz im Aufsichtsrat. Es ist schon ein Eklat, was sich beim Kölner Anlagenbauer PHB Weserhütte zwischen Otto Wolff und seinem ungeliebten „Juniorpartner" Hoesch abspielt. Aber es ist nur die logische Fortsetzung eines schon Ende 1983 ausgebrochenen Kampfes um die Zukunft eines erfolgreichen Unternehmens. Hoesch möchte durch Fusion mit seiner O & K-Gruppe der Führer einer Anlagenbaugruppe mit bald Drei-Milliarden-Umsatz werden. Wolff sieht in der Fusion den falschen Rückweg in ungünstige Geschäftszweige. Ergo kämpft er auch vor Gericht um sein „verletztes" Vorkaufsrecht, weil Arbed seine PHB-Aktien an Wolff vorbei an Hoesch verkaufte. Der lange Weg zum Urteil wird vermutlich nicht abgewartet. Die zum Kurs von fast 370 Prozent von Hoesch erworbenen PHB-Aktien sind als Finanzbeteiligung zu teuer. Hoeschs Rückzug scheint vorgezeichnet.

Marketing-Fehler

Von JAN BRECH

Innovationen bergen immer ein Risiko in sich, aber ihnen gehört die Zukunft." Mit diesem Satz schließt der Hamburger Großröster Tchibo in seinem Geschäftsbericht 1983 einen Exkurs über die neue Rösttechnologie, die den deutschen Kaffee-Markt fast ein halbes Jahr in Atem gehalten hat. Für die Entfaltung der Aroma- und Geschmacksstoffe gebe es keine bessere und schonendere Röstung als die kontinuierliche Kurzzeitröstung und Tchibo sei zuversichtlich, daß bei dem hohen Anspruchsniveau im deutschen Kaffeemarkt die Qualitäts- und Ergiebigkeitsvorteile langfristig sich durchsetzen werden.

Betrachtet man die Folgen, die mit der Innovation „Rösttechnik" auf dem Kaffeemarkt verbunden waren, muß man den Fortschrittsglauben von Tchibo staunend zur Kenntnis nehmen. Immerhin endete der Feldzug der beiden Marktführer Jacobs und Tchibo mit der neuen Röstung und der gleichzeitigen Umstellung der Packungsgrößen im totalen Fiasko. Die Marktanteile beider Röster – seit Jahren teilen sie gut 50 Prozent des Marktes unter sich auf – gerieten binnen weniger Wochen ins Taumeln.

An den Einwänden Tchibos ist jedoch soviel richtig, daß die „Revolution am Kaffeemarkt" nicht an der Untauglichkeit des Verfahrens gescheitert ist. Den kompletten Mißerfolg der mit manchen Vorteilen verbundenen neuen Röst-Technologie haben die Beteiligten vielmehr durch schwere Marketing-Fehler selbst verschuldet. So ließen sie sich von den Juristen nahezu jedes aufklärende Argument über das neue Verfahren aus der Hand schlagen und verunsicherten ihre Kunden in hohem Maße. Die Konkurrenz, die über das neue Verfahren noch nicht verfügte, nutzte dies mit massiver Werbung für das „ehrliche Pfund".

Strategisch noch unglücklicher war die Entscheidung, die Pfundpakkung aus dem Sortiment ganz zu streichen und voll auf die 400-Gramm-Packung umzustellen. Den I-Punkt aber setzten Jacobs und Tchibo, indem sie die Packungsveränderungen mit Preiserhöhungen koppelten. Leichter konnte man es den Wettbewerbern nicht machen, das Konzept mit Begriffen wie „Mogelpackungen" zu desavouieren.

Die Konsumenten haben es in nur zwei Monaten geschafft, den deutschen Markt regelrecht umzustülpen. Vor der Einführung des neuen Röstverfahrens war der Markt mehr oder weniger verteilt. Jacobs und Tchibo hielten jeweils 23 bis 25 Prozent Marktanteil, Aldi und Eduscho je elf bis 13 Prozent. Ende Februar/Anfang März gab es Wochen, in denen Eduscho und Aldi, die notgedrungen bei den 500-Gramm-Packungen geblieben waren, kurzfristig zu Marktführern avancierten.

Durch die Rückkehr zur alten Pfundpackung hat sich der Markt inzwischen etwas beruhigt; das Pendel schlägt langsam zurück. Geblieben aber sind erhebliche Flurschäden. Das gilt vor allem unter finanziellen Aspekten. Erst hat es viel Geld gekostet, die Anlagen umzurüsten und die neue Röstung am Markt einzuführen, nun verschlingt die „Wiedergutmachung" fast noch mehr Geld. Außerdem stimmt noch immer die Beobachtung des Tchibo-Chefs Günter Herz, daß er noch keine Branche gesehen habe, die über geringeren Absatz reicher geworden wäre. Nicht zuletzt durch die Kurzzeitröstung ist der Mengenabsatz in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um fünf bis sechs Prozent zurückgegangen.

Schließlich und vor allem ist der Kaffeekrieg in einer Zeit angezettelt worden, in der sich die deutschen Kaffeeröster in einer schwierigen Erlössituation befanden und noch befinden. Die stark steigenden Wareneinstandskosten, die sich aus dem harten Dollar und den stetigen Verteuerungen bei Rohkaffee ergeben, sind nicht zu überwälzen. Die Veränderungen der Marktgewichte hatten vielmehr dazu geführt, daß die Branche zur Zeit nur in Mengen und Marktanteilen denkt. Bei den erbittert geführten Stellungskämpfen wagt es niemand, die Preise anzuheben. So laufen denn die Einstandspreise den Röstern davon, mit der Folge, daß an Kaffee im Augenblick nichts verdient wird.

Die großen am Markt sind stark genug und auch gerüstet, um den Kampf um Marktanteile über den Preis durchzustehen. Je länger er jedoch dauert, desto größer wird die Gefahr, daß den mittleren und kleinen Röstern die Luft ausgeht. Die Rückkehr zum Pfund ist noch lange nicht das Ende des Kaffee-Krieges.

TECHNOLOGIE / OECD-Studie über Export der Industrieländer in RGW-Staaten

Trotz massiver Käufe im Westen liegt der Ostblock zehn Jahre im Rückstand

AFP, Paris

Die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) werden trotz massiver Käufe von westlichen Geräten und Patenten ihren technologischen Rückstand, der in manchen Sektoren mehr als ein Jahrzehnt beträgt, nicht wesentlich verringern können. Dies geht aus einer Studie der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) hervor, die in Paris veröffentlicht wurde.

Nach der Untersuchung, die den Titel „Der Technologietransfer zwischen West und Ost" trägt, fallen die Fortschritte, die in einigen Bereichen erzielt werden, wegen der Verschlechterungen auf anderen Gebieten kaum ins Gewicht. Positive Änderungen seien nur zu erwarten, wenn die sozialistischen Länder einen freien Wettbewerb zulassen und ihre Wirtschaftsplanung nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip ausrichten. Die Lösung liege nicht in massiven Einfuhren aus dem Westen, sondern in der Schaffung von materiellen Anreizen, die eine Konkurrenzsituation bervorrufen. Dies setzt allerdings gewaltige Umstrukturierungen voraus, die für die nahe Zukunft nicht zu erwarten seien.

Die unzureichenden Leistungen der bisherighen Struktur werden durch eine Analyse der Produktivität verdeutlicht: Im Osthlock ist sie um ein Drittel niedriger als im Westen, während 20 Prozent mehr Material eingesetzt wird. Im Westen werden die vorhandenen Kapazitäten um ein Fünftel mehr ausgelastet, ganz abgesehen davon, daß eine Maschine westlicher Bauart im Durchschnitt zehnmal so produktiv ist wie Vergleichbares östlicher Herkunft.

Der Technologietransfer nach Osten trifft in den sozialistischen Ländern auf zahlreiche Schwierigkeiten. Der Devisenmangel zwingt die Behörden im Ostblock immer wieder dazu, bereits begonnene Vorhaben abzubrechen. Darüber hinaus wird versucht, günstige Zahlungsbedingungen zu erreichen, indem die östlichen Verhandlungspartner westliche Firmen gegeneinander ausspielen und um langfristige Finanzierung oder Kompensationsgeschäfte bitten. Dennoch hatten sich bis Ende 1982 Auslandsschulden in Höhe von 70 Milliarden Dollar angesammelt.

Der Umgang mit der imprtierten Technologie fällt den Verantwortlichen im Ostblock schwer. Nach einer im Bericht enthaltenen Untersuchung brauchen sie für die Einrichtung einer Fabrik zwei- bis dreimal so lange wie ihre westlichen Kollegen. Eine ebenfalls aufgeführte Analyse des amerikanischen Geheimdienstes CIA belegt, daß in der UdSSR chemische Apparaturen, die in kleiner Stückzahl im Westen eingekauft worden waren, nicht in Großserie hergestellt werden konnten. Der Osthlock hat seit 1970 für etwa 50 Milliarden Dollar westliche Technologie gekauft. Aus dem Westen stammen fünf bis sechs Prozent der Maschinen, die in der UdSSR in der Automobil-, der Erdöl-, Textil- sowie der chemischen und elektronischen Industrie eingesetzt werden.

Das Verlangen der Verantwortlichen aus dem Ostblock nach dem jeweils neuesten Stand der Technik stößt allerdings bei den westlichen Sicherheitsbestimmungen auf seine Grenzen: Alle Güter, die für die strategische Rüstung von Bedeutung sein könnten, unterliegen einem Exportverbot, dessen Einhaltung von der Kontrollorganisation Cocom überwacht wird. Hierunter fallen vor allem Computer und elektronische Übertragungssysteme auch für den zivilen Gebrauch, die von der UdSSR für militärische Zwecke eingesetzt werden könnten.

Der Bericht der OECD kommt zu dem Ergebnis, daß ein Technologie-Embargo kurzfristig zu schweren Behinderungen der Industrie im Ostblock führen würde. Der technische Fortschritt könnte langfristig aber nur aufgehalten werden, wenn die westliche Forschung vor dem Zugriff aus dem Osten vollständig abgeschottet würde. Solange der Ostblock sich auf dem Markt die neuesten technischen Errungenschaften verschaffen kann und ungehindert Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen hat, werde er in der Lage sein, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten, wenn auch im Abstand von einer Generation.

US-AKTIENMÄRKTE

Enttäuschte Anleger warten auf geldpolitische Signale

H.-A. SIEBERT, Washington

Der traditionelle Sommerspurt läßt weiter auf sich warten; trotz gelegentlicher Erholungspausen hält der Rückzug an den US-Aktienmärkten an. Im Wochenverlauf sackte der Dow Jones-Industrie-Index noch einmal um 8,50 (Freitag: minus 1,55) auf 1101,37, der Nyse-Index um 0,87 (0,47) auf 86,21 Punkte. Unter Abgabedruck standen Öl-, Technologie- und Autowerte.

An der Wall Street wächst die Zahl der Broker, die den kläglichen Zustand der amerikanischen Börsen als klassische Baisse diagnostizieren. Vorausgesagt wird ein Rutsch des „Dow" auf 1060 Punkte, ehe es wieder nach oben geht. Angeführt werden soll er von der Halbleiter- und Pharmabranche sowie den Fluggesellschaften. Als ein Grund für die Schwäche werden die Geschäftsergebnisse vieler US-Unternehmen im 2. Quartal 1984 genannt. Die Gewinne, so heißt es, reichten nicht aus, um durch eine höhere Selbstfinanzierung der Finanzmärkte zu entlasten.

Hinzu kommt, daß zwar viele Aktien überverkauft sind. Die Margen rechtfertigen jedoch keinen dauerhaften Umschwung. Das Interesse konzentriert sich auf zu wenige Papiere; eine Rückkehr zur Hausse setzt eine größere Breite des Angebots voraus. Nach dem nur bescheidenen Abschlag auf die vorgesehene Kürzung des US-Haushaltsdefizits bleibt die Zinsfurcht aber der wesentliche Bremsfaktor. Sie ist zum Wochenschluß noch verstärkt worden, als das Federal Reserve System die Bankenliquidität verknappte. Statt von 10,75 bis 11,25 wird sich Tagesgeld vermutlich zwischen elf und 11,50 Prozent einpendeln. Das Verhalten der „Fed" hat die Investoren verunsichert.

Ob Geld in den USA noch teurer wird, entscheidet sich in dieser Woche. Heute veröffentlicht das Handelsministerium in Washington die neuesten Zahlen über die Zunahme des amerikanischen Bruttosozialprodukts. Wahrscheinlich nach oben korrigiert wird die erste Blitzprognose für die April-Juni-Periode von real 5,7 (1. Quartal: 9,7) Prozent. Die Zinsängste weiter schüren kann auch die fällige Freigabe der vom Gesetz vorgeschriebenen mittjährlichen Konjunkturvorschau der Administration. Vielleicht beseitigen beide Dokumente die Ungewißheit über das künftige Wachstumstempo der US-Wirtschaft.

Das Börsengeschehen ebenfalls beeinflussen wird der Auftritt von Notenbankchef Paul Volcker am Mittwoch vor dem Bankenausschuß des Senats. Nach dem jetzt vorliegenden Protokoll hat die „Fed" im Mai keinerlei geldpolitische Änderungen vorgenommen. Offen ist, ob das auch für die Sitzung der Offen-Markt-Komitees in der vergangenen Woche gilt. Eine Heraufsetzung der monetären Zielkorridore würde die Gefahr neuer Inflationsschübe enorm vergrößern. In der zweiten Wochenhälfte wird sich zeigen, in welche Richtung die US-Börsen marschieren.

AUF EIN WORT



„Die Lebensqualität in der Stadt hängt nicht von der Wirtschaft allein ab. Doch die Unternehmer müssen wissen, daß die Zahl und die Attraktivität der Arbeitsplätze, die sie anbieten, einen sehr großen Einfluß auf den Wohlstand dieser Stadt und das Wohlergehen der in Berlin lebenden Menschen haben."

Horst Kramp, Vorstandsmitglied der Schering AG und Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin
FOTO: VON SAFFT

Weniger Kredite an Unternehmen

Frankfurt (VWD) – Der Streik in der deutschen Metallindustrie bremste auch die Kredite. Die Kreditgewährung der Banken in der Bundesrepublik Deutschland an den privaten Sektor, die sich im Mai deutlich verstärkt hatte, ließ im Juni 1984 nach, betont die Bundesbank. Die Kredite der Kreditinstitute an Unternehmen und Privatpersonen wurden um 14,2 Mrd. Mark ausgeweitet, verglichen mit 18,6 Mrd. Mark im gleichen Vorjahresmonat. Insbesondere die Unternehmen nahmen im Berichtsmonat weniger Bankenkredit als im Vorjahr in Anspruch. Im Verlauf des ersten Halbjahres stiegen die gesamten Bankkredite an den privaten Sektor mit einer saisonbereinigten Jahresrate von sieben Prozent.

VERSCHULDUNG

Kuba erhält Aufschub für 1984 fällige Zahlungen

dpa/VWD, Paris/Lima/La Paz

Die westlichen Gläubigerländer Kubas haben dem lateinamerikanischen Land einen Zahlungsaufschub für einen Teil seiner staatlich garantierten Auslandsverpflichtungen gewährt. Nach Angaben des französischen Finanzministeriums betrifft die Vereinbarung die im Jahr 1984 fälligen Tilgungszahlungen von rund 250 Mill. Dollar. Das Land ist mit 3,5 Mrd. Dollar (9,8 Mrd. DM) im Ausland verschuldet.

Die Umschuldung der 1985 fälligen Zahlungen soll später geprüft werden, hieß es in der in Paris veröffentlichten Mitteilung. Kuba hatte bereits die Umschuldung seiner Verpflichtungen für das Jahr 1983 erreichen können.

Mit Bolivien wollen die Gläubigerbanken nicht über eine Umschuldung oder über neue Kredite verhandeln, solange die einseitig beschlossene Aussetzung des Schuldendienstes aufrechterhalten wird. Bolivien müsse zumindest einen Mindestbetrag an Zinsen zahlen, betonte Ulrich Merten, Vorsitzener des Koordinierungsausschusses für 128 Banken. In einem Brief an Finanzminister Bonifaz heißt es, daß die Banken dann zur Wiederaufnahme der Verhandlungen innerhalb von 90 Tagen bereit seien.

Seit dem 5. Juli hält Peru überfällige Zinszahlungen für Auslandskredite in Höhe von 250 Mill. Dollar zurück, bis die internationalen Banken ihrerseits eine Kredittranche freigeben, sagte der peruanische Finanzminister José Benavides. Nach Darstellung des Ministers handelt es sich um eine Tranche von 100 Mrd. Dollar, die Teil eines im vergangenen Jahr ausgehandelten 450-Mill.-Dollar-Kredits ist.

DRITTE WELT

Die deutschen Leistungen sind insgesamt gestiegen

HEINZ HECK, Bonn

Die Gesamtleistungen der Bundesrepublik für die Dritte Welt sind 1983 gegenüber dem Vorjahr von netto 16,9 auf 17,9 Mrd. Mark gestiegen, liegen damit allerdings hinter den 1980 (19,3 Mrd.) und 1981 (18,3) erzielten Ergebnissen.

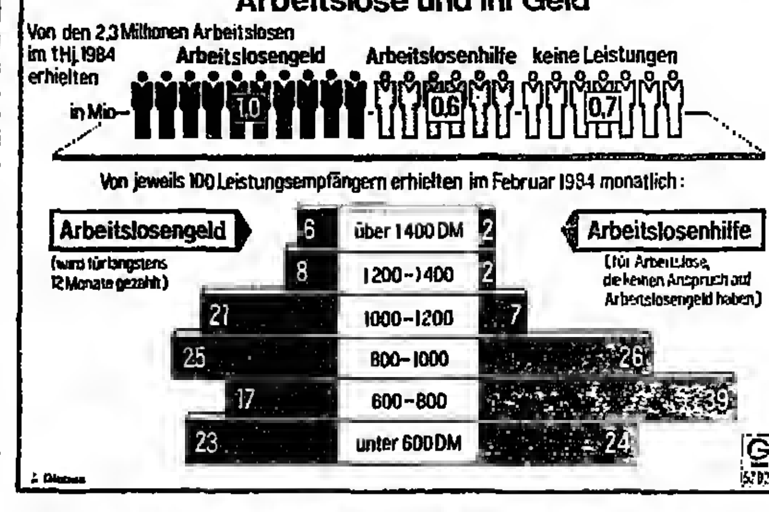
Während die öffentliche Entwicklungshilfe, wie am Samstag berichtet, mit 8,11 Mrd. Mark ein neues Rekordniveau erreichte, war bei privaten Leistungen zu Marktbedingungen (insgesamt von 6,98 auf 7,3 Mrd.) ein unterschiedlicher Verlauf zu beobachten. So gingen Direktinvestitionen von 2,41 auf 2,15 Mrd. zurück, während Bankkredite von 2,38 auf 3,87 Mrd. Mark zunahmen. Bei öffentlich garantierten Exportkrediten stand einem Plussaldo von 428 Mill. Mark 1982 ein Minus von 84 Mill. 1983 gegenüber. Die Rückzahlungen übertrafen 1983 also die Neuauslegungen.

Multilateral vergebene private Leistungen (zum Beispiel Emissionen von Schuldtiteln multilateraler Finanzierungsinstitutionen am deutschen Kapitalmarkt sowie Kreditaufnahmen dieser Institute bei deutschen Banken) nahmen geringfügig von 909 Mill. auf 1,06 Mrd. Mark zu.

Die private Entwicklungshilfe (das sind zum Beispiel Zuschüsse nichtstaatlicher Organisationen wie Kirchen, Stiftungen, Gewerkschaften und Verbände aus Eigenmitteln und Spenden) bewegte sich mit 946 Mill. knapp auf Vorjahreshöhe.

„Sonstige öffentliche Leistungen" stiegen von 1,32 auf 1,54 Mrd.; unter anderem gingen KfW-Kredite von 1,46 auf 1,08 Mrd. zurück, während Refinanzierungen des Finanzministeriums auf 400,5 (118,5) Mill. zunahmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Arbeitslosigkeit bedeutet meist finanziellen Abstieg auf Raten. Das Arbeitslosengeld beträgt im allgemeinen für Arbeitslose mit Kindern 68 Prozent, für Kinderlose 63 Prozent des letzten Nettoverdienstes. Ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft – das ist nach längstens zwölf Monaten der Fall – wird Arbeitslosenhilfe gewährt. Sie orientiert sich zwar auch am früheren Einkommen, wird aber nur entsprechend der Bedürftigkeit gezahlt.
QUELLE: GLOBUS

SPD gegen Kuponsteuer

Bonn (VWD) – Die SPD hat ihre Bereitschaft signalisiert, eine eventuelle Gesetzesvorlage zur Aufhebung der 25prozentigen Kuponsteuer für ausländische Anleger auf deutsche Festverzinsliche zu unterstützen. Dieter Spoeri, SPD-Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages, sagte, ein solcher Schritt stelle eine psychologische Verteidigung gegen die „aggressive Finanzstrategie der amerikanischen Regierung" dar.

Weg der Kurse

	20.7.84	13.7.84
Boeing	44,125	44,25
Chrysler	26,75	26
Citicorp	28,25	28,375
Coca-Cola	58,25	58,625
Exxon	41,125	40,625
Ford Motors	38	37,25
IBM	106,50	105,25
PanAm	4,25	4,50
US Steel	23,50	22,625
Woolworth	33,875	34

Börsenumsatz gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Umsatz an der Frankfurter Börse, der größten deutschen Wertpapierbörse, stieg im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent auf 53,3 Mrd. Mark. Nach dem Bericht des Börsenvorstands waren Ende Juni 414 (409) Aktien amtlich notiert. Das zur amtlichen Notierung zugelassene Aktienkapital belief sich auf 116,6 Mrd. Mark. Insgesamt wurden im Halbjahr 2,7 Mrd. Mark Aktienkapital neu zugelassen, und zwar eine Mrd. Mark von deutschen, der Rest von ausländischen Gesellschaften.

Drohung aus Oslo

Brüssel (dpa/VWD) – Die deutschen Stahlunternehmen müssen sich vermutlich auf einen Konflikt mit Norwegen einstellen. Das der Europäischen Freihandelszone (EFTA) angehörende Land hat nämlich eine Behinderung der Stahlimporte aus der Bundesrepublik für den Fall angedroht, daß die norwegischen Kontingente für den Stahlexport nach Deutschland nicht angehoben werden. Dies verlautete aus der EG-Kommission in Brüssel.

Höhere Überziehung

Bonn (VWD) – Vom 1. August 1984 an können die Postgiroämter Buchungsaufträge zu Lasten von Postgirokonten bis maximal 1000 Mark ins Minus buchen. Bisher lag die sogenannte technische Überziehungsgrenze, die nicht vergleichbar ist mit dem von Banken und Sparkassen angebotenen Dispositionskredit, bei 500 Mark. Wie das Bundespostministerium in Bonn mitteilte, soll die Erhöhung insbesondere den institutsübergreifenden Zahlungsverkehr erleichtern. Postgirokonten sind bisher verpflichtet, den durch Überziehung entstanden Minussaldo unverzüglich wieder auszugleichen. Die 13 Postgiroämter führen z. Z. 4,2 Mill. Konten.

Baufirma verurteilt

Berlin (rtr) – Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat in einem ersten Urteil im Zusammenhang mit dem größten Baupreisskandal der Nachkriegszeit gegen eine niedersächsische Baufirma und deren Geschäftsführer Geldbußen von insgesamt 48 000 Mark verhängt. Nach Auffassung des Gerichts verstießen die Verurteilten mit unerlaubten Preisabsprachen vorwiegend bei öffentlichen Bauvorhaben mehrfach gegen das Kartellgesetz. Das Verfahren gegen ein zweites Unternehmen wurde teils wegen Verjährung eingestellt, teils erging Freispruch.

Wachstum über Plan

Moskau (dpa/VWD) – Die Industrieproduktion der Sowjetunion ist im ersten Halbjahr 1984 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,5 Prozent (Jahresplanziel: 3,8 Prozent) gestiegen. Die Planaufgaben seien in den wichtigsten Bereich größtenteils erfüllt worden, heißt es in einem Bericht des Zentralen Statistischen Amtes der UdSSR. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie habe sich um 4,2 Prozent (3,4 Prozent) verbessert.

Londoner Kassapreise

	20.7.84	13.7.84
Kupfer (£/t)	1030,75	1014,5
Blei (£/t)	380	376
Zink (£/t)	665	635,75
Zinn (£/t)	9382,5	9485
Gold ($/Unze)	341,5	344,75
Silber (p/Unze)	558,15	560,80
Kakao[1] (£/t)	1782,5	1777,5
Kaffee[2] (£/t)	2201,5	2198
Zucker (£/t)	89,5	94,5
Kautschuk (p/kg)	68	70
Wolle (p/kg)	470	470
Baumwolle[3] (cts/lb)	77,80	80,25

[1]) Abladung September; [2]) Abladung September;
[3]) A-Index-Preis Liverpool

ENERGIEVERBRAUCH

Niedersachsen korrigiert die Prognosen nach unten

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

„Die Erfahrungen mit dem Energieprogramm 1980 haben gezeigt, daß der Verbraucher häufig schlauer ist als dies die Politik vermutet." Mit diesen Worten begründet Niedersachsens Wirtschaftsminister Birgit Breuel bei der Neuvorlage des bis 1995 geltenden Energieprogramms die Korrektur ihrer Prognosen nach unten. Die Verbraucher seien in der Vergangenheit mit den Energievorräten erheblich sparsamer umgegangen, als dies vorherzusehen war. Allerdings dürfe nicht verkannt werden, daß weitere Erfolge bei der Energieeinsparung schwieriger würden.

Bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von jährlich drei Prozent, so Frau Breuel, werde der gesamte Energieverbrauch 1995 nur um 2,6 Mill. t Steinkohleeinheiten (SKE) über dem Rekordjahr 1980 liegen. Damals wurden 45,6 Mill. t SKE benötigt. Sollte die Wirtschaft stagnieren, errechne sich ein Verbrauch von lediglich 42,2 Mill. t SKE im Jahr 1995. Frau Breuel geht davon aus, daß die seit 1983 andauernde Strompreisstabilität in Niedersachsen auch 1985 Gültigkeit haben wird. Ursache dafür sei die uneingeschränkte Befürwortung der Kernenergie. Während im Bundesdurchschnitt der Strompreis zwischen 1974 und 1982 um 58 Prozent gestiegen sei, ergebe sich in Niedersachsen nur ein Anstieg von 51 Prozent. Der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung, der heute bei 40 Prozent liegt, wird sich den Prognosen zufolge bis 1995 auf 62,5 Prozent erhöhen.

Parallel zum Ausbau der Kernenergie müsse auch die Entsorgung radioaktiver Abfälle vorangetrieben werden.

ERDÖL / Internationale Energie-Agentur: Weltnachfrage könnte stärker zunehmen

Westliche Importabhängigkeit steigt

HEINZ HECK, Bonn

Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris befürchtet, daß die Weltölnachfrage wieder stärker zunehmen könnte, wenn die westlichen Industrieländer nicht ihre Bemühungen zur Entwicklung anderer Energiequellen – vor allem Kohle und Kernkraft – vorantreiben und den Wirkungsgrad des Energieeinsatzes weiter verbessern. In ihrer gestern veröffentlichten Prognose bis zum Jahr 2000 kommt die IEA, der alle Industrieländer außer Frankreich angehören, zu dem Ergebnis, daß die Ölimporte der Industrienationen in den achtziger Jahren wieder steigen werden, aber unterhalb des 81er Rekordergebnisses von rund 901 Millionen Tonnen bleiben dürften.

Für das Jahr 2000 rechnet die Agentur mit Ölimporten ihrer Mitglieder von rund 880 Millionen Tonnen (gegenüber 728 Millionen 1983). Die eigene Produktion dieser Länder dürfte dagegen von 754 Millionen 1983 auf 719 (1985) und 643 Millionen Tonnen im Jahr 2000 zurückgehen (hauptsächlich Großbritannien und USA). Damit würde die Ölimportabhängigkeit der Industrieländer von derzeit 49 auf knapp 58 Prozent zunehmen.

In dieser Prognose ist sogar ein nur schwacher Anstieg des Ölverbrauchs unterstellt, während für den Gesamtenergieverbrauch der IEA-Mitglieder bis zum Jahr 2000 eine Zunahme um rund ein Drittel erwartet wird.

Der IEA-Prognose zufolge verändert sich die Struktur des Primärenergieverbrauchs ihrer Mitglieder bis zum Jahr 2000 in folgender Weise: 4,5 Milliarden Tonnen Rohöleinheiten (ROE) gegenüber 3,4 Milliarden 1983; davon Erdöl 33 (43,5) Prozent, Kohle und andere feste Brennstoffe 30 (25) Prozent, Gas 17 (19,5) Prozent, Kernenergie 11 (5) Prozent sowie Wasserkraft und andere erneuerbare Energiequellen 9 (7) Prozent.

Die Prognose unterstellt also eine massive Steigerung des Kohle- und Kernenergieeinsatzes sowie eine zumindest relative Abschwächung des Ölverbrauchs. Die wachsende Sorge um die Umweltbelastungen könnte jedoch gerade die Verwendung von Kohle und Kernenergie in Zukunft weiter beeinträchtigen, heißt es. Selbst ohne diese Hindernisse könnten die Energie- und speziell die Ölmärkte in den neunziger Jahren wieder sehr angespannt werden, wenn sich die Weltwirtschaft rascher als bisher erwartet erholt.

Unter Hinweis auf die gespannte Lage im Nahen Osten erinnert die Agentur an die Gefährdung der Öllieferungen und warnt davor, daß einseitige Abhängigkeiten zum Beispiel von Erdgas neue Risiken in der Energieversorgung einiger Mitgliedsstaaten schaffen könnten.

ITALIEN

Notenbank warnt vor Etatdefizit

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Ein Wirtschaftswachstum nahe bei drei Prozent und eine Verminderung der Inflationsrate mit der gleichen Geschwindigkeit wie bisher reichen nicht aus, um auf Dauer einen Abbau des Staatsdefizits herbeizuführen und ein Ausufern der staatlichen Verschuldung zu verhindern. Das erklärte, in einem Hearing vor dem Haushaltsausschuß der italienischen Abgeordnetenkammer, Zentralbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi, wobei der die Regierung aufforderte, noch in den Herbstmonaten mit Korrekturmaßnahmen in die Entwicklung des Budgets einzugreifen.

Nach Berechnungen der Banca d'Italia wird sich der Anteil der Staatsverschuldung bis 1988 von jetzt 85 auf 123 Prozent vom Bruttoinlandprodukt erhöhen, wenn es nicht gelingt die Einnahmeo zu erhöhen und die Ausgaben zu bremsen. Der Zentralbankgouverneur warnte in diesem Zusammenhang davor, daß bei weiterer Verzögerung geeigneter Stabilisierungsmaßnahmen der seit vorigen Jahr im Gange befindliche Zinsabbau schon im Herbst zum Stillstand kommen könnte. Als illusorisch bezeichnete Ciampi die vom Schatzamt verfolgte Taktik. Ausgaben, die schon im ersten Halbjahr hätten erfolgen müssen, auf die zweite Jahreshälfte zu verschieben.

Den Berechnungen der Zentralbank zufolge, nahm die öffentliche Hand im ersten Halbjahr 75 Prozent des gesamten zur Verfügung stehenden Kreditvolumens in Anspruch, gegenüber 71 Prozent im Vorjahr und 40 Prozent vor zehn Jahren.

Um ein weiteres Ausufern der staatlichen Kreditaufnahme zu verhindern und Freiraum für Investitionen zu gewinnen, ist es laut Zentralbankgouverneur Ciampi notwendig, das reale Wachstum der Ausgaben in den nächsten drei bis vier Jahren auf höchstens ein Prozent (den Zinsaufwand ausgenommen) zu beschränken. Dafür sollen die Einnahmen jährlich um real drei Prozent zunehmen. Ohne Regierungsinterventionen würden die Ausgaben dagegen real um vier Prozent im Jahr und die Einnahmen um zwei Prozent steigen.

Nur durch neue Eingriffe auf der Ausgaben- und Einnahmeseite werde es möglich sein, bis 1983 den Anteil des Defizits am Bruttoinlandprodukt von 15 bis 17 auf sieben Prozent zu senken.

FRANKREICH / Für den neuen Premierminister Laurent Fabius hat die Modernisierung der Industrie Priorität

Schwere Prüfung in der Beschäftigungspolitik

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der neue französische Premierminister Laurent Fabius hat seine Wirtschaftspolitik bisher nur in zwei Stichworten umrissen: Modernisierung und Einigung Frankreichs. Beide gehören zusammen und ergänzen sich. Wenn Frankreich vor allem „modernisiert" werden soll, so wird dies neue schwere Opfer von der arbeitenden Bevölkerung fordern. Arbeitsplatzverluste, Wohnungsplatzwechsel, geringere Lohnerhöhungen und Kurzarbeit stehen auf dem Programm.

Es ist daher ebenso wichtig für den Regierungschef, die Franzosen für das Ziel der Modernisierung zu begeistern, sie hinter einem „Projekt" zu einigen, wenn er schwere soziale Konflikte vermeiden will. Mit einer kommunistischen Partei, die von nun an nur noch „selektiv" mitmacht, ansonsten aber ihre Kritik an der voo ihr nicht mehr mitverwalteten Regierungspolitik noch lauter anmelden wird, wird er es damit nicht gerade leicht haben.

Fabius hat sich in seiner nun etwas über dreijährigen Amtszeit als Budget-, Industrie, und Superindustrie-Minister auf seine Aufgabe vorbereiten können. Ihm war es zuletzt übertragen, die schwer angeschlagene Stahlindustrie Lothringens durch Abbau ihrer Überkapazitäten auf rationale Produktionszahlen zu trimmen. Dabei sprach er immer wieder von Modernisierung. Voo einer Reise nach Japan kurz vor seiner Berufung ins Premierministeramt war er stark beeindruckt durch die japanischen Fertigungsmethoden zurückgekehrt.

Seitdem führte er in Interviews gerne Begriffe wie Roboter, Informatik, Biotechnik im Mund. Das dies ein grundsätzliches Umdenken der Unternehmer und eine Opferbereitschaft der Arbeitnehmer einschließt, weiß der Technokrat. Seine Weigerung, von seinen Modernisierungsplänen abzulassen und zur Vollbeschäftigung hinter Protektionsmauern und mit Hilfe staatlicher Subventionen zurückzukehren, führte zum Bruch mit den Kommunisten.

Fabius hat sich in seiner Einstellung zur Philosophie des Wachstums vom Saulus zum Paulus entwickelt. Noch bis in die erste Phase der Sanierungspolitik Jacques Delors im Sommer 1982 hinein hatte er als Budgetminister unter Delors energisch die Politik der Ankurbelung des Konsums verteidigt, die direkt in Rezession und zur Notwendigkeit der Sanierungspolitik geführt hatte. Dann dachte er um, und seitdem hat er ebenso energisch die Klinge für eine Restriktionspolitik geschlagen. Fabius war indes immer für eine Politik der Rationalisierung der Betriebe, der Selbstfinanzierung mit einem Minimum staatlicher Subventionen (er weigerte sich z. B. hartnäckig, den vom Konkurs bedrohten Creusot-Loire-Konzern ooch einmal zu sanieren) und der Anlockung interner und auswärtiger Investitionen.

Deshalb trat er schon früh für eine Lockerung der Devisenkontrolle ein und will diese so schnell wie möglich ganz aufheben. Nicht weniger als sein „Lehrmeister" Delors wird er ein scharfes Auge auf den Kurs des Franc und auf den Kampf gegeo die Inflation werfen; daher ist eine Änderung des Restriktionskurses wenig wahrscheinlich. Dies schon deshalb, weil der Außenhandel Frankreichs im Juni wieder überraschend hoch im Defizit war. Die schwerste Prüfung aber erwartet ihn in der Beschäftigungspolitik. Die Arbeitslosenzahlen stiegen im Juni mit 1,3 Prozent im Vergleich zum Vormonat ebenso überraschend und liegen jetzt über der 2,3-Millionen-Grenze.

GROSSBRITANNIEN / Die Investitionsneigung steigt

Werkzeugmaschinen gefragt

WILHELM FURLER, London

Die britischen Hersteller von Werkzeugmaschinen, noch vor einem Jahr wegen mangelnder Auftragslage in erheblichen Schwierigkeiten, erfahren einen bemerkenswerten Prozeß der Wiederbelebung. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind dem Ministerium für Handel und Industrie zufolge die Neuaufträge für Werkzeugmaschinen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 42 Prozent gestiegen. Der Eingang von Neuaufträgen für diesen Industriezweig erreichte im April sein höchstes Monatsniveau seit September 1981.

Der Verband der Werkzeugmaschinen-Hersteller selbst erklärt, daß die Zunahme der Auftragseingänge sogar noch erheblich stärker ausgefallen ist, als die Statistiken des Ministeriums ausdrücken. Einer Umfrage der „Financial Times" zufolge haben zwei führende Unternehmen der Branche in der ersten Hälfte dieses Jahres wertmäßig das dreifache und das doppelte der Aufträge der gleichen Vorjahreszeit hereinholen können.

Dieses Bild weist auf eine deutlich gestiegene Investitionsneigung vor allem in der metallverarbeitenden Industrie Großbritanniens und gleichzeitig auf einen Rückgang des Anteils importierter Werkzeugmaschinen aufgrund einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der ausländischen Konkurrenz hin. Dennoch dürfte der Anteil importierter Werkzeugmaschinen noch bei 50 Prozent liegen.

Die Auftragslage bei Werkzeugmaschinen gilt als verläßlicher Indikator für den konjunkturellen Trend. Den Statistiken des Ministeriums zufolge lagen die Neuaufträge aus dem Inland im April um 50 Prozent über dem Niveau von April 1983, die Exportaufträge um 40 Prozent.

OSTAFRIKA / Schwierige Wirtschaftslage – Niedrige Exportpreise – Hohe Schulden

Uganda profitiert von IWF-Krediten

rtr. Nairobi/Lagos

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit von Großbritannien sind die Aussichten für die Wirtschaft Ostafrikas nach Darstellung von Experten noch immer unsicher. Die Länder kämpfen mit dem hohen Bevölkerungswachstum, mit unbefriedigenden Preisen für Rohstoffausfuhren, mit dem aufgrund steigender Zinseo zunehmenden Schuldendienst und mit Schwierigkeiten im Tourismusgeschäft wegen der fallenden Kaufkraft der Besucher.

Kenia, das lange als das attraktivste Land für Investitionen in Afrika angesehen wurde, leidet zudem unter der Dürre. Erst im Juni bat das Land im Westen um Getreide im Wert von 300 Milliooen Dollar, um die Folgeo des Wetters zu lindern. Im Juni hatte Kenias Finanzminister George Saitoti das reale Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) für 1983 mit 3,9 Prozent angegeben, nach 3,4 Prozent 1982. Ernste Sorgen bereitet dem Land auch der Schuldendienst, der 1982 auf 357 Mill. stieg; von 93 Mill. Dollar 1975. Kenia versucht seinen Außenhandel zu verbessern. Der Export von Kaffee, Tee und der Insektenblume sowie der Tourismus sind allerdings keine ausreichenden Stützen.

Der nächste Markt für Kenias Exporte wäre das Nachbarland Tansania. Dessen Wirtschaft befindet sich jedoch in der schlimmsten Krise seit der Unabhängigkeit. Selbst eine Abwertung der Landeswährung um 26 Prozent im Juni schaffte keine nennenswerte Verbesserung. Kritiker im Parlament behaupten, die Wirtschaft stecke so tief im Sumpf, daß eine wirkliche Änderung selbst mit einem IWF-Kredit unmöglich sei. Mit Agrarerzeugnissen (vor allem Kaffee, Tabak, Sisal und Cashew-Nüsse) verdient Tansania 85 Prozent seiner Ausfuhrerlöse. Doch haben die Dürre, fehlende Maschineo und Anreize zur Produktion auch hier die Erzeugung im letzten Jahrzehnt nach Angaben von Ökonomen um 40 Prozent sinken lassen. Die Auslandsschulden über 2,2 Mrd. Dollar, die Inflation von über 35 Prozent und der Notweodigkeit, zehn Prozent der Nahrungsmittel einzuführen und 60 Prozent der Deviseneinnahmen für den Ölimport auszugeben, zehren an dem dünnen wirtschaftlichen Polster.

Rosiger scheinen die Aussichten für Uganda zu sein. Seit seiner Rückkehr an die Macht hat sich Präsident Miltoo Obote, vor seinem Sturz durch Amin ein linker Ideologe, in einen gelehrigen Schüler des IWF verwandelt. Dies brachte Uganda zwischen 1981 und 1983 IWF-Kredite voo fast 400 Mill. Dollar ein. Nach amtlichen Angaben fiel die Inflationsrate 1983/84 auf 25 von 30 Prozent im Vorjahr. Im Juni nannte Obote für 1983 ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 7,3 Prozent.

Nach vorläufigen Schätzungen für das Haushaltsjahr 1983/84 wird Uganda einen Zahlungsbilanzüberschuß von 34 Mill. Dollar erwirtschaften, nachdem 1981/82 ein Defizit von 92 Mill. Dollar entstanden war. Gegen politische Instabilität ist das Land noch nicht gefeit.

Gewalt beeinträchtigt die Wirtschaft Äthiopiens. Im nördlichen Drittel gibt es sporadische Kämpfe zwischen Regierungstruppen mit Guerrillas aus Eritrea oder Tigre. Fachleute schätzen die Auslandsschulden des Landes auf über eine Mrd. Dollar, wozu schätzungsweise noch zwei Mrd. Dollar Schulden bei der UdSSR für Waffen und den Dienst von 6000 sowjetischen Beratern gerechnet werden könnten.

Argentinien hält an Sozialpolitik fest

AFP, Buenos Aires

Der argentinische Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun hat die Entschlossenheit der Regierung in Buenos Aires bekräftigt, ihre bisherige Lohn- und Gehaltspolitik fortzusetzen.

In einer landesweit im Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache erläuterte Grinspun einen mittelfristigen Wirtschaftsplan und sprach die Hoffnung aus, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) die ihm vor kurzem übermittelte Absichtserklärung der Regierung billige.

Er betonte, die Festigung der Demokratie in Argentinien hänge weitgehend von den Maßnahmen ab, die zur Sanierung seiner Wirtschaft getroffen würden. Dies dürfe jedoch nicht auf Kosten sozialpolitischer Ziele gehen.

Grinspun verwies darauf, daß seit Amtsantritt von Präsident Raul Alfonsin der Mindestlohn im Lande um 700 Prozent erhöht wurde. Er gestand ein, daß die Bemühungen der Regierung, die Inflation zu drosseln, in den ersten sieben Monaten ihrer Amtszeit noch keinen Erfolg hatten. Argentinien habe im ersten Halbjahr 1984 einen Handelsüberschuß von 2,8 Mrd. Dollar erzielt.

LUFTFAHRT / London diskutiert Liberalisierung

British Airways übt Kritik

WILHELM FURLER, London

In Großbritannien hat eine heftige Diskussion über die künftige Luftfahrtpolitik des Landes eingesetzt. Anlaß ist ein jetzt veröffentlichter Bericht der Zivilluftfahrt-Behörde CAA, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die Vormachtstellung der noch staatlichen Fluggesellschaft British Airways zugunsten kleiner und unabdingbarer Airlines drastisch abzubauen. Die Regierung Thatcher beabsichtigt, British Airways im kommenden Frühjahr durch einen Verkauf an der Börse zu privatisieren.

Dem CAA-Report zufolge soll im Interesse von mehr Wettbewerb eine ganze Reihe von British Airways-Strecken an British Caledonian und andere unabhängige Fluggesellschaften abgetreten werden. Dazu zählen alle British Airways-Dienste vom zweiten Londoner Großflughafen Catwick nach Kontinental-Europa (insbesondere Spanien und Portugal), etliche Europa-Flüge voo den britischen Flughäfen Aberdeen, Belfast, Birmingham, Edinburgh, Glasgow und Manchester (darunter die Strekken Birmingham–Düsseldorf und Frankfurt, Edinburgh–Düsseldorf, Glasgow–Düsseldorf, sowie Manchester–Düsseldorf und Frankfurt) und schließlich die Langstreckenflüge von London-Heathrow nach Zimbabwe, Dhahran und Jeddah.

Der nach sechsmonatigen Studien angefertigte Report fordert die Regierung außerdem auf, die Regulierung inländischer Flugpreise aufzuheben und auf den Inlandsflügen durch die Vergabe von Streckenrechten an alle interessierten unabhängigen Gesellschaften mehr Wettbewerb einzuführen – jedenfalls zunächst in einem zweijährigen Experiment.

Die Empfehlungen der Luftfahrtbehörde sind auf heftigste Kritik der British Airways-Verantwortlichen gestoßen. Chairman Lord King nannte sie „verheerend und unannehmbar". Er und seine Vorstandskollegen würden sich mit allen Mitteln gegen jede Streckenkürzung stemmen. Derartige Versuche würden nur das Privatisierungsvorhaben der Regierung gefährden. Sollten die Vorschläge tatsächlich realisiert werden, dann stünden nicht nur der finanzielle Erfolg von British Airways und unzählige Arbeitsplätze auf dem Spiel, sondern die Privatisierung der Fluggesellschaft müßte auch um mehrere Jahre verschoben werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

US-LUFTFAHRT / Zinsen zehren Betriebsgewinn auf

Mehr Passagiere befördert

H.-A. SIEBERT, Washington

Mehr US-Bürger als je zuvor sind im vergangenen Jahr mit einem Flugzeug gereist. Gegenüber 1982 stieg ihre Zahl um acht Prozent von 294 auf 318 Mill. Gemessen an der Gesamtbevölkerung waren das 1,35 Flüge pro Kopf. Wie die Air Transport Association (Ata), der amerikanische Nationalverband, in Washington weiter mitteilte, benutzten 82 Prozent der Passagiere ein Billig- oder Diskontticket, verglichen mit 78 und 71 Prozent in 1982 und 1981. Der Billigtarif macht im Durchschnitt 48 Prozent des Volltarifs aus. In den beiden Vorjahren waren es 46 Prozent.

Nach Angaben der Ata erreichte der *zusammengefaßte* Betriebsgewinn der amerikanischen Fluggesellschaften 310 Mill. Dollar bei Gesamteinnahmen in Höhe von 39 Mrd. Dollar. Die Durststrecke nach den vorausgegangenen drei Verlustjahren, die den Firmen ein Betriebsminus von nahezu 1,5 Mrd. Dollar bescherten, ist allerdings noch nicht überwunden.

Die enormen Zinszahlungen für die stark beliehenen Flotten verkehren den Betriebsgewinn in einen Gesamtverlust von 188,1 Mill. Dollar. 1982 machte er jedoch noch 915,8 Mill. Dollar aus. Für 1984 rechnet die Ata mit einem Betriebsgewinn von mehr als eine Mrd. Dollar. Wieviel davon bei weiter steigenden Zinsen übrigbleibt, ließ sie offen. 1983 betrug die Gewinnmarge 0,8 Prozent, gegenüber fünf Prozent im Durchschnitt der US-Industrie.

Seit dem Deregulierungsgesetz von 1978 ist in den USA die Zahl der Interstate-Airlines von 36 auf 123 gewachsen. Registriert wurden die ersten Konkurse seit der Schaffung der US-Luftfahrtbehörde im Jahr 1938. Braniff, Continental und Air Florida *fliegen wieder oder noch.*

Laut Ata beschäftigten die nationalen und regionalen Fluggesellschaften in den USA im letzten Jahr 328 650 (1982: 330 500) Mitarbeiter und *27 000 Piloten. Gemessen* am Passagieraufkommen je Meile führen United, Eastern und Delta die Liste der US-Carrier an. PanAm, Amerikas Luftfahrtunternehmen mit dem größten internationalen Netz, rangiert auf dem achten Platz.

HORNSCHUCH / Textilsparte hat den beträchtlichen Umsatzrückgang verkraftet

Die Dividenden-Prognose bekräftigt

WERNER NEITZEL, Weißbach

Die rund 4500 Aktionäre der Konrad Hornschuch AG, Weißbach/Württ., Hersteller so bekannter Kunststoff- und Kunstleder-Erzeugnisse wie „d-c-fix", „skai" oder „laif" sowie von Bett- und Tischwäsche (Marke „smail"), können davon ausgehen, daß für das laufende Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von „mindestens 10 Prozent" gezahlt wird. Mit dieser Feststellung unterstrich *Hornschuch-Vorstandsvorsitzender* Reinhard Merkle die vom Dezember vergangenen Jahres anläßlich der Verbreiterung des Aktionärskreises und der Einführung der Hornschuch-Aktie in den geregelten Freiverkehr der Börsen in Frankfurt und Stuttgart gemachte Prognose. Immerhin hat Hornschuch, dessen Aktienkapital von 30,8 Mill. DM in der neuen Verteilung zu 51 Prozent *bei der vor allem als Spanplatten-Her*steller tätigen Kunz-Gruppe, Gschwend/Württ., liegt und der Rest breit gestreut ist, das letzte mal vor zehn Jahren, also für 1974, eine *Dividende (8 Prozent) ausgeschüttet.* In den Folgejahren war Hornschuch schwer ins Schleudern geraten, wofür hohe Steuernachforderungen *und* durch Mismanagement ausgelöste Fehlentwicklungen die Ursache waren. Dem von Pegulan zu Hornschuch übergewechselten Merkle gelang es, das Weißbacher Unternehmen in einer vierjährigen Sanierungsphase wieder auf festen Boden zurückzuführen.

Mit dem Geschäftsverlauf von Hornschuch im ersten Halbjahr 1984 *ist Merkle „sehr zufrieden". Das* Umsatzplus lag bei 9 Prozent. In Anbetracht der Auswirkungen des Arbeitskampfes in der Metallindustrie – auch Hornschuch liefert einige Erzeugnisse in die Autoindustrie – rechnet er für das ganze Jahr vorsichtig mit einem Umsatzzuwachs von etwa 5 Prozent. Das Betriebsergebnis habe sich weiter verbessert.

Besser läuft es mit einer Umsatzzu*nahme* von 5 Prozent auch in der Textildivision (Werk Urbach), die rund ein Viertel des Hornschuch-Umsatzes repräsentiert. In dieser Sparte hatte Hornschuch mit seiner Produktgruppe Bekleidungsdamast einen beträchtlichen Umsatzrückgang infolge währungspolitisch bedingter *Schwierigkeiten westafrikanischer* Abnehmerländer verkraften müssen. Dies war auch der Grund dafür, weshalb der gesamte Hornschuch-Umsatz in 1983 mit 194 Mill. DM um 3,2 Prozent unter dem Vorjahr lag. Neue Produkte sollen dem Geschäft zusätzlichen Schub geben.

Die Exportquote hat sich auf 35,2 (39) Prozent ermäßigt. Viel verspricht sich Hornschuch von verstärkten *Vertriebsanstrengungen in den USA.* Unter dem Strich erscheint ein Jahresüberschuß von 4,8 (0,16) Mill. DM, von dem 1,8 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und der Rest vorgetragen werden. Steuerliche Verlustvorträge in zweistelliger Millionenhöhe können noch für die nächsten beiden Jahre in Anspruch genommen werden. Das Ergebnis ist stark beeinflußt von außerordentlichen Erträgen. Der Cash-flow hat sich auf 10,4 (5,4) Mill. DM verbessert. Investiert wurden 7,2 (5,2) Mill. DM bei 4,8 (4,9) Mill. DM Abschreibungen. Für 1984 sind 10 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Hornschuch *beschäftigte am Jahres*ende 1579 (1689) Mitarbeiter.

Schneller Sturz

Wb. – Erwartet hatte man es schon lange. Die Form jedoch, in der das Volkswagenwerk nun seine Ungeduld mit der mißratenen Tochter Triumph-Adler bekundet, überrascht. Da wird mit Peter Niedner ein Vorstandschef in die Wüste geschickt, dem es in nur zweieinhalb Jahren – wenn auch mit gewaltiger finanzieller Unterstützung der Muttergesellschaft – gelungen ist, viele der Fehlentscheidungen langer Vorjahre auszubügeln. Zum Beispiel die, viel zu lange an der elektromechanischen Schreibmaschine festzuhalten, als der Zug schon längst in Richtung Elektro*nik abgefahren war.*

Niedner krempelte in seiner kurzen Amtszeit die total heruntergekommene Fertigungsstruktur der Inlandsgruppe um, und er hinterläßt eine Büromaschinenproduktion, die an Automatisierungsgrad und Flexibilität mit allen Japanern mithalten kann. Er hinterläßt auch ein Typenprogramm, mit dem ein *möglicherweise weniger phantasie*begabter Nachfolger noch eine ganze Weile sehr gut leben kann. Und zu seinem Erbe gehört – leider – auch ein Computergeschäft, das seit der Übernahme der US-Gesellschaft Pertec Ende 1979 sehr wenig Freude gemacht hat.

Mit seinem schon vor der Ära Triumph-Adler gepflegten Faible für alles Elektronische wollte Niedner aber auch von diesem Geschäft möglichst wenig Abstriche machen, nicht zuletzt wohl aus der Einsicht heraus, daß die klassische Büromaschine in wenigen Jahren – so überhaupt noch in großen Stückzahlen benötigt – nur noch ein Teil der Computerperipherie sein wird.

Diese Zielrichtung dürfte ein wesentlicher Grund für seinen „Sturz" gewesen sein. Ob es klug war, als Nachfolger einen eingefleischten Automobil-Mann wie VW's Nigeria-Statthalter Wolfram Nadebusch einzusetzen, muß sich noch erweisen. Es ist mit Sicherheit etwas anderes, Santanas in Lagos zu verkaufen als Computer beim deutschen Mittelstand. Und daß allzu kurzfristig-verlustorientierte Entscheidungen im Computerbereich sehr teuer werden können, das hat auch die AEG-Tochter Olympia *schon erfahren müssen.*

BADENIA / Neugeschäft mit deutlichem Zuwachs

Bausparer zahlen munter

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Wenigstens für die nächsten zehn Jahre macht sich Achim Zink, Vorstandsvorsitzender der Badenia Bausparkasse AG, Karlsruhe, keine Sorgen um den Fortbestand des Bauspargeschäfts. Dafür führt er mehrere Gründe ins Feld:

- Vorerst wächst die Nachfrage nach „Haushalten" noch, auch wenn die Bevölkerung sich gegenläufig entwickelt.
- Erstmals seit 100 Jahren tritt die Situation ein, daß eine nachfolgende Generation auf breiter Ebene erbt. Hier entsteht großer Umbaubedarf.
- Das Wohneigentum gewinnt immer noch an Bedeutung, auch im Zusammenhang mit der wachsenden Skepsis gegenüber der staatlichen Altersversorgung.
- Im Mietwohnungsbereich entsteht ein wachsender Bedarf an Altbausanierung.

All das sorge auch weiterhin für Nachfrage nach Baufinanzierung. Bei der fünftgrößten deutschen Privat-Bausparkasse gehe es auch in diesem Jahr trotz Streiks noch flott voran. Zwar verlaufe der Geldeingang etwas zäher, doch immer noch mit deutlichen Zuwachsraten. Das eingelöste Neugeschäft ist im ersten Halbjahr weiter um 13 Prozent auf eine runde Milliarde DM gewachsen.

Auch 1983 hat das Institut sein Neugeschäft um 14,5 Prozent auf 1,9 (1,67) Mrd. DM ausgeweitet, weit stärker also als die Branche, die auf einen Durchschnitt von 4,8 Prozent kam. Damit stieg der Bestand auf 441 400 (427 600) Verträge mit einem Volumen von 14,6 (13,4) Mrd. DM. Auch der Geldeingang wuchs um gut 10 Prozent auf 728 (661) Mill. DM, so daß sich die Bauspareinlagen auf 1,7 (1,6) Mrd. DM erhöhten.

Bei einem Darlehensbestand von 1,4 (1,3) Mrd. DM ergab sich ein Anlagegrad von 78 Prozent und damit eine nach wie vor gute Liquiditätslage. Sie ermöglichte es auch, die Wartezeit – berechnet auf die Volleinzahlung von 40 Prozent – von 36 Monaten beizubehalten. Damit liegt die Badenia immer noch um rund 12 Monate unter dem Hauptfeld der Branche. Größer soll der Abstand nicht werden, damit der Andrang der „Schnellsparer" nicht zu groß wird.

RENTENMARKT / Kurse sind bemerkenswert stabil

Auslandsanleihen schwach

In einer bemerkenswert stabilen Verfassung präsentierte sich der Rentenmarkt. Der hohe Dollarkurs und die Befürchtung weiter steigender Zinsen in den USA haben das Marktgeschehen überraschend wenig beeinflußt. Dies liegt sicherlich zu einem großen Teil daran, daß die reale Zinsdifferenz von sechs Prozent zwischen D-Mark- und Dollaranleihen den deutschen Rentenmarkt gegenüber leichten Zinsschwankungen in den USA immun machen. Eine nachhaltige Besserung kann am Rentenmarkt allerdings nach Ansicht der Vereins-und Westbank, Hamburg, nur eintreten, wenn dieses hohe Zinsgefälle fühlbar verringert wird. Nur bei den D-Mark Auslandsanleihen mußten die Kurse auf Grund von ausländischen Abgaben zurückgenommen werden. Die Rendite dieser Titel stieg gegenüber der Vorwoche von 8,10 auf 8,23 Prozent. Die Anleihen von Bund, Bahn und Post rentieren unverändert mit 7,65 Prozent. (lf)

Emissionen	20.7. 84	13.7. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,65	7,65	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,68	7,69	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,68	7,68	7,83	7,81	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,78	7,79	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öffl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,69	7,67	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,42	7,41	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,28	8,19	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,69	7,68	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,23	8,10	8,08	8,45	10,32

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hoher Umsatzausfall

Geislingen/Steige (dpa/VWD) – Die Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/Steige, peilt für 1984 trotz eines arbeitskampfbedingten Umsatzausfalls von schätzungsweise 40 Mill. DM ein „noch vorzeigbares Ergebnis" an. Wie Vorstandsvorsitzender Wilfried P. Bromm vor der Hauptversammlung in Geislingen sagte, könne der Umsatzrückstand 1984 mit Sicherheit nicht mehr aufgeholt werden. Der WMF-Umsatz lag im 1. *Halbjahr* mit 230,5 Mill. DM bei nur 87,3 Prozent des Vorjahreswertes. 1983 war der Umsatz der AG um zwei Prozent auf 564,2 Mill. DM und der Gruppenumsatz um 0,9 Prozent auf 638,3 Mill. DM zurückgegangen. DM. Die HV genehmigte 6 DM Dividende für die Stammaktien, die zwei Jahre nicht bedient werden konnten.

Marktanteil vergrößert

Bremen (dpa/VWD) – Die Bremer Großrösterei Eduscho GmbH u. Co. KG *meldet für* das 1. *Halbjahr eine* Absatzsteigerung von 30 Prozent. Die Ertragslage der Gruppe habe sich trotz gestiegener Rohstoffpreise weiter positiv entwickeln können. Im Non-food-Geschäft sei in den ersten fünf Monaten ein Umsatzzuwachs von 20 Prozent erzielt worden. Eduscho hat nach eigenen Angaben im 1. Halbjahr mit einem Marktanteil von 17 Prozent rund vier Prozentpunkte gegenüber dem Durchschnitt 1983 gewonnen und liege damit an vierter Stelle hinter Jacobs mit einem Anteil von 23 (1. Halbjahr 1983: 23) Prozent, Tchibo mit 18 (22) Prozent und gleichauf mit Aldi (14).

Weiter ohne Dividende

Elsfleth (VWD) – Die Elsflether Werft AG, Elsfleth, zahlt auch für das Geschäftsjahr 1983 keine Dividende. Der HV *am* 29. August wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn von 173 502 DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Leichter Gewinnrückgang

London (fu) – British Telecom, das im Herbst von der Regierung privatisiert wird, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (März) einen Gewinn in Höhe von 990 Mill. Pfund (3,74 Mrd. DM) erzielt. Das sind zwar weniger als die 1,031 Mrd. Pfund im Jahr zuvor. Aber die Geschäftsführung erklärt den leichten Rückgang damit, daß die Fernmeldegebühren in den zwei Jahren bis zum November 1983 eingefroren waren. Die Umsatzrendite erreichte 14,4 Prozent (Umsatz 6,876 Mrd. Pfund). Die Kostenseite konnte real um 5,8 Prozent reduziert werden, vor allem weil die Mitarbeiterzahl um 4800 auf 241 000 verringert wurde.

SCHWEIZ / Asuag-SSIH noch nicht über den Berg

Uhrengruppe mit Verlust

IRENE ZÜCKER, Genf

„1983 wird für die Asuag-SSIH-Gruppe *als Jahr der großen* Veränderungen, aber auch als ein Jahr voller neuer Probleme in Erinnerung bleiben", so leitet Verwaltungsratspräsident Franois Milliet den Geschäftsbericht 1983 ein. Die im Dezember mit Finanzspritzen der Banken zur Asuag-SSIH Schweizerische Uhrenindustrie AG fusionierten beiden größten helvetischen Uhrenhersteller, weisen im letzten Jahr erwartungsgemäß einen beträchtlichen Verlust von 211 Mill. DM aus, der jedoch halb so hoch ist wie im Jahr vor der Fusion. Trotzdem scheint der Uhrenkoloß noch nicht „über dem Berg", wobei sich die Frage stellt, ob die kränkelnde Asuag die schwerkranke SSIH aus eigener Kraft gesund pflegen kann.

Insgesamt hat die neue Gruppe das letzte Jahr etwas besser bewältigt als die gesamte helvetische Uhrenindustrie. Die finanziellen Ergebnisse sind insgesamt jedoch alles andere als befriedigend. Der Konzernumsatz von 1,77 *Mrd. DM liegt* rund 14 Prozent unter dem Wert, den die beiden getrennt arbeitenden Gesellschaften 1982 erwirtschaftet hatten. Der konsolidierte Gesamtverlust von 211 Mill. DM entstand *zur Hälfte aus betrieblichen* Aktivitäten und zur Hälfte aus außerordentlichen Aufwendungen. Zur Neutralisierung des Verlustes werden die bei der Sanierung dafür vorgesehenen Pauschalrückstellungen und Reserven herangezogen.

In der Gruppe Fertigprodukte erzielten 1983 nur Rado, GWC und Enöura befriedigende finanzielle Ergebnisse. Auch Hamilton/Lancaster schreibtschwarze Zahlen. Dagegen erwirtschafteten das Flaggschiff Omega sowie Longines, Eterna, Certi*na und Mido rote Zahlen, während* Tissot bei leichten Umsatzeinbußen ausgeglichen abschloß. Ein „alle Erwartungen übertreffender Erfolg" war die Billigmarke Swatch, von der zwischen der Lancierung im Frühling 1983 bis Ende des Jahrers 1,1 Mill. Stück verkauft wurden. Der Konzernbereich Werke und Bestandteile vermochte sich im abgelaufenen Jahr geringfügig zu verbessern, während das Profit-Center Industrieprodukte keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielte.

Noch verfügt Asuag-SSIH auch nach dem erlittenen Substanzverlust über Rückstellungen und Reserven, so daß ein Auffnagnetz von rund 611 Mill. DM vorhanden zu sein scheint. Die stillen Reserven hingegen sind aufgebraucht. Die Fusion im Dezember 1983 war für die Zukunft des Konzerns zwar wichtig, die getroffenen Maßnahmen konnten jedoch noch keine meßbaren Resultate bringen.

Für das laufende Jahr wird von der Geschäftsleitung nochmals mit einem Verlust gerechnet, obschon sich in den ersten vier Monaten 1984 die Umsätze und Ergebnisse der wichtigsten Gesellschaften des Konzerns positiv *entwickelten. In* der Schweizer Uhrenindustrie stiegen im ersten Quartal die Exporte um 11 Prozent. Dennoch: Der Uhrenkoloß krankt an ungenügenden Verkaufs-, Werbe- und Marketinganstrengungen und er verfügt über enorme Lager veralteter Modelle. Nach wie vor gibt es im größten Schweizer Uhrenkonzern mit über 12 000 Mitarbeitern darüber hinaus keinen vollverantwortlichen Konzernleiter.

SIGNAL / Jetzt Rundum-Versicherer für Privatkunden

Erstmals Überschüsse zur Beitragssenkung

HARALD POSNY, Dortmund

Bei den drei Signal-Versicherungen (Kranken, Unfall, Leben), war das Geschäftsjahr 1983 von gebremstem Beitragswachstum, erneut gestiegenen Überschüssen, gesunkenen Kostensätzen und weiter gewachsenen Kapitalerträgen gekennzeichnet. Als besonders bemerkenswert jedoch hob Vorstandsvorsitzender und – neuerdings – Vorsitzender des Verbandes der privaten Krankenversicherung, Heinrich Frommknecht, die erstmals seit Jahrzehnten auch absolut gesunkenen Aufwendungen für Versicherungsfälle hervor.

Dadurch konnten sowohl bereits geplante Beitragsanpassungen während des Geschäftsjahres reduziert und *für 1984 Beitragsstabilität für* den Bestand garantiert werden. Die günstige Reaktion auf alle Kostendämpfungsmaßnahmen verlangt auch keinen Zwang, bei notwendigen Prämienerhöhungen „voll zulangen zu müssen". Daher auch die geringen Beitragszuwächse.

Unabhängig von einer eventuellen Leistungsfreiheit erhalten erstmals alle Kunden einen zunächst auf ein Jahr befristeten Beitragsnachlaß von 5 Prozent der Tarifbeiträge, der Mitte 1985 in einer Summe ausgezahlt wird. In der höchsten „Schadenfreiheits-Klasse" *ohne Inanspruchnahme* von Leistungen über drei Jahre hinweg sollen erneut 5 Monatsbeiträge (42 Prozent der Jahresprämie) erstattet werden.

Nach den Worten Frommknechts gibt es jedoch wieder vermehrte Anzeichen für eine Umkehr des Schadentrends. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres sind die Versicherungsaufwendungen um 7 Prozent gestiegen, dagegen die Prämien nur um 2,2 Prozent. Die Zahl der Tarifversicherten ist 1983 auf 1,37 (1,34) Mill. gestiegen, darunter die Zahl der Vollversicherten auf 478 000 (474 000). Vom Bruttoüberschuß von 152 (121) Mill. DM gehen 91 (90) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, 14 (12) Mill. DM fließen in die Rücklagen.

Als viertgrößter deutscher Unfallversicherer, der seit 1979 auch als Kompositversicherer am Markt ist und zum 1. Januar 1985 die Kfz-Versicherung aufnimmt, hat Signal 1983 das Prämienvolumen um 5,6 (7,2) Prozent auf 256 Mill. DM gesteigert, von denen 246 Mill. DM (plus 4,9 Prozent) auf die Unfallversicherung entfallen. Für Versicherungsfälle wurden 135 (131) Mill. DM aufgewendet.

Das technische Ergebnis weist einen Gewinn von 10,4 (4,9) Mill. DM aus. Das Ergebnis des allgemeinen Geschäfts (Kapitalerträge) steht mit 36 (31) Mill. DM zu Buch. Der Jahresüberschuß geht voll in die Rücklagen. Wie in den Vorjahren profitieren die Versicherten auch hier von den erstatteten 1,5 Monatsbeiträgen aus dem Bruttoüberschuß.

Mit der 1983 erfolgten Umfirmierung der früheren Signal Sterbegeldversicherung in Signal Lebensversicherung AG wurde zum Jahresbeginn 1984 im *größten* Teil des Bundesgebietes das Geschäft als Großlebensversicherer aufgenommen. Damit hat die Gruppe (Prämienvolumen 936 Mill. DM von 1,76 Mill. Versicherten und über 2 *Mrd. Kapitalanlagen*) ihr Angebote als Rundum-Versicherer für die privaten Haushalte komplettiert.

Signal Kranken	1983	± %
Beiträge (Mill. DM)	865	+ 1,7
Aufw.f.Vers.Fälle	594	– 2,0
Vers.-Leistung [1]	810	– 1,9
Aufw.f.Beitr.Rückerst.	138	– 25,8
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	261	+ 41,1
Kapitalanlagen [2]	1685	+ 14,7
Kapitalerträge [3]	122	– 16,2

in % d.Beitr.	1983	1982	1981
Schadenquote [4]	68,7	71,3	75,2
Leistungsquote [5]	93,7	93,5	92,5
Kostenquote [6]	13,9	13,4	13,8
Überschußquote [7]	17,5	14,3	9,7

[1]Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2]oh. Depotford.; [3]netto; Durchschnittsrendite: 7,8 (7,6) Prozent; [4]Aufw. f. Vers.Fälle u. erfolgsunabh. Beitr. Rückst.; [5]Vers.-Leistung; [6]Abschluß- u. Verw. Kosten; [7]Bruttoüberschuß.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Meens Bedachungen GmbH, Herzogenrath; **Alfeld (Leine):** Elektro-Fischer, Dietrich u. Hermann Fischer oHG; Dietrich Fischer; Hermann Fischer; **Bonn:** Karin Peters, Taxiunternehmen; **Bergisch Gladbach:** *Elke Hartmann, Rösrath;* **Bielefeld:** HYPAR Ges. f. Industrie-Hydraulik mbH, Steinhagen; **Detmold:** WIMA-Innenausbau GmbH, Lemgo; **Essen:** „Vitafrisch" Papier- u. Kunststoff-Handels-GmbH; **Frankfurt/M.:** Dr. Wulf Grundstücksges. mbH i.L.; **Freiburg:** *Kickers Freizeit*mode GmbH, Breisach; **Gelnhausen:** Ing. Bruno Pfeiffer GmbH; **Gummersbach:** Gebrüder Frieslingsdorf GmbH u. Co. KG, Hückeswagen; **Hamm:** Elva Fabrikation f. Großküchen-Einrichtungen Kuchanny & Co., Unna-Uetzen; **Köln:** Kluth jun. GmbH, Frechen; Stockweld Handelsges. f. Schweißtechnik mbH; **Lörrach:** Nachl. d. Margarete Schmitz, Schliengen-Liel; **Nienburg:** Werner Westermann, Kaufm.; **Nordhorn:** Gerhard Neuendorf GmbH & Co. KG; Gerhard Neuendorf Verwaltungsges. mbH; **Osnabrück:** RSW Baudienste Vermittlung GmbH & Co. KG; **Recklinghausen:** Fritz W. Exner GmbH; **Salzgitter:** Hans-Henning Awe, Inh. d. Gaststättenbetriebe Nordseecentrum Tossens, Butjadingen 3; **Schleiden:** *Franz Josef* Gehlen, Bauunternehmer, Schleiden-Schöenseiffen; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** KG u. Carl Alfred Burger GmbH & Co. KG; **Tauberbischofsheim:** Fenster-Kaißling GmbH, Lauda-Königshofen; **Villingen-Schwenningen:** Leonhard Treinen, Blumberg-Zollhaus.



Noch sechs Tage bis zur Eröffnungsfeier der XXIII. Sommerspiele in Los Angeles – Moskau sorgt für einen Eklat um die Olympia-Fahne

Und noch ein Boykott der Sowjetunion

dpa, Los Angeles

Dem Startverbot für die Athleten läßt Moskau nun den Fahnen-Boykott folgen. Wie am Wochenende aus sicherer Quelle bekannt wurde, wird der Olympia-Gastgeber von 1980 seiner Pflicht, die traditionelle Olympia-Fahne bei der Eröffnung der XXIII. Olympischen Spiele an den Bürgermeister von Los Angeles, Tom Bradley, zu übergeben, nicht nachkommen. Statt dessen hat Moskau die Fahne bereits dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) formlos zukommen lassen.

Mit einer solchen Verhaltensweise verstoßen die Sowjets gegen die Regel 63 der olympischen Charta. In ihr wird der Ablauf der Eröffnungszeremonie unter anderem so festgelegt: „Ein Vertreter der Stadt, die die vorausgegangenen Olympischen Spiele veranstaltet hat, übergibt die offizielle Olympia-Fahne dem IOC-Präsidenten, der sie dem Bürgermeister (des neuen Olympia-Gastgebers) aushändigt."

Diese Fahnen-Übergabe zählt seit den Olympischen Spielen 1924 in Paris zur festen olympischen Tradition. Vier Jahre zuvor hatte das Nationale Olympische Komitee (NOK) Belgiens im IOC aus Anlaß der Sommerspiele 1920 in Antwerpen die satinbestickte Fahne gestiftet. Der Tradition entsprechend nahm die Übergabe jeweils der Bürgermeister vor.

Die Sowjets, die in Los Angeles trotz des nunmehr doppelten Boykotts mit 53 Funktionären, Kampfrichtern und Jury-Mitgliedern vertreten sind, haben ihr Fernbleiben von den Olympischen Spielen unter anderem mit dem Bruch der olympischen Charta begründet. Sollte Moskau am Samstag tatsächlich bei seinem Fahnen-Boykott bleiben, so wäre dies ein Verstoß gegen olympisches Gesetz. Die Sowjets hatten nach der Verkündung ihres Boykotts am 8. Mai wiederholt erklärt, sie würden auch künftig zur Unterstützung der olympischen Bewegung alles tun, unter strikter Einhaltung der olympischen Charta.

Mit dem sowjetischen Fahnen-Boykott würden die bevorstehenden Sommerspiele so beginnen, wie die Moskauer Spiele vor vier Jahren geendet hatten, nämlich mit einem Eklat. Bei der Schlußfeier im Lenin-Stadion wurden entgegen den IOC-Regeln weder die Nationalhymne der USA gespielt noch das Sternenbanner gehißt. Statt dessen erklang die olympische Hymne, die Stadtfahne von Los Angeles wurde aufgezogen. Weißes Haus und Kreml hatten das IOC beim Ausklang der von den Amerikanern boykottierten Spiele gleichermaßen zu dieser Regelung gedrängt.

Die zwei Sowjet-Offiziellen, die bisher in Los Angeles sind, haben es am Wochenende abgelehnt, zum Boykott der Ostblock-Staaten Stellung zu nehmen. IOC-Mitglied Vitaly Smirnow: „Ich bin hier als Chef der IOC-Programm-Kommission. Fragen Sie nur nach Problemen, die damit zusammenhängen." Die 88. IOC-Vollversammlung, die morgen beginnt, wird sich mit den Boykott-Problemen und damit auch mit der Zukunft Olympias befassen.

Der olympische Fackellauf endet am Samstag abend im Olympiastadion. Dann wird die Flamme das olympische Feuer entzünden. Für einen der 6550 verkauften Staffel-Kilometer mußten die Läufer je 3000 Dollar zahlen. Das zunächst vor allem von Olympia-Offiziellen scharf verurteilte Staffelprojekt hat nun offenbar auch die meisten seiner Kritiker überzeugt.

Einer der ungewöhnlichsten Fackelträger war am Freitag abend George Christie, der Boß der berüchtigten „Hell's Angels" von Südkalifornien. Eskortiert von 200 Mitgliedern seiner Motorrad-Clique lief er seine 1000 Meter in wahrhaft olympischer Manier. Den einzigen Zwischenfall registrierte die Polizei beim Abmarsch: Die 200 „Hell's Angels" rasten bei Rot über die Kreuzung.

Und das waren die Ärgernisse eine Woche vor Olympia-Beginn im einzelnen: Tausende von Amerikanern bestürmen das olympische Organisationskomitee (LAOOC) mit Protest-Anrufen, weil sie die schon vor Monaten im voraus bezahlten Tickets noch immer nicht zugeschickt erhielten.

Die Preise in der Olympia-Stadt steigen. Ein Becher Kaffee kostet jetzt schon einen Dollar.

Die Journalisten schimpfen über einen absoluten Leitungswirrwarr: Bis gestern waren viele Anschlüsse noch gar nicht oder falsch geschaltet. Zeitungen und Agenturen können Meldungen nur über Notleitungen empfangen.

Die deutsche Olympia-Mannschaft scheint sich in Los Angeles wohl zu fühlen. Zwar ist ihr Quartier im olympischen Dorf der Universität von Südkalifornien alles andere als luxuriös, aber es ist ruhig – und die Verpflegung wird als erstklassig bezeichnet. Das, was die deutschen Olympia-Hoffnungen als „ruhige Lage" einschätzen, ist Folge der äußerst strengen Sicherheitsmaßnahmen, die auch ihre Kritiker in Los Angeles finden.

● Sechs Tage vor der Eröffnungsfeier der XXIII. Sommerspiele gerät Los Angeles immer weiter in den Bann Olympias. Zehntausende begrüßten am Wochenende das olympische Feuer, das vor 74 Tagen aus Griechenland in New York eingetroffen war. Zu Beginn der letzten Woche des Staffellaufes, der in 82 Tagen über insgesamt 15 000 Kilometer führte, wurden 150 km im Zick-Zack-Kurs in der Olympia-Stadt gelaufen. Heute verläßt das Feuer wieder die Millionenstadt und kehrt erst am Tag der Eröffnungsfeier (Samstag, 28. Juli) zurück.



● Das Fazit sogenannter Olympia-Tests der Leichtathleten aus der Bundesrepublik ist deprimierend. Horst Blattgerste, der Referent für Leistungssport im Verband: „Die Situation vor einem großen internationalen Höhepunkt war seit langem nicht mehr so schlecht. Wir wünschen uns, in etwa das Niveau der beiden letzten Jahre halten zu können." Das wäre schon viel – bei der Weltmeisterschaft in Helsinki gab es immerhin zweimal Gold, fünfmal Silber, einmal Bronze. Jetzt gibt es Formschwache, Verletzte und Kranke im Team der 62 Athleten.

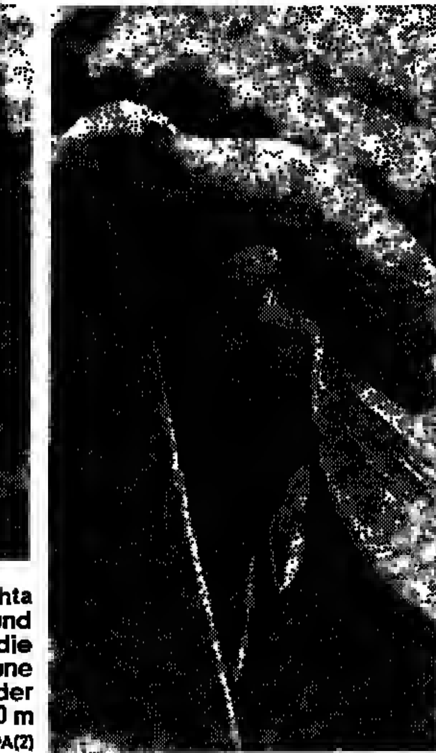
● Ost-Berlin hatte mit seinem „Olympischen Tag" seine Schaufenster-Veranstaltung. Mit großartigen Leistungen der Athleten, die nicht in Los Angeles starten dürfen. Uwe Hohn aus der „DDR" übertraf eine Traumgrenze der Leichtathletik: 104,80 Meter im Speerwerfen. Die Bulgarin Ludmilla Andonova erreichte mit 2,07 m Weltrekord im Hochsprung. Martina Koch stellte ihren eigenen Weltrekord über 200 m (21,71 Sek) ein. Großartige Wettkämpfe, großartige Athleten, denen zu wünschen gewesen wäre, sie dürften in Los Angeles dabei sein.

● „Olympischer Tag" und Olympische Spiele sind zweierlei. Die rechte Freude kam in Ost-Berlin nicht auf. Immer deutlicher wird gerade bei den „DDR"-Funktionären der Ärger über den aufgezwungenen Boykott. Sportbund-Präsident Manfred Ewald auf die Frage nach einem möglichen Boykott der Spiele 1988 in Seoul: „Lassen Sie mich bloß damit in Ruhe, wir müssen erst mal mit Los Angeles fertig werden." Allgemeine Einschätzung: „Das Sportsystem der „DDR" hält, mit Mühe, einen Olympia-Ausfall aus, ein zweiter ginge an die Substanz.

Weltrekorde in Ost-Berlin – und die Medaillenhoffnungen der Leichtathleten aus der Bundesrepublik sinken immer tiefer







Ist das eine Pleite: Carla Thränhardt macht sich Gedanken angesichts der miserablen Leistungen der anderen deutschen Athleten und Athletinnen in München. Und Ulrike Meyfarth (Foto, links) scheint die Bulgarin Andonowa (mitte) mit dem Weltrekord von 2,07 m die Laune verdorben zu haben. Wie sie wird auch Uwe Hohn (rechts) aus der „DDR" nicht in Los Angeles starten können. Er erzielte er mit 104,80 m einen neuen Speerwurf-Weltrekord. FOTOS: AP/DPA(2)

Ludmilla Andonowa: Es gab die Ära Bykowa – vorbei

sid/dpa/DW, Ost-Berlin

Mit 18 Jahren hat sie zum ersten Mal an einer Anlaufmarke gestanden, nun ist sie die beste Hochspringerin der Welt: Ludmilla Andonowa aus Bulgarien. In Ost-Berlin überquerte die 24jährige Sportstudentin aus Sofia die neue Weltrekordhöhe von 2,06 Meter. Beim Nachmessen ergab sich die exakte Höhe von 2,07 Meter – damit hatte sie ihre Körpergröße um vierzig Zentimeter übersprungen.

Bei 1,99 Meter stand bisher ihre Bestmarke, gesprungen am Pfingstsamstag im pfälzischen Wörrstadt. Schon damals fiel auf, wie scheinbar mühelos die Bulgarin aus dem Anlauf heraus zur Latte hinaufsteigen konnte, um sie dann perfekt zu überfliegen. Im Training hatte sie dann gleich viermal die Höhe von zwei Metern überwunden.

In Ost-Berlin hatte die Europameisterschafts-Sechste von Athen nach Sprüngen über 1,93 m, 1,96 m, 2,00 m, 2,02 m und 2,04 m dann die Weltrekordhöhe von 2,06 m auflegen lassen. Sie übersprang alle diese Höhen im ersten Versuch, scheiterte aber anschließend an der Bestmarke von 2,10 m dreimal.

Die ehemalige Weltrekordlerin, die sowjetische Weltmeisterin Tamara Bykowa (2,05 m), hatte zuvor dreimal zwei Meter gerissen, die bei empfindlicher Kühle und böigem Wind nicht zurecht kam. Aber so schlimm sei der Verlust des Rekordes gar nicht, meinte sie anschließend, denn auch der neue Weltrekord gehöre ja wieder einer Rostowerin. Die Bulgarin Ludmilla Andonowa, am 5. Juni 1960 als Tochter einer Russin in Rostow am Don geboren, im Alter von zwei Monaten mit den Eltern nach Sofia übergesiedelt, kam nämlich nur drei Straßen von Tamara Bykowas Elternhaus entfernt zur Welt.

„Auf einen offiziellen Sprung über zwei Meter habe ich gehofft, daß es aber so hoch hinausgeht, hatte ich nie und nimmer erwartet", sagte Ludmilla Andonowa nach ihrem Rekordsprung. War das Kokettiererei mit den eigenen Möglichkeiten? Keinesfalls, beeilte sie sich zu antworten, denn schließlich trainiere sie erst seit Januar wieder. Zuvor hatte sie ein gutes halbes Jahr ausgesetzt, weil sie im Sommer vergangenen Jahres ihre Tochter Iana zur Welt gebracht hat.

Die mit dem bulgarischen Spitzen-Zehnkämpfer Atanas Semetscheff verheiratete Weltrekordlerin meinte freilich angesichts der neuen Konstellation im Frauen-Hochsprung: „Wenn es mir gelungen ist, mit dieser eher mäßigen Vorbereitung Weltrekord zu springen und wenn ich außerdem bedenke, daß ich viel, viel später mit dem Hochleistungssport begonnen habe als meine Konkurrentinnen, nämlich erst im Alter von 18 Jahren, dann muß ich mich wohl selber als großes Talent bezeichnen." Diese Feststellung ließ freilich nur eine Schlußfolgerung zu: „Es gab die Ära Bykowa – das ist nun vorbei. Nun gibt es die Ära Andonowa."

Bewegungstalent Uwe Hohn: Er beherrscht den Salto vorwärts und turnt am Reck

DW./K. Bl. Ost-Berlin/München

Es war beim Olympiatest in München. Klaus Wolfermann (38), vor zwölf Jahren Speerwurf-Olympiasieger mit 90,48 Meter, hatte sich an der Stätte seines ehemaligen Triumphes eingefunden, um Klaus Tafelmeier aus Leverkusen beim Speerwerfen zu beobachten. Da erreichte ihn die Kunde vom Weltrekord des Potsdamers Uwe Hohn in Ostberlin: 104,80 Meter – eine neue Marke in der Geschichte der Leichtathletik war erreicht. Zum ersten Mal hatte ein Athlet das 800 Gramm schwere Gerät über 100 Meter weit geworfen. Wolfermann über den neuen Weltrekordler: „Er war für mich der erste Kandidat für einen Wurf über 100 Meter."

„Natürlich möchte ich der erste 100-m-Werfer sein und hoffe es immer noch zu packen." Das hatte Hohn, der 22 Jahre alte Europameister von 1982, im Mai gesagt. Da hatte er gerade mit 99,52 m einen neuen Europarekord aufgestellt. Damals hatte er auch freimütig gesagt: „Das war längst noch nicht alles." Hohn erklärte im Ost-Berliner „Deutschen Sport-Echo" diesen Optimismus so: „Ich muß meine Geschwindigkeit steigern, überhaupt die gesamte Anlaufgestaltung verbessern. Bei meinem Wurf von 94,82 m in Erfurt bin ich so gut wie überhaupt nicht angelaufen."

Wolfermann, der sich vor dem ersten 100-m-Wurf in der Leichtathletik-Geschichte eine Video-Aufzeichnung des Hohnschen Europarekordes angesehen hatte, sagt: „Hohn ist überaus schnell, ungeheuer kräftig und dabei immer noch technisch sehr, sehr sauber. Eigentlich eine Lehrbildfigur für das Speerwerfen". 1,98 m groß und 116 Kilogramm schwer ist Uwe Hohn, und sein Trainer Wolfgang Skibba erzählte mal über den im märkischen Rheinsberg geborenen Rekordwerfer: „Er kann Salto vorwärts und rückwärts, er turnt hervorragend am Reck und an den Ringen, er beherrscht Ballspiele – ein Bewegungstalent."

104,80 Meter – der neue Weltrekord: Nur einen Meter vor der Anlaufbahn der Stabhochspringer bohrte sich in Ost-Berlin das Gerät in den Boden. 100,80 m gaben die Kampfrichter als erste Rekordweite an, um sich dann zu korrigieren. Auf der Anzeigetafel mußte man sich mit einem „L" behelfen, um damit die Zahl „1" für „L04,80 m" anzuzeigen, denn auf einen solchen Wurf war niemand vorbereitet. Hohn: „Ich habe sofort gewußt, wie der fliegt, daß das ein irres Ding wird." Aber die Technik, die müsse er doch noch verbessern, wolle er auch künftig weiterwerfen. Das veranlaßte seinen Mannschaftskameraden Detlef Michel, den Weltmeister von Helsinki, zu der spöttischen Tirade: „Der glaubt wohl ernsthaft an 120 Meter ..."

Hohn-Konkurrent Michel sagt aber auch: „95 Meter bleiben auch weiterhin eine Zäsur." Ähnliches meint auch Klaus Wolfermann im Gespräch mit der WELT. Er sagt: „Wir sollten uns angesichts des neuen Weltrekordes davor hüten, alle Würfe unter 100 Meter abzuqualifizieren. Die Weltspitze wird auch weiterhin bei 90 Metern beginnen, und Würfe, die in einem Bereich liegen, wie ihn jetzt Uwe Hohn erreicht hat, werden auch künftig die große Ausnahme sein. Gleichzeitig aber werden wir jetzt die Bestätigung des alten Leichtathletik-Gesetzes bekommen, wonach das Überwinden einer Schallmauer erst einmal weitere ähnliche Leistungen nach sich zieht. Der Amerikaner Tom Petranoff, der ehemalige Weltrekordler, wird dazu gehören, wenn es um Würfe über 100 Meter geht und freilich auch Detlef Michel."

Wolfermann plädiert dafür, daß man nun das Gerät ändere, damit die Speerwerfer nicht künftig außerhalb des Stadions agieren müssen: „Das muß geschehen, in dem der Schwerpunkt des Speeres nach vorne verlagert wird."

104,80 Meter – der neue Rekord: Werfer aus Osteuropa und aus der „DDR" haben ansonsten ihre Bestmarken stets im Frühjahr, kurz nach dem Wintertraining erzielt. Das geschah in einer Phase, in der die Einnahme verbotener Medikamente noch nachwirkte. Im Sommer wurden diese Mittel dann wegen der Dopingkontrollen abgesetzt. Doch scharfen internationalen Kontrollen setzen sich die „DDR"-Athleten in diesem Sommer nicht aus, sie fahren schließlich nicht zu den Olympischen Spielen nach Los Angeles.

Strittmatter: Doping oder Medizin?

sid/dpa, Los Angeles

Der Start von Bahnrad-Fahrer Gerhard Strittmatter bei den Olympischen Spielen in Los Angeles ist gefährdet. Bei dem Vierer-Weltmeister aus Böblingen soll von den deutschen Meisterschaften vor zwei Wochen in Büttgen ein positiver Dopingbefund vorliegen. Werner Göhner, Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR), bestätigte in München, daß ein Verfahren wegen der Einnahme von Anabolika vor dem zuständigen Sportgericht laufe.

Strittmatter war im Juni in Kopenhagen schwer gestürzt und anschließend von Professor Armin Klümper in Freiburg behandelt worden. Offenbar wurden dem 23 Jahre alten Bankkaufmann dabei Anabolika-Mittel zur schnelleren Heilung seines Beckenanrisses verabreicht. „Strittmatter wird dies wohl bei der Dopingkontrolle angegeben und ein Attest des behandelnden Arztes vorgelegt haben", meinte Göhner.

Trotzdem wird ein Sportgerichts-Verfahren eingeleitet. „Die Werte des Attestes müssen mit denen der Urinprobe übereinstimmen. Außerdem muß sich der Athlet zu dem Sachverhalt äußern und einen Gegenbeweis verlangen", sagte der BDR-Chef.

Sollte das Verfahren kein schuldhaftes Verhalten des Athleten nachweisen können und die Anabolika-Werte des Fahrers nur auf eine ärztliche Behandlung zurückzuführen sein, ist mit einer Sperre von Strittmatter nicht zu rechnen.

Allerdings räumte Göhner ein, daß damit der Olympia-Start des Weltmeisters noch nicht gesichert sei. „Er wird dann in Los Angeles vor dem Wettkampf von Professor Donike sehr sorgfältig untersucht werden", erklärte der Präsident.

Einer der besten Radstraßenfahrer der USA ist dagegen des Dopingmißbrauchs überführt worden. Die Urinprobe von Alexi Grewal enthielt am Mittwoch nach einem Rennen im US-Bundesstaat Colorado, das der 23jährige gewonnen hatte, unerlaubte Substanzen. Grewal wurde daraufhin mit einer im internationalen Radsport üblichen 30-Tage-Sperre belegt.

Vor dem Rennen über rund 150 km, das bei 36 Grad Hitze stattfand, hatte der US-Sportler nach eigenen Angaben ein chinesisches Vitamin-Präparat eingenommen. Dieses Mittel wehrt Erkältungskrankheiten ab und enthält Substanzen, die nach der Dopingliste verboten sind. „Die Aufschrift war chinesisch. Ich habe mir nichts dabei gedacht", meinte Grewal, der beim Nationalen Olympischen Komitee der USA Einspruch gegen die Sperre einlegen will.

Seoul 1988 „keine Frage"

dpa, Los Angeles

Das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hat am Samstag bekräftigt, daß die nächsten Olympischen Spiele wie geplant 1988 in Seoul ausgetragen werden sollen. Nach der ersten Sitzung des IOC-Führungsgremiums in Los Angeles erklärte IOC-Direktorin Monique Berlioux, es sein „keine Frage, daß die Spiele in Seoul stattfinden". Zugleich kündigte Monique Berlioux an, das IOC werde sich in den nächsten Tagen mit der Frage beschäftigen, ob die Teilnahme für die Nationalen Olympischen Komitees (NOK) zur Pflicht gemacht werden und ein Boykott mit Sanktionen bestraft werden soll.

Gegen die Teilnahme von Fußball-Profis am olympischen Turnier in Los Angeles liegt offenbar kein Protest vor. „Wir hatten uns mit keiner derartigen Eingabe auseinanderzusetzen", sagte der Schweizer Raymond Gafner nach der Sitzung der IOC-Zulassungskommission, die in Los Angeles in Abwesenheit seines erkrankten Vorsitzenden Willi Daume tagte. Wegen der Nominierung vieler Fußball-Profis durch verschiedene NOKs, darunter 17 Spieler der Bundesliga, war nicht ausgeschlossen worden, daß dagegen noch interveniert werden könnte.

Bei den Amateurboxern gibt es dagegen Streit. Eine Woche vor der für kommenden Freitag angesetzten Auslosung des Olympia-Turniers lehnte der amerikanische Verband die Kampfrichter aus den Ländern ab, die wegen des Boykotts keine Boxer nach Los Angeles schicken. „Das ist ein Unding", erklärte ein europäisches Vorstandsmitglied des Internationalen Amateur-Box-Verbandes (AIBA): „Es entspricht unseren Regeln, daß Kampfrichter auch dann von einem Land gestellt werden können, wenn dieser Verband keine Boxer meldet. Wenn die Amerikaner Kampfrichter aus dem Ostblock ablehnen, weil sie vielleicht der Meinung sind, diese Ring- und Punktrichter könnten nicht unparteiisch amtieren, dann ist es eine Diskriminierung dieser erfahrenen Richter."

Die Entscheidung über den US-Antrag wird auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der AIBA am Mittwoch fallen.

Ein kläglich-verzagtes Häuflein mit Gänsehaut vor lauter Angst

Wie sollte es auch anders sein: Das deutsche Leichtathletik-Team präsentierte sich kurz vor seiner Abreise nach Los Angeles als ein kläglich-verzagtes Häuflein, dem die Angst vorm Versagen offensichtlich nur noch Gänsehaut bereitet. In München und in Stuttgart hatte der Verband am Wochenende sogenannte *Olympia-Überprüfungswettkämpfe* angesetzt. Was dabei herauskam, war ein getreues Spiegelbild einer ohnehin schon restlos verkorksten Saison. Ausnahmen bestätigten auch diesmal den Trend. Angesichts der hervorragenden Leistungen in Potsdam und Ost-Berlin waren die Darbietungen in München und Stuttgart oft hart an der Grenze der Peinlichkeit.

„Die Situation vor einem großen internationalen Höhepunkt war seit langem nicht mehr so schlecht. Wir wünschen uns, in etwa das Niveau der beiden letzten Jahre halten zu können." Das sagte Horst Blattgerste, der Leistungssport-Referent des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV). Der Mann muß schließlich noch immer gelinden Optimismus verbreiten, von Amts wegen. Aber wer in München und Stuttgart genau hinhörte, hörte fast nur noch Barmen und Bangen.

Hochsprung-Bundestrainer Dragan Tancic über den am Rücken verletzten Europameister Dietmar Mögenburg: „Ich hoffe, daß er sich nun in der Sonne Kaliforniens erholt. Ich habe mit Professor Klümper in Freiburg abgesprochen, daß Dietmar deshalb bereits heute nach Los Angeles fliegt." Jochen Spilker, der Trainer der lange verletzten 400-m-Rekordhalterin Gaby Bussmann: „Noch kann sie auf den letzten 150 Metern *das Tempo nicht halten, das sie auf* den ersten 200 Metern vorzulegen hat. Aber ich hoffe, ich kann jetzt nach 17tägigem Trainingsaufenthalt in St. Moritz, der viel gebracht hat, auf die Sonne Kaliforniens setzen. Und dann darauf, daß sich sie während der olympischen Wettkämpfe von Lauf zu Lauf aufbaut."

Was die Sonne Kaliforniens so alles auf die Schnelle bewirken soll: Wohl sogar den wundersamen Formanstieg des Langstreckenläufers Thomas Wessinghage, der in München wieder einmal hinter der übrigen deutschen Spitzenklasse herkrebste. Sportwart Otto Klappert stand derweil im Innenraum und stellte entgeistert fest: „Mein Gott, ist der wieder schlecht, mein Gott noch mal." Wessinghage hatte kurz zuvor gesagt: „Ich fahre auf alle Fälle nach Los Angeles und starte dort." Schließlich sei die Teilnahme wichtiger als der Sieg ...

Traut sich denn niemand im Verband, dem Herrn Doktor frank und frei zu sagen, daß er mitnichten eine Endkampfchance habe? Sicher nicht, schließlich war Wessinghage 1982 Europameister über 5000 Meter. Danach schaffte er zwar nichts Vergleichbares mehr, aber das spielt bei hiesigen Nominierungspraktiken keine Rolle. Hätte Wessinghage Mumm, dann würde er den Beispielen Wülbeck und Ilg folgen und auf seinen Olym*piastart verzichten.*

Der Fall Wessinghage ist kein Einzelfall. Außer Form, erkrankt, verletzt – die deutsche Leichtathletik geht am Krückstock nach Los Angeles. Entweder plagt sie das Zipperlein (Diskuswerferin Ingra Manecke, Langstreckenläuferin Brigitte Kraus) oder

STAND ● PUNKT

die (unausgesprochene) Angst vor der Blamage. Dafür dieses Beispiel: Nach dem Weltrekordsprung von 2,07 Meter der Bulgarin Ludmilla Andonowa in Ost-Berlin verzichtete Europameisterin Ulrike Meyfarth in Stuttgart nach übersprungenen 1,91 m auf die nächste Höhe. Das waren allerdings nur mäßige 1,94 m. Hatte sie Angst, schon diese Höhe zu reißen, um dann angesichts des Antonowa-Höhenflugs als große Verliererin da zu stehen?

Als der Olympiatest am Samstagnachmittag im Stuttgarter Neckarstadion niveaulos wie ein viertklassiges Provinzsportfest dahinplätscherte, versuchten sich Verbands-Spitzenfunktionäre als Fräulein vom Amt, in dem sie ausdauernd die Rufnummer des Fürther Sprinters Christian Haas wählten. Der Herr Hallen-Europameister leidet nämlich an einer leichten *Muskelverhärtung* im Oberschenkel und hatte deshalb den geforderten Test am Freitagabend im Münchner Olympiastadion abgelehnt. Seine Staffelkollegen hatten daraufhin Bundestrainer Paul Wagner aufgefordert, die Olympiavorbereitungen, bitte, ohne Haas fortzusetzen. Wagner entsprach dem Wunsch, und Zirkelbach, Klein, Evers, und Lübke können sogar die Bronzemedaille gewinnen – ohne Haas.

Doch Haas wurden die Einzelstarts über 100 m und 200 m offeriert. Warum denn dieser faule Kompromiß, nachdem Haas per Mehrheitsbeschluß seiner Kameraden schon aus der Mannschaft geflogen war? Haas hat übrigens angenommen und startet über 100 Meter – Carl Lewis wird es schlaflose Nächte bereiten.

Ziehen wir Bilanz: Haas (verletzt), 400-m-Europameister Hartmut Weber (verletzt), 400-m-Europarekordler Erwin Skamrahl (außer Form), 800-m-Europameister Hans-Peter Ferner (leichter Aufwärtstrend), 1500-m-Meister Uwe Becker (gleichbleibend schwach), 5000-m-Europameister Thomas Wessinghage (miserable Form), Hochsprung-Europameister Dietmar Mögenburg (verletzt), 800-m-Meisterin Margrit Klinger (Grippe), Vize-Weltmeisterin Brigitte Kraus (Drüsenfieber), Diskus-Rekordhalterin Ingra Manecke (Schulterverletzung).

In Form gekommen sind Siebenkämpferin Sabine Everts (6,77 m im Weitsprung), Speerwerferin Ingrid Thyssen, Hammerwerfer Karl-Hans Riehm und Klaus Ploghaus, alle drei Diskuswerfer und Europameister Harald Schmid. Demnach reduzieren sich die Medaillenchancen wie folgt: Zehnkampf: Hingsen, Wentz, Kratschmer; 400-m-Hürden: Schmid; Hochsprung: Thränhardt; Diskuswerfen: Danneberg, Wagner; Hammer: Riehm. Bei den Frauen bleibt neben der Siebenkämpferin Sabine Everts die Kugelstoßerin Claudia Losch der Star.

Nachsatz: Für die Zukunft ist gesorgt. Der 19jährige 800-m-Meister Axel Harries wurde nachnominiert. Er fährt hauptsächlich nach Amerika, um dort schon mal bei einem großen internationalen Wettkampf für die Europameisterschaften 1986 in Stuttgart zu üben. Weitblick ist eben alles.

KLAUS BLUME

Los Angeles '84

Carl Lewis und die hohen Wetten der Buchmacher

Mit Wetten auf Olympiasiege des amerikanischen Leichtathleten Carl Lewis machen die englischen Buchmacher derzeit ein großes Geschäft. Der Kurs auf den Gewinn von vier Goldmedaillen (100 m, 200 m, 4x100 m, Weitsprung) beträgt nur 17:10. Bei drei Goldmedaillen steht der Kurs 50:10, bei zwei ersten Plätzen gibt es 200:10 und bei nur einem Olympiasieg 2500:10. Sollte Lewis leer ausgehen, bieten die Buchmacher einen Wettkurs von 10 000:10 an. Voraussetzung für jede Wette ist allerdings, daß der Amerikaner an allen vier Wettbewerben teilnimmt.

*

Privatwohnung: Die Stars der amerikanischen Olympia-Mannschaft dürfen nun doch private Unterkünfte beziehen. Wie Don Miller, der Exekutiv-Direktor des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der USA, erklärte, werde gewissen Athleten bei Vorliegen „gerechtfertigter Umstände" zugestanden, außerhalb des Athletendorfes zu übernachten. Außerdem gebe es in den Quartieren der Amerikaner keine Bettkontrolle. Das NOK reagierte damit auf die Ankündigungen von Carl Lewis und Mary Decker, nicht mit den anderen Mannschaftskameraden ins Olympia-Dorf einzuziehen.

*

Genesung: Willi Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland, zeigte sich erstmals nach seinem Krankenhausaufenthalt wieder in der Öffentlichkeit. Beim Leichtathletik-Sportfest in München saß Daume auf der Tribüne. Daume hat von den Ärzten allerdings noch keine Erlaubnis bekommen, nach Los Angeles zu fliegen, wo er an Arbeitssitzungen teilnehmen möchte.

*

Protest: Erfolg hatte Jürgen Kozel, der Schwimmwart des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV), mit einem Protest gegen die Einteilung des Trainingsplanes. Nach der ursprünglichen Festlegung waren Kanadier und Amerikaner durch das Organisationskomitee bei den Übungszeiten im Schwimm-Stadion eindeutig bevorzugt worden.

*

Zulassung: Über die Startberechtigung von sieben bis acht Athleten muß in der Zulassungskommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) noch entschieden werden. Nach Auskunft von IOC-Sportdirektorin Monique Berlioux gehört die Langstreckenläuferin Zola Budd nicht dazu. Die frühere Südafrikanerin hatte erst vor kurzem die britische Staatsangehörigkeit erhalten. Dagegen bestätigte Berlioux, daß Journalisten aus Südafrika keine Akkreditierung erhalten könnten, weil es in deren Land kein Nationales Olympisches Komitee gebe.

Leichter Optimismus bei den Olympia-Profis

sid, **Frankfurt**

Die Bundesliga-Profis scheinen die Lektion von der Europameisterschaft in Frankreich, als nach kühnen Prognosen eine peinliche Pleite folgte, begriffen zu haben. Nach Abschluß der dreiwöchigen Vorbereitung für das olympische Turnier in Los Angeles redet jedenfalls niemand von einer Medaille, alle üben sich vielmehr in Bescheidenheit. „Unser erstes Ziel ist es, in unserer Gruppe als erster oder zweiter weiterzukommen", sagt der für die Auswahl verantwortliche DFB-Trainer Erich Ribbeck. Gut eine Woche vor dem Auftaktspiel gegen Marokko (30. Juli) steht das sportliche Abschneiden endlich im Vordergrund.

Vergangenheit ist das Scheitern in der Qualifikation gegen Frankreich, vergessen der Ärger mit den Vereinen, als sich der DFB nach dem Boykott des Ostblock-Teams UdSSR, CSSR und „DDR" im Nachrück-Verfahren doch zur Teilnahme entschloß. Bis nach den Spielen auf Eis gelegt wurde das Rätselraten um Ribbecks Zukunft beim Verband, nachdem er bei der Nachfolge des zurückgetretenen Bundestrainers Jupp Derwall übergangen wurde.

Zwölf Jahre nach dem gescheiterten Versuch, im eigenen Land mit sogenannten Olympia-Amateuren wie Uli Hoeneß (heute Bayern-Manager) oder Bernd Nickel (einst Eintracht Frankfurt) zum Erfolg zu kommen, sollen es diesmal lupenreine Profis besser machen. Auch die Brasilianer, zweiter Vorrundengegner, legten die olympische Amateurregel großzügig aus und schicken wie auch Franzosen, Jugoslawen und Italiener bestverdienende Berufsspieler, die nur eine Teilnahme-Bedingung erfüllen müssen, nämlich bei keinem WM-Qualifikationsspiel eingesetzt worden zu sein.

Viel, wenn nicht alles, hängt für die DFB-Crew gleich vom Start ab. Ribbeck hat die Marokkaner beim 4:0 über Sierra Leone beobachtet. Besonders angetan hatten es ihm Mittelfeldspieler Timoumi („ein Typ wie Wolfgang Overath") und der dribbelstarke Außenstürmer Khalid. Stärken und Schwächen von Saudi-Arabien soll Mannheims Trainer Klaus Schlappner erkunden, der auf eigene Kosten nach Los Angeles reist, dennoch aber als Beobachter für die DFB-Trainer Ribbeck und Vogts arbeitet.

Einen ersten Vorgeschmack darauf, was die Bundesliga-Spieler in kämpferischer Hinsicht bei Olympia erwartet, lieferte im vorletzten Testspiel – den Abschluß bildet einen Tag vor dem Abflug nach L. A. eine Begegnung beim KSV Klein-Karben am Mittwoch – der überhart agierende griechische Vize-Meister Piräus.

Wichtigste Erkenntnis für Ribbeck nach dem 2:0 durch Treffer von Andreas Brehme (33.) und Uwe Rahn (79.): „Es wurde keiner verletzt. Das ist bei einer dreiwöchigen Vorbereitung eigentlich außergewöhnlich", so der DFB-Trainer. Die Schonung von Dieter Schatzschneider (jetzt Schalke 04) wegen einer leichten Zerrung erfolgte als reine Vorsichtsmaßnahme.

Der Lange und die Polizisten



Chinesen gelten allgemein nicht gerade als Riesen. Doch das Riesenreich wird auch in Los Angeles für Überraschungen sorgen. Die drei Polizisten im olympischen Dorf von Los Angeles haben ihre schon hinter sich. Lachend stellten sie sich zusammen mit dem Basketballspieler Hu Zhangbao den Fotografen. Der Mann ist immerhin 2,16 Meter groß, Basketball ist Volkssport in China. FOTO: AP

Handball: Ziel bleibt Platz sechs

„In dieser Form ist die deutsche Mannschaft sogar ein Medaillen-Kandidat", diesen Satz hat Sead Hasanefendic gesagt, jugoslawischer Nationaltrainer der Schweiz. Aber Handball-Bundestrainer Simon Schobel läßt sich nach den 15:13- und 20:16-Erfolgen über die Schweiz nicht unter Erfolgsdruck setzen. Für Schobel ist das Nationalteam „das Beste, was wir im deutschen Handball zuletzt sahen", aber Medaillenhoffnungen betrachtet er als „zu hoch gegriffen". Schobel: „Der sechste Platz und damit die Qualifikation für die A-Weltmeisterschaft 1986 in der Schweiz ist nach wie vor unser realistisches Ziel."

Acht Spiele ohne Niederlage läßt das Nationalteam von besseren Zeiten träumen. Schobel aber bleibt auf dem Boden der Tatsachen. Vorwerfen lassen will er sich ohnehin nichts: „Ich habe alles Menschenmögliche getan, was in der boykottbedingten kurzen Vorbereitungszeit zu tun war." Die ersten Spiele gegen die USA und Spanien werden für Schobel die Schlüsselspiele sein.

Hockey: Stärker als im Jahr zuvor

Am Mittwoch fliegt das deutsche Hockey-Team der Herren nach Los Angeles. In den beiden letzten Testspielen am Wochenende bewies die Mannschaft von Bundestrainer Klaus Kleiter, daß sie für das Hockey-Turnier gut gerüstet ist. Innerhalb von 24 Stunden wurde Polen in Ludwigshafen zweimal mit 3:0 besiegt.

Bester Spieler im zweiten Spiel war der Kölner Stefan Blöcher, der alle drei Treffer erzielte. Die Rückkehr des am Freitag wegen einer Verletzung fehlenden Rekordnationalspielers Michael Peter (Heidelberg) machte sich ebenfalls positiv bemerkbar. Das Fazit von Klaus Kleiter: „Nie zuvor haben wir gegen die Polen so dominiert wie diesmal. Ich glaube deshalb, daß wir im Augenblick stärker sind als in den vergangenen Jahren."

Hugo Budinger, früherer Nationalspieler und heute Sportwart des Deutschen Hockey-Bundes (DHB), meinte: „Wir verfügen über eine gesunde Mischung aus erfahrenen und talentierten Spielern."

Michael Groß: Kopfverband als Folge des Sonnenbadens

Weltrekordler Michael Groß ist erstes Opfer der kalifornischen Sonne. Der Offenbacher leidet unter einer Sonnen-Allergie, die mit Teersalbe behandelt wird. Deshalb erschien er auch mit einem weißen Kopfverband im olympischen Dorf. Die 24 deutschen Schwimmer haben ein 14tägiges Trainingslager im Klub „Los Caballeros" in Fountain Valley außerhalb von Los Angeles abgeschlossen. Fragen nach der Allergie beantwortet Groß nur kurz: „Nichts Schlimmes, ich kann voll trainieren." Groß ist auch in den USA ein Star. In ihrer 500 Seiten starken Sonderausgabe widmet ihm die „Sports Illustrated" einen 20 Seiten langen Artikel. Der Titel: „Der Albatros wird fliegen." Bei seiner Ankunft im olympischen Dorf sagte der Offenbacher: „Für mich zählt nur, daß ich hier in Bestform an den Start gehen kann. Wenn das nicht reicht, bin ich auch nicht traurig. Seine Trainingsleistungen sprechen dafür, daß er sich in sehr guter Form befindet. Groß: „Die Vorbereitungen waren optimal." FOTO: AP

TOUR DE FRANCE / Die Triumphfahrt des Franzosen Laurent Fignon



Tour-Rennleiter Albert Bouvet scheint dem überragenden Tour-Sieger Laurent Fignon die Richtung anzugeben: Dort geht es zur Spitze, dort gehören Sie hin, Monsieur. FOTO: AFP

Paris umjubelt blonden Studenten der Tiermedizin mit Nickelbrille

sid/dpa, **Paris**

Seit gestern hat Eddy Merckx, belgischer Radsport-Kaiser vergangener Zeiten, einen Nachfolger gefunden. Der erst 23 Jahre alte Franzose Laurent Fignon gewann im Stile des „Kannibalen", wie Merckx genannt wurde, die 71. Tour de France über 4020 Kilometer und wiederholte damit seinen Vorjahreserfolg. Merckx, gemeinsam mit Jacques Anquetil (Frankreich) mit fünf Siegen Rekordgewinner, gelang zum Vergleich erst im Alter von 24 Jahren der erste Tour-Erfolg.

Wichtiger jedoch war für Fignon, daß diesmal Frankreichs Radsport-Heros Bernard Hinault dabei war und von ihm förmlich deklassiert wurde. Der 29 Jahre alte Bretone hatte im vergangenen Jahr aufgrund einer Knie-Operation auf eine Tour-Teilnahme verzichten müssen. Immerhin war Hinault, der sich dennoch in guter Form präsentierte, der einzig ernstzunehmende Gegner des französischen Meisters.

Hunderttausende auf den Champs-Elysées in seiner Heimatstadt Paris jubelten dem Blondschopf mit der Nickelbrille zu, der die Tour durch Frankreich fast nach Belieben beherrschte. Zwölf Monate zuvor war sein Sieg noch als Zufallserfolg abgetan worden. „Mich hat gewurmt, daß jeder sagte, Hinault sei ja nicht dabei gewesen. Deshalb wollte ich es allen, auch Bernard, beweisen", sagte Fignon. Das ist ihm gelungen, denn Bernard Hinault, sein großer Gegenspieler, sagt heute: „Ich weiß, es wird jetzt immer schwerer für mich, die Tour zu gewinnen. Aber wenn ich gesund bleibe, bin ich auch im nächsten Jahr dabei."

Der Zweikampf Fignon–Hinault entbehrte aber nicht nur deshalb großer Brisanz. Bis zum vergangenen Jahr war der ehemalige Student der Veterinär-Medizin (im dritten Semester abgebrochen) sogenannter Domestike des viermaligen Tour-Siegers. Vom sportlichen Leiter des Renault-Rennstalls, Cyrille Guimard, war der Amateur Fignon 1981 bei der Korsika-Rundfahrt entdeckt worden. Bereits zwei Monate später unterschrieb er einen Profi-Vertrag und wurde Wasserträger, wie die Helfer genannt werden, bei Hinault.

Beim großen Duell dieser 71. Frankreich-Rundfahrt steigerte Laurent Fignon die Dosierungen der bitteren Niederlagen für Hinault von Tag zu Tag. Beim Prolog am 29. Juni zum Auftakt in Paris ließ Fignon noch dem großen Bretonen den Vortritt: Wenigstens für einen Tag durfte Hinault das gelbe Trikot tragen. Zum ersten Mal mußte er dann dem sechs Jahre Jüngeren beim Einzel-Zeitfahren in Le Mans den Vortritt lassen (49 Sekunden Vorsprung), dann bei der ersten Pyrenäen-Etappe in Guzet-Neige (52 Sekunden) und beim Berg-Zeitfahren in La Ruchere (33 Sek.). Dann folgte Fignons entscheidender Angriff: 2:56 Minuten in Alpe d'Huez, 2:58 Minuten in La Plagne. Innerhalb von drei Tagen war Hinaults Schicksal besiegelt. Seit letztem Sonntag (La Ruchere) siegte Fignon im Zwei-Tage-Rhythmus: Dienstag (La Plagne), Donnerstag (Crans Montana), Samstag (Villefranche).

Er hätte es noch öfter schaffen können, meint zumindest sein Mannschaftskamerad Pascal Jules, der ihn schon aus Amateurzeiten kennt: „Hinault ist schon ehrgeizig, aber Laurent, das habe ich noch nicht erlebt. Wenn er gewollt hätte, hätte er jede einzelne Etappe gewinnen können."

Der passionierte Taucher und Schwimmer trat erst 1983 ins Rampenlicht, als er Rang sieben bei der Spanien-Rundfahrt belegte. Völlig überraschend sicherte sich Laurent Fignon, der auch Mathematik und Physik studierte, im gleichen Jahr den Sieg in der Tour de France.

In dieser Saison bestätigte er das Bravourstück mit einem zweiten Rang hinter Stunden-Weltrekordler Francesco Moser aus Italien beim 67. Giro d'Italia sowie dem französischen Meistertitel. „Ohne sein Wunder-Rad hätte Moser nicht gewonnen", erklärte Fignon, dem im abschließenden Einzelzeitfahren der Sieg bei der Italien-Rundfahrt noch entrissen wurde.

Diese Niederlage wurmt ihn immer noch. Dennoch hat er den Sprung in den Profi-Radsport, dem er sein Studium opferte, nicht bereut. Vom Elternhaus finanziell abgesichert (sein Vater leitet eine Metallfabrik), mußte Fignon allerdings in den ersten Jahren sportlich viel Lehrgeld bezahlen. „In diesem Metier muß man gut lügen können, wenn man Erfolg haben will. Mein größter Fehler ist meine Ehrlichkeit", sagte Fignon.

Sein nächstes Ziel ist die Straßen-Weltmeisterschaft in Barcelona (2. September), wo er auch Revanche an Italiens Heros Moser nehmen kann. Außerdem fehlt ihm noch ein großer Erfolg in einem Ein-Tages-Rennen. Seine Klasse als Etappenfahrer hat der gebürtige Pariser eindrucksvoll unter Beweis gestellt – Fignon hat es in den Beinen, Radsport-Geschichte zu schreiben, denn seine Karriere liegt eigentlich noch vor ihm.

Im Schatten Fignons, der dieses Jahr die Siegesfeier in seinem Heimatort Tournan en Brie ganz sicher nachgeliefert bekommt, nachdem man sie im Vorjahr vergessen hatte, strampelte sich der gleichaltrige Greg Lemond (USA) hoch. Der Weltmeister und Tour-Neuling, Dritter im Gesamtklassement, hat eine ähnliche rosige Zukunft wie sein Mannschaftskapitän vor sich. Ohne seine vierzehntägige Bronchitis – dazu scheuerte er sich in der Gluthitze der Pyrenäen die Füße blutig – hätte Renault-Chef Cyrille Guimard in Paris sicher die beiden ersten Plätze für sich reklamieren können.



„Ich weiß, es wird jetzt immer schwerer für mich." – Fignon FOTO: AP

Aufgeben – das kam für den einzigen deutschen Teilnehmer Raimund Dietzen nicht in Frage, obwohl er auch hinter eigenen Erwartungen blieb. Offensichtlich hatte der deutsche Straßenmeister als Dritter der Spanien-Rundfahrt da schon zuviel Kraft verloren und sich von dem Ergebnis etwas blenden lassen. „Vor allen Dingen in den Bergen wollte ich was bringen. Obwohl Raimund Dietzen sich nicht unter den ersten 60 plazieren konnte, gebührt dem 24jährigen Trierer doch alle Anerkennung für sein Durchhalten.

TENNIS

Australien stürzte den Favoriten

sid, **São Paulo**

Pokalverteidiger CSSR und der nur an Nummer acht gesetzte Deutschland-Bezwinger Australien bestreiten das Endspiel um die offizielle Mannschafts-Weltmeisterschaft der Tennis-Damen beim mit 260 000 Dollar dotierten 22. Federation Cup-Turnier im brasilianischen São Paulo.

Die Tschechoslowakinnen erreichten ihr drittes Endspiel nach 1975 und dem Vorjahr, als sie Deutschland in Zürich mit 2:1 bezwangen, durch ein 3:0 über das an Nummer sieben eingestufte Jugoslawien. Die Australierinnen, bisher sieben Mal Cupsieger, zogen mit 2:1 gegen den elfmaligen Rekordgewinner und hohen Favoriten USA in ihr 16. Pokalendspiel ein.

„Daß wir wieder gut vorbereitet sind, beweist die Tatsache, daß wir bisher noch keinen Punkt abgegeben haben", freut sich die Weltranglisten-Dritte und Wimbledon-Halbfinalistin Hana Mandlikova auf die Wiederholung des Endspiels von 1975, als die CSSR (damals noch mit der heutigen US-Staatsbürgerin Martina Navratilova) gegen die Australierinnen in Aix-en-Provence mit 3:0 triumphierte.

Die 22jährige Prager Supertechnikerin überwand gegen die tags zuvor 28 Jahre alt gewordene Mima Jausovec bei einem Rückstand von 3:4 im Schlußsatz einen kritischen Moment, ehe sie sich mit 2:6, 6:3, 6:4 durchsetzte. Auch die beiden anderen Spiele gingen über die volle Distanz. Die 19jährige Helena Sukova hatte wie so oft beim 2:6, 6:1, 7:5 gegen Sabrina Goles mehr mit sich selbst als mit der Gegnerin zu kämpfen. Iva Budarova/Marcella Skuherska gewannen das bedeutungslose Doppel gegen Mima Jausovec und Renata Sasak mit 6:4, 4:6, 6:4. Zuvor hatte das CSSR-Quartett Venezuela, Griechenland und Frankreich ebenfalls klar mit 3:0 ausgeschaltet.

„Lobt lieber die beiden Youngster", lachte die 31 Jahre alte Wendy Turnbull nach dem australischen 2:1 über den die ganze Woche über bereits wankenden Favoriten USA. Die Weltranglisten-Zwölfte machte mit der zehn Jahre jüngeren Elizabeth Sayers, die wie beim 2:1 im Viertelfinale gegen Deutschland über sich hinauswuchs, zwar erneut den entscheidenden Punkt im Doppel durch ein sicheres 7:6, 6:4 über die Amerikanerinnen Kathy Jordan/Anne Smith. Doch zuvor hatte „The Rabbit" (Das Kaninchen) ihr erstes Einzel im Pineheiros Club gegen die in der Welt sieben Plätze höher rangierende Kathy Jordan ebenso deutlich mit 3:6, 6:7 verloren, so daß erneut die Glanzform der 21jährigen Rechtshänderin Anne Minter aus Melbourne den Ausschlag geben mußte.

Die 89. der Weltrangliste bezwang die 78 Plätze vor ihr rangierende Sandplatz-Spezialistin Kathy Horvath ausgerechnet auf Asche in knapp einer Stunde mit 6:3, 6:4. Den einzigen Satzverlust hatte sich Anne Minter beim 3:0 zum Auftakt gegen die Argentinierin Emilse Raponi (2:6, 6:4, 6:0) geleistet. Beim 3:0 gegen Belgien schlug sie Kathleen Schuurmans 7:5, 6:2 und im Viertelfinale die Augsburgerin Petra Keppeler mit 6:4, 6:4.

*

Björn Borg hat über Henri Leconte gesagt: „Wenn er konstant spielt, kann er ein ganz Großer werden." Gestern hat der 21 Jahre alte Franzose aus Paris das 68. Weissenhof-Turnier in Stuttgart gewonnen. Sein erstes Spiel bestritt er in Stuttgart gegen Björn Borg.

Im Finale hatte der Amerikaner Gene Mayer beim 6:7, 0:6, 6:1, 1:6 gegen den Franzosen keine Chance. Henri Leconte erhielt für seinen Sieg ein Preisgeld von rund 53 000 Mark.

NACHRICHTEN

Europacup für Wahl

Bourg-St. Maurice (sid) – Doppelten Erfolg hatte die Düsseldorferin Karin Wahl beim Europacup-Finale der Wildwasser-Abfahrer in Bourg-St. Maurice (Frankreich). Die Dritte der letzten Weltmeisterschaft gewann im Einer-Kajak die Titel in der Einzel- und Mannschaftswertung.

Gewichtheben: Rekorde

Schwedt (sid) – Bei den „DDR"-Meisterschaften der Gewichtheber verbesserten Andreas Behm und Joachim Kunz zwei Weltrekorde im Leichtgewicht. Behm (Stralsund) erhöhte die Bestmarke im Zweikampf von 345,0 Kilogramm auf 352,5 (155/197,5) und Kunz (Karl-Marx-Stadt) übertraf im Stoßen mit 198,0 Kilo seine eigene Bestmarke um zwei Kilogramm.

Ohne Maradona

Barcelona/Neapel (sid) – Der AC Neapel hat die erste Rate der Ablösesumme (22 Millionen Mark) für den argentinischen Fußballstar Diego Maradona in Höhe von 9,5 Millionen Mark an den FC Barcelona überwiesen. Der italienische Kluh verweigert allerdings seinem neuen Spieler die Freigabe für Freundschafts-Länderspiele. Somit wird Maradona voraussichtlich auch am 12. September beim Länderspiel der Argentinier gegen Deutschland in Düsseldorf fehlen.

UdSSR deklassiert

Budapest (sid) – Die sowjetischen Florettfechterinnen erlitten im Finale des Turniers der sozialistischen Länder in Budapest gegen Ungarn mit 2:9 die höchste Niederlage seit 28 Jahren.

Rallye: Sieg für Röhrl

Heidelberg (sid) – Der zweimalige Rallye-Weltmeister Walter Röhrl gewann die 5. ADAC-Rallye Schloß Heidelberg mit einem Vorsprung von fast zehn Minuten. Der Regensburger nutzte das nicht zur Deutschen Meisterschaft zählende Rennen als Test für seinen Audi Quattro, mit dem er in den Läufen zur Weltmeisterschaft wegen technischer Defekte schon mehrmals ausgefallen war.

Derwall erhielt Freigabe

Wiesbaden (sid) – Der ehemalige Bundestrainer Jupp Derwall erhielt von Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), mündlich die Freigabe aus seinem bis 1986 laufenden Vertrag. Derwall will schon in dieser Woche seine Arbeit bei Galatasaray Istanbul aufnehmen.

„DDR" Turniersieger

Magdeburg (dpa) – Im Finale des internationalen Handball-Turniers in Magdeburg kam die „DDR" mit 18:17 erstmals nach drei Jahren wieder zu einem Erfolg über Weltmeister UdSSR.

Schmid verlor Rekord

Moskau (sid) – Europameister Harald Schmid verlor seinen Junioren-Europarekord über 400 Meter Hürden (49,61) an den sowjetischen Läufer Oleg Budko. In Moskau unterbot der 18 Jahre alte Budko in 49,27 Sekunden die Bestzeit des Deutschen aus dem Jahre 1976 um 34 Hundertstel.

Erfolg im Nationenpreis

Falsterbo (sid) – Die deutsche Equipe gewann beim internationalen Reitturnier in Falsterbo (Schweden) den Preis der Nationen. In der Besetzung Karsten Huck, Bernhard Kamps, Peter Weinberg und Michael Rüping siegte das deutsche Team mit 4,25 Fehlerpunkten vor Österreich (24,5).

5000. Sieg für Wewering

Recklinghausen (sid) – Heinz Wewering erreichte auf seiner Hausbahn in Recklinghausen im Sulky von Oroya seinen 5000. Sieg als Trabrennfahrer.

Rudern: Zweimal Bronze

Jönköping (dpa) – Die „DDR" stellte bei den Ruder-Weltmeisterschaften der Junioren in Jönköping mit elf Titeln die erfolgreichste Mannschaft. Für den Deutschen Ruder-Verband (DRV) gab es zweimal Bronze.

Westphal ausgeschieden

Boston (sid) – Der für Neuss spielende Pinneberger Michael Westphal schied im Achtelfinale des Tennis-Grand-Prix-Turniers in Boston aus. Gegen Andres Gomez unterlag er mit 1:6 und 5:7.

Rad: Stambula überlegen

Bielefeld (dpa) – Der Solinger Ralf Stambula gewann auf der Radrennbahn in Bielefeld ein Steher-Rennen über 50 Kilometer überlegen mit 30 Meter Vorsprung vor Gerald Schütz (Singen).

FUSSBALL

Völler: Vertrag ist unterschrieben

sid/dpa, **Bremen**

Mit gebrochener Hand hat Rudi Völler einen Schlußstrich unter alle Spekulationen gezogen. Genau 19.23 Uhr war es, als am Samstag die Vertragsverlängerung des Mittelstürmers der Nationalmannschaft live von Radio Bremen übertragen wurde. Völler unterschrieh trotz Gipsmanschette am rechten Unterarm einen Vertrag, der ihn bis zum 30. Juni 1987 an Werder Bremen bindet. Völler: „Ich war entschlossen, zum AC Mailand zu gehen. Barcelona und Tottenham haben mich dagegen nicht interessiert." Werder-Manager Willi Lemke hatte die filmreife Show inszeniert. Völler wurde im Mercedes vor das Bremer Szene-Café „Casahlanca" vorgefahren. Drinnen warteten ein Fernsehteam sowie rund 40 Gönner und Freunde auf den großen Augenblick. Anschließend gah es Pils, nur Völler nippte an einer Cola.

In den nächsten drei Jahren wird Rudi Völler rund 1,8 Millionen Mark, die der Verein und Gönner aufbringen, verdienen. Völler: „In Mailand oder Barcelona hätte ich ein Mehrfaches dessen netto verdienen können." Ausschlaggebend für seinen Entschluß war wohl der starke Einfluß von Trainer Otto Rehhagel. Völler: „Er hat mich davon überzeugt, daß ein sofortiger Wechsel ins Ausland zu früh wäre. 1987 bin ich 27 Jahre alt und habe dann immer noch alle Möglichkeiten."

FORMEL 2

Mike Thackwell Europameister

sid, **Misano**

Der Neuseeländer Mike Thackwell sicherte sich bereits im achten von elf Läufen die Europameisterschaft in der Formel 2. Im italienischen Misano fuhr er mit seinem Ralt-Honda den sechsten Saisonsieg heraus und liegt in der Gesamtwertung uneinholbar mit 60 Punkten in Führung.

Der einzige, der Thackwell den Titel noch hätte streitig machen können, war dessen Teamgefährte Roberto Moreno. Docb der 25 Jahre alte Brasilianer, in Misano Trainingsschnellster, schied mit Motorschaden frühzeitig aus.

Zum sechsten Mal in dieser Saison fuhr der Münchner Christian Danner in die Punkteränge. Mit seinem March-BMW belegte er den sechsten Platz und liegt nun im Gesamtklassement mit 19 Punkten auf Rang vier.

Nach dem Rennen erklärte Thackwell zu seinem bisher größten Erfolg: „Richtig zufrieden mit sich ist man doch nie. Es ist eigentlich ein endloser Kampf, aber welchen Sinn hätte es sonst, sich anzustrengen." In der Reihe der Formel-2-Europameister wird der 23 Jahre alte Neuseeländer, der 1980 als bisher jüngster Fahrer in der Formel 1 ein einziges Rennen bestritten hatte, der letzte sein. Der 1967 ins Leben gerufene Wettbewerb wurde vom Internationalen Automobilsport-Verband (FISA) aus dem Kalender gestrichen.

FORMEL 1 / Chemische Analyse im Mittelpunkt der Streits um Ausschluß

Tyrrell: Kampf ums Überleben

H. P. BRÜNIG, **Brands Hatch**

Wird das letzte Drittel der Formel-1-Weltmeisterschaft 1984 ein Tauziehen zwischen dem von der Teilnahme ausgeschlossenen Tyrrell-Team und dem internationalen Verbind FISA? Ken Tyrrell, ehemals Holzgroßhändler und Teamchef von Jackie Stewart, heute Arbeitgeber von Stefan Bellof, glaubt, den Streit noch vor dem Großen Preis von Deutschland am 5. August in Hockenheim verhindern zu können. In einem eindrucksvollen Plädoyer machte der 57 Jahre alte Tyrrell am Rande des englischen WM-Laufes in Brands Hatch seinen Standpunkt klar und legte Argumente vor, denen sich seiner Meinung nach die FISA beugen muß.

Für Ken Tyrrell ist der Streit mit der FISA ein Kampf ums Überleben. „Wir haben nur Autos für die Formel 1, aber für keine andere Sparte des Motorsports", sagte er. Mit der WM-Teilnahme verdient er für sich und seine etwa 45 Mitarbeiter den Lebensunterhalt. Tyrrell kann nicht auf Entwicklungsaufträge aus der Industrie zurückgreifen wie das Williams-Team (von Austin Rover), das Tyrrell-Team ist auch nicht wie Ferrari Bestandteil eines großen Konzerns (Fiat) oder gar die Sportabteilung eines staatseigenen Unternehmens wie Renault.

Fünf Regelverstöße wurden Tyrrell vorgehalten, doch für den Engländer reduziert sich das Prohlem auf die Frage, oh in den umstrittenen Wassertanks seiner Wagen tatsächlich Wasser oder aber Benzin war. Tyrrell: „Wir hrauchen keine zusätzlichen Benzintanks, denn der Verbrauch unserer Wagen liegt deutlich unter der vorgeschriebenen Höchstmenge von 220 Litern." Wenn in den Tanks aber nur Wasser war, dann hat er auch nicht gegen das Verbot des Nachtankens verstoßen, sondern, wie bei Bellof und dem Engländer Martin Brundle bei mehreren Rennen geschehen, Wasser für die Wassereinspritzung des Motors (für Innenkühlung und höhere Leistung) nachgefüllt.

Dann aber sind die ebenfalls beanstandeten und zu den Reservoirs führenden Leitungen für Wasser und nicht für Kraftstoff bestimmt und müssen also aucb nicht die Vorschriften für Benzinleitungen erfüllen. Nun streiten sich Tyrrell und die FISA darum, welche Flüssigkeit in den als Wassertanks ausgewiesenen Behältern war. „Die von uns in Auftrag gegebenen Analysen der Proben, die nach dem Grand Prix in Detroit aus Brundles Wagen entnommen wurde, ergaben unter anderem 27,5 Prozent Kohlenwasserstoff", erklärte FISA-Präsident Balestre. Also eine Substanz, die ein wichtiger Bestandteil von Benzin ist.

Doch laut Tyrrell hat die FISA nur den Anteil von Kohlenwasserstoff unter den Fremdstoffen im Wasser angegeben. „Nach einer Untersuchung, die wir noch am Mittwoch um 22 Uhr englischer Zeit, nachdem das FISA-Urteil feststand, beim gleichen Institut haben durchführen lassen, ergiht sich nur ein Anteil von einem Prozent Kohlenwasserstoff, soviel etwa, wie auch im Leitungswasser vorkommt", erklärte Ken Tyrrell. Sein Sohn Boh legte das entsprechende Fernschreiben vom Southwest Research Institute in San Antonio/Texas vor.

Bob Tyrrell: „Die FISA muß unsere Analyse anerkennen, alles andere wäre eine Rechtsverdrehung. Wir hoffen, daß der Entschluß, uns von der Weltmeisterschaft auszuschließen, so bald wie möglich zurückgenommen wird." In Brands Hatch durften Bellof und der Schwede Stefan Johansson als Ersatz für den verletzten Brundle nur aufgrund einer einstweiligen Verfügung antreten. Ken Tyrrell kündigte allerdings an, daß er notfalls in jedem Land, in dem in diesem Jahr nocb ein WM-Lauf gefahren wird, versuchen wird, einen gleichlautenden Gerichtsbeschluß zu erreichen.

In Brands Hatch (das Ergebnis des Rennens stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest) konnten Bellof und der Schwede Stefan Johansson als Ersatz für den verletzten Brundle aufgrund einer einstweiligen Verfügung am Rennen teilnehmen. Es besteht die Möglichkeit, daß die FISA dem Rennen nachträglich den WM-Status aberkennt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Intertoto-Runde, vierter Spieltag: Gruppe 1: Lyngby Kopenhagen – St. Gallen 1:1. – Gruppe 2: Banik Ostrau – Aarhus 1:2, Lilleström – Aue 1:1. – Gruppe 3: Bröndby Kopenhagen – Kerkrade 4:0, FC Lüttich – Düsseldorf 0:1. – Gruppe 4: Odense – Braunschweig 1:1, Deventer – Standard Lüttich 1:1. – Gruppe 5: Magdeburg – Stockholm 0:2, Zabrze – Nürnberg 1:0. – Gruppe 6: Malmö – Karl-Marx-Stadt 3:0, Graz – Luzern 1:0. – Gruppe 7: Göteborg – Vitkovice 3:0, Videoton – Linz 2:0. – Gruppe 8: Wettingen – Jerusalem 1:0, Admira/Wacker Wien – Nathanya 6:0. – Gruppe 9: Zürich – Ferencvaros Budapest 1:0, Trnava - Klagenfurt 3:1. – Gruppe 10: Wacker Innsbruck – Kattowitz 0:0, Växjö – Oslo 1:1. – **Freundschaftsspiele:** Köppern – 1. FC Köln 0:9, Mainz – Bayern München 0:4, Bremerhaven – Solingen 0:4, Hombruch – Bochum 1:15, Lanstrop – Dortmund 3:14, Bayreuth – Nationalmannschaft China 1:2, Kirchhellen – Schalke 3:7, Damme – Fort. Köln 0:5, Einsbaden – Solingen 1:10, Epfenbach – Mannheim 3:9, Osterode – Duisburg 1:5, Dornheim – Darmstadt 1:8, Lathen - Hannover 1:5, Havelse – St. Pauli 0:1, Schweinfurt – Hamburger SV 1:5, Wangen – Offenbach 2:3, Tailfingen – Uerdingen 2:9, Waterschei - Leverkusen 0:1, Goslar – Duisburg 0:5, Bocholt – Oberhausen 0:5, Lampertheim – Eintracht Frankfurt 0:5, Fürth – Hamburger SV 1:2, Böblingen – Stuttg. Kickers 1:2, Bremerhaven – Solingen 0:4, Spandau Berlin – Hertha BSC 0:10, Bingen – VfB Stuttgart 0:4.

LEICHTATHLETIK

Olympiatest in München, Männer: 100 m B-Lauf: 1. Bastians (Wattenscheid) 10,37. – 400 m: 1. Paul (Trinidad) 45,13 Sek., 2. Schmid (Gelnhausen) 45,48, 3. Skamrahl (Groß-Ilsede) 45,74. – 800 m: 1. Mays (USA) 1:45,68 Min., 2. Harries (Furtwangen) 1:46,04. – 1000 m: 1. Ferner (Ingolstadt) 2:17,83 Min. (DLV-Jahresbestzeit). – 2000 m: 1. Becker (Wolfsburg) 5:02,00 Min., 2. Mönkemeyer (Wattenscheid) 5:02,37. – 400 m Hürden: 1. Amadou Dia Ba (Senegal) 49,11 Sek. – 4x100 m: 1. DLV-Staffel (Zirkelbach, Koffler, Evers, Lübke) 39,02. – Hochsprung: 1. Thränhardt (Köln) 2,26m. – Dreisprung: 1. Cannon (USA) 17,04 m, 2. Bouschen (Düsseldorf) 16,94. – Diskus: 1. Danneberg (Wedel/Pinneberg) 65,36 m, 2. Wagner (Mainz) 64,02. – Frauen: 100 m (Windstille): 1. Gaugel (Sindelfingen) 11,24 Sek. (DLV-Jahresbestzeit). – 200 m (Rückenwind 0,4 m/Sek.): 1. Gaugel 22,72. – 400 m: 1. Thimm (Köln) 50,87 Sek., 2. Bußmann (Hamm) 50,98. – 800 m: 1. Gerdes 2:01,79 Min., 2. Kraus (beide Köln) 2:02,93. – 100 m Hürden (Rückenwind 0,7 m/Sek.): 1. Kalek (Polen) 12,62 Sek., 2. Oker (Leverkusen) 13,10. – 4x100 m: 1. DLV-Nationalstaffel (März, Schabinger, Gaugel, Thimm) 43,17 Sek. (DLV-Jahresbestzeit). – Hochsprung: 1. Meyfarth (Köln) 1,94. – Kugelstoßen: 1. Losch (Fürth) 19,90. – **Olympiatest** in Stuttgart, Männer: 4x100 m: 1. DLV-Nationalstaffel (Zirkelbach, Klein, Evers, Lübke) 39,62 Sek. – 110 m Hürden: 1. Schoch (Kornwestheim) 13,87 Sek., 2. Kratschmer (Mainz) 13,95. – 400 m Hürden: 1. Scholz (Frankfurt) 49,45. – Stabhoch: 1. Lohre (Kornwestheim) 5,50 m. – Kugelstoßen: 1. Wolf (USA) 21,52 m, 2. Stolz (Wattenscheid) 19,14. – Hammer: 1. Riehm (Wattenscheid) 79,28, 2. Ploghaus (Darmstadt) 78,22. – Frauen: 100 m Hürden: 1. Kalek (Polen) 12,68, 2. Denk (Köln) 13,12, 3. Oker (Leverkusen) 13,16. – Hochsprung: 1. Bulkowska (Polen) 1,91, 2. Meyfarth 1,91 (verzichtet), 3. Holzapfel (Wattenscheid) 1,89. – Weitsprung: 1. Everts (Düsseldorf) 6,77 m (DLV-Jahresbestleistung). – Speer: 1. Thyssen (Leverkusen) 66,12 m.

BOXEN

Berufsboxen in Stuttgart, Schwergewicht: Graf (Mannheim) K.-o.-Sieger 2. Rd. – an den Oetelaar (Holland).

GOLF

Nationale Deutsche Amateurmeisterschaft in Gütersloh (Standard 72), Herren, 36-Löcher-Qualifikation für die besten 16: 1. Dekorsy (Stuttgart) 74+68=142 Schläge, 2. V. Pagel (Hamburg-Falkenstein) 74+71=145, 3. Reiter (Braunschweig) 72+73=145, 4. Vogelsang (Hamburg-Walddörfer) 76+73=149, 5. Hausmann (Ratingen) 71+78=149, ... 25. Titelverteidiger Domin (Hannover) 77+79=156. – Achtelfinale u. a.: Hübner (Hubbelrath) – Reiter 1 auf, Thielemann (Hubbelrath) – Dekorsy 2+1, A. Stamm (Braunschweig) – V. Pagel 19. Grün. – Viertelfinale: Stamm – Städler (Wuppertal) 5+4, Hübner – Huber (Frankfurt) 19. Grün, Redlefsen (Glücksburg) – Meyer (Braunschweig) 5+3, Thielemann – Hilke (Hubbelrath) 2 auf. – Halbfinale: Stamm – Hübner 4+3, Thielemann – Redlefsen 5+4. – Damen: Qualifikation: 1. Koch (Hannover) 76+73=149, 2. Haubensak (Regenburg) 78+76=154, 3. E. Peter (Regensburg) 83+75=158, 4. Umsen (Hamburg-Walddörfer) 81+77=158, 5. Böx (Hannover) 79+79=158, 6. – 7. Titelverteidigerin Knödler (Feldafing) 81+78=159 und Lampert (Kronberg) 83+76=159. – Achtelfinale u. a.: Fink (Bad Orb) – Knödler 2+1, Bockelmann (Frankfurt) – Haubensak 19. Grün, Beer (Hanau) – Umsen 1 auf, Koch – Steinert (St. Eurach) 4+3. – Viertelfinale: Bockelmann – Fink 3+2, E. Peter – Lampert 21. Grün, Beer – Böx 1 auf, Koch – Eicke-Huth (Kronberg) 19. Grün. Halbfinale: Peter – Bockelmann 7+6, Koch – Beer 3+2.

RAD

71. Tour de France, 21. Etappe, Crans-Montana-Villefranche (320,5 km): 1. Hoste (Belgien) 9:26:07 Std., 2. Hanegraaf (Holland), 3. Kelly (Irland), 4. Hinault (Frankreich), 5. Manders (Holland), ... 103. Dietzen (Deutschland) alle gleiche Zeit. – 22. Etappe, Einzelzeitfahren, Villie-Morgon-Villefranche (51 km): 1. Fignon (Frankreich) 1:07:19, 2. Kelly 1:07:19 (um 48/100 schlechter), 3. Hinault 1:07:55, 4. Lemond (USA) 1:08:00, 5. Andersoo (Australien) 1:08:43, ... 109. Dietzen 1:16:45. – Gesamtwertung: 1. Fignon 106:40:03 Std., 2. Hinault 10:46, 3. Lemond 11:46, 4. Millar (Schottland) 14:42, 5. Kelly 16:35, 6. Arroyo (Spanien) 19:22, 7. Simon (Frankreich) 21:17, 8. Munoz (Spanien) 26:18, ... 64. Dietzen 1:49:31 Min. zur.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 10, 14, 16, 35, 46, Zusatzzahl: 34. – Spiel 77: 9, 6, 1, 3, 3, 0, 9. (Ohne Gewähr).

Galopp: Francome – ein Weltmeister, der auch mal Pferde abbremst

KLAUS GÖNTZSCHE, **Neuss**

Sein 1038. Rennen gewann am Samstag auf der Galopprennbahn in Neuss Hindernis-Jockey-Weltmeister John Francome (31) aus Lambourne in England im Sattel des siebenjährigen irischen Wallachs Dickie Murray. Francome bestritt sein erstes Rennen auf einer deutschen Bahn. Der weltbeste Hindernisreiter imponierte durch taktisches Geschick, denn sein Pferd war keinesfalls so gut, daß es von der Klasse her den 13 Gegnern aus Deutschland und der Schweiz von vornherein überlegen gewesen wäre.

Francome war bereits am Donnerstagabend nach Neuss gereist und hatte mit Dickie Murray trainiert. Francome vor dem Rennen: „Ich bin skeptisch. Wenn wir im Geld sind, wäre es schon gut." Er gewann mit einer dreiviertel Länge Vorsprung vor My Best und dem Fährhofer Tomar, der aber nicht ganz gesund das Rennen beendete. Siegprämie für den Besitzer: 10 000 Mark.

John Francome, sechsfacher Champion in England, hatte am 28. Mai 1984 in Fontwell den All-Time-Rekord von Stan Mellor verbessert. Ihm gelangen vor zwölf Jahren 1035 Siege, Francome ritt an diesem Tag mit Don't Touch den 1036. Sieger. Am 12. April 1984 war er in Cheltenham Weltmeister der Hindernisreiter geworden. Trotz seines Rekordes war der Porschefahrer für die Wetter auf der Insel nicht immer eine Bank. Seit 1980 stand er insgesamt neun Mal vor Sportrichtern. Er wurde verdächtigt, die Pferde nicht ausgeritten zu haben. 1978 ist er aufgefallen, weil er dem Buchmacher John Banks Tips gab, es kostete 750 Pfund Strafe. Banks wurde für drei Jahre von den Rennbahnen verbannt. Zuletzt mußte Francome sogar 10 000 Mark Strafe zahlen, da er am 10. Februar 1984 in Newburry das Pferd Easter Lee gebremst hatte. Etwa zum gleichen Zeitpunkt fielen der Zeitung „Daily Mirror" auch 38 Tonbänder in die Hände – mit 20 Stunden Aufzeichnungen von Telefongesprächen Francomes. Der Inhalt sollte mehr als delikat sein. Auf die Frage danach antwortete er in Neuss lässig: „Das hat sicb alles erledigt."

Aufgehellt wurden in Neuss auch die zunächst schleierhaften Gründe, warum Dickie Murray ausgerechnet an diesem vergleichsweise harmlosen Samstag-Renntag überhaupt lief. Sein Besitzer Walter Ernest Norton (64) aus London ist deutscher Abstammung. Da der Großvater 1906 einmal das Alte Badener Jagdrennen in Iffezheim gewann, wollte der Enkel dies auch versuchen. Vor einigen Jahren ließ er dort auch ein Pferd satteln, das aber mit dem Kurs Probleme hatte. So wollte er Dickie Murray diesmal Chancen zum Eingewöhnen auf einer deutschen Bahn bieten. Ein zunächst in Düsseldorf vorgesehenes Rennen fiel aus, deshalh wählte man Neuss. Dessen Jagdbahnkurs ist mit dem anspruchsvolleren Kurs von Iffezheim kaum vergleichbar.

Zwei Zwischenfälle im gleichen Rennen sorgten für zusätzlichen Gesprächsstoff: Der sechsjährige Hengst Statino zog sich bei einem Sturz am Diagonalsprung einen Beinbruch zu, er mußte eingeschläfert werden. 500 Mark Strafe soll Nachwuchsreiter Werner Zweifel zahlen, weil er Jockey Dieter Ehlen während des Rennens unzweifelhaft zweimal mit der Peitsche traktierte. Eine halbe Stunde nach dem Zwischenfall sah man beide friedlich vereint beim Bier.

Pankraz, Johnson und das Rumpelstilzchen

Als Meister der Genauigkeit wurde der verstorbene Schriftsteller Uwe Johnson in einigen Artikeln gefeiert, die jetzt zu seinem *fünfzigsten* Geburtstag erschienen. Pankraz wunderte sich darüber, kannte er Johnson doch eher als Mann der Mutmaßungen, des literarischen Halbschattens, der keineswegs überpräzisen Anspielungen und Camouflagen. Nun mußte er plötzlich Elogen wie diese über *ihn* lesen: „*Genauigkeit, das habe* ich bei der Lektüre der Johnsonschen 'Jahrestage' gelernt, ist ein anderes, vielleicht das zeitgemäße Wort für Wahrheit, ... ist eine Bedingung der Humanität. Genauigkeit wird nahezu identisch mit Moral."

Das ist doch ein ziemlich starker Tobak, der auch dadurch nicbt genießbarer wird, daß er sich ausschließlich auf den Johnson-Roman „Jahrestage", genauer: auf die New Yorker Ortsbeschreibungen in diesem Roman, bezieht. Präzise Topographie ist nocb lange keine Poesie. *Wenn einer jubiliert*, er habe nach der Lektüre der „Jahrestage" auf Anhieb dieses oder jenes New Yorker Wohnviertel identifizieren können, so kann man ihm entgegenhalten: Diese Identifizierungsmöglichkeit besteht auch nacb einem gründlichen Studium der einschlägigen Katasterakten. Ein Dicbter ist nicht dazu da, den Katasterbeamten Konkurrenz zu machen.

Pankraz vermutet denn auch, daß die vielgerühmte Genauigkeit Johnsons bei der Beschreibung diverser New Yorker Örtlichkeiten, seine topographische Insistenz, die sich ja beispielsweise auch darin niederschlägt, daß seitenweise aus der „New York Times" zitiert wird, im Grunde etwas ganz anderes meint als den Eros der Präzision. Leicht denkbar, daß die topographische Genauigkeit gerade poetische *Ratlosigkeit* kaschiert, ein Sich-Verschanzen hinter Orts- und Zeitfakten, die ganz äußerlich sind und die deshalb nie und nimmer an das, was wirklich verhandelt werden soll, heranreichen, nicht das mindeste zu seiner Erhellung beitragen.

Genauigkeit kann im poetischen Geschäft auch verbergen und auf falsche Fährten führen. Eine bestimmte Schule der Kommunikations-Wissenschaft behauptet sogar, die Sprache überhaupt sei allzu großer Genauigkeit abhold und nur deshalb könne es sprachliche Kommunikation geben. Denn jeder Mensch sehe die Welt verschieden, empfinde und verstehe sie verschieden; die Sprache müsse dieser Verschiedenheit Rechnung tragen und Raum geben, indem sie ihre Begriffe einigermaßen unscharf fasse. Nicht-übergroße Genauigkeit, sondern ein gewisser diffuser Spielraum sei Bedingung sprachlicher Humanität.

Daran ist zweifellos viel Wahres. Man betrachte nur die Politik: Jeder interpretiert da die großen Leitbegriffe, Freiheit und Gerechtigkeit, Frieden und Sozialismus, anders, aber die Leitbegriffe sind in sich elastisch genug, um alle diese verschiedenen Interpretationen zu decken und aufzusaugen. Sie werden dadurch erst wirklich politisch wirksam, integrieren und separieren. Deshalb ja auch der sogenannte *Kampf um die Begriffe*. Wer sich als Politiker auf eine zwar präzise, aber mehr oder weniger private Eigenterminologie einläßt, steht von vornherein auf verlorenem Posten. Es gilt vielmehr, die alten, großen, unklaren Leitbegriffe zu „besetzen", sie peu à peu mit neuen Valeurs zu impfen und so allmählich der eigenen Intention anzugleichen.

Mit „Wahrheit", die in dem eingangs zitierten Satz über die „Jahrestage" zu einem Synonym für *Genauigkeit gemacht wird, hat das sicher* nichts zu tun. Doch auch die Gleichung „Wahrheit = Genauigkeit" geht nicht auf. „Was ist Wahrheit?" fragte schon seufzend Pilatus, obwohl er als Politiker den politischen Sinn des Prozesses gegen Jesus ungemein präzis erfaßte. Die *Genauigkeit*, die bekanntlich *im* Formelkanon der Mathematik kulminiert, ist allenfalls im Bereich von Naturwissenschaft und Technik als Wahrheitsersatz akzeptabel, denn dort zahlt sie sich aus, macht uns das Leben bequem und angenehm. Aber mittlerweile wissen wir, daß eine Spezialsprache, die uns die Dinge verfügbar macbt, noch lange nicht identisch sein muß mit den Dingen selbst.

Kann es überhaupt eine solche Sprache der absoluten Identität und Genauigkeit geben, eine Sprache, die den Dingen den ihnen genau zukommenden Namen verpaßt? Die Antwort von Pankraz lautet: nein. Das Rumpelstilzchen im Märchen der Brüder Grimm, die vielleicht tiefsinnigste Märchenfigur aller Zeiten, zerreißt sich, als die Königin seinen Namen ausspricht. Der Naturgeist zerplatzt, da ihn sein wahrer Name trifft. Die Sprache der sbsoluten Genauigkeit, die Sprache aller Sprachen gewissermaßen, scheint eine Art Antimaterie zu sein, die sich und ihr Gegenüber, die Materie der Dinge, im Falle einer Begegnung sofort in nichts auflöst.

Eine Sprache der Poesie, die alle die schönen Bestimmungen verdient, die unser begeisterter Johnson-Leser anführt (Humanität, Wahrheit, Moral), muß sich also entschieden vor der *letzten*, der tödlichen Genauigkeit der Antimaterie, hüten. Sie muß als strenger Wächter stehen zwischen Wort und Ding, sie muß in äußerster Konsequenz eher ver- statt enthüllen, um den großen Knall zu vermeiden. Und das wäre dann wohl eine halbwegs befriedigende Definition der poetischen Sprache: Sie übersteigt alle übrigen Sprachen, selbstverständlich auch die supergenaue Sprache der Mathematik, in Richtung absolute Sprache qua Ding-Identität, hält aber am richtigen Punkt ein, *das Geheimnis hütend*, das nur um den Preis des Untergangs zu haben wäre. Sie ist ein Schleier der Maja, der das Absolute ahnen läßt.

Pankraz glaubt einige Gedichte, Novellen und Romanstellen zu kennen, deren Sprache diesen poetischen *Anspruch erfüllt*. Prosa von Uwe Johnson gehört nicht dazu. Aber ein Katasterbeamter, als den ihn jetzt einige hinstellen wollen, war er gewiß auch nicht.

Pankraz

Richard Donners Filmkomödie „Das Spielzeug"

Bei Donald Duck gelernt

Unter dem Titel „Das Geschenk" ist die Geschichte vor zehn Jahren bereits einmal mit Pierre Richard verfilmt worden. Ein kleiner Junge, vom reichen Papa zugleich verwöhnt und vernachlässigt, wünscht sich als Spielzeug zwecks Abwechslung einen lebendigen Mann. Der Wunsch wird ihm erfüllt, ein komischer Kerl kommt ins Haus, und das Chaos bricht aus. Während einer sich steigernden Klamaukiade werden der Junge und sein Hofnarr unzertrennliche Freunde, hecken bombastische Streiche zur Belehrung des geschäftsbesessenen Vaters aus; und wirklich, wenn alle Torten verflogen sind, hat jeder an Menschlichkeit gewonnen.

Was für Pierre Richard nur eine weitere Station auf dem Abstieg vom „Großen Blonden mit dem schwarzen Schuh" bedeutete, hat Amerikas Star-Komiker Richard Pryor (zuletzt in „Supermann III") mit gelinder Kritik am amerikanischen Traum versehen. Er zeigt einen typischen schwarzen Underdog in pikaresken Abenteuern mit der weißen Gesellschaft. Die Geschicbte spielt nun in Louisiana und beginnt in einem Vorstadtghetto. Der arbeitslose Journalist Jack Brown ist mit einer militanten Bürgerrechtlerin verheiratet. Zwischen zwei Demonstrationen schickt sie ihn auf Jobsuche, denn das brüchige Haus steht bereits auf der Versteigerungs-Liste.

Nachdem er drohend auf Anti-Diskriminierungs-Gesetze hingewiesen hat, bekommt Jack einen Job als Serviermädchen (also Gelegenheit zu munteren Verkleidungsspäßen) und als Putzteufel in der Spielzeugabteilung eines Warenhauses (wo er sich mit allerlei Automatisiertem und Aufblasbaren balgt). Hier wird er vom Sohn des millionenschweren Inhabers von halb Louisiana entdeckt; klein Eric darf sich ein neues Spielzeug wünschen, und so wünscht er sich „den schwarzen Mann". Der bekommt einen schönen Scheck, und dann geht es rund. Der Butler trinkt und zittert. Die Gouvernante keift und wittert nymphomane Chancen. John und Eric, bald verbündet, ruinieren zunächst das Spielzimmer, dann das Haus und seine Insassen, schließlich den guten Ruf des Patriarchen, der mit seinen Untergebenen umgeht wie in goldener Sklavenzeit. John und Eric bringen manches ans Tageslicht, und bevor am Ende alle versöhnt und sogar klüger sind, werden korrupte Senatoren ins kalte Büffet und Ku-Klux-Klan-Chefs in Soßenschüsseln gekippt.

Eine weiß dominierte Gesellschaft aus der Sicht eines schwarzen Picaro. Weit vom Bürgerrechts-Heroismus entfernt mogelt er sich so durch. Richard Pryor ist ein Clown mit traurigen Augen, ein ewiger Verlierer, ein Grimassenschneider, ein sympathischer Schüler von Donald Duck. Richard Donner („Das Omen") läßt ihn gewähren, inszeniert – mit virtuoser Unterstützung von Kameramann Laszlo Kovacs – schnell, pointiert, insgesamt allerdings zu laut. Wer nicht mag, braucbt die politischen Spitzen unter dem Teppich von Faxen und tösendem Unfug nicht zu spüren und hat immer noch eine vitale, kinderfreundliche Sommerkomödie.

DIETMAR BITTRICH

Schwerer Junge mit zerbrechlicher Seele – Emil Jannings wäre heute hundert Jahre alt geworden

Sein erstes Brot verdiente er auf See




Paraderolle für einen großen Charakterdarsteller: Emil Jannings als rüder und pfiffiger Dorfrichter Adam in dem Film „Der zerbrochene Krug" FOTO: TOSIS

Curt Tucholsky nannte iho liebevoll „Plüsch-Ooje". Das war, weil dieser Trumm von einem Schauspieler immer wieder so innig und unschuldsvoll in die Welt blicken konnte. Tucho war mit Jannings und dessen Frau, Gussy Holl, die eine der bezaubernsten Diseusen Berlins gewesen war, eng befreundet. „Plüsch-Ooje" konnte, schien es, alles spielen, am allerliebsteo jedoch schwere Jungs mit zerbrechlicher Seele.

Vor 100 Jahren wurde er geboren. Sein Geburtsort liegt im dunkeln. Die einen sagen, er sei in Rorschach zur Welt gekommen; die andcren verlegen seine Geburtsstätte nach Brooklyn in New York. Sicher ist allein, daß er sein erstes hartes Brot auf See verdieote. Er war Schiffsjunge gewesen, ging an Land und kam im schlesischen Görlitz ans Theater. Das war 1905.

Er hat, genau wie Werner Krauß, sein großer gleichaltriger Konkurrent und Bühnenkamerad, keinerlei Bühnenausbildung genossen, wenn nicht sofort auf der Bühne selbst. Was er *später konnte, hatte* er sich *mit viel* Geduld und Ausdauer von seinen Kollegen abgeguckt. Am Beginn seiner Laufbahn jedoch wurde er gnadenlos ins tiefe Wasser geworfeo und mußte schwimmen.

Er rackerte sich sieben Lehrjahre an einer Wanderschmiere ab, ging dann in feste Engagements nach Halle, dann nach Glogau und Breslau, nach Darmstadt, Bremen und endlich nach Berlin. 1918 war er am Königlichen Staatstheater gelandet. Max Reinhardt wurde auf ihn aufmerksam und holte ihn an sein Deutsches Theater herüber. Der Erste Weltkrieg war noch nicht zu Ende, da war Jannings scbon als einer der ersten Kraft- und Saft-Spieler der deutschen Szene fest etabliert.

Er muß eine ungeheuerliche Bühnenpräsenz besessen haben. Wenn er kam, flutete die Szene von Vitalität schier über. Ein großer „Verwandler" war er freilicb nicht. Er konnte nicbt, wie etwa Werner Krauß, sein Gesicht und seine Spielgestalt jedesmal total erneuern und verstellen. Er blieb, was er such zu spielen hatte, immer der dicke, schwere Emil. Aber konnte alle Bühnengestalten, derer er sich annahm, eben auf seine Tonlage, auf seine Persönlichkeit, auf seine dämonische Erscheinung trimmen. Er spielte den Kreon in der „Antigone" von Hasenclever ebenso grimmig und grausam, wie er in Hauptmanns „Biberpelz" den Wehrhahn zu einer überwältigend komischen Spottgestalt werden ließ.

Er muß bei Grabbe (in „Spaß, Ironie und tiefere Bedeutung") von einer gradezu satten, gefährlichen Komik gewesen sein, wie dann ein total rollendeckender „Fuhrmann Henschel" bei Hauptmann. Ich habe ihn noch, als er zum letzten Male vom Film auf die Bühne zurückkehrte, in der Alten Berliner Volksbühne am Bülowplatz als Kleists Dorfrichter Adam gesehen. Das ist schier fünzig Jahre her. Ich sehe ihn noch genau vor mir, wie listig und rüde er in dieser Paraderolle knirschte und krakeelte, wie er pfiffig war und listig, und wie er am Ende die Komödie fast tragisch auslaufen ließ. Er kaute seine Worte. Er durchgeistigte seine schwerfällige Figur. Er war einfach unvergeßbar.

Früh war er ins damals nocb dubiose Filmgeschäft eingestiegen. Ernst Lubitsch, der wie er von Max Reinhardts Ensemble in die Dachbodenateliers der Unteren Friedrichstraße entwichen war, holte Jannings zum Kintopp. Der dicke Emil wurde, als Charakterspieler, zum ersten deutschen Leinwandstar.

Neben der Henny Porten und der Pola Negri erschien er in all den großen Historienschinken. Er war der Leinwand-Nero nach einem Drehbucb von Gabriele d'Annunzio. F. W. Murnau ließ ihn den Mephisto in seiner stummen, expressionistischen „Faust"-Fassung spielen. Murnau war es *schließlich* auch, der ihn in seinen inzwischen klassisch gewordenen, stummen „Tartuffe" holte, und er nahm ihn mit sich nach Hollywood, wo Emil Jannings 1927 als erster Deutscher den Oscar erhielt.

Das war für seine darstellerische Leistung in dem Film „Der Weg allen Fleisches" nach einer Novelle von Somerset Maugham. Doch der amerikanische Traum dauerte nicht lange. Jannings' starker deutscher Akzent im Englischen überstand die Umstellung auf den Tonfilm in den USA nicht. Er kehrte, in Amerika zwar ein Weltstar geworden, aber dort trotzdem immer fremd geblieben, nach drei Jahren großer Erfolge, 1928, nach Deutschland zurück, stand hier neben Marlene Dietrich in Sternbergs „Blauem Engel" vor der Kamera, war in vielen großen und manchen fragwürdigen Filmen in Hauptrollen zu sehen. Er war ohne Frage ein machtvoller Mime.

Goebbels machte den Wunderspieler und Weltstar zum unbestritteneo Herrscber über eine ganze große, eigene Filmproduktion, und Jannings war dieser Versucbung nicht gewacbsen. Er starb 1950, vom deutschen *Theater und vom Film tragisch* gemieden, einsam am Wolfgangsee, wohin er sich voo der Welt zurückgezogen hatte.

Der deutsche Film hat ihm so viele grandiose Leistungen verdankt. Er war eine Jahrbunderterscheinung. Er war, so deutlich und einseitig ihn seine Natur ausgestattet zu haben schien, dennoch immer des kühnen Sprunges über den eigenen schweren Schatten fähig. Er war ein großer Gestaltenpräger und eine schier darstellerisch unersetzliche, schöpferische Erscheinung. Man gedenke seiner mit Nachsicht – und mit *Bewunderung* nocb beute!

FRIEDRICH LUFT

Gegen Medienmonopol und geistige Indoktrination: Der Freie Deutsche Autorenverband in Berlin

„Gewalt darf niemals verniedlicht werden"

Mit einer Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Berlin-Plötzensee ist ein dreitägiger gesamtdeutscher Kongreß des „Freien Deutscben Autorenverbandes" (FDA) in Berlin zu Ende gegangen. Zeitpunkt und Ort der Tagung, an der rund 100 Autoren und Künstler aus der „DDR" (allerdings nur solche, die inzwischen in der Bundesrepublik leben) und dem freien Teil Deutschlands teilnahmen, waren nicht zufällig.

FDA-Präsident Hubertus *Prinz* zu Löwenstein hob hervor, daß Thomas Manns Wort „Der Geist kann nur frei sein, oder er kann nicht sein" das Leitmotiv des Kongresses sei. Obwohl dieser Satz auf das NS-Regime bezogen sei, treffe er „genauso auf die heutigen Zustände im geteilten Deutschland und im geteilten Berlin zu".

Löwenstein warnte vor einer Verharmlosung des kommunistischen Regimes in Ost-Berlin. Die „Pilgerfahrten" zu Erich Honecker erinnerten „schon peinlich" an ähnliche Besuche zu Hitler und zu Göring in den 30er Jahren. Die „Verniedlichung jenes auf Gewalt beruhenden Gebildes" könnte zu einer „falschen Art der Wiedervereinigung führen", nämlich „zum Aufgesaugtwerden unserer freiheitlichen Demokratie durch den Ostberliner Zwangsstaat".

Der FDA-Präsident unterstrich, daß es „irreführend und rechtswidrig" sei, wenn heute oft von „DDR"-Bürgern gesprochen werde, zum Teil auch von offizieller Seite: „Es gibt nur deutsche Staatsbürger, von denen ein Teil in der 'DDR' wohnt." An die zahlreichen Kollegen von drüben und die neuentlassenen politischen Häftlinge, die als Gäste des Kongresses teilnahmen, richtete Löwenstein die Worte: „Ihr seid nicht Emigranten im üblichen Sinne. Ihr seid nicht, wie wir unter Hitler, in ein fremdes Land gekommen, sondern als deutsche Staatsbürger aus Mitteldeutschland nach dem Westen."

Karl Steinbuch übte herbe Kritik am „Mißbrauch" der Freiheit in den westdeutschen Medien. Politische Meinungen würden von einer „Minderheit der Mehrheit indoktriniert". So sei aus unserer Demokratie eine „manipulierte Demokratie" geworden, ein „Kunstprodukt meinungsmachender Demagogen, die sich um die Folgen ihres Tuns kaum kümmern". Produkte einer solchen „Manipulation" seien u. a. die „Bildungsreform", die unser einst hochwertiges Bildungssystem „auf ein unsäglich niederes Niveau heruntergewirtschaftet" habe, der Kampf gegen die Kernenergie, der „Wald und Wirtschaft schadet", sowie der Kampf gegen die Nachrüstung, der „den Frieden unsicherer" mache.

Enno von Loewenstern erklärte in seiner Festrede, es sei nicht „der Geist, der hier links steht, wohl aber die Medienmacht". Es sei deshalb eine „bedrückende Verkennung der nationalen wie der moralischen Prioritäten, wenn wir zwar stets gepflegt von den Menschen drüben reden, in der Praxis aber hauptsächlich um das Wohlwollen der Unmenschen drüben bemüht sind". Auch Loewenstern kritisierte den „gewaltigen antidemokratischen Block" *inmitten* unseres sonst so freiheitlichen Staatswesens, der diesen Staat systematisch vergifte und gegen den kein Markt funktionieren könne, weil dieser Block das Meinungsmonopol habe.

Deshalb sei es an der Zeit, dem freien Fernsehen grünes Licbt zu geben, damit mit der Fernsehfreiheit auch ein „freiheitliches Klima" heraufziehen könne. An die Autoren richtete von Loewenstern den Appell: „Wenn die Wende mehr als nur eine Hoffnung sein soll, dann kommt es auch auf Sie an. Der Dicbter steht auf keiner höheren Warte als auf den Zinnen der Moral."

Stellvertretend für die anwesenden Autoren aus der „DDR" (darunter Ellen Thiemann, Julika Oldenburg u. a.) berichtete Siegmar Faust über die schwierige Lage der illegalen „Samisdat"-Literatur in der „DDR". Im Gegensatz zu Polen etwa, wo mit zum Teil modernen Druckmaschinen eine freie Literatur zwar illegal, aber in großen Auflagen erscbeinen könne, müßten in Mitteldeutschland andersdenkende Autoren unter Gefahr für sich, Familien und Freunde unter primitivsten Bedingungen in Kleinstauflagen (30–50 Exemplaren) solche unerwünschten Werke herstellen.

Faust und andere Kongreßteilnehmer regten an, auch ohne ausdrückliche Zustimmung solcher verfolgten Autoren deren Werke im Westen zu publizieren, zum Schutz der Betroffenen. An die westlicben Politiker richtete er die Forderung, bei Besuchen in der „DDR" nach diesen Autoren zu fragen, schon aus „christlicher Nächstenliebe".

XING-HU KUO

Der Dogenpalast in Venedig präsentiert „Die Schätze der Pharaonen"

Heiter gingen sie in die Ewigkeit



Das schönste Stück, das in Venedig zu sehen ist: Ein zierlicher Frauenkopf aus Alabaster. Er stammt aus der Zeit des Königs Echnaton und stellt wahrscheinlich seine Frau Nofretete dar FOTO: KATALOG

Kein Stück seiner antiken Schätze würde in Zukunft wieder auf Reisen gehen, ließ das Ägyptische Museum wissen. Wer sie sehen wolle, möge sich nach Kairo bemühen. Wenn jetzt trotzdem im Dogenpalast von Venedig „Die Schätze der Pharaonen" mit 78 Grabbeigaben vom Neolithicum bis zur letzten der 30 Pharaonendynastien kurz vor der christlichen Ära zu sehen sind, so ist das nach langen Verhandlungen und den alten Beziehungen der Serenissima, Europas Tor zum Orient, zu Ägypten zu verdanken. Nicht zuletzt wohl auch wirtschaftlichen Abkommeo und der Zusage, den erhofften Überschuß aus dem Verkauf der Eintrittskarten und des reich bebilderten Katalogs dem Museum in Kairo für einen Neubau zukommen zu lassen.

Die „Schätze", in denselben Privaträumen der Dogen, in denen im vergangenen Jahr „7000 Jahre China" und zuvor das märchenhafte „Gold der Skythen" gezeigt wurden, sind auf den ersten Blick fast unscheinbar. Denn der heitere Jenseitsglaube der Ägypter gab seinen Toten die Gegenstände ihres Alltags mit auf die Reise in die Ewigkeit: kleine Stelen und Statuetten, winzige Tiergottheiten mit den Köpfen von Katzen, Ibis, Sperbern und Ottern, Schmuck und Kosmetik, Rasierklingen und Spiegel. Im Gegensatz zu den bisberigen Wanderausstellungen mit auch im Format großer ägyptischer Kunst, sehen wir in Venedig zum ersten Mal den Alltag des antiken „Volks des Flusses".

In jedem der goldschimmernden Dogengemächer, deren Kunstwerke neben den Vitrinen ihrer ägyptischen Gäste belassen wurden, erklären Tafeln (auf italienisch und englisch) die Epochen der chronologisch angeordneten Exponate. Das liebste Stück der Venezianer ist ein 38 Zentimeter langes, mit zehn Ruderern besetztes Schiffchen aus Silber, das sie an ihre Gondeln erinnert. Zum Schönsten gehören die Schmuckstücke: Arm- und Fesselreifen, Ringe mit heiligen Scarabäen, Colliers aus Gold, besetzt mit magisch leuchtenden Rubinen und Lapislazuli, Ohrringe mit feinen Perlengehängen. Sie sind so zeitlos und edel, daß sie leicht heutige Goldschmiede zu inspirieren vermögen.

Das allerschönste Stück aber ist ein kleiner Frauenkopf sus Alabaster, der als Deckel einer Vase diente. Bei seinem Raffinement denkt man an die Bilder Klimts, die zur Zeit in der Ausstellung der „Wiener Sezession" im Palazzo Grassi am Canale Grande gastieren. Seine Ausdruckskraft erinnert an den Kopf der Nofretete in Berlin. Der Katalog unterricbtet, daß das Köpfcben aus der Zeit Echnatons, des Gatten der Nofretete stammt, der als Erster die Kunsttradition Altägyptens durchbrach. Er ließ sicb nicht, wie alle anderen Pharaonen mit eioem athletischen Körper darstellen, sondern so schmalscbultrig und gebeugt und langschädelig, wie er war.

Das Abbild dieses Philosopben unter den Herrscbern am Nil, der im Ton von Davids Psalmen und des Franziskus Sonnengesang die Liebe zu den Menschen und zur Natur gepredigt hat, blieb in Kairo. Denn sein Museum wollte nichts Weltberühmtes nach Venedig entsenden, sondern mit seiner Auswahl die „versunkene Zivilisation" am Nil menschlicb nahebringen.

Nur im letzten Raum, in dem eine Mumie und ihre buntbemalte Hülle aus dem Besitz der armeniscben Mönche der Laguneninsel „degli Armeni" zu sehen ist, rückt das Totenreich der Pharaonen wieder in die hieratische Ferne, in der die schon von den Griechen bestaunten und mit seltsamen Namen versehenen Wunder am Nil immer für uns lehten. (Bis Ende Dez.; Katalog Mondadori, 20 000 Lire.)

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

De Bruyns neuer Roman nicht in der „DDR"

dpa, Berlin

Günter de Bruyns Roman „Neue Herrlichkeit", der bereits im Frühjahr in der Bundesrepublik als Lizenzausgabe des Mitteldeutschen Verlages Halle herausgekommen ist (vergl. DIE WELT vom 21. April), darf in der „DDR" nicht erscheinen. Der Vertrag zwischen dem Ost-Berliner Autor und dem „DDR"-Verlag ist inzwischen gelöst worden. Noch in der gerade ausgelieferten Juli-Ausgabe der vom „DDR"-Schriftstellerverband herausgegebenen Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur" war das Bucb als Neuerscheinung angekündigt worden. Vor gut einem Jahr hatte die NDL aucb einen Vorabdruck daraus gebracht, nachdem Ende 1982 schon Auszüge in der Zeitschrift „Sinn und Form" veröffentlicht worden waren. Erst vor wenigen Tagen war bekannt geworden, daß auch Gabriele Eckarts mehrfach angekündigtes „Werder-Bucb" mit Tonbandprotokolleo nicht publiziert werden darf. Im Frühjahr waren daraus, ebenfalls in „Sinn und Form", zwei Auszüge abgedruckt worden.

IAPS-Konferenz über „Umwelt und Handlung"

DW, Berlin

Zur 8. Internationalen Konferenz der „International Association for the Study of People and their Physical Surroundings" (IAPS) kommen vom 25.-29. Juli 1984 in der Berliner Hochschule der Künste über 200 Sozialwissenschaftler und Umweltplaner aus 27 Ländern zusammen. Sie werden hier ihre Arbeiten zum *Thema „Umwelt und Handlung"* zur Diskussion stellen. Die Konferenz erhofft sich, daß mit Hilfe eines besseren Verständnisses der Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt Veränderungen der Umweltbedingungen in eine positive Richtung möglich werden.

Antikes Grab bei Korinth entdeckt

AFP, Athen

Ein Grab aus dem vierten vorchristlichen Jahrhundert ist in Hiliomodion bei Korinth (Peleponnes) entdeckt worden. Das mit einer Marmorplatte bedeckte Grab von 1,80 Meter Länge und 0,60 Meter Breite wurde bei Arbeiten für eine Bewässerungsanlage zufällig zutage gefördert. Es enthielt eine Urne und einen Kupferspiegel. In die *Grabplatte* waren als *Insignien* zwei Löwenköpfe eingraviert.

Pollock-Witwe vererbt ihren Kunstbesitz

AFP, New York

Die am 20. Juni verstorbene amerikanische Malerin Lee Krasner, eine der einflußreichsten Künstlerinnen des abstrakten Expressionismus, hat fast ihren gesamten Besitz im Wert von rund zehn Millionen Dollar an die Pollock-Stiftung für notleidende Künstler vererbt. Lee Krasner, die Witwe des Malers Jackson Pollock (1912-1956), vermachte außerdem dem New Yorker Museum of Modern Art ein Gemälde ihres Mannes im Werte von 400000 Dollar.

Ruhrbistum eröffnet eine „Video-Galerie"

dpa, Essen

Unter dem Motto „Gute Filme für bessere Unterhaltung" ist die erste katholische „Video-Galerie" im Ruhrbistum in Essen eröffnet worden. Von Kinder- und Jugendfilmen bis zum Genre Abenteuer, Krimi und Western werden Stücke angeboten, die in den meisten Videotheken nicht vorhanden sind. Ausleihen kann jeder, der die Benutzungsordnung anerkennt. Die Essener Galerie ist eine von 24 Stellen in westdeutschen Bistümern, in denen das Video-Eperiment gestartet wird.

Karlsbader Filmfestival verleiht „Kristallkugel"

AFP, Karlsbad

Die „Kristallkugel", der große Preis des 24. Filmfestivals der böhmiscben Stadt Karlsbad, ist dem sowjetischen Filmregisseur Sergej Gerassimow für seinen Film „Leo Tolstoi" verliehen worden. Die Preise für die besten weiblichen Darstellerinnen erhielten die Deutsche Marie Colbin für ihre schauspielerische Leistung in dem Film „Der Fall Bachmeier" und die Argentinierin Susa Pecorar für den Film „Camila".

Förderungsstipendien für Fotografie

DW, Essen

Die Fotografische Sammlung im Museum Folkwang konnte zum dritten Mal mit Unterstützung der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung drei Stipendien für zeitgenössische Fotografie vergeben. Je 8000,- DM erhalten Hans-Martin Küsters, Michael Schmidt und Wolfgang Voss. Unter dem Thema „Gastland Bundesrepublik" beteiligten sich 67 Personen an der Ausschreibung.



Grauhaarig geworden noch 15 von 99 Jahren: James Earl Ray. FOTO: CAMERA PRESS

„Sie kriegen mich nicht klein", sagt der Mann, der Dr. King erschoß

WOLFGANG WILL, Nashville

Das Urteil, dessen Spruch sich in diesen Tagen zum fünfzehntenmal jährt, lautete auf 99 Jahre, doch auch nach Verbüßung eines großen Teiles dieser Strafe und immer wieder erfahrener Ablehnung ist James Earl Ray (62) überzeugt, eines Tages vorzeitig entlassen zu werden. „Mich kriegen sie nicht klein", ist sein Motto, um wieder und wieder zu beteuern: „Ich habe Dr. Martin Luther King nicht erschossen." So wird er nicht müde, um seine Rehabilitierung zu kämpfen. „Das ist seine Hauptbeschäftigung", urteilt ein Zuchthaussprecher in Nashville/Tennessee.

James Earl Ray, obwohl seinerzeit nicht zum Tode verurteilt, sitzt im Todesblock des Staatsgefängnisses von Tennessee. Nicht nur das: Er ist dort der einzige Gefangene, der auch noch „sonderbeschützt" wird. Zwischenfälle wie vor ein paar Jahren sollen sich nicht wiederholen:

Einmal gelangen ihm und einem Kumpan aus dem Brushy Mountain-Zuchthaus bei Knoxville die Flucht. Die Freiheit währte nur 54 Stunden. Ray: „Wir kamen nur bis in die nahegelegenen Berge, waren hungrig, müde – nur wenn wir besser präpariert gewesen wären, hätten wir eine Chance gehabt."

Ein anderes Mal fielen, haßerfüllt, andere Gefangene über ihn her, stachen mit selbstgefertigten Messern auf ihn ein. Ray wurde auf Leben und Tod operiert.

Diese beiden Ereignisse machten die Verlegung nach Nashville erforderlich, weil das Gefängnis dort als sicherer gilt. Tag und Nacht sitzt ein Beamter vor seiner Zelle; zwei Beamte begleiten ihn zu den täglichen Freiübungen, die er mit den anderen Todeszellen-Bewohnern im Dorf absolviert. Er trägt, wie die Kandidaten für den Henker, Turnschuhe ohne Schnürsenkel, einen orangefarbigen Overall, der nachts leuchtet, wie das Zifferblatt einer Uhr. Zweimal in der Woche wird er von seiner Frau besucht, die sich dann jeweils vier Stunden mit ihm, getrennt durch eine Glaswand, unterhalten darf.

Sie, *Anna Sandhu (38), traf ihn* nach dem Fluchtabenteuer 1977. Damals kurz vorher geschieden, interviewte sie Ray für ein örtliches TV-Programm. „Ich war überrascht gar kein Monster anzutreffen." Beide heirateten im Jahr darauf im Zuchthaus, und sie, eine eher hübsche Blondine mit kurzem Wuschelhaar, räumt heute ein: „Natürlich ist dies keine richtige Ehe – aber ich liebe ihn. Er ist eine liebenswerte Persönlichkeit."

Große Teile der Akten seines Prozesses sowie die FBI-Untersuchungen gelten weiterhin als Staatsgeheimnis. Das vor allem nimmt Ray, der an den Schläfen ergraut ist, immer wieder zum Anlaß, ein Wiederaufnahmeverfahren zu beantragen. Die letzte entsprechende Eingabe wurde im Mai letzten Jahres verworfen, und die Hoffnungen Rays und seiner Frau, daß sich ein US-Präsident zu einem Gnadenbeweis entschließe, was rechtlich möglich wäre, dürften sich kaum erfüllen. (SAD)

Zwei Energie-Riesen streiten um das Rheinwasser

Von WALTER H. RUEB

In Nordrhein-Westfalen ist am Rhein zwischen Befürwortern und Gegnern des neuen Wasserverbunds Niederrhein GmbH Streit entstanden. Durch den Wasserverbund sei eine angespannte Trinkwasserversorgung am Niederrhein beseitigt und bestes Trinkwasser bis weit über die Jahrtausendwende gesichert, ließen die 14 Gesellschafter des Wasserverbunds verlauten und die nordrhein-westfälische Landesregierung unterstützte das Projekt mit einem Zuschuß von 20 Millionen Mark. Um ihre Abbaugebiete besorgte Kiesbaggereien sowie die Gelsenwasser AG auf der anderen Seite aber behaupten, am linken Niederrhein bestehe mittelfristig kein Trinkwasserbedarf, der ein derartiges Projekt rechtfertige. Die Landesmittel seien mit falschen Bedarfszahlen erschlichen worden … Die Gegner des Wasserverbunds Niederrhein behaupten ferner, Drahtzieher und Nutznießer des frisch aus der Taufe gehobenen Wasserverbunds seien die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) in Essen sowie deren Töchter Rheinbraun und Rhein-Ruhr-Wasser GmbH. Diese beabsichtigten, die mit öffentlichen Mitteln geförderten Wasser-Überkapazitäten vom Niederrhein in das Braunkohle-Abbaugebiet der Rheinbraun im Schwalm-Nette-Gebiet westlich von Köln zu leiten, um dort einer durch den Braunkohle-Tagebau hervorgerufenen Umweltkatastrophe zu begegnen.

Zu den Gesellschaftern des Wasserverbunds Niederrhein gehören die Ruhrkohle AG, die Rhein-Ruhr-Wasser GmbH sowie 12 kommunale Versorgungsbetriebe. An der Spitze des gegnerischen Lagers steht mit der Gelsenwasser AG das größte Wasserversorgungsunternehmen Deutschlands. Eine Kräfte-Konstellation, die einen interessanten Verlauf des Streits erwarten läßt.

Der Energie-Riese RWE habe mit der Idee, im sogenannten Binsheimer Feld nördlich von Duisburg und zwischen Orsoy und Rheinberg das bei Bergsenkungen durch Steinkohle- und Salzbergbau gestiegene Grundwasser nicht länger in den Rhein zu pumpen, sondern zu Trinkwasser aufzubereiten, den Anstoß zum Wasserverbund Niederrhein und damit zum jetzigen Streit gegeben.

Nur Scheinargumente?

Um dem Projekt den Charakter der Dringlichkeit zu geben, seien der Planung auch umweltschützerische Attribute beigemengt worden, behaupten die Gegner weiter. Dazu gehörten beispielsweise die Hinweise, angesichts neuer EG-Richtwerte müßten zahlreiche niederrheinische Wassergewinnungsanlagen möglicherweise schon 1985 stillgelegt werden …

Tatsache ist, daß das Projekt Wasserverbund Niederrhein im April 1984 konkrete Formen annahm: Das Binsheimer Feld wurde zur Wasserschutzzone erklärt. Die Konsequenzen machten erstmals Schlagzeilen. Ab sofort wurde ein totales Abgrabungsverbot erlassen, um eine Verunreinigung des Wassers zu vermeiden. Ein Dutzend alteingesessener Kiesbaggereien verlor daraufhin seine Existenzgrundlage. Einige hundert Arbeitsplätze sind gefährdet. Etliche Betriebe sind bereits vor Gericht gezogen. Insider vermuten, daß hier auf das Land Nordrhein-Westfalen hohe Entschädigungsansprüche zukommen.

Über finanzielle Aspekte des umstrittenen Wasserverbundes äußerte sich auch Vorstandsmitglied Peter Scherer von der Gelsenwasser AG. „Vor Jahren gaben die rheinischen Städte bei Umfragen des Landes hohe Wasserbedarfszahlen an, die jetzt auf ein paar Millionen Kubikmeter zusammengeschrumpft sind. Insgesamt sieht die Rechnung für den Steuerzahler so aus: Der Investition für den ersten Bauabschnitt des Wasserverbunds Niederrhein in Höhe von 20 Millionen Mark folgen weitere Millionen für den zweiten Bauabschnitt sowie die Subventionierung des Wassers vom Binsheimer Feld. Eine Wasserversorgung über bestehende Einrichtungen wäre billiger, denn Leitungen und andere Einrichtungen sind vorhanden."

In Essen nahm Hermann Oberloer dazu Stellung. Oberloer, Prokurist bei RWE und Geschäftsführer der *Rhein-Ruhr-Wasser GmbH*, wies zunächst auf die Konkurrenz-Stellung von Gelsenwasser hin.

Ein alter Wunsch

„Das erklärt einiges", so Oberloer. „Dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß Kommunen am Niederrhein, Regierungspräsident und Landesregierung schon seit zwei Generationen am Plan eines Wasserverbunds am Niederrhein basteln. Bereits 1977 wurden von uns Pläne und Modelle eines Wasseraustauschs über den Rhein hinweg vorgelegt. Das Regierungspräsidium Düsseldorf versagte dazu die Zustimmung. Am linken Niederrhein zog man aus der Ablehnung die Konsequenzen. Man erkannte hier, daß ein aus betriebswirtschaftlichen Gründen wünschenswerter Verbund über den Rhein hinweg nicht gleichzeitig volkswirtschaftliche Vorteile hätte… Der Wasserverbund Niederrhein ist für die Wassergewinnung des Landes in der Zukunft von größter Bedeutung. Und volkswirtschaftlich ist es nicht vertretbar, wenn das Wasser im Binsheimer Feld noch länger einfach in den Rhein gepumpt wird. Nicht falsche Bedarfszahlen, sondern volkswirtschaftliche Gründe standen dem Wasserverbund Niederrhein Pate. Unrichtig ist es auch, daß nach der Start-Subvention von 20 Millionen Mark weitere Steuergelder fließen. Künftig wird der Wasserverbund mit eigenem Kapital wirtschaften und auskommen müssen … Gegenteilige Behauptungen sind grober Unfug."

Ministerialrat Rudolf Philippi vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Düsseldorf verteidigte den umstrittenen Wasserverbund ebenfalls. Eindeutig sei vom Regierungspräsidium eine Diskrepanz zwischen Wasserdargebot und -bedarf am linken Niederrhein festgestellt worden, sagte Philippi. Vor allem die neuen EG-Richtlinien schmälerten die zur Verfügung stehenden Wassermengen. Am Niederrhein sei eine volkswirtschaftlich vertretbare Lösung gefunden worden, stellte Philippi fest. Das Land habe nur die Suche nach Lösungsmöglichkeiten finanziell unterstützt und eine Starthilfe von 20 Millionen gegeben. „Später aber muß sich der Wasserverbund selbst erhalten", sagte Philippi. Zu den Ansprüchen der Kiesbaggereien angesprochen, meinte Philippi: „Das ist Sache der Genehmigungsbehörde."





Seit 1939 stand die allmählich vergammelnde Schule unter Denkmalschutz. Nur das Portal ließen die Bulldozer des Bürgermeisters stehen: Fläche genug für bitterböse Plakate. FOTOS: DPA

Der Bürgermeister und die fehlende Abbruchverfügung

B. SALLMANN, Bad Schwalbach

Als Heilbad ist das im Nassauer Land gelegene Provinzstädtchen Bad Schwalbach seit 400 Jahren unter den Herzkranken und Kreislaufgeschädigten Europas gut bekannt. Diese Idylle ist nun „dank" einer Eigenmächtigkeit des Bürgermeisters Wolff Fleischer wenigstens im Augenblick total durcheinander geraten. Eine Art „Kulturrevolution auf hessisch" nennen seine Landsleute das, was der Attackierte als vorsorgliche Maßnahme zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben seiner Bürger einzustufen vermeinte und also ein unter Denkmalschutz stehendes Schulgebäude, das ihm schon lange ein Dorn im Auge war, nach einem dubiosen Brand einfach abreißen ließ. Eine Tat, die man dem Verwaltungschef – zumal obendrein noch Jurist – tödlich übelgenommen hat.

Es geht um die Hufeisenschule, einen neoklassizistischen Bau aus dem Jahre 1831, der seit sieben Jahr leer-, aber schon seit 1939 unter Denkmalschutz steht. Diese allmählich vergammelnde Schule, offenbar die Anfechtung des Bürgermeisters, ließ er nach einem kürzlichen Feuer ohne Abrißverfügung, unterstützt von Mitarbeitern und Experten der Brandversicherung, aber gegen den Willen des zuständigen Kreisbauamts einfach schleifen. Er mutmaßte Einsturzgefahr. Anderer Ansicht die Baubehörde, deren Abrißverweigerung der Bürgermeister sozusagen gleich miteinebnete. Die Staubwolke, die er damit entfachte, benutzte er offenbar, um unerkannt ein Weilchen zu verschwinden. Jedenfalls ist er momentan nicht zu sprechen.

Hessens ältestes Schulhaus war seinerzeit die erste Simultanschule im Herzogtum Nassau; sie durfte zugleich von evangelischen und katholischen Schülern besucht werden. Gewiß war die Hufeisenschule, die von Fleischers Bulldozern innerhalb von Stunden in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde, seit Jahren ein Zankapfel der Kommunalpolitiker. Etliche hatten diesen Platz wohl ausgemacht als idealeren Standort für den Neubau des Landratsamtes, das an die Peripherie der Stadt verbannt worden war, wo es sich doch viel besser im Zentrum machen würde – eben an jener Stelle, wo jetzt erst Flammen, dann Bulldozer für einen Bauplatz gesorgt haben.

Inzwischen beschäftigte die Affäre den hessischen Landtag. Die FDP-Abgeordnete Ruth Wagner nannte Fleischers Vorgehen einen „Akt der Barbarei". Der SPD-Abgeordnete Gerhard Bruch forderte seine Ablösung. An das Sandsteinportal, das allein stehengeblieben ist, hat die örtliche SPD ein Plakat angeschlagen: „Für Abbruch kann man sein – für Rechtsbruch aber: nein". In der Stadt gehen handgeschriebene Plakate um, auf denen davor gewarnt wird, daß sich nach dem bürgermeisterlichen „Amoklauf mit der Spitzhacke" die für den Rechtsbruch Verantwortlichen alsbald die Hände in Unschuld waschen könnten …



Hat Grund, ernst in die Zukunft zu blicken: Wolff Fleischer. FOTO: DPA

Immer noch bilden sich vor dem Trümmerfeld Gruppen erregt diskutierender Bürger, die sich fragen, warum Landrat Heribert Dietz nicht schon längst eine vorläufige Amtsenthebung verfügt hat. Aber Fleischer, *der dazu formell gehört werden müßte*, ist eben nicht greifbar: Er hat sich in einen Urlaub geflüchtet.

Nicht zuletzt daran entzündet sich der Zorn der Bürger, die davon ausgehen, daß hier einer, der für Recht und Ordnung sorgen sollte, selber in den Geruch eines Rechtsbrechers gekommen ist. Man weist auf den Artikel 62 hin, der die Kommunen des Bundeslandes Hessen verpflichtet, Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Kultur zu schützen und zu pflegen. Der Bad Schwalbacher Bürgerblock (BSB) und CDU, denen der seit elf Jahren regierende ehemalige SPD-Mann Fleischer die Bestellung zu einer zweiten Amtsperiode verdankt, stützen die Abrißentscheidung des Bürgermeisters (noch), obwohl auch sie die gereizte Stimmung im Ort schwerlich übersehen können.

Immerhin – eins eint die Parteien: das Entsetzen über das ausufernde Maß des Volkszorns. Selbst die SPD, die mit Fleischer noch alte Rechnungen zu begleichen hat, reagierte entsetzt angesichts von Plakaten wie: „Henkt ihn auf – schießt ihn tot." Noch sagt die zögernde CDU: „Durch die Abbruchaktion nach dem Großbrand ist der Bürgermeister seiner Fürsorgepflicht nachgekommen." Für Annemarie Manns, Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes, und für Unions-Fraktionschef Günter Janisch gibt es keinen Zweifel, „daß von dieser Ruine Gefahr für Leib und Leben ausging". Die Wetten gehen jedoch dahin, daß die CDU spätestens im Vorfeld der Kommunalwahlen ihre Haltung revidieren wird.

Der Bürgermeister dürfte sich obnedies kaum halten nach der Ansammlung von Strafanträgen – auch durch das Landesamt für Denkmalschutz. Hier werden Verstöße gegen das hessische Denkmalschutzgesetz mit Bußgeldern bis zu einer Million Mark geahndet. Auch Landrat Dietz, wie Annemarie Manns und Günter Janisch Mitglied der CDU, hat ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Ist er am Ende gar der erste, der gemerkt hat, daß die CDU auf Dauer nicht ohne festen Standpunkt leben kann, will sie als konservative Partei ernstgenommen werden.

San Ysidro nahm Abschied von den Opfern

dpa, San Diego

Noch sichtbar unter dem Schock des Massenmordes vom vergangenen Mittwoch haben sich am Samstag die Familien der Opfer unter großer Anteilnahme der Bevölkerung zu einem Requiem versammelt: Die kleine römisch-katholische Kirche von San Ysidro, wo James Huberty 21 Menschen erschoß, war mit rund 800 Menschen gefüllt, 1200 standen vor der Kirche. Unter den Trauernden war auch die Witwe des Täters, Edna Huberty, die in einer für „Würdenträger" reservierten Reihe saß. Fünf Särge waren im Halbkreis um den mit Blumen geschmückten Altar aufgestellt. Die übrigen Opfer sollen später beerdigt werden. Als die Särge in die Kirche gebracht wurden, brach die Mutter des erschossenen Omar Hernandez (11) in Tränen aus: „Oh, mein Gott, mein Sohn, mein Sohn", stöhnte sie. Priester aus der gesamten Region San Diego sowie Regierungsbeamte nahmen an der Totenmesse teil. In der Stadt forderten mehrere Menschen nach der Messe, das Restaurant abzureißen und eine Gedenkanlage zu errichten. Die Direktion der größten Schnellimbißkette der USA gab am Wochenende die Schaffung eines Fonds von einer Million Dollar für die Hinterbliebenen des Massakers bekannt. Mehrere Ärzte haben inzwischen ihr Interesse am Gehirn von Huberty bekundet, das sie auf Abnormitäten untersuchen wollen.

Neues Motiv

AP, Hamm

Vermutlich ein versuchter Versicherungsbetrug war das Motiv für die Brandstiftung in einem Wohnhaus in Hamm in Westfalen, bei dem in der vergangenen Woche ein junges Paar ums Leben gekommen ist. Gegen den 42 Jahre alten Hausbesitzer, einen Gastwirt, wurde Haftbefehl wegen des Verdachts der besonders schweren Brandstiftung erlassen.

„Seebär" gesucht

dpa, München

Von einem „Seebären" mit grauem Bart *erhofft die Polizei Hilfe bei der* Aufklärung des mysteriösen Mordes an dem 26jährigen Münchner Designer Aribert Rolf Ocker. Die schon in Verwesung übergegangene Leiche des aus Lüdenscheid stammenden Mannes, der mit einem Kopfschuß getötet worden war, wurde am 17. Juli an der Autobahn bei Freising gefunden. „Seebär" ist ein etwa 50 Jahre alter Wassersportler aus dem Ruhrgebiet, der von seiner Freundin beim Urlaub im Juli an der Adria immer so tituliert wurde.

Zuviel gelaufen?

AFP, Hardwick

Jim Fixx (52), Autor des amerikanischen Beststellers „The complete Book of Running", ist bei einem Waldlauf in der Nähe von Hardwick im US-Bundesstaat Vermont tot zusammengebrochen. Das Buch hatte 1978 Millionen von Amerikanern auf die Beine gebracht. Der ehemalige Journalist hatte sich seit 1967 „gesundgelaufen". Damals rauchte er täglich 40 Zigaretten und wog 100 Kilogramm. Zuletzt lief er täglich 15 Kilometer – zuviel?

Ausreden, Ausreden . . .

dpa, Atlanta

Die Polizei von Atlanta (US-Bundesstaat Georgia) hat eine Sammlung der besten Ausreden von Autofahrern für Geschwindigkeitsübertretungen veröffentlicht. Den ersten Preis vergab sie an einen Mann, der „Abspecken" als Entschuldigung angab. Je schneller er fahre, desto größer werde seine Angst, erwischt zu werden, und desto mehr Pfunde verliere er bei diesem Streß. Den zweiten Preis gab es für diese Einlassung: Mein Mann kann gar nicht zu schnell gefahren sein. „Ich passe immer auf, daß er langsam fährt, wenn er betrunken ist."

Vierfacher Mord

dpa, Bayreuth

Wegen vierfachen Mordes steht seit heute der 58jährige Rentner Albin Lindner vor dem Schwurgericht des Landgerichts Bayreuth. Lindner soll am 10. November '83 in seiner Wohnung Benzin angezündet haben. Bei dem Brand waren seine Frau, seine Tochter und zwei Enkelkinder ums Leben gekommen.

Spraydose explodiert

AFP, Mülhausen

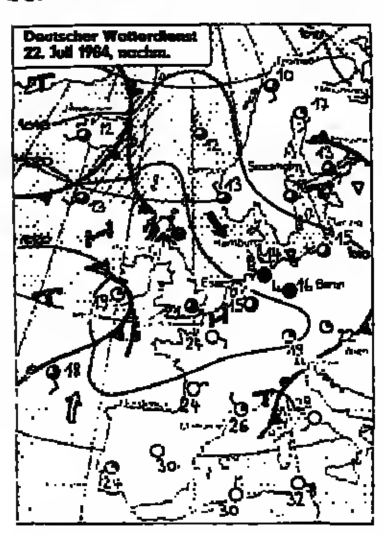
Die Explosion eines Pkw, bei der am Freitag in Mülhausen eine Frau und ein Junge ums Leben gekommen sind, könnte möglicherweise durch eine überhitzte Spraydose verursacht worden sein. In der Nähe des Wagens hatten die Ermittler Plastiksplitter vom Deckel der Dose sichergestellt.

ZU GUTER LETZT

Fünf Abgeordnete des Deutschen Bundestages werden die deutsche Olympia-Mannschaft nach Los Angeles begleiten. Heinrich Klein (SPD), stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses, begründete die Reise seiner Kollegen mit dem Argument, „daß die Abgeordneten sich umsehen müßten, was mit den Steuergeldern gemacht wird". Meldung aus dem Bonner General-Anzeiger.

WETTER: Im Süden sommerlich

Wetterlage: Ein Keil des Hochs über England erstreckt sich bis nach Deutschland, so daß die eingeflossene kühle Meeresluft in der Südhälfte Deutschlands sich weiter erwärmt.



Vorhersage für Montag:

Norddeutschland: Wechsel zwischen kurzen Auflockerungen und starker Bewölkung mit einzelnen Schauern. Temperaturen bis 19 Grad ansteigend.
Mittleres und südliches Deutschland: Überwiegend heiter und trocken, Höchsttemperaturen 20 bis 25, im Südwesten nahe 28 Grad, nachts um 12 Grad.

Weitere Aussichten:

Anfangs wenig Änderung, ab Wochenmitte auch im Süden wieder wolkig und gewittrige Schauer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Stadt	Temp.	Stadt	Temp.
Berlin	16°	Kairo	30°
Bonn	15°	Kopenh.	16°
Dresden	16°	Las Palmas	24°
Essen	15°	London	21°
Frankfurt	21°	Madrid	30°
Hamburg	14°	Mailand	27°
List/Sylt	16°	Mallorca	33°
München	19°	Moskau	22°
Stuttgart	20°	Nizza	25°
Algier	30°	Oslo	17°
Amsterdam	16°	Paris	24°
Athen	31°	Prag	18°
Barcelona	27°	Rom	29°
Brüssel	16°	Stockholm	16°
Budapest	26°	Tel Aviv	30°
Bukarest	25°	Tunis	32°
Helsinki	13°	Wien	22°
Istanbul	28°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 5.35 Uhr, Untergang: 21.21 Uhr; **Mondaufgang:** 1.28 Uhr, Untergang: 18.01 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Selbsterkenntnis?

Einen ungewöhnlich freimütigen Einblick in ihr Innenleben hat die britische Premierministerin **Margaret Thatcher** am Wochenende in einer Talk-Show des britischen Fernsehens gegeben. So gestand die „Eiserne Lady", daß sie ihren eigenen Anblick auf dem Bildschirm „einfach nicht ertragen" könne und entweder den Raum verlasse oder ihre Familie bitte, den Fernseher auszuschalten. Was ihr ebenfalls zu schaffen mache, seien allzu kritische Zeitungsartikel. Wenn etwas auch nur so aussehe, als sei es „abscheulich", nehme sie den Artikel erst gar nicht in die Hand.

21 Stunden nonstop

Der 24 Jahre alte ägyptische Student **Osama Montaz** ist gestern wieder in Dover angekommen, nachdem er in 21 Stunden und 37 Minuten nach Frankreich und zurück geschwommen war. Er ist damit der schnellste Mann, der den Kanal nonstop in beiden Richtungen bezwang, der achte, dem das überhaupt gelang. Der schnellste Mensch bleibt die Holländerin **Irene van der Alan**: Sie hatte 1983 beide Strecken in 18 Stunden und 15 Minuten zurückgelegt.

Gerüchte aus Denver

In seiner berühmten hautengen Hose will Englands Hüftenwackler Nr 1., **Tom Jones**, ein Gastspiel im „Denver Clan" geben. Sein Manager: „Wir sind erpicht darauf, seine schauspielerische Karriere auszubauen, und „Denver Clan" ist seine Lieblingssendung." Auch **Engelbert (Humperdinck)** erwägt einen „Denver Clan"-Auftritt.

Vicky's Sieg

Die 33jährige Schlagersängerin **Vicky Leandros** hat auch die zweite Runde *im Kampf* um ihren Sohn gewonnen. Ein Athener Amtsgericht hat am Wochenende bestätigt, wonach die Mutter das Sorgerecht für den vierjährigen Sohn erhalten soll, und ergänzend beschlossen, daß die seit 25 Jahren in Hamburg lebende Griechin mit dem Kind nach Deutschland ausreisen darf. Gleichzeitig regelt das Urteil die Besuchsrechte des Vaters **Iwan Zissiades** (43).

Ein Mord wie im Krimi

Bergdrama zwischen zwei österreichischen Weinhändlern

KURT POLLAK, Wien

Es sollte ein „perfekter" Mord werden, doch ein nur drei Zentimeter langes Knochenstück vom gebrochenen Fußknöchel des Täters führte die Kriminalisten auf die richtige Spur des als Unfall getarnten Verbrechens.

Der raffiniert ausgeheckte Mordplan könnte der Phantasie eines Kriminalautors entstammen. Es begann ganz harmlos: In der Nacht auf Samstag wird dem Gendarmerieposten der Ortschaft Ratten in der Oststeiermark ein Autounfall gemeldet. Die Beamten des Unfallkommandos finden einen über eine Böschung gestürzten zertrümmerten Pkw, dessen Fahrer, der Weinvertreter Johann Schmied (64) aus Graz, noch glimpflich mit einem offenen Trümmerbruch am Knöchel davongekommen war. Der Verletzte wird ins Krankenhaus gebracht. Wenig später gibt es erneut Unfallalarm. Nur wenige hundert Meter vom Unfallort entfernt, wird am Straßenrand die Leiche eines anderen Weinvertreters gefunden – 125 Meter tiefer in einer Schlucht. Dort liegt in seinem Kleinlaster der 57jährige Johann Schmalegger. Es stellt sich heraus, daß der Tote in derselben Weinkellerei beschäftigt war wie Johann Schmied.

Zwei Stunden später weiß die Gendarmerie, daß es sich bei den beiden Verkehrsunfällen um ein raffiniert geplantes Verbrechen handelt; auf der Fußmatte des in der Schlucht liegenden Lasters findet sich ein winziges Knochenstück von einem menschlichen Fußknöchel. Doch die Beine des toten Lkw-Lenkers sind unversehrt. Er starb an schweren Schädelverletzungen. Dieses Indiz genügt, um den im Krankenhaus liegenden Johann Schmied zum Geständnis zu veranlassen. Der schwer verschuldete Mann hatte seinen Kollegen auf der Straße gestoppt, indem er eine Panne vortäuschte. Als Johann Schmalegger helfen wollte, wurde er von seinem Kollegen mit einem Eisenrohr erschlagen und beraubt. Um einen Unfall vorzutäuschen, ließ der Mann den Lkw seines Opfers in die Schlucht rollen. Beim Abspringen zog er sich den offenen Knöchelbruch zu. Infolge dieser Verletzung verunglückte er dann selbst auf der Flucht.